Zeit zu handeln:

Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!

Einleitung

Über die Zukunft wird jetzt entschieden. Wir wollen eine Zukunft im Zeichen von Solidarität und

sozialer Gerechtigkeit, von Frieden und Klimagerechtigkeit. Wir wollen eine Wirtschaft, in der sich

kein\*e Beschäftige\*r zwischen dem Arbeitsplatz und der Zukunft der eigenen Kinder und Enkel

entscheiden muss. Wir treten an, um neue Grundlagen zu schaffen: Mit einem neuen

Normalarbeitsverhältnis, in dem die Arbeit für alle sinnvoll gestaltet wird, gut entlohnt, tariflich

abgesichert ist, mit kürzeren Arbeitszeiten. Für einen erneuerten demokratischen Sozialstaat, der

gerecht finanziert ist und alle sicher vor Armut und sozialem Absturz schützt. Wir treten an, um ein

neues Wohlstandsmodell durchzusetzen: die fundamentalen Dienstleistungen, die eine Gesellschaft

tragen – Gesundheit, Pflege, Bildung, Erziehung, Wohnen, Nahverkehr, Energieversorgung –, sollen

öffentlich und gemeinwohlorientiert organisiert und bedarfsgerecht ausgestattet werden. Menschen

vor Profite. Das ist ein Beitrag zu einer erneuerten, starken Demokratie.

Viele Menschen haben in der Corona-Krise unglaubliches geleistet: Im Krankenhaus und Pflegeheim,

bei der Versorgung der Mitmenschen, beim Unterricht von Kindern. Wir haben Solidarität erfahren

und geübt. Wir haben gesehen, was wir leisten können und was der Staat nicht leistet. Viele fühlten

sich vom Staat allein gelassen. Wer dachte, die Regierung wird uns gut durch Corona und die Krise

führen, ist enttäuscht worden: Keine zusätzlichen Pflegekräfte, kein Plan für Bildungsgerechtigkeit,

kein Eingreifen in die Wirtschaft, um zu produzieren, was dringend gebraucht wird: Masken,

Beatmungsgeräte, Luftfilter, Impfstoff. Kein Notfallplan für Schulen oder Kitas, für den Stress in den

Familien und das Leiden der Kinder, keine Evakuierung von Not- und Sammelunterkünften. Nach

Jahrzehnten, in denen die Grundlagen von Solidarität und Demokratie ausgehöhlt und die

Bevölkerung aufgerufen wurde, vor allem für sich selbst zu sorgen, werden sie nun von der Regierung

zur Solidarität gemahnt. Aber der Staat hat die Aufgabe, die Gesellschaft krisenfest zu organisieren

und solidarische Strukturen aufzubauen. Dabei hat die Regierung versagt.

Die Sorgen für viele Menschen sind groß: Kann ich mir meine Wohnung noch leisten? Reicht das Geld

über den Monat? Wird das Alter von Armut und mangelnder Pflege geprägt sein? Hinterlassen wir

für unsere Kinder und Enkel einen zerstörten Planeten?

Wir wollen den Grundstein legen für eine Zukunft, die nicht von Markt und Profit bestimmt wird. In

der Gesundheit, Pflege und Wohnen nach Bedarf und Gemeinwohl organisiert werden. In der wir die

Arbeit so gestalten und verteilen, dass sie zum Leben passt und die Löhne für ein gutes Leben

reichen. In der alle genug haben, um ein Leben in Würde und Respekt führen zu können und

niemand Angst vor Altersarmut haben muss. In der der öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut und

kostenfrei ist und das Klima schont. Gemeinsam können wir das Land verändern. Wenn wir Vielen

uns nicht spalten lassen und für eine Politik eintreten, die dem Gemeinwohl dient, statt den Wenigen

oben.

Wenn wir dieses Jahr um Ihre Stimmen bei der Bundestagswahl bitten, dann meinen wir genau das:

Es ist Zeit, sich für eine Zukunft für alle zu entscheiden. Jetzt!

In den kommenden Jahren stehen wir vor zwei großen Herausforderungen: Wirtschaft und

Gesellschaft müssen innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte klimaneutral umgebaut werden. Und

die Folgen von Corona müssen sozial und solidarisch bewältigt werden. Ohne ein entschlossenes

Handeln gegen die Klimakrise ist die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder auf diesem Planeten in

Gefahr. Bereits jetzt zerstört der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen.

Notwendig ist ein grundlegendes Umsteuern.

7Um beide Herausforderungen werden große Kämpfe geführt werden. Die Konzerne werden ihre

kurzfristigen Profite verteidigen. Sie werden versuchen, die Krise zu nutzen, um Löhne und soziale

Standards zu drücken. Sie werden nach Unterstützung aus Steuergeldern rufen und dann die eigenen

Steuern senken wollen. Die Parteien, die den Konzernen nahestehen, werden vorschlagen,

öffentliches Eigentum zu privatisieren, Reiche und Unternehmen zu entlasten und Sozialausgaben zu

kürzen.

Es braucht eine starke Stimme für soziale und Klimagerechtigkeit. Es braucht entschlossenes

Eingreifen in die Wirtschaft, um soziale Ungleichheit zurückzudrängen. Und Mut, sich mit den

Mächtigen anzulegen. Wir haben diesen Mut.

Die Corona-Pandemie hat die soziale Spaltung verschärft. Sie hat die Krise der gesellschaftlichen

Infrastruktur, Personalmangel und Dauerstress nicht nur im Gesundheits- und Bildungssystem

offengelegt. Die Pandemie hat gezeigt, wie ungleich die Arbeit und die Lasten in dieser Gesellschaft

verteilt sind. Die milliardenschweren Konjunkturpakete und Wirtschaftshilfen konnten zwar das

Schlimmste verhindern. Profitiert haben aber vor allem die Konzerne. Viele haben die

Wirtschaftshilfen genutzt, um Dividenden zu sichern und die Kosten der Modernisierung nicht aus

den eigenen Profiten, sondern aus den Kassen der Steuerzahler zu finanzieren. Viele Beschäftigte in

diesen Konzernen müssen dagegen Kündigung oder Verlagerung ihres Unternehmens fürchten. Mini-

Jobber\*innen, prekär Beschäftigte und Leiharbeiter\*innen sind als erste davon betroffen. Von 60

Prozent Kurzarbeitergeld kann im Niedriglohn niemand leben. Für die Mehrheit der Beschäftigten hat

der Arbeitsstress zugenommen. Und wer sich nicht ins Home-Office begeben kann, wird zwar von

Ministern beklatscht, bekommt aber keine wirkliche Anerkennung. Frauen tragen schon zu

Normalzeiten im Beruf und in den Familien einen Großteil der Sorgearbeit weg. Corona hat das noch

einmal verschärft.

In der Corona-Krise hat sich der seit Jahren bestehende Pflegenotstand dramatisch zugespitzt – auf

Kosten der Gesundheit der Patient\*innen und der Beschäftigten, während Krankenhaus- und

Pflegekonzerne Profite für die Aktionäre erwirtschaften. Die Mieten explodieren, während vor allem

Luxuswohnungen gebaut werden. Das Klima wird in zunehmendem Tempo zerstört, während sich die

größten Klimasünder freikaufen und den dringend nötigen Umbau der Wirtschaft aussitzen. Die

Standortkonkurrenz untergräbt die internationale Zusammenarbeit und multilaterale Institutionen,

destabilisiert ganze Regionen und befeuert ein neues Wettrüsten.

In gesellschaftlichen Umbrüchen sind die Fragen „wie wollen wir leben“, „was und wie wollen wir

produzieren“, was ist lebenswichtig oder „systemrelevant“ neu gestellt, sie sind Gegenstand von

gesellschaftlicher Selbstverständigung. Die öffentlichen Räume, in denen wir sie führen (könnten),

sind selbst unter Druck von Riesenkonzernen mit ihren Algorithmen und Filtern, von Blasen, Fake

News und der Verstrickung von Nachrichte und Werbung.

Der soziale Zusammenhalt bröckelt, das gefährdet die Demokratie und bietet Treibstoff für

Rassismus und die extremen Rechten. Die Mehrheit der Menschen verliert seit Jahren an

Einkommen, während einige Superreiche absurde Summen einstreichen. Extreme Ungleichheit ist

kein Naturgesetz, sondern Ergebnis der Macht, die große Konzerne über unsere Wirtschaft, unsere

Politik und unsere gemeinsame Zukunft ausüben. In der Corona-Krise haben die Superreichen ihren

Reichtum vermehren können. Für das Jahresgehalt eines DAX-Vorstandes müsste eine Pflegekraft in

Deutschland über 156 Jahre arbeiten.

Superreiche und Konzerne lassen sich nicht durch Großzügigkeit und gutes Zureden zähmen. Wenn

nach der Bundestagswahl die Rechnung für die Wirtschaftshilfen präsentiert wird, zeigt sich, wer die

Kosten der Krise bezahlen wird. Nur DIE LINKE kämpft dafür, dass die Superreichen und die großen

8Konzerne endlich ihren gerechten Anteil zahlen. Das gilt auch für die Kosten der Pandemie: Sie

dürfen nicht zu Kürzungen im Sozialen führen. Wir fordern hierfür eine Vermögensabgabe, die auf

alle Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro fällig wird. Sie kann über 20 Jahre abgezahlt werden.

Eine große Mehrheit der Menschen wünscht sich eine gut ausgestattete und zuverlässig

funktionierende öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen im Gesundheitswesen, bei Schulen,

Kitas und Hochschulen, beim öffentlichen Nahverkehr und der Bahn. Sie wünscht sich bezahlbare

Wohnungen, die für unterschiedliche Bedürfnisse und Lebensphasen passend sind. Kurze Wege zur

Arbeit, zum Arzt, zum Einkauf und in der Freizeit. Aber in den vergangenen Jahren wurden die

Bereiche, die uns durch die Corona-Krise geholfen hat, sträflich vernachlässigt: die öffentliche

Daseinsvorsorge und die sogenannten „systemrelevanten Beschäftigten“, von den Krankenhäusern,

über den öffentlichen Gesundheitsdienst bis zu den Beschäftigten in Kitas, Schulen, im Handel und

Logistik, bei Reinigungsdiensten und im ÖPNV. Das führt im Alltag bei Vielen zu Stress. Wenn bei der

Infrastruktur gespart wird, betrifft dies besonders Kinder, gering verdienende und ältere Menschen.

Die Hoffnung, dass Markt oder Unternehmen die Probleme angehen, ist verständlich, aber falsch. Die

vermeintlich unsichtbare Hand des Marktes drückt uns längst die Luft ab. Wer die Machtverhältnisse

in unserer Gesellschaft nicht ändert, wird keine bessere Zukunft für alle erreichen können.

Die Bundesregierung setzt auf gescheiterte Rezepte: Selbstverpflichtungen der Konzerne beim

Klimaschutz, „schwarze Null“ und Schuldenbremse. Investitionen in klimafreundlichere Technologien

und soziale Sicherheit für die Menschen werden gegeneinander ausgespielt. Die Schuldenbremse ist

eine Zukunftsblockade, die die soziale Spaltung verschärft und schnelles Handeln für das Klima

verhindert. Nur mit massiven Investitionen in einen grundlegenden und schnellen Umbau, mit einer

gerechteren Verteilung von Arbeit und Reichtum, mit mehr Demokratie in der Wirtschaft lässt sich

eine soziale gerechte, klimaneutrale und krisenfeste Gesellschaft erreichen.

Die globale Entfesselung des Marktes und die zerstörerische Wirkung, die er auf sozialer,

ökologischer und politischer Ebene entfaltet hat, war ein politisches Projekt der vergangenen 30

Jahre. Wir treten für ein anderes Projekt an. Wir wollen das Recht des Stärkeren durch neue

Vorfahrtsregeln ersetzen: Gerechtigkeit vor Profite, Demokratie vor Markt, nachhaltig statt

kurzfristig, mehr öffentlich, weniger egoistisch, gemeinsam statt gegeneinander. Der Markt regelt

nichts? Dann regeln wir den Markt! Damit wir in Zukunft einem Land leben, in dem alle mit Respekt

und Anerkennung rechnen können. Es ist höchste Zeit.

Das Umsteuern in Richtung einer sozialen und ökologischen Wende muss jetzt beginnen. Der

notwendige Umbau darf nicht auf Kosten der Beschäftigten und der breiten Bevölkerung erfolgen.

DIE LINKE ist die Kraft der Solidarität. Wir streiten für einen ökologischen und sozialen

Systemwechsel, für einen starken, demokratischen Sozialstaat und für Frieden.

Wir schlagen ein Sofortprogramm gegen die soziale und Wirtschaftskrise vor, das zugleich die

Weichen für eine bessere, klimagerechte Zukunft für alle stellt und die Gesellschaft durch eine starke

öffentliche, soziale Infrastruktur krisenfester macht. Es geht um Anerkennung für diejenigen, die die

Gesellschaft am Laufen halten –- und um ein besseres Leben für alle. Klimaschutz und soziale

Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Ohne soziale Gerechtigkeit kann keine große

Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft gelingen. Und ohne Klimagerechtigkeit gibt

es jetzt und in Zukunft keine soziale Gerechtigkeit:

9









Demokratischer Sozialstaat: Längst bieten die Leistungen des Sozialstaates keine Sicherheit

vor Armut mehr. Der Kompass der Regierung dafür, was für ein Leben in Würde notwendig

ist, ist schon lange zerbrochen. Wir streiten dafür, dass niemand – ob in Erwerbslosigkeit,

Kurzarbeit oder Rente, ob Soloselbständige oder Studierende – unter 1.200 Euro fällt. Das ist

unsere Grenze für ein gerechtes Mindesteinkommen. Wir wollen eine Versicherung gegen

Erwerbslosigkeit, die auch Soloselbständige absichert. Die Zeit für Hartz IV ist abgelaufen. Wir

führen eine Mindestsicherung ein, die sanktionsfrei ist, also nicht gekürzt werden kann.

Wir heben auch die Steuerfreibeträge in der Einkommensteuer an: Die ersten 1.200 Euro

pro Monate werden von Steuern freigestellt. Das entlastet niedrige und mittlere Einkommen

spürbar.

Es ist Zeit, den Niedriglohnsektor trockenzulegen. Jede\*r Fünfte bundesweit – in

Ostdeutschland mehr als jede\*r Dritte – arbeitet zu unwürdigen Löhnen, die nicht zum Leben

reichen. Frauen sind besonders betroffen. Die Löhne für Normal- und Geringverdienende

müssen deutlich steigen. Dafür wollen wir Gewerkschaften stärken, Tarifverträge müssen

wieder allgemeinverbindlich werden. Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen, Mini- und

Midijobs drücken auf die Löhne, schwächen die Sozialversicherung und die Beschäftigten

sind kaum gegen Entlassungen geschützt. Wir wollen sie in gut bezahlte, tarifliche

Arbeitsverhältnisse überführen. Mit einem Mindestlohn von 13 Euro können wir alle

Beschäftigten aus den Armutslöhnen holen. Es ist Zeit.

Wir streiten für Arbeit und Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Wenn die einen unter

Stress und Überbelastung in die Knie gehen und andere nicht so viel arbeiten können, wie sie

wollen, ist es Zeit für eine neue Regulierung. Unser Neues Normalarbeitsverhältnis kreist um

etwa 30 Stunden pro Woche mit vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Wir

beginnen mit der Begrenzung von Überstunden und Höchstarbeitszeiten und einem Recht

auf Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag.

Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard wieder annähernd sichern – in Ost und West

gleichermaßen. Dafür wollen wir die Rentenkürzung zurücknehmen und das

Renteneintrittsalter senken. Das Rentenniveau wollen wir sofort auf 53 Prozent anheben.

Wer derzeit die aktuelle Durchschnittsrente bekommt, erhält dann 104 Euro mehr im Monat.

Auch Beamte, Abgeordnete und Selbständige zahlen in Zukunft in die gesetzliche Rente ein

(Erwerbstätigenversicherung).

Viele Unternehmen nutzen die Krise, um Personal zu entlassen, Löhne zu senken oder

Standorte zu schießen. Wir wollen Garantien für Arbeitsplätze und Einkommen für die

Beschäftigten. In der Krise und wenn Unternehmen auf klimagerechte Produktion umstellen,

kann eine Arbeitszeitverkürzung mit Weiterbildungsoffensive die Arbeitsplätze sichern. Die

Weiterbildung wird anteilig aus einem Solidar-Fonds aus den Unternehmen und der Agentur

für Arbeit bezahlt. Keine Steuergelder ohne Gegenleistung – staatliche Gelder (egal ob

direkte Hilfszahlungen oder versteckte Subventionen) müssen an langfristige Garantien von

Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden, um

den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voran zu treiben, Planungssicherheit

und sichere Einkommen für die Beschäftigten zu garantieren.

Veto-Rechte gegen Kahlschlag, Mitbestimmung über die Zukunft: Die gewählten

Vertretungen der Belegschaften müssen bei Entscheidungen über Standortverlagerungen, -

schließungen und -auslagerungen, bei Massenentlassungen und bei Entscheidungen über

Zukunftsinvestitionen wirklich mitbestimmen können.

10









Respekt und Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland: Es gibt im Osten einen

neuen Kampfgeist, einen Aufbruch, der bereit ist für gleiche Löhne und sichere Arbeitsplätze

zu streiken – zu Recht. Wir streiten für einheitliche Tarifgebiete und gleiche Löhne. Kein

Umbau der Regionen mehr über die Köpfe der Menschen vor Ort hinweg! Wir schaffen

Sozial- und Wirtschaftsräte, die über Entwicklungspläne entscheiden, was wo wie produziert

wird. Die Vergabe öffentlicher Aufträge binden wir an Tariftreue, ökologisches Wirtschaften

und einen Vergabemindestlohn. Die Renten im Osten müssen sofort an das Westniveau

angehoben werden. Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt,

muss die Umrechnung der Ostgehälter bei der Rente erhalten bleiben. Die Angleichung der

Ostrenten darf kein Nachteil für die heutigen Beschäftigten sein.

Gesundheit und Pflege zukunftsfest machen – Pflegenotstand stoppen: Es ist falsch, dass

Krankenhäuser nach Fallpauschalen und mit Gewinnorientierung wirtschaften müssen. In

Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen fehlen für eine gute Betreuung jeweils 100 000

Pflegekräfte. Durch die Erschöpfung wegen Corona könnten es bald noch mehr sein. Wir

wollen Krankenhäuser und Pflegekonzerne sofort von der Börse nehmen. Sie müssen nach

Bedarf und Gemeinwohl organisiert werden. Das System der Fallpauschalen wird durch eine

bedarfsgerechte Finanzierung ersetzt. Die Gehälter in der in der Pflege müssen pauschal um

500 Euro im Grundgehalt erhöht werden. Das ist ein Beitrag für die gleiche Bezahlung

gleichwertiger Arbeit und hilft gegen den Fachkräftemangel. Die Zwei-Klassen-Medizin bauen

wir um zu einer solidarischen Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. Die Beiträge

für die meisten Versicherten sinken, die Versorgung für alle wird besser. Auch die

Pflegeversicherung bauen wir zu einer Vollversicherung um, die alle Leistungen übernimmt

und so für gute und menschenwürdige Pflege sorgt, egal ob zu Hause oder in

Pflegeeinrichtungen. Die Eigenanteile für die Versicherten oder ihre Angehörigen, die heute

viele Menschen in Armut und Verzweiflung treiben, entfallen. Das ist machbar, in einer

Legislaturperiode umsetzbar - und es ist notwendig.

Wir wollen mit einem öffentlichen Investitionsprogramm die enormen Mängel bei der

Ausstattung und den Personalmangel in Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung,

bezahlbares Wohnen und Breitbandausbau beheben. Eine klima- und sozial gerechte

Wirtschaft gelingt nur mit einem Umbau der Industrie – dafür schlagen wir einen

Transformationsfonds vor, der Arbeitsplätze für die Zukunft sichert und ein ökologisches

Umsteuern fördert Wir wollen die Bereiche der Wirtschaft, die dem Gemeinwohl nützen und

das Klima schonen, stärken. Damit können wir 2 Millionen sinnvolle und gut bezahlte

Arbeitsplätze schaffen und Wirtschaft und Infrastruktur bis 2040 klimaneutral machen.

Bildungsgerechtigkeit: Gleich gute Bildung für alle gibt es nur mit einem Aufbauprogramm:

für mehr Erzieher\*innen, Sozialpägagog\*innen und Lehrer\*innen. Ein Rechtsanspruch auf

einen Kitaplatz bedeutet auch: Anspruch auf gute Betreuung, kleine Gruppen, gut bezahlte

und ausgebildete Erzieher\*innen und keine Gebühren. Es sollte selbstverständlich sein, dass

es durch ein Schuldach nicht rein regnet, die Toiletten sauber sind und jedes Kind im 21.

Jahrhundert ein mobiles Endgerät und Internetzugang braucht. Ist es aber nicht. Wir wollen

in die Infrastruktur für gute Bildung und den Abbau von Ungleichheit investieren.

Verkehrswende: Wir bauen den öffentlichen Nahverkehr aus, erhöhen die Takte und

verbessern den Service - auch auf dem Land. Die Ticket-Preise senken wir bis zum Nulltarif.

Wir schaffen gute Arbeitsplätze in der Produktion von Bus, Bahn und Schiene und für die

Beschäftigten im ÖPNV. Wir beginnen mit Modellprojekten in 15 am meisten von Abgasen

11









belasteten Städten. Wir verlagern Kurzstreckenflüge und Frachtverkehr auf die Schiene. Die

Bahn muss ausgebaut und für alle bezahlbar werden. Unsere Verkehrswende sorgt für mehr

Mobilität, aber mit weniger Verkehr.

Energiewende: Wir wollen die Energieversorgung am Gemeinwohl ausrichten und in

Stadtwerke und Genossenschaften verlegen. Unser Kriterium für die Förderung von

nachhaltiger Energiegewinnen: Bis 2035 wollen wir den gesamten Strom aus erneuerbaren

Quellen beziehen.

Keine Rendite mit der Miete. Die Mieten sind explodiert, durch die Städte walzt das

Immobilienkapital und verspricht Renditen. DIE LINKE hat in Berlin gezeigt, dass es anders

geht: Wir wollen im gesamten Bundesgebiet harte Obergrenzen für die Miete einführen.

Immobilienkonzerne wollen wir von der Börse nehmen. Wir versprechen im Jahr den Neubau

von mindestens 250 000 Sozialwohnungen, die dauerhaft bezahlbar bleiben.

Bauernland gehört nicht in Investorenhand. Wir wollen öffentlichen Besitz an Land- und

forstwirtschaftlichen Flächen stärken. Wir wollen einen öffentlichen Bodenfonds einführen,

der an nachhaltig wirtschaftende, ortsansässige Agrarbetriebe zu fairen Konditionen

verpachtet. Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern. Die

Bodenpreise müssen gedeckelt werden!

Menschlichkeit ist #unteilbar. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt

zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt werden – unabhängig

von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und

sozialen Stellung, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive

Gesellschaft, barrierefrei, in der niemand ausgegrenzt wird.

Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete. Elend und Sterben an den

europäische Außengrenzen müssen ein Ende haben: Seenotrettung und die

Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen einzuhalten muss selbstverständlich sein.

Evakuiert die Lager!

Jede Waffe findet ihren Krieg: Wir wollen den Export von Kleinwaffen und Waffenfabriken

verbieten. Rüstungsexporte in Länder, die an Kriegen beteiligt sind und Menschenrechte

missachten, müssen sofort unterbunden werden. DIE LINKE ist der Friedens- und

Entspannungspolitik verbunden. Zivile Konfliktlösungen wollen wir stärken. Auslandseinsätze

der Bundeswehr werden wir beenden.

Unsere Umbaupläne sind nicht bescheiden, sie sind der Größe der Probleme angemessen. Sie

machen Hoffnung und sind realistisch, machbar und durchgerechnet. Die Zukunft zu verändern, den

Pfad zu wechseln und das Leben für die große Mehrheit der Menschen besser zu machen, das geht

nicht mit kleinen Ideen und kleinem Mut. Die gute Nachricht ist: Reichtum und Ressourcen für diesen

Umbau gibt es. Sie müssen nur gerecht verteilt werden:

Ungleichheit ist unsozial. Wir besteuern hohe Vermögen und Erbschaften gerecht. Statt einer

Billigsteuer für Unternehmensgewinne wollen wir Profite wie alle Einkommen besteuern. Unser

Grundgesetz sieht eine Vermögensteuer vor, die Regierungen haben sie seit über 20 Jahren nicht

erhoben. Unsere Vermögensteuer belastet Vermögen (ohne Schulden) oberhalb von einer Million

Euro mit 5 Prozent. Für Unternehmen und betriebsnotwendiges Vermögen sehen wir Freibeträge

von mindestens 5 Millionen Euro vor. Damit könnten die Bundesländer die dringend notwendigen

12Investitionen in Bildung, Gesundheit und Wohnen leisten. Die Schuldenbremse ist

volkswirtschaftliche unsinnig und gehört abgeschafft.

Wir wollen einen grundlegenden Wandel, einen sozialen und ökologischen Systemwechsel. Wir

stehen an der Seite von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Mieter\*inneninitiativen,

FridaysForFuture, BlackLivesMatter, Seebrücke, Sozialverbänden und den Friedensbewegungen.

Andere wollen das Bündnis mit den Konzernen und trauen sich nicht zum Konflikt mit den Multi-

Millionären. Wir stehen für unteilbare Solidarität der Vielen, die jeden Tag mit ihrer bezahlten und

unbezahlten Arbeit, mit Herzblut und Hoffnung diese Gesellschaft tragen und am Laufen halten.

Unteilbare Solidarität ist unser Kompass in der Krise – auch gegen die Verschwörungstheorien, Hetze

und Gewalt von rechts.

DIE LINKE ist Garant für soziale Gerechtigkeit. Im Parlament und in der Nachbarschaft. Wir sind

unbestechlich. Wir nehmen als einzige Partei keine Spenden von Unternehmen und arbeiten nicht

mit Lobbyorganisationen zusammen.

Wir gehen in die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und streiten für gerechte Bildung und

gute Löhne. Wir haben in der Landesregierung in Berlin dafür gesorgt, dass die Mieten für

Hundertausende Mieter\*innen gesenkt wurden. Das werden wir in der Abgeordnetenhauswahl

verteidigen. Wir stellen in Thüringen den Ministerpräsidenten und haben gezeigt: DIE LINKE zieht

eine klare Kante gegen rechts. Das werden wir in der Landtagswahl verteidigen.

Wir gehen in die Bundestagswahl mit einem Plan für eine gerechte Zukunft. Wir haben die Ideen für

eine funktionierende, solidarische und klimagerechte Gesellschaft. Das sind für uns die Maßstäbe, in

eine Regierung einzutreten oder sie zu unterstützen. Wir kämpfen dafür, einen sozial-ökologischen

und friedenspolitischen Politikwechsel einzuleiten, statt die CDU weiter an der Macht zu belassen.

Der Kampf um neue soziale Mehrheiten in der Gesellschaft und im Bundestag beginnt jetzt. DIE

LINKE ist bereit. Wir wissen, was wir ändern müssen und wie wir es bezahlen. Wir arbeiten mit allen,

die Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit wollen. Wir machen uns auf den Weg mit allen, die bereit

sind, für ein demokratisches Land, für ein gerechtes Land, für ein solidarisches Land zu streiten. Für

ein Land für alle. Auf uns kommt es an, auf jeden und jede. Lassen Sie uns gemeinsam das Land

verändern.

13Gute Arbeit, gute Löhne – Demokratie gilt auch im Betrieb!

DIE LINKE kämpft dafür, dass alle Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können.

Arbeitsbedingungen müssen sich am Menschen und ihren Familien orientieren, nicht an den

Profitinteressen der Unternehmer. Die Unternehmerverbände nutzen die Krise, um Rechte von

Beschäftigten einzuschränken, Löhne weiter zu drücken und Überstunden durchzusetzen. Wenn

Unternehmen in der Corona-Krise riesige Wirtschaftshilfen bekommen und dann Beschäftigte

entlassen oder die Standorte schließen, sagen wir nein! DIE LINKE steht an der Seite der

Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Wir wollen Arbeitsplätze und Tarifverträge verteidigen und

die Tarifbindung ausbauen, Entlassungen stoppen und die Arbeitswelt vom Kopf auf die Füße stellen:

Gute Arbeit, die zum Leben passt, muss für alle die Regel sein statt die Ausnahme.

Dafür wollen wir folgende zentrale Forderungen umsetzen:

 Löhne, die für ein gutes Leben reichen! Wir schaffen den Niedriglohnsektor ab und stärken

Tarifverträge. Für Teilzeitjobs schaffen wir einen Rechtsanspruch auf eine

Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche.

 Soziale Absicherung in allen Arbeitsverhältnissen! Wir drängen Befristungen zurück und

sichern sämtliche Tätigkeiten über die Sozialversicherungen ab. Das schließt Beschäftigte

über Plattformen, Soloselbstständige und Saisonbeschäftigte ein.

 Arbeitszeiten, die zum Leben passen! Mehr Personal statt Dauerstress. Wir schaffen ein

neues Normalarbeitsverhältnis um die 30 Stunden pro Woche, ein Mitbestimmungsrecht

bei der Personalbemessung und eine Anti-Stress-Verordnung.

 Recht auf Weiterqualifizierung mit sozialer Absicherung! Wir schaffen einen

Weiterbildungsanspruch für alle und sichern das Einkommen während Weiterbildungszeiten

mit einem Weiterbildungsgeld.

Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Schluss mit dem Niedriglohn







Der gesetzliche Mindestlohn wird auf 13 Euro erhöht. Zuschläge für Sonntags-, Schicht- oder

Mehrarbeit sowie Sonderzahlungen dürfen nicht mit dem Mindestlohn verrechnet werden.

Sämtliche Ausnahmen vom Mindestlohn müssen gestrichen werden. Durch die Pflicht zur

elektronischen Arbeitszeiterfassung und häufigere Kontrollen muss die Einhaltung des

Mindestlohns durchgesetzt werden.

Tarifbindung muss wieder für alle Unternehmen und Branchen gelten. Dafür müssen

Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Das muss auf Antrag

einer Tarifvertragspartei möglich sein. Es muss als »öffentliches Interesse« gelten,

Tarifverträge in ihrer Reichweite zu stärken und einen Unterbietungswettbewerb zu Lasten

von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Auch regionale Tarifverträge und

komplette Entgelttabellen sollen per Rechtsverordnung gemäß Arbeitnehmerentsendegesetz

bundesweit gelten können.

Lohndumping durch Werkverträge und Leiharbeit beenden. Wir wollen Leiharbeit

verbieten. Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen Leiharbeiter\*innen ab dem ersten Tag die

gleichen Löhne wie für Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten.

Die Vergabe von Werkverträgen und der Einsatz von Leiharbeit müssen an die Zustimmung

des Betriebsrates und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden

werden. Um den Missbrauch von Werkverträgen zu unterbinden, muss die Beweislast künftig

beim Arbeitgeber liegen. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss an den Arbeitsplatz

14







statt an die Person der Beschäftigten gebunden werden. Die Vermittlung Erwerbsloser in

Leiharbeit durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter muss beendet werden.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag von 22

Stunden pro Woche für alle Beschäftigten einführen.

Um gleiche Entgelte für Frauen und Männer durchzusetzen, muss der Auskunftsanspruch im

Entgelttransparenzgesetz durch ein Verbandsklagerecht ergänzt werden. Gewerkschaften

müssen für ihre Mitglieder gleiche Entgelte einklagen können.

Bei Betriebsübergängen in nicht tarifgebundene Unternehmen und bei Auslagerungen

müssen die bisherigen Tarifverträge in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt

bleiben und auch für neu Eingestellte gelten.

Wir wollen verbindliche Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter: Sie dürfen nicht

mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen.

Managergehälter können steigen, wenn die untersten Lohngruppen angehoben werden.

Jahresgehälter über einer halben Million Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein.

Soziale Absicherung in jedem Arbeitsverhältnis

Die soziale Absicherung steht allen Beschäftigten zu, unabhängig von ihrer Herkunft und der Art ihres

Arbeitsverhältnisses:

 Befristungen stoppen! Sachgrundlose Befristungen müssen im Teilzeit- und

Befristungsgesetz ersatzlos gestrichen werden und zulässige Sachgründe eng begrenzt

werden. Bei öffentlicher Finanzierung soll die Befristung der Haushaltsmittel oder von

Projektgeldern kein zulässiger Grund mehr für die Befristung von Arbeitsverträgen sein. Der

dritte Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber muss zwingend unbefristet sein.

 Mini- und Midijobs wollen wir abschaffen und in sozialversicherungspflichtige

Arbeitsverhältnisse überführen. Ab dem ersten Euro muss für Unternehmen eine volle

Pflicht zur Sozialversicherung gelten. Plattformen müssen Arbeitgeberpflichten erfüllen und

Sozialversicherungsbeiträge für über sie Beschäftigte abführen. Auftraggeber müssen auch

für Soloselbständige Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Dazu schaffen wir bundesweite

branchenspezifische Mindesthonorarregelungen, die einem ruinösen Preiswettbewerb

entgegenwirken und Soloselbständige schützen. Sämtliche Ausnahmen für ausländische

Saisonbeschäftigte müssen gestrichen werden.

 Der Betriebsbegriff und der Arbeitnehmerbegriff müssen aktualisiert und an die heutigen

Arbeitsverhältnisse und Betriebsstrukturen angepasst werden.

Arbeitszeiten, die zum Leben passen

Viele Beschäftigte werden krank durch zu viel Arbeit und Überstunden, während Millionen Menschen

von Erwerbsarbeit ausgeschlossen oder werden unfreiwillig in Teilzeit abgedrängt. Es ist Zeit für ein

neues Normalarbeitsverhältnis. Wir wollen Arbeit in der Gesellschaft und zwischen den

Geschlechtern gerecht verteilen.

Wenn die Arbeit gerechter verteilt wäre, könnten statt Überstunden und Dauerstress über eine

Million Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit um die 30-Stunden pro Woche geschaffen werden. Eine 4-

Tage-Woche bzw. Arbeitszeiten um die 30 Stunden pro Woche sind genug. Eine Umverteilung von

Arbeitszeiten erhöht die Lebensqualität für alle.



Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wollen wir auf maximal 40 Stunden pro Woche

begrenzen.

15



















Ausnahmen von der täglich zulässigen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden wollen wir stärker

begrenzen. Eine Verkürzung der erforderlichen Ruhezeiten von 11 Stunden lehnen wir ab.

Arbeitgeber müssen Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit sowie die Dauer der

gewährten Ruhepausen jeweils am Tag der Arbeitsleistung aufzeichnen. Dienstreisen und in

der Freizeit erbrachte Arbeitsleistungen müssen vollständig als Arbeitszeit angerechnet

werden. Stärkere Kontrollen durch Arbeitsschutzbehörden müssen gesetzlich vorgeschrieben

werden.

Arbeit auf Abruf wird aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz gestrichen.

Betriebs- und Personalräte brauchen ein zwingendes Mitbestimmungsrecht bei der

Personalbemessung, um regelmäßige Überstunden und Leistungsverdichtung zu verhindern.

Wir wollen ein Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten.

Es braucht einen Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten für alle, die

Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen (vgl. in Kapitel III »Familien dort

unterstützen ...«).

Wir brauchen für alle Beschäftigten ein Rechtsanspruch auf eine sechswöchige Pflegezeit

mit Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber (vgl. Kapitel XII »Für einen linken Feminismus«).

Den Mindesturlaubsanspruch im Bundesurlaubsgesetz wollen wir schrittweise von 24 auf 30

Werktage anheben. Jedem Beschäftigten sollen mindestens 5 Wochen Urlaub zustehen.

Alle Beschäftigten sollen durch ein Recht auf Home-Office einen Teil ihrer Arbeit Zuhause

erledigen können, sofern die Art ihrer Tätigkeit das zulässt. Die Bedingungen über Home-

Office müssen per Tarifvertrag oder per Betriebs-/Dienstvereinbarung geregelt werden.

Arbeitsschutz und die gesetzliche Unfallversicherung müssen auch im Homeoffice

uneingeschränkt gelten. Recht auf Pausen und Recht auf Feierabend muss es auch im Home-

Office geben!

Recht auf Auszeiten: Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit

haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr) verbunden mit einem Rückkehrrecht.

Gute Arbeitsbedingungen, weniger Belastungen

Arbeit darf nicht krank machen. Das Leistungsniveau in Betrieben muss so sein, dass die Gesundheit

ein ganzes Arbeitsleben über erhalten wird. Das Arbeitsschutzgesetz verpflichtet Unternehmen, die

Arbeit so zu gestalten, dass Gefährdungen der psychischen und physischen Gesundheit möglichst

vermieden werden. Es scheitert allerdings oft an der Durchsetzung. Wir wollen einen Schutz gegen

Dauerstress und Überlastung sicherstellen:

 Wir brauchen eine Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastungen

bei der Arbeit (Anti-Stress-Verordnung). Betriebsräte müssen Unterstützung bekommen, um

die bestehenden Regeln des Arbeitsschutzgesetzes zur Verhütung psychischer Belastungen

sowie ganzheitliche Gefährdungsbeurteilungen und vor allem Abhilfemaßnahmen besser

durchsetzen zu können.

 Das Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten muss sich auch auf die Prävention von

Belastungen erstrecken. Die Beschäftigten brauchen ein individuelles „Veto-Recht“ bei

gesundheitsgefährdender Überlastung, um auch Beschäftigte in Betrieben ohne Betriebsrat

zu schützen.

 Die Arbeitsschutzbehörden müssen finanziell und personell besser ausstattet werden, um

wirksame und regelmäßige Kontrollen zu ermöglichen. Kontrollen sollten zwingend im

Betrieb und nicht nach Aktenlage stattfinden. Die Bußgelder für Verstöße gegen den

16



Gesundheitsschutz der Beschäftigten müssen deutlich angehoben werden. Im

Arbeitsschutzgesetz muss klargestellt werden, dass es strafbar ist, trotz vorheriger

behördlicher Abmahnung weiter die Gesundheit der Beschäftigten zu gefährden.

Belegschaften müssen pro Monat zwei Stunden Beratungszeit während der Arbeitszeit

erhalten, um sich über Arbeitsgestaltung, Arbeitszeit, Mitbestimmung und Arbeitsschutz

auszutauschen.

Die Anerkennung von Berufskrankheiten muss erleichtert werden. Das schließt psychische

Erkrankungen ein. Wir fordern eine Beweislastumkehr. Unabhängige Beratungsstellen

müssen eingerichtet werden und Versicherte dabei unterstützen, ihre Ansprüche

durchzusetzen. Berufsunfähigkeitsrenten müssen verbessert werden.

Kein Umbau auf dem Rücken der Beschäftigten: Weiterbildungsanspruch für alle

Unternehmen nutzen die Einführung neuer Technologien und Produkte, den Klimaschutz und die

Digitalisierung als Anlass, um auf dem Rücken der Beschäftigten umzustrukturieren, Beschäftigte zu

entlassen oder die Belegschaften zu erpressen. Gleichzeitig führen der ökologische Umbau und die

Digitalisierung zu neuen Tätigkeitsfeldern und verändern die Anforderungen an Beschäftigte. Die

Verantwortung für Aus- und Weiterbildung dürfen Unternehmen nicht auf die Beschäftigten und die

Allgemeinheit verschieben. Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse der Unternehmen sind,

müssen auch von diesen finanziert werden. Beschäftigte, deren Arbeitsplätze wegfallen, müssen

abgesichert werden. Wir wollen eine soziale und ökologische Transformation mit Arbeitsplatz- und

Einkommensgarantien für die Beschäftigten.

 Veto-Rechte gegen Kahlschlag, Mitbestimmung über die Zukunft. Beschäftigte und

Betriebsräte brauchen Mitbestimmung auch bei wirtschaftlichen Fragen. Das gilt besonders

für Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen sowie die Gestaltung der

Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen. Ebenso für den betrieblichen Umweltschutz.

 Das Recht der Betriebsräte auf Verhandlungen mit den tatsächlichen Entscheidungsträgern

muss auch in internationalen Konzernen klargestellt werden. Es kann nicht sein, dass

Unternehmen durch Holdingstrukturen, bei denen Geschäftsführungen vor Ort nur als

Befehlsempfänger agieren, demokratische Mitbestimmungsrechte unterlaufen.

 Betriebsräte brauchen ein erzwingbares Mitbestimmungs- und Initiativrecht für betriebliche

Aus-, Weiter- und Fortbildung - und bei der Neuausrichtung der Unternehmen. Betriebe mit

über 100 Beschäftigten müssen verpflichtend eine qualifizierte Personalplanung

durchführen, die eine Weiterbildungsplanung für die Beschäftigten einschließt.

 Alle Beschäftigten müssen zum Zwecke der Weiterbildung einen Rechtsanspruch erhalten,

ihre Arbeitszeit zeitweise zu reduzieren oder zeitlich begrenzt ganz aussetzen zu können.

Der Arbeitgeber muss während der Bildungsteilzeit einen teilweisen Lohnausgleich von

mindestens 70 Prozent des Nettogehalts und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Der Staat

muss Bildungsteilzeit von Beschäftigten durch eine stärkere Berücksichtigung bei den

Rentenansprüchen und der Höhe von Ansprüchen auf ALG I unterstützen. Für

Geringverdienende muss ein vollständiger Lohnausgleich durch staatliche Zuschüsse

garantiert werden.

 Damit sich alle Unternehmen gleichermaßen an der Finanzierung beruflicher Weiterbildung

beteiligen, schlägt DIE LINKE einen Weiterbildungsfonds vor, in den alle Unternehmen einer

Branche einzahlen.

17





Berufsschulen und Hochschulen müssen gesetzlich verpflichtet werden, Angebote der

beruflichen Fortbildung zu schaffen, die allen Beschäftigten unabhängig vom bisherigen

Bildungsabschluss offenstehen.

Weiterbildungsangebote der Arbeitsagentur und Jobcenter müssen ausgebaut werden. Das

Ziel schneller Vermittlung Erwerbsloser muss gestrichen werden, stattdessen müssen Erhalt

der Qualifikation und Weiterbildung Vorrang bekommen. Für die Zeit der Weiterbildung wird

ein Weiterbildungsgeld in Höhe von 90 Prozent des letzten Nettoentgelts gezahlt. Die Zeit

der Weiterbildung wird nicht auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld angerechnet. (vgl.

Kapitel Erwerbslosigkeit)

Betriebe, die nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsumlage zahlen. (Vgl. Kap. „gut

ausgebildet“)

Mehr Rechte für Saisonbeschäftigte und Beschäftigte in Privathaushalten

Besonders gravierend sind die Verstöße gegen Arbeitsschutz und gute Arbeitsbedingungen für

mobile Beschäftigte aus dem Ausland. Durch die Koppelung des Aufenthaltsrechts an den

Arbeitsvertrag sind sie besonders von extremer Ausbeutung bedroht und können ihre Rechte

schwerer durchsetzen. Wir wollen gleiche Schutzrechte für alle und gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag muss auch für Saisonarbeiter\*innen und

aus dem Ausland entsendete Beschäftigte gelten. Um Lohnbetrug zu vermeiden, müssen

Unternehmen zur elektronischen Zeiterfassung verpflichtet werden, die für die Beschäftigten

einsehbar ist. Gleichzeitig brauchen wir einen legalen Aufenthaltsstatus für alle hier

Beschäftigten, damit Kontrollen zum Schutz der Beschäftigten dienen und nicht zu ihrem

Nachteil werden. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses darf nicht zum Verlust des

Aufenthaltsrechts führen. Der Zugang zu Informationen über bestehende Arbeitsrechte muss

erleichtert werden und Initiativen, die mobile Beschäftigte in ihren Muttersprachen beraten,

müssen stärker gefördert werden.

 Für vom Arbeitgeber gestellte oder vermittelte Unterkünfte muss es eine klare Begrenzung

der zulässigen Kosten geben. Diese sollen sich nach den geltenden Sachbezugswerten aus

dem Sozialversicherungsrecht richten. Abzüge für Unterkunft und Verpflegung müssen auf

der Lohnabrechnung transparent dargestellt sein, um den Beschäftigten die Überprüfung zu

ermöglichen. Die Einhaltung von Hygienestandards in den Unterkünften muss von den

Aufsichtsbehörden regelmäßig kontrolliert werden.

 DIE LINKE will die Rechte von Beschäftigten in Privathaushalten stärken. Arbeit in

Privathaushalten (u.a. Reinigung, Pflege, Kinderbetreuung) soll v.a. über zertifizierte

Agenturen, gemeinwohlorientierte oder kommunale Träger organisiert werden. Sie müssen

Tarifverträge, unbefristete Beschäftigung, das Recht auf eine vertragliche

Mindeststundenzahl, Arbeitsschutz und Weiterbildung für Beschäftigte garantieren. Um

Überausbeutung zurückzudrängen, müssen Beschäftigte in Privathaushalten ohne Arbeits-

und Aufenthaltsrechte die Möglichkeit einer Legalisierung erhalten.

Mehr Demokratie im Betrieb:

Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften stärken

DIE LINKE will die Demokratie in der Gesellschaft, im Betrieb und in der Wirtschaft stärken. Wir

stellen uns gegen Versuche von Unternehmern, die Rechte von Beschäftigten und ihren

Betriebsräten zu beschneiden sowie die Arbeit oder Wahl von Betriebsräten zu behindern. Die

Geltung von Tarifverträgen und die Mitbestimmungsrechte von Belegschaften und Betriebsräten

18müssen ausgebaut werden. Betriebsräte müssen auch in wirtschaftlichen Fragen mitbestimmen

können (vgl. „Keine Umbau auf den Rücken der Beschäftigten“). DIE LINKE setzt sich dafür ein, die

Wahl von Betriebsräten zu erleichtern. Initiator\*innen von Betriebsratswahlen und Betriebsräte

müssen wirksam vor Union Busting geschützt werden:

 Das Wahlverfahren für Betriebsratswahlen wird für alle Betriebe vereinfacht.

 Betriebe ab fünf Beschäftigten, in denen kein Betriebsrat besteht, müssen jährliche

Beschäftigtenversammlungen zur Information über Rechte und Pflichten aus dem

Betriebsverfassungsgesetz durchführen, bei denen anschließend in Abwesenheit des

Arbeitsgebers geheim über die Einleitung einer Betriebsratswahl abgestimmt wird.

 Der Kündigungsschutz für alle Organe der Betriebsverfassung muss auf 24 Monate

verlängert werden – auch für alle Initiator\*innen einer Betriebsratswahl sowie

Bewerber\*innen für den Wahlvorstand. Initiator\*innen einer Betriebsratswahl dürfen auch

aus wichtigem Grund nur mit Zustimmung des Betriebsrats oder durch gerichtliche

Entscheidung gekündigt werden.

 Wir wollen Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit ausreichend Personal für

Straftatbestände aus dem Arbeitsrecht und Betriebsverfassungsrecht schaffen. Wir wollen

schärfere Sanktionen gegen Arbeitgeber und Anwaltskanzleien, die sich auf die Verhinderung

von gewerkschaftlicher Organisierung spezialisiert haben. Die Bußgelder für Verstöße

müssen erhöht werden und sich an der wirtschaftlichen Stärke des Unternehmens

orientieren.

 Ein zentrales Melderegister, in dem Betriebsratswahlen mit ihrem Verlauf und Ergebnis

erfasst werden, muss geschaffen werden. Dadurch würde es für Gewerkschaften und NGOs

einfacher, Strategien gegen Union Busting und Betriebsratsbekämpfung zu entwickeln.

 Die Beweislast für die Erforderlichkeit von Freistellungen für Betriebsratsarbeit muss

umgekehrt werden. Das Unternehmen muss nachweisen, dass die Betriebsratsarbeit nicht

erforderlich war. Bei Uneinigkeit entscheidet die Einigungsstelle, bis zur Entscheidung muss

das Entgelt in voller Höhe gezahlt werden. Die Anzahl freigestellter Betriebsräte nach §38

BetrVG muss erhöht werden, da die Aufgaben von Betriebsräten immer vielfältiger werden.

 Als Ordnungswidrigkeit muss künftig auch gelten, wenn Unternehmen nicht,

wahrheitswidrig, verspätet oder unvollständig ihren Unterrichtungs-, Herausgabe- und

Einsichtspflichten zur Erfüllung der Betriebsratsaufgaben nachkommen. Die Höhe möglicher

Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten nach Betriebsverfassungsgesetz wird auf 250.000 Euro

angehoben.

 Betriebsräte müssen das Recht erhalten, sachverständige Berater ihrer Wahl zur

Unterstützung heranzuziehen, ohne dass es einer näheren Vereinbarung mit dem

Unternehmen bedarf. Hält das Unternehmen die Beratung oder die Höhe des Honorars für

unangemessen, kann es die Einigungsstelle anrufen.

 Die Unternehmensmitbestimmung muss auf alle Unternehmen mit mehr als 200

Mitarbeiter\*innen und Standortniederlassungen in Deutschland ausgeweitet werden,

unabhängig von ihrer Rechtsform. Echte paritätische Mitbestimmung nach dem Modell der

Montanmitbestimmung muss zur Regel in allen Unternehmen werden. Wir wollen es

Konzernen erschweren, die Mitbestimmungsgesetze durch die Verlagerung ihres

Unternehmenssitzes, durch Gründung von Scheinauslandsgesellschaften oder die

Umwandlung in andere Rechtsformen (z.B. SE) zu umgehen.

 Wir wollen, dass der Aufsichtsrat bei allen wichtigen Entscheidungen der

Unternehmensführung zustimmen muss. Bei Fragen von erheblicher Bedeutung für die

19











Belegschaft wollen wir, dass zuerst eine Belegschaftsabstimmung durchgeführt wird.

Entscheidungen gegen das Votum der Belegschaft bedürfen mindestens einer

Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat.

Die Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten und Betriebsräten in Insolvenzverfahren

müssen gestärkt werden. Die Vergütungen von Insolvenzverwaltern müssen begrenzt

werden.

Die betrieblichen Mitbestimmungsrechte und das Streikrecht müssen auch für die

Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas uneingeschränkt gelten. Der § 118 des

Betriebsverfassungsgesetzes muss gestrichen werden. Das Allgemeine

Gleichbehandlungsgesetz muss auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden. Das

Arbeitsrecht muss sicherstellen, dass ein aus Sicht der Kirchen »fehlendes privates

Wohlverhalten« nicht zur Grundlage von Kündigungen in kirchlichen Einrichtungen und

Betrieben gemacht werden darf.

Für Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssen die gleichen Mitbestimmungsrechte gelten.

Das Streikrecht muss auch für Beamte gelten.

Die Gewerkschaften müssen ein umfassendes Verbandsklagerecht zur Einhaltung von

Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen erhalten sowie das Recht zu

Kollektivbeschwerden nach dem Protokoll der Europäischen Sozialcharta.

Zur Verteidigung des Streikrechts muss der Antistreikparagraph § 160 des SGB III abgeschafft

werden. Das Tarifeinheitsgesetz muss zurückgenommen werden, da mit ihm eine

Einschränkung des Streikrechts verbunden ist. Solidaritätsstreiks mit Beschäftigten anderer

Betriebe und Branchen und politische Streiks zur Durchsetzung sozialer Verbesserungen und

zur Verteidigung von Demokratie und Frieden müssen ins Streikrecht eingeschlossen werden.

OT-Mitgliedschaften („Ohne Tarif“) in Arbeitgeberverbänden müssen abgeschafft werden.

20Gute Rente, gutes Leben – solidarische Erwerbstätigenversicherung

Wir wollen eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard wieder sichert und vor Armut schützt. Das

ist für viele Menschen die Grundlage für ein sorgenfreies und selbstbestimmtes Leben. Forderungen,

dass wer länger lebt, erst später in Rente gehen soll, weisen wir zurück. Die Rente darf nicht über

Kapitalmärkte „gesichert“ werden – dann ist sie unsicher. Sie muss zu gleichen Teilen von

Unternehmen und Beschäftigten finanziert werden. Noch in den 1990er Jahren lag das Rentenniveau

bei bis zu 72 Prozent, jetzt soll es bis auf 43 Prozent sinken. Das ist ein Programm der

Bundesregierung für Altersarmut!

Wir wollen den Rentenabbau beenden und das Garantieversprechen der gesetzlichen

Rentenversicherung wiederherstellen. Drei zentrale Maßnahmen sind der Einstieg:

1. Als Sofortmaßnahme heben wir das Rentenniveau auf 53 Prozent an. Das bedeutet in Geld:

Wer derzeit die aktuelle Durchschnittsrente von 1.048 Euro bekommt, erhält dann 1.152 Euro,

also 104 Euro mehr im Monat. Das Rentenniveau von derzeit 48,21 Prozent kann problemlos

innerhalb einer Wahlperiode auf 53 Prozent angehoben werden. Das kostet Beschäftigte und

Arbeitgeber\*innen bei einem durchschnittlichen Verdienst von 3.379 Euro nur je 33 Euro mehr

im Monat. Der Beitrag für eine private Riesterrente (120 Euro) kann dafür entfallen.

Durchschnittsverdienende hätten also 87 Euro mehr in der Tasche. Bei der Rentenanpassung

stellen wir die Lohnbezogenheit wieder her.

2. Als LINKES Kernprojekt erweitern wir die gesetzliche Rentenversicherung zu einer

Alterssicherung für alle Erwerbstätigen. Dazu haben wir ein Konzept entwickelt, das Solidarität

und soziale Gerechtigkeit mit finanzieller Solidität und Stabilität verbindet. Wir stärken damit die

Alterssicherung für alle Erwerbstätigen und verhindern Armut im Alter und bei

Erwerbsminderung. Unser Konzept der solidarischen Erwerbstätigenversicherung bietet eine

gesetzliche Alterssicherung auch für bislang nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler\*innen,

Beamt\*innen, Manager\*innen und Politiker\*innen. Wir wollen, dass alle Erwerbstätigen Beiträge

in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Mit anderen Worten: Wir machen aus der

bisherigen Arbeitnehmer\*innen-Versicherung eine Erwerbstätigenversicherung.

3. Als Garantie führen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro für all jene ein, die trotz

der Reformmaßnahmen eine zu niedrige Rente haben, um davon leben zu können. Denn wer

heute auf lange Phasen mit schlechten Löhnen, Erwerbslosigkeit oder Krankheit zurückblicken

muss, hat trotzdem Anspruch auf ein würdevolles Leben im Alter. Die Solidarische Mindestrente

wird deshalb an alle Menschen im Rentenalter und bei Erwerbsminderung als Zuschlag – im

Einzelfall auch als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt, die weniger als 1.200 Euro

Nettoeinkommen im Alter haben. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und

vermögensgeprüft. Sie wird aus Steuern finanziert. Die Unterhaltsansprüche nach dem BGB

werden berücksichtigt. Mit Vermögensfreibeträgen stellen wir sicher, dass soziale Härten

vermieden werden und normales, selbstgenutztes Wohneigentum unangetastet bleibt. Unser

Versprechen lautet: Niemand soll im Alter von weniger als 1.200 Euro leben müssen. Die Höhe

der Solidarischen Mindestrente wird regelmäßig am 1. Juli eines jeden Jahres im selben Maße

erhöht, wie alle anderen gesetzlichen Renten auch.

Wir wollen weitere zügige Verbesserungen bei der Rente durchsetzen. Unser Rentenkonzept sieht

vor:

21 Solidarausgleich für Niedriglohn: Zeiten niedriger Löhne wollen wir ausgleichen. Die von der

Großen Koalition beschlossene sogenannte »Grundrente« greift hier zu kurz. Wir wollen die

»Rente nach Mindestentgeltpunkten« auch für Zeiten nach 1992 einführen und verbessern.

Vollzeiterwerbstätige mit dreizehn Euro Stundenlohn und mehr erhielten dann in der Regel

eine Rente von mehr als 1.200 Euro. Eine Einzelhandelskauffrau mit einem Gehalt von 2.200

Euro brutto hätte dadurch monatlich etwa 203 Euro mehr Rente – ohne eine

Einkommensprüfung! Davon würden vor allem Frauen und Ostdeutsche profitieren.

 Ausbildungszeiten werden besser anerkannt und führen zu höheren Renten.

 Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und der Pflege bewerten wir höher, damit

sie nicht zu Armutsrenten führen.

 Für jedes Kind werden drei Entgeltpunkte – das sind zurzeit über 102 Euro sogenannter

„Mütterrente“ – auf dem Rentenkonto gutschreiben. Egal, ob ein Kind 1960 oder 2010, egal,

ob es in Frankfurt am Main oder in Frankfurt an der Oder geboren wurde. Diese

Verbesserung muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuern finanziert werden.

 Für regelmäßig geleistete freiwillige und unbezahlte Arbeit von Bürgerinnen und Bürgern im

anerkannten organisierten Rettungsdienst, im Brandschutz, im Katastrophenschutz und im

Technischen Hilfswerk (THW) werden durch den Staat angemessene Beiträge in die

gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt.

 Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden. Forderungen nach einem noch

höheren Renteneintritt sind unrealistisch und unverantwortlich. Arbeiten bis zum Umfallen

wollen wir verhindern. Jede\*r muss wieder spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente

gehen dürfen. Das ist finanzierbar. Wenn Menschen mindestens 40 Jahre Beiträge gezahlt

haben, sollen sie bereits ab 60 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.

 Wer krank wird, darf nicht noch niedrige Renten zu befürchten haben: Der Zugang zu den

Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden. Die beschlossene Anhebung der

Zurechnungszeit (die Zeit, die »hinzugerechnet« wird, weil der oder die Versicherte wegen

der Erwerbsminderung nicht einzahlen konnte) für Rentenzugänge ab 2019 muss auch für die

Menschen gelten, die schon 2018 und früher eine Erwerbsminderungsrente bezogen haben.

Wir fordern, die unsozialen Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten zu streichen oder sie

durch eine wirkungsgleiche Maßnahme zu kompensieren.

 Für Langzeiterwerbslose müssen endlich wieder Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt

werden.

 Wir wollen die Benachteiligung der ostdeutschen Rentner\*innen endlich beenden. Wir

fordern eine sofortige Angleichung an das Westniveau, ohne zukünftige Rentner\*innen zu

benachteiligen (vgl. Kapitel »Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland«).

Mit unserem Konzept der solidarischen Erwerbstätigenversicherung stellen wir die Weichen für

eine gerechte, stabile und inklusive Alterssicherung der Zukunft, die für alle Erwerbstätigen da

ist. Sie wird von folgenden Einzelmaßnahmen flankiert:



Die Beitragsbemessungsgrenze (für die allgemeine und die knappschaftliche

Rentenversicherung sowie für die alten und die neuen Bundesländer) wird zunächst

vereinheitlicht und dann in mehreren Schritten angehoben und schließlich ganz aufgehoben.

22Die Höhe der Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnittes soll im höchsten

verfassungsgemäß zulässigen Rahmen abgeflacht werden.

 Die private Riester-Rente ist gescheitert. Sie kann die in die gesetzliche Rente gerissenen

Lücken nicht schließen. Die Beiträge und Zuschüsse wandern in die Kassen der

Versicherungskonzerne statt in die Portemonnaies der Rentner\*innen. Millionen Menschen

mit normalem und niedrigem Einkommen können sich private Rentenversicherungen nicht

leisten. Die Riester-Rente überführen wir auf freiwilliger Basis in die gesetzliche Rente. Wer

eingezahlt hat, soll seine Ansprüche behalten und in die gesetzliche Rente überführen

können. Die staatlichen Subventionen von knapp vier Milliarden Euro jährlich beenden wir

und erhöhen damit die Zuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung. Außerdem soll es

Versicherten und ihren Arbeitgeber\*innen erleichtert werden, bis zu einer bestimmten

Grenze freiwillig zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen.

 Die Beschäftigten dürfen nicht den Risiken auf dem Kapitalmarkt ausgesetzt werden. Wir

lehnen es ab, die Arbeitgeber im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher Altersvorsorge und

sogenannter »Zielrenten« aus der Haftung zu entlassen. Das gilt auch für den Verzicht auf

Rentengarantien zugunsten einer reinen Beitragszusage.

 Wir wollen eine betriebliche Altersversorgung, die überwiegend von den Arbeitgebern

finanziert wird (als betriebliche Sozialleistung). Dafür sollen verbindliche tarifvertragliche

Regelungen die Grundlage sein.

 Wir fordern, die Doppelverbeitragung mit Krankenversicherungs- und

Pflegeversicherungsbeiträgen bei betrieblicher Altersvorsorge und den Direktversicherungen

sofort zu beenden. Klar ist: Betriebsrenten dürfen nicht frei von Sozialabgaben sein. Aber sie

sollen in der Ansparphase bezahlt werden und nicht in der Rentenphase. Mit der

Entgeltumwandlung werden die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung jedoch

geschwächt und die Rentenansprüche aller Versicherten – egal ob sie über den Betrieb

vorsorgen oder nicht – sinken. Die Ungleichheit wird so verschärft. Darum wollen wir die

Entgeltumwandlung für die Zukunft abschaffen.

 Die Doppelbesteuerung der Renten wollen wir abschaffen. Wir wollen das steuerfreie

Existenzminimum auf 14.400 Euro im Jahr anheben – kleine bis mittlere Renten wären damit

freigestellt. DIE LINKE fordert eine außerordentliche Rentenerhöhung und eine

Neuberechnung des individuellen Rentenfreibetrages. Denn die Rente muss nach

jahrzehntelanger Beitragszahlung auch netto den Lebensstandard wieder sichern.

Unser Nachbarland Österreich zeigt: Ein gesetzliches Rentensystem kann vor Armut schützen, den

Lebensstandard sichern und zugleich finanzierbar sein. Statt einen Teil der Alterssicherung vom

Kapitalmarkt abhängig zu machen, wurde in Österreich das gesetzliche Rentensystem zu einer

Erwerbstätigenversicherung ausgebaut. Das wollen wir auch in Deutschland erreichen.

23Soziale Sicherheit für alle

Wir wollen einen starken, demokratischen Sozialstaat, der alle Menschen wirksam gegen die

Lebensrisiken von Krankheit, Unfall, Alter, Pflegebedürftigkeit und Erwerbslosigkeit schützt. Corona

hat die Lücken unserer sozialen Sicherungssysteme gezeigt: Für Hartz-IV-Bezieher\*innen sind

Mehrausgaben z.B. für Home-Schooling und Sicherheitsmasken nicht erschwinglich, schon die

Regelbeträge sichern nicht gegen Armut. Freiberufler\*innen bleiben ohne soziale Absicherung.

Obdachlose in Sammelunterkünften sind hohen Infektionsrisiken ausgesetzt. Die soziale

Ungleichheit hat zugenommen. Wir wollen einen demokratischen Sozialstaat, der soziale Garantien

gibt, das gesellschaftliche Leben durch soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastrukturen

stärkt und für gute und planbare Erwerbsarbeit sorgt, die sicher ist und zum Leben passt. An einer

Regierung, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die

Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.

Das sind die drei Säulen unseres Sozialstaats der Zukunft:

I. Soziale Garantien für alle, die vor Armut schützen und gesellschaftliche Teilhabe

ermöglichen: Wir stärken den Sozialstaat durch soziale Garantien auf Basis solidarischer

Umlagesysteme, die alle Menschen wirksam gegen die Risiken des Lebens schützen. Wir

garantieren einen guten Lebensstandard für alle in allen Lebensphasen und -situationen –

auch in der Rente. Wir wollen einen garantierten Schutz vor Armut. Sanktionen und

entwürdigende Antragsverfahren schaffen wir ab. Zusammengefasst wollen wir ein

garantiertes Mindesteinkommen von 1.200 Euro in jeder Lebenssituation, in der es

gebraucht wird.

II. Soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastrukturen, die Zugang für alle ermöglichen:

Soziale Dienstleistungen – z.B. im Gesundheits-, Pflege-, Bildungs- und Sozialwesen – und

Öffentliche Infrastrukturen – z.B. Bibliotheken, Theatern, Schwimmbädern, Straßen,

Nahverkehr – sind deshalb zentral für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Als Teil

des gesellschaftlichen Reichtums sind sie öffentliche Güter, die allen Mitgliedern der

Gesellschaft zugutekommen und deshalb gemeinwohlorientiert verfasst sein sollen. Wir

verstehen diese Dienstleistungen und Infrastrukturen als Sozialeigentum aller Bürger\*innen.

III. Ein „neues Normalarbeitsverhältnis“ für gute und planbare Erwerbsarbeit, die sicher ist

und zum Leben passt: Sinnhafte Erwerbsarbeit, kürzere Arbeitszeiten und Löhne, die für ein

gutes, planbares und sicheres Leben reichen. So können wir auch die Ungleichheit zwischen

den Geschlechtern zurückdrängen. Gute Arbeit sichert auch Steuereinnahmen und

Versicherungsbeiträge für die Ausweitung des demokratischen Sozialstaates.

Soziale Garantien: Eine gerechte Versicherung gegen Erwerbslosigkeit

Erwerbslosigkeit in Deutschland ist durch die Corona-Krise wieder gestiegen. Der Anstieg fiel in den

neuen Bundesländern höher aus als in den alten. Für viele Erwerbslose bedeutet das den Absturz in

Hartz IV. Wer jahrelang in die Erwerbslosenversicherung eingezahlt hat, ist trotzdem von Armut

bedroht. Lang erworbene Versicherungsansprüche werden vernichtet. Wir wollen eine Versicherung

gegen Erwerbslosigkeit, die den zuvor erreichte Lebensstandard annähernd sichert. In die

Versicherung zahlen Beschäftigte und Arbeitgeber ein. Ziel unserer Verbesserungen der

Erwerbslosenversicherung ist es, möglichst viele Menschen gut abzusichern. Dies schließt auch die

Erwerbstätigen ein, die bislang von der gesetzlichen Erwerbslosenversicherung noch ausgeschlossen

24sind (z.B. Solo-Selbstständige und Freiberufler\*innen). Dazu erweitern wir das bereits bestehende

Arbeitslosengeld I und führen ein neues Arbeitslosengeld Plus ein.

Das Arbeitslosengeld (ALG I) soll länger gezahlt und Ansprüche darauf schneller erworben werden:

 Die aktuell geltende Regelanwartschaftszeit von 12 Monaten wollen wir auf

vier Monate absenken, die Rahmenfrist von aktuell zwei auf drei Jahre verlängern. Bereits

nach vier Monaten Erwerbstätigkeit besteht ein Anspruch auf zwei Monate ALG I. Nach

dieser Mindestbeschäftigungsdauer erwerben Beschäftigte für jeweils zwei Monate

sozialversicherungspflichtige Beschäftigung einen zusätzlichen Monat ALG I. Nach 24

Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und einer Anspruchsdauer von 12

Monaten ALG ergibt sich pro Beschäftigungsjahr ein Anspruch auf einen zusätzlichen Monat

ALG. Die Höhe des ALG I soll künftig 68 Prozent des bisherigen Nettoverdienstes betragen.

 Zeiten der Qualifizierung und Weiterbildung bis zu einer Dauer von 24 Monaten mindern

nicht die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld. Alle Erwerbslosen haben einen Anspruch

auf qualifizierte Förderung und Weiterbildung. Das gilt unabhängig davon, wie lange sie

erwerbslos sind.

 Für ältere Erwerbssuchende wollen wir eine verlängerte Bezugsdauer des ALG I: Nach

Vollendung des 50. Lebensjahres sollen es 18 Monate sein; nach Vollendung des 55.

Lebensjahres sollen es 24 Monate sein und nach Vollendung des 60. Lebensjahres sollen es

36 Monate sein.

 Sperrzeiten und Sanktionen werden ausnahmslos abgeschafft. Erarbeitete

Versicherungsansprüche dürfen nicht verworfen werden. Auch wenn Beschäftigte selbst

kündigen oder konkrete Arbeitsangebote ablehnen, dürfen keine Sperrzeiten oder andere

Sanktionen drohen.

Wir führen ein neues Arbeitslosengeld Plus (ALG Plus) ein. Es schützt Erwerbslose vor deutlichen

Einkommensausfällen nach dem Bezug von Arbeitslosengeld I, weil es lohnbezogen ist. Das ALG Plus

ist nicht einkommens- und vermögensgeprüft, da es beitragsfinanziert ist und es sich somit um

Ansprüche aus der Erwerbslosenversicherung handelt.

 Die Höhe des ALG Plus entspricht 58 Prozent des Nettoentgelts plus Inflationsausgleich. Das

ALG Plus verhindert künftig, dass Erwerbslose nach einem Jahr Arbeitslosengeld ins

Bodenlose fallen und bei Hartz IV landen. Damit beenden wir das Hartz-IV-Regime mit

seinem sanktionsbewehrten und würdelosen Druck auf Erwerbslose, jede Arbeit annehmen

zu müssen – mit verheerenden Folgen für die Betroffenen. Bei der Höhe des ALG Plus

differenzieren wir nicht nach Familienstand, da wir eine eigenständige Absicherung von

Kindern fordern (siehe Kindergrundsicherung unten).

 Die Bezugsdauer des ALG Plus entspricht der Dauer des vorherigen Bezugs von

Arbeitslosengeld. Arbeitslose, die mindestens 30 Jahre in der Arbeitslosenversicherung

versichert waren, erhalten einen unbefristeten Anspruch auf ALG Plus. Bei einem Anspruch

von weniger als 1.200 Euro (netto) wird mit der bedarfsgerechten und sanktionsfreien

individuellen Mindestsicherung diese Leistungshöhe aufgestockt.

 Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen deren Qualifikationen angemessen sein und den

beruflichen Werdegang und ihre Weiterbildungsinteressen berücksichtigen. Es gilt der

Grundsatz „Gute Arbeit“ und es darf keine Vermittlung in prekäre Beschäftigungsverhältnisse

(z.B. Leiharbeit) erfolgen.

25



Wir wollen ein Recht auf Erwerbsarbeit. Das schließt auch das Recht ein, eine konkrete

Arbeit abzulehnen. Niemand darf gezwungen werden, gegen seine oder ihre Überzeugung

eine bestimmte Erwerbsarbeit anzunehmen.

Wir wollen neue Perspektiven für Menschen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung

nachgehen können, auch aufgrund körperlicher oder psychischer Beeinträchtigungen. Dafür

schaffen wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit zusätzlichen

existenzsichernden, sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen.

Sie sollen Stadtteilzentren, Initiativen und kulturelle Projekte stärken. Sie müssen sich an den

regionalen Gegebenheiten sowie den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Erwerbslosen

ausrichten. Die Entlohnung darf den Mindestlohn und einen Bruttolohn von monatlich

mindestens 1.560 Euro (Vollzeit) nicht unterschreiten. Die Angebote sind für die

Erwerbslosen freiwillig.

Eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung

Wir wollen das Hartz-IV-System abschaffen und es ersetzen durch gute Arbeit (vgl. Kapitel Gute

Arbeit), eine bessere Erwerbslosenversicherung (siehe oben) und eine bedarfsgerechte individuelle

Mindestsicherung ohne Sanktionen. Um sicher gegen Armut zu schützen, muss sie derzeit 1.200 Euro

betragen. Sie gilt für Erwerbslose, aufstockende Erwerbstätige, Langzeiterwerbslose und

Erwerbsunfähige ohne hinreichendes Einkommen oder Vermögen. Sonderbedarfe, z.B. für chronisch

Kranke oder Menschen mit Behinderungen, werden im Rahmen der Solidarischen

Gesundheitsversicherung bzw. des Bundesteilhabegesetzes gewährt. Die Höhe der sanktionsfreien

Mindestsicherung muss jährlich entsprechend den Lebenshaltungskosten angehoben werden

(Inflationsausgleich). Einmal in der Legislaturperiode wird die Höhe der Mindestsicherung überprüft,

wobei sichergestellt sein muss, dass gesellschaftliche Teilhabe und Schutz vor Armut garantiert sind.

Für Kinder wollen wir eine eigenständige Grundsicherung einführen (siehe unten).

Alle Personen, die sich gegenwärtig in Deutschland aufhalten, haben ein Recht auf existenzsichernde

Sozialleistungen. Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wird abgeschafft. Asylbewerber\*innen

und hier lebende EU-Bürger\*innen werden in die individuelle Mindestsicherung einbezogen.

Sofortmaßnahmen: Erhöhung der Regelsätze und Abschaffung der Sanktionen

Als Zwischenschritt bis zur Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung wollen wir die

sofortige Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro plus die Übernahme

der Wohn- und Stromkosten in tatsächlicher Höhe. Zudem fordern wir für die Dauer der Corona-

Pandemie einen pauschalen Mehrbedarfszuschlag von 100 Euro für alle Bezieher\*innen von „Hartz

IV“ und Grundsicherung. Diese Forderung teilen wir mit vielen Sozialverbänden und Gewerkschaften.

 Langlebige Gebrauchsgüter wie Kühlschrank und Waschmaschine (sogenannte Weiße Ware)

sind nicht vom Regelbedarf abzudecken. Ihre Anschaffung muss im Bedarfsfall voll

übernommen werden.

 Die Mittel für Mobilität müssen den realen Preisen entsprechen. Wir treten für ein

Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr ein. Perspektivisch wollen wir einen entgeltfreien

öffentlichen Nahverkehr für alle.

Alle bisherigen Bundesregierungen haben gezielt kleingerechnet, was der Mensch zum Leben

braucht. Damit muss Schluss sein. Da sind wir uns mit vielen Sozial- und Fachverbänden einig.

 Die Kosten der Unterkunft und Heizung in einem Maße übernommen werden, dass dem

tatsächlichen Angebot an Wohnungen vor Ort entspricht (und nicht nur die vom Jobcenter

26



als „angemessen“ erachteten). Aktuell werden die angemessenen Wohnkosten von den

Kommunen oft viel zu niedrig angesetzt.

Das bisherige Prinzip der sog. Bedarfsgemeinschaften ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen

es durch individuelle Ansprüche (unter Beachtung der gesetzlichen Unterhaltsansprüche)

ersetzen.

Schulpflichtige Kinder im Leistungsbezug sollen als Sofortmaßnahme einen einmaligen

Zuschuss für Computer, Drucker und weitere IT-Ausstattung bekommen. Der Zuschuss soll

500 Euro betragen und über das Bildungs- und Teilhabepaket gewährt werden, damit er alle

Familien erreicht, die Hartz IV oder Grundsicherung beziehen. Den IT-Zuschlag überführen

wir in unsere eigenständige Kindergrundsicherung, sobald sie aufgebaut ist (vgl. unten).

Sanktionsfreiheit! Alle Sanktionen, also Kürzungen des Existenzminimums, müssen ausgeschlossen

werden. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 5.November 2019 bereits eine

notwendige rote Linie gegen die bisherige Sanktionspraxis gezogen. Das Grundrecht auf soziale

Teilhabe muss auch für Bezieher\*innen von Grundsicherungsleistungen umgesetzt werden.

 Die bisherigen Sanktionsregelungen im SGB II sowie die Leistungseinschränkungen im SGB XII

müssen gestrichen werden. Das sozialkulturelle Existenzminimum ist ein Grundrecht und darf

nicht durch Sanktionen unterschritten werden.

 Damit auch Menschen mit geringem Einkommen rechtlicher Beistand ermöglicht wird,

fordern wir den Ausbau der Prozesskosten- und Beratungshilfe. Wir wollen die Kriterien für

die Bewilligung, den Einsatz von Einkommen und Vermögen wie auch die

Mutwilligkeitsklausel verändern. Zudem setzen wir uns für gebührenfreie und unabhängige

Beratungsstellen ein. Damit niemand allein zum Amt muss und um den Austausch von

Betroffenen zu erleichtern braucht es ein bundesweites Netz an selbstorganisierten

Sozialberatungsstellen. Deren Betrieb muss durch Bundeszuschüsse finanziert werden.

Prekäre Beschäftigung und Erwerbslosigkeit, hohe Mieten und Krankheit treiben die Menschen in die

Armuts- und damit zwangsläufig auch in die Schuldenfalle. Die Reform des Verbraucher-

Insolvenzverfahrens von 2020 ist nicht ausreichend. Wir sagen: Raus aus der Schulden- und

Armutsfalle!

Menschen, die schon durchgehend seit mindestens 72 Monaten im »Schuldturm« (öffentliches

Schuldnerverzeichnis) eingetragen sind, sollen eine verkürzte vollständige Restschuldbefreiung von

12 Monaten erhalten.

Wir wollen Schulden verhindern, bevor sie entstehen. Dafür wollen wir Schuldnerberatungsstellen

stärken und eine mobile Schuldnerberatung in ländlichen Gebieten einführen. Wir wollen kostenfreie

juristische Hilfe für jeden betroffenen Verbraucher ohne Bedingungen.

Alle in der Partei DIE LINKE sind dem grundlegenden Ziel verpflichtet, alle Menschen sicher vor Armut

zu schützen und gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren. Diese Garantie macht für viele die Idee

eines Grundeinkommens attraktiv. Für uns ist sie der Grund, uns für ein sanktionsfreies

Mindesteinkommen von 1.200 Euro einzusetzen, für alle, die es brauchen: ob in Rente, Bafög,

Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit – niemand soll weniger haben. Wir führen die gesellschaftlichen

Diskussionen um ein bedingungsloses Grundeinkommen kontrovers und entscheiden im kommenden

Jahr mit einem Mitgliederentscheid, ob wir unsere Haltung dazu ändern.

27Kinderarmut überwinden: Kindergrundsicherung

Kinderarmut ist immer Einkommensarmut der Eltern. Eine gute soziale Infrastruktur, gute Löhne und

soziale Garantien sind wichtige Bestandteile im Kampf gegen Kinderarmut. Dazu kommen eine starke

Kinder- und Jugendhilfe und eine armutsfeste Kindergrundsicherung. Wir beseitigen Kinder- und

Jugendarmut mit zwei Ansätzen:

 mit finanzieller Unterstützung der materiellen und monetären Armut

 mit infrastrukturellen Angeboten (ÖPNV, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen,

Musikschulen, Bibliotheken etc.) werden Türen geöffnet und Teilnahme am

gesellschaftlichen Leben hergestellt – niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah im

Lebensumfeld und möglichst gebührenfrei.

Gemeinsam mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Akteuren fordern

wir eine eigenständige Kindergrundsicherung. Sie muss leicht verständlich, transparent, gerecht und

sein:

 Jedes Kind ist gleich viel wert. Wir erhöhen das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro

monatlich. Es wird einkommensunabhängig an alle Familien gezahlt.

 Kinderarmut überwinden. Kinder aus armen Familien erhalten zusätzlich zum Kindergeld

einen altersgestaffelten Zuschlag bis zu 302 Euro. Der Zuschlag richtet sich an Kinder, deren

Eltern auf Hartz IV oder Sozialhilfe angewiesen sind bzw. durch niedriges Erwerbseinkommen

lediglich ihren eigenen Unterhalt sicherstellen können. Der Zuschlag ist altersgestaffelt, denn

Grundschulkinder brauchen mehr als Kindergartenkinder und Jugendliche mehr als

Grundschulkinder.

 Tatsächliche Unterkunftskosten berücksichtigen. Für Kinder mit Anspruch auf den Zuschlag

werden ggf. höhere Wohn- und Heizkosten übernommen.

 Einmalige und besondere Bedarfe anerkennen. Zudem werden einmalige und besondere

Bedarfe (z.B. für Klassenfahrten, IT-Ausstattung, Umzugskosten) für Kinder anerkannt, die

den Zuschlag bekommen.

Die Kindergrundsicherung gilt für alle Kinder und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18.

Lebensjahres und für junge Volljährige bis zur Vollendung ihrer ersten Schulausbildung (inkl. Abitur).

Mit unserer Kindergrundsicherung ersetzen wir die bestehenden bürokratischen, restriktiven und

intransparenten sozialen Sicherungssysteme für Kinder einkommensarmer Familien. Der

Unterhaltsvorschuss bleibt bestehen. Die Kindergrundsicherung ist eine Leistung des Kindes. Sie wird

weder beim Bezug von Sozialleistungen noch innerhalb des Steuerrechts als Einkommen der Eltern

oder anderer Haushaltsangehöriger angerechnet.

Die Angebote für Kinder und Jugendliche zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zur

persönlichen Entwicklung wollen wir ausbauen – barrierefrei, lebensnah und möglichst gebührenfrei.

Die Kommunen sind entsprechend finanziell zu unterstützen, um Angebote der Kinder- und

Jugendhilfe, Sportanlagen, Frei- und Hallenbäder, Kultur- und Bildungseinrichtungen vorzuhalten

sowie den ÖPNV stärker auf die Bedürfnisse der jungen Menschen auszurichten.

Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen

Niedrige Löhne und Erwerbslosigkeit haben Familien-, Kinder- und Jugendarmut zur Folge. Besonders

dramatisch ist die Situation für alleinerziehende Mütter und Väter, die sich im Hartz-IV-Bezug

befinden. LINKE Familienpolitik zielt darauf, allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne

Zukunftsangst zu ermöglichen – für alle Familienformen unabhängig der Herkunft, sexuelle

Orientierung und geschlechtlichen Identität (vgl. Kap. Reproduktive Gerechtigkeit). Dafür wollen wir

28soziale und öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen ausbauen, gute soziale Sicherungen

einführen und Familie und Beruf besser vereinbar werden.





Gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung für Kinder aller Altersgruppen: Eltern brauchen

Betreuungseinrichtungen, die flexible Öffnungszeiten haben, damit eine Vereinbarkeit von

Familie und Beruf gewährleistet ist. Gleichzeitig brauchen Beschäftigte gute

Arbeitsbedingungen, gute Löhne und bessere Betreuungsschlüssel. Die öffentlichen

Betreuungsangebote insbesondere für Kinder ab dem ersten Lebensjahr müssen ausgebaut

werden, damit ihr Rechtsanspruch auf pädagogische Förderung eingelöst werden kann (vgl.

Kapitel Bildung).

Mindestelterngeld, längere Laufzeit: Um Familie und Beruf besser zu vereinbaren, wollen

wir den Elterngeldanspruch auf 12 Monate pro Elternteil (bzw. 24 Monate für

Alleierziehende) verlängern. Der Elterngeldanspruch gilt individuell und ist nicht auf den

anderen Elternteil übertragbar. Er gilt bis zum siebten Lebensjahr des Kindes. Außerdem

wollen wir den Mindestbetrag des Elterngelds auf 400 Euro und beim ElterngeldPlus

entsprechend auf 200 Euro anheben.

 Keine Anrechnung des Elterngeldes auf Transferleistungen Seit 2011 wird Elterngeld z.B. auf

Hartz IV angerechnet. Insbesondere Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen, die

auf eine staatliche Unterstützung angewiesen sind, sind seitdem von der Leistung

ausgeschlossen.

 Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und

Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich

lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten

Zeitautonomie und eine Erwerbsarbeit, die zum Leben passt und sich an die Anforderungen

der unterschiedlichen Lebensphasen anpassen kann (vgl. Kap. Arbeit, familienfreundliche

Arbeitszeiten)

 Eltern brauchen besonderen Kündigungsschutz bis zur Vollendung des sechsten

Lebensjahres des Kindes.

 Mehr Kinderkrankentage: Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Kinderkrankentage

befristet bis Ende 2021 für gesetzlich versicherte Elternteile um zehn weitere Tage je Kind

und für Alleinerziehende um zusätzlich zwanzig Tage je Kind verlängert. Wir wollen eine

dauerhafte Verlängerung der Kinderkrankentage. Dies muss auch für Beschäftigte in Mini-

und Midijobs, Solo-Selbstständige und Freiberufler\*innen gelten!

 Familienfreundliche Steuermodelle statt Ehegattensplitting. Das nicht ausgeschöpfte

steuerliche Existenzminimum soll zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner\*innen

übertragbar sein soll.

Im Sorge- und Umgangsrecht muss das Kindeswohl in den Mittelpunkt stehen und soll

weiterhin im Einzelfall geprüft werden.

Mehr Personal in Jugendämtern: Eltern benötigen fachkundige Beratung und Begleitung.

Dies ist Aufgabe der Jugendämter, die sie wegen Personalmangel und Unterausstattung oft

nicht leisten können. Wir fordern eine bedarfsgerechte personelle und sachliche Ausstattung

von Jugendämtern. Dies gilt insbesondere für psychologisches Personal sowie

Mediator\*innen.

•

•

29Alleinerziehende und Ein-Eltern-Familien stärken

Das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden und ihren Kindern liegt bei über 40 Prozent, alleinerziehende

Mütter sind am stärksten betroffen. Beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit, Teilhabe am öffentlichen

Leben und Chancengerechtigkeit für Kinder in der Bildung werden Alleinerziehende vielfältig

diskriminiert.

 Wir wollen den Bezug des Unterhaltsvorschusses bis zum Abschluss der Schulbildung oder

Ausbildung und mindestens bis zum 18. Lebensjahr des Kindes ohne Einschränkungen

ausweiten. Das Kindergeld soll nur zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet

werden statt wie jetzt zu 100 Prozent. Unterhaltsvorschuss und Kindergeld dürfen nicht auf

die SGB II-Leistungen angerechnet werden.

 Getrenntlebende Eltern, die sich den Umgang mit dem Kind teilen und Grundsicherung für

Arbeitsuchende („Hartz IV“) beziehen, müssen sich nach aktueller Rechtsprechung den

Regelsatz für das Kind teilen. Die bestehende Armut wird dadurch noch verschärft und die

Beziehung zwischen den Eltern stark belastet. Denn bestimmte Fixkosten bleiben im

Haushalt bestehen, auch wenn das Kind mehrere Tage beim anderen Elternteil ist. Wir

wollen deshalb beiden Elternteilen einen pauschalen Umgangsmehrbedarf in Höhe von

einem Viertel des Regelsatzes für das Kind zusprechen. Außerdem wollen wir, dass bei der

Berechnung der Kosten der Unterkunft und Heizung das Kind als Mitglied beider Haushalte

zu betrachten ist und die entsprechenden Angemessenheitsgrenzen anzuwenden sind.

Selbstbestimmt im Alter

Wie die Menschen im Alter leben wollen, in wohlverdienter Ruhe, aktiv und politisch engagiert oder

einbezogen in Familie oder andere solidarische Beziehungen, muss ihre freie Entscheidung sein.

Dabei müssen ältere Menschen in allen sie betreffenden Lebensbereichen einbezogen werden – als

Expert\*innen ihres Lebens. Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der die Jungen und Alten

nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Gesellschaft, in der Menschen in Würde altern können

(vgl. Kapitel Rente).











Altersgerechte, gemeinnützige (z.B. genossenschaftliche), inklusive und vielfältige Wohn-

und Betreuungsformen schaffen. Sie sollen das Zusammenleben unterschiedlicher

Generationen, Nationalitäten, Religionen, Geschlechter, sexueller Orientierungen und

Befähigungen ermöglichen. Ältere Menschen sollen so lange wie gewünscht in ihrer eigenen

Wohnung und im gewohnten Wohnumfeld bleiben können.

Wirksame Hilfen und Konzepte gegen soziale Isolation und Einsamkeit im Alter

Gute und menschenwürdige gesundheitliche Versorgung mit Aufklärung und

gesundheitlicher Selbstbestimmung der Menschen. Die gesundheitliche und pflegerische

Betreuung muss professionell, wohnort- und patientennah sein und zur kommunalen

Pflichtaufgabe gemacht werden.

Mitbestimmungsrechte für Senior\*innen auf Bundes-, Länder-, Kreis- und Kommunalebene

wollen wir stärken.

Gute Infrastruktur: Auch in ländlichen Regionen und in Pflegeheimen müssen Menschen

Zugang zu öffentlichem Nahverkehr, Rufbussen und schnellem Internet ermöglicht. Digitale

Teilhabe ist eine Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Wohngebiete

müssen für ältere Menschen barrierefrei sein.

30Pflegenotstand stoppen! Systemwechsel in Gesundheit und Pflege.

Die Corona-Krise hat allen vor Augen geführt, dass das Gesundheitssystem falsch organisiert ist: Die

eilig eingerichteten Notfallkrankenhäuser konnten vielerorts nicht betrieben werden, weil es nicht

genügend Personal gab. Weil ausreichend Schutzkleidung fehlte, infizierten sich viele Pfleger\*innen

und medizinisches Personal und verschärften den Pflegenotstand.

Die Bundesregierung hätte es nach dem Frühjahr besser wissen können. Doch sie hat das Personal in

Krankenhaus und Pflege nicht aufgestockt, sie hat den Pharmakonzernen keine klaren Vorgaben für

die Produktion des Impfstoffes gemacht.

Schon vor Corona war Normalzustand in deutschen Krankenhäusern: Kaum Zeit für Zuwendung,

mangelnde Hygiene, mehr Unfälle und vermeidbare Todesfälle. Die Bundesregierung hat keine

Strategie vorgelegt, wie der Pflegenotstand in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen

gestoppt werden kann. Die Politik der Bundesregierungen, dass private Konzerne und Investoren mit

unseren Versicherungsbeiträgen, Zuzahlungen, Eigenanteilen und Ausbeutung der Beschäftigten im

Gesundheitswesen das große Geld machen können, gefährdet unsere Gesundheit! Damit muss

Schluss sein! Wir alle sind potenzielle Patient\*innen. Wir erwarten, dass wir in Pflegeheimen,

Krankenhäusern und im ambulanten Bereich gut versorgt werden. DIE LINKE steht an der Seite der

Beschäftigten, die seit Jahren für diese Ziele kämpfen. Der Pflegenotstand muss endlich gestoppt

werden!













100 000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern und 100 000 Pflegekräfte mehr in den

Pflegeheimen und 500 Euro mehr Grundgehalt! Die vielen Ausgebildeten sollen mit

attraktiven Arbeitsbedingungen zurückgewonnen werden.

Wir brauchen eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufe im Krankenhaus und in

Pflegeeinrichtungen!

In den Krankenhäusern wollen wir Personalabbau und Outsourcing stoppen und rückgängig

machen. Wir unterstützen die Kämpfe der Beschäftigten für die Rücknahme von

Ausgliederungen und Privatisierungen (etwa der Küchen- und Reinigungsdienstleistungen

oder der Logistik). Es muss gelten: Ein Haus, ein Tarif!

Die momentane Finanzierung der Krankenhäuser über das System der sogenannten

Fallpauschalen (DRGs) schafft falsche Anreize: Diagnosen, die sich lohnen, werden öfter

gestellt. Krankenhäuser werden unter Wettbewerbsdruck gesetzt. Der individuelle

gesundheitliche Bedarf steht nicht mehr Mittelpunkt. Wir fordern die Abschaffung der

Fallpauschalen! Die Betriebskosten müssen von den Krankenkassen vollständig refinanziert

werden.

Wir wollen Krankenhäuser in kommunale und gemeinwohlorientierte Hand überführen.

Gewinne aus dem Betrieb von Krankenhäusern dürfen nicht in die Taschen von Eigentümern

und Aktionären fließen. Deshalb brauchen wir ein Gewinnverbot. Wenn keine

Gewinnerzielung mit Krankenhäusern mehr möglich ist, verlieren private Konzerne den

Anreiz, Krankenhäuser zu betreiben. Wir fordern einen Fonds des Bundes zur

Rekommunalisierung, um eine weitere Privatisierung zu verhindern und

Entprivatisierungsbestrebungen zu unterstützen. Die Planungsrechte der Bundesländer

müssen gegenüber den Krankenhausträgern gestärkt werden. Wir erleichtern und fördern,

dass kommunale Krankenhausverbünde geschaffen werden.

In den Pflegeeinrichtungen wollen wir gute Arbeitsbedingungen durchsetzen. Dazu soll der

Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds umgewandelt werden. Medizinische

31







Behandlungspflege, auch in stationären Pflegeeinrichtungen, muss von der gesetzlichen

Krankenversicherung getragen werden. Zusätzliche Pflegekräfte können so regulär

beschäftigt und besser bezahlt werden. Grundlage dafür muss ein allgemeinverbindlicher

Flächentarifvertrag für alle Beschäftigten sein. DIE LINKE fordert ein Fachkraftniveau von

mindestens 50 Prozent in Pflegeeinrichtungen, das bundesweit verbindlich umgesetzt und

dessen Einhaltung wirksam kontrolliert wird.

Menschenwürdige Pflege kann und darf nicht auf Profit ausgerichtet sein. Aktuell ist der

überwiegende Teil der Pflegeheimplätze und der ambulanten Pflegedienste

privatwirtschaftlich organisiert. Der gesetzlich verankerte Anspruch auf Gewinn, der

sogenannter „Risikozuschlag“, für den der Staat im Zweifel bezahlt, muss ersatzlos gestrichen

werden. Keine transnationalen Pflegekonzerne: Wir brauchen eine Zulassungssteuerung, die

einen Steuernachweis im Inland enthält. Pflegeeinrichtungen müssen gemeinwohlorientiert

arbeiten.

Gute Pflege wird vor Ort erbracht: Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden,

Pflegeeinrichtungen in öffentliche Verantwortungen und demokratische Kontrolle zu

bringen. Die Infrastruktur der Pflege muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Bund

und Länder müssen ihrer Investitionspflicht nachkommen. Für eine umfassende Planung der

Pflegelandschaft wollen wir eine Pflegebedarfsplanung analog zur

Krankenhausbedarfsplanung einführen.

Ambulante Pflegedienste und Solo-Selbständige Pflegende wollen wir durch Organisation in

gemeinnützigen Plattformen und Durchsetzung von sozialversicherungspflichtigen

Arbeitsverhältnissen absichern.

DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung der Qualifizierung und für eine bessere Bezahlung der

Gesundheits- und Heilberufe ein. Aus- und Fortbildungen in Gesundheitsberufen müssen

gebührenfrei sein und Arbeitsleistungen während der Ausbildung vergütet werden. Bei

Weiterbildungen sollen die Beschäftigten nach ihrem Grundberuf bezahlt werden.

Eine neue solidarische Gesundheitsversicherung!

Das Allgemeinwohl muss bei Gesundheit und Pflege im Vordergrund stehen – nicht die

Profitmöglichkeiten einzelner Konzerne. Der tatsächliche Bedarf muss für die Planung unserer

Gesundheits- und Pflegelandschaft ausschlaggebend sein, nicht die Frage, ob Investoren sich Rendite

versprechen. Die Finanzierung muss auf neue Füße gestellt werden. Wir brauchen eine Solidarische

Gesundheitsvollversicherung. Alle zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle

werden gut versorgt. Zuzahlungen und Eigenanteile fallen in Zukunft weg.

 Mit der Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze sinkt der Beitrag für die

Krankenversicherung von ca. 15 Prozent auf weniger als 12 Prozent des Bruttolohns. Bis zur

Einführung einer Solidarischen Gesundheitsversicherung müssen sich die Beiträge für

Selbstständige und andere freiwillig in der GKV Versicherte stärker am realen Einkommen

orientieren.

 Für Menschen mit einem Monatseinkommen unter 6.300 Euro sinken die Beiträge in

absoluten Zahlen. Der allergrößte Teil der Bevölkerung wird durch dieses Konzept finanziell

entlastet, auch viele Selbstständige und Rentnerinnen und Rentner. Arbeitgeber und

Versicherte zahlen jeweils die Hälfte, also dann weniger als sechs Prozent.

 Schluss mit der 2-Klassen-Medizin: Wir wollen die Trennung zwischen gesetzlicher und

privater Krankenversicherung abschaffen. In die Solidarische Gesundheitsversicherung

zahlen alle mit ihren gesamten Einkünften (Erwerbs-, Kapital- und andere Einkommen) ein

32

und bekommen alle medizinisch notwendigen Leistungen, auch vollumfänglich

Medikamente, Brillen oder Physiotherapie. Medizinisch unnötige Behandlungen zu

finanziellen Zwecken an privat Versicherten gehören der Vergangenheit an.

Einige Hunderttausend Menschen haben immer noch keinen Krankenversicherungsschutz –

fast vierzehn Jahre nach Einführung der Krankenversicherungspflicht! Daher fordern wir, dass

alle in Deutschland lebenden Menschen notwendige gesundheitliche Leistungen

uneingeschränkt erhalten. Menschen ohne Krankenversicherung müssen ohne Verschuldung

aufgenommen werden können. Die Beiträge für Selbstständige und andere freiwillig in der

GKV Versicherte müssen sich deutlich stärker am realen Einkommen orientieren.

Eine solidarische Pflege-Vollversicherung.

Die Pflegeversicherung deckt die Kosten der Pflege nicht, sie ist eine Teilleistungsversicherung.

Immer mehr Menschen können sich gute Pflege nicht leisten, müssen sich verschulden oder geraten

in die Sozialhilfe. Wir wollen die Pflegeversicherung grundlegend umbauen: Mit einer verlässlichen,

gerechten und zukunftsfesten Finanzierung können wir gute Arbeitsbedingungen und gute Pflege

nach einheitlichen Standards sicherstellen. Zeit für aktivierende Pflege und zum Zuhören, für

Zuwendung und Förderung muss enthalten sein. Die Kommunen werden entlastet, weil weniger

Menschen durch die Pflegekosten von Sozialhilfe abhängig werden. Zu den Pflegeleistungen gehört

Assistenz für Menschen mit Behinderung. Assistenz-Leistungen sollen möglichst lang die Teilhabe am

öffentlichen Leben sichern.









Unsere Solidarische Pflegevollversicherung deckt alle pflegerischen Leistungen ab. Menschen

mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keine Eigenanteile zahlen. Keine Pflegeleistung

darf aus Kostengründen verweigert werden.

Pflegeleistungen sollen in hoher Qualität von gut bezahlten Fachkräften erbracht werden.

Familiäre Pflege und nachbarschaftliches Engagement können ergänzend und nicht aus der

Not heraus geleistet werden. Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, erhält dieselben Leistungen

wie alle anderen Menschen mit Pflegebedarf.

Die private Pflegeversicherung muss in die gesetzliche überführt werden. Die finanziellen

Lasten müssen gerecht auf allen Schultern verteilt werden: auch Beamt\*innen, Abgeordnete

und Selbstständige müssen entsprechend ihrem Einkommen in die Solidarische

Pflegevollversicherung einzahlen – ohne eine Beitragsbemessungsgrenze, die Millionäre

schont.

Um Überausbeutung zurückzudrängen, müssen Beschäftigte in Privathaushalten ohne

Arbeits- und Aufenthaltsrechte die Möglichkeit einer Legalisierung erhalten. Bevorzugt soll

Pflegearbeit in Privathaushalten über zertifizierte Agenturen, Pflegeplattformen,

gemeinwohlorientierte oder kommunale Träger organisiert werden. Diese müssen

Tarifverträge, unbefristete Beschäftigung, das Recht auf eine vertragliche

Mindeststundenzahl, Arbeitsschutz und Weiterbildung für Beschäftigte garantieren (vgl.

Kapitel Arbeit).

Pflegende Angehörige entlasten!

Die Lücken unseres Pflegesystems werden durch unbezahlte Arbeit von Angehörigen ausgeglichen.

Meist sind es die Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter. Im Alltag

kämpfen viele pflegende Menschen mit Dauerstress, Erschöpfung und Geldsorgen. Viele schränken

33ihre Berufstätigkeit ein oder geben sie auf. Das verringert die eigenen Rentenansprüche und führt die

Pflegenden in die Altersarmut. Das im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD angekündigte

Entlastungsbudget wurde nicht eingeführt.







Die größte Entlastung für sowohl Menschen mit Pflegebedarf als auch ihre pflegenden

Angehörigen ist wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer Solidarischen

Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und Kurzzeitpflege. Diese Angebote

müssen ausgebaut werden und zusammengeführt werden. Menschen mit Pflegebedarf

sollen selbst entscheiden können, welche Pflegearten (Entlastung, Verhinderung, Tages- oder

Kurzzeitpflege) sie in ihrer Lebensführung am besten unterstützen kann.

Für mehr Transparenz, Vernetzung und Selbstbestimmung brauchen wir Pflegeplattformen,

die Pflegekräfte sozialversichert und tariflich abgesichert beschäftigen.

Aktuell gibt es keine echten Lohnersatzleistungen für pflegenden Angehörige, die noch im

Beruf stehen. Wir wollen sechs Wochen Freistellung bei vollem, arbeitgeberfinanzierten

Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls. Die Schwellenwerte im

Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz wollen wir abschaffen. Es braucht einen

Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung

und Pflege übernehmen (vgl. in Kapitel III »Familien dort unterstützen ...«).

Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken!

Jahrelang ist an der personellen und sachlichen Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes

(ÖGD) gespart worden. Im Laufe der Corona-Pandemie zeigte sich, wie unverantwortlich das war: die

Kapazitätsgrenzen waren schnell erreicht. DIE LINKE will eine finanzielle Stärkung des ÖGD und eine

bessere Koordinierung. Im Mittelpunkt der Arbeit des ÖGD muss die soziale Komponente von

Gesundheit stehen.

 Der Bund muss dafür sorgen, dass Vorhaltekosten für Material und Behandlungskapazitäten

komplett gedeckt werden.

 Wir wollen, dass der ÖGD auch bei der Prophylaxe von Infektionen durch Reihenimpfungen

in Kitas, Schulen und Betrieben die tragende Rolle übernimmt.

 Frauenhygieneprodukte sollen von den öffentlichen Gesundheitsstellen kostenlos zur

Verfügung gestellt werden (vgl. Kap. Feminismus)

Soziale Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung bekämpfen!

Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung

jedes Einzelnen. Es ist bekannt, dass die soziale Lage einen entscheidenden Einfluss auf die

Gesundheit hat: Wer arm ist, wird häufiger krank und stirbt früher. Die Schere zwischen Arm und

Reich geht in Deutschland besonders schnell auseinander mit der Folge, dass Ungleichheit der

Gesundheitschancen weiter ansteigt. Gesundheit wird maßgeblich durch die Lebens- und

Arbeitsbedingungen der Menschen bestimmt. Diese Entwicklung wurde durch die Corona-Pandemie

und den Umgang der Bundesregierung verschärft.

 Wir fordern die Einführung des anonymen Krankenscheins, der illegalisierten Menschen den

Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht.

 Das Gesundheitswesen wollen wir konsequent von Barrieren befreien. Das bedeutet nicht

nur, Hindernisse beim Zugang zu Arztpraxen, Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen

34









zu beseitigen, sondern auch, Untersuchungstechniken und Kommunikation den besonderen

Bedürfnissen von älteren Patient\*innen und Menschen mit Behinderungen anzupassen.

Leichte Sprache, lesbare und verständliche Patienteninformationen sowie entsprechende

Beratungsleistungen müssen selbstverständlich werden.

Die Selbstbestimmungsrechte von Menschen mit Behinderungen in der Pflege müssen

garantiert werden.

Patientenvertreter\*innen sollen in Zukunft mit Stimmrechten in Gremien der gemeinsamen

Selbstverwaltung vertreten sein. Die Stimme der Pflege und deren personelle Vertretung in

den Gremien der Selbstverwaltung ist zu stärken!

Damit Selbsthilfe ihre Unabhängigkeit sichern und den großen Verbänden und Unternehmen

im Gesundheitswesen auf Augenhöhe begegnen kann, muss sie angemessen finanziert

werden. Die Förderverfahren sind transparent und unbürokratisch auszugestalten.

Psychisch kranke Menschen wollen wir vor dem Gesetz und in den Sozialversicherungen

gleichstellen und ihnen Zugang zu unserem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor

ermöglichen.

Wir wollen eine gewaltfreie Psychiatrie und die Abschaffung von Sondergesetzen. Die

räumlichen Bedingungen und die personelle Ausstattung müssen eine Behandlung ohne

Zwang und Gewalt ermöglichen.

Ambulanter Bereich: Gute Versorgung vor Ort, in Stadt und Land

Zu einer guten gesundheitlichen Versorgung gehören Wohnortnähe, angemessen kurze Wartezeiten

auf einen Termin und eine gute Notfallversorgung. Deutschland hat eine hohe durchschnittliche

Arztdichte, trotzdem müssen nicht nur in ländlichen Regionen teils lange Wege und lange

Wartezeiten in Kauf genommen werden.

DIE LINKE tritt für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsgerechte gesundheitliche

Versorgung in Stadt und Land ein. Dafür wollen wir die Arztsitze gleichmäßiger verteilen und eine

sektorenübergreifende Bedarfsplanung einführen. Kriterien müssen sein: Barrierefreiheit, kurze

Wartezeiten, Altersgerechtigkeit und ÖPNV-Erreichbarkeit.

Regionale Versorgungszentren sollen mittelfristig zum Rückgrat des ambulanten Sektors werden.

Sie gewährleisten eine hochwertige, interdisziplinäre Behandlung und bieten flexible und

familiengerechte Arbeitsbedingungen. Wir wollen Kommunen unterstützen, eigene Gesundheits-

und Pflegeeinrichtungen zu betreiben und so die Versorgung zu sichern, gerade im ländlichen Raum.

Neben Ärzt\*innen, medizinischem Personal und Gesundheitsberufen sollten auch andere

Berufsgruppen, wie z.B. Sozialarbeiter\*innen und Anwält\*innen, einbezogen werden. Modellprojekte

wie Gesundheitskollektive sollen unterstützt werden. Auch Psychotherapeut\*innen, Physio- und

Ergotherapeut\*innen, Logopäd\*innen, Podolog\*innen, Hebammen und Apotheken müssen überall

erreichbar sein.

 Wir wollen die Möglichkeit prüfen, Kaufpreise für Arztpraxen/Arztsitze zu begrenzen.

 Wir wollen einen öffentlichen Haftungsfonds, um Hebammen unabhängig von privaten

Versicherungen zu machen. Hebammen können erste Ansprechpartnerinnen für Schwangere

und die Schwangerenvorsorge sein – wie in den Niederlanden. Dieses Verständnis eines

neuen Berufsbildes sollte sich auch in der Vergütung niederschlagen.

 Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei weitem nicht den Bedarf.

Die Bedarfsplanung muss gerade in diesem Bereich dringend überarbeitet werden. Auch die

Finanzierung der Therapie muss den Bedarf decken. Die fragwürdige Kostenerstattungspraxis

der Kassen wollen wir so überflüssig machen.

35

Durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren versuchen sich Konzerne

Profitmöglichkeiten im ambulanten Bereich zu schaffen. Diese Entwicklung wollen wir

rückgängig machen.

Die Macht der Pharmaindustrie brechen! Gesundheitsforschung demokratisieren!

Die gesetzlichen Krankenkassen geben in Deutschland über 41 Milliarden Euro für Arzneimittel aus –

die Tendenz steigt schnell. Für Krebs-, Rheuma- und Multiple-Sklerose-Mittel werden im ersten Jahr

nach der Zulassung Fantasiepreise gezahlt.

 Arzneimittelpreise müssen effektiv und per Gesetz begrenzt werden.

Patient\*innen werden durch hohe Zuzahlungen belastet. Die meisten nicht verschreibungspflichtigen

Medikamente müssen sie komplett aus eigener Tasche bezahlen, selbst wenn diese ärztlich

verordnet wurden.

 Wir wollen, dass alle Patient\*innen mit sicheren und wirksamen Arzneimitteln nach dem

aktuellen Stand der Wissenschaft versorgt werden – unabhängig von ihrem Einkommen und

ihrer Erkrankung.

 Alle Medikamente mit nachgewiesenem Nutzen müssen vollständig erstattet werden. Dafür

muss eine Positivliste eingeführt werde.

Arzneimittelforschung bestimmt nicht nur, ob Medikamente entwickelt werden, die wirklich

gebraucht werden, sondern auch, wer die Eigentumsrechte besitzt, welche Preise aufgerufen

werden, ob die Forschungsergebnisse transparent gemacht werden und nicht zuletzt, ob Menschen

im globalen Süden Zugang zu Innovationen erhalten können. Für DIE LINKE ist Arzneimittelforschung

eine öffentliche Aufgabe.

 Wir wollen den Einfluss der Pharmakonzerne zurückdrängen. Das betrifft Werbung und

Beeinflussung der Ärzteschaft, Wissenschaft und Patientenorganisationen. Wir fordern eine

transparente, gesetzliche Regelung über Zuwendungen der Pharmaindustrie an

Mediziner\*innen und Heilberufe.

 Wir wollen Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen. Ergebnisse von Arzneimittelstudien

müssen veröffentlicht werden. Negative Studienergebnisse dürfen nicht unterdrückt werden.

 Die Herstellung von Medikamenten und medizinischen Geräten darf nicht den

Profitinteressen von Aktionären unterworfen sein. Die Pharmaindustrie muss dem

Gemeinwohl verpflichtet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden.

 Patente können tödlich sein. Dass unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft eine international

ungleiche Verteilung des Covid-19-Impfstoff durchgesetzt wurde, ist ein Skandal. Mit

öffentlichen Mitteln geförderte Forschung soll im Rahmen des »equitable licensing« zu

sozialen Konditionen an ärmere Länder und Generikaproduzenten abgegeben werden.

Produktentwicklungspartnerschaften sind nachhaltig und in voller Breite des

Krankheitsspektrums zu unterstützen. Die Kompetenzen der WHO in diesem Bereich wollen

wir ausweiten.

 Rabattverträge und andere Selektiv-Verträge wollen wir abschaffen.

 Forschungsprogramme sollen zukünftig in einem transparenten und partizipativen Prozess

entwickelt werden, der neben Expertenwissen die Allgemeinheit einbindet. Nur so kann

Versorgung verbessert sowie eine patient\*innenorientierte und interdisziplinäre Forschung

gestärkt werden.

36Wir wollen gezielt Gelder bereitstellen, um die Gesundheitswissenschaften (»Public Health«) und die

nichtkommerzielle klinische Forschung zu stärken.

37Keine Profite mit der Miete: Zuhause für alle!

Mietenwahnsinn und Verdrängung stoppen, hohe Mieten senken und

gemeinnützige Wohnungswirtschaft aufbauen

Eine Wohnung zu haben, in der man gut leben kann, sollte selbstverständlich sein. Doch Bodenpreise

und Mieten sind in vielen Städten explodiert, inzwischen steigen sie selbst in kleineren Orten stark

an. Das gilt für Wohnungen wie Kleingewerbe. Corona hat diese Situation verschärft. Der Lockdown

hat gezeigt, dass viele Wohnungen zu eng und die Mieten oft zu hoch sind, erst recht bei

Erwerbslosigkeit und Kurzarbeitergeld. In eine passende Wohnung umzuziehen ist für viele

Menschen ausgeschlossen: Die Preise haben sich innerhalb eines Jahrzehnts vielerorts verdoppelt.

Über 11 Millionen Menschen sind durch Wohnkosten überlastet. Sie müssen immer mehr Geld für

die Miete ausgeben, das dann woanders, bei der Bildung, den Kindern, der Freizeit oder nötigen

Anschaffungen, fehlt. 50 000 Menschen sind hierzulande bereits obdachlos und leben auf der Straße,

mindestens 650 000 Menschen sind wohnungslos. Auch Orte des alltäglichen Zusammenhalts wie

Kitas, Kulturräume und Kneipen werden vielerorts verdrängt, weil Eigentümer und Investoren

versuchen, mehr Geld aus ihren Immobilien zu pressen. Öffentlicher Raum wird kommerzialisiert und

privatisiert. Gutverdiener und große Ketten machen immer mehr Menschen zu Statisten in einem

Umfeld, das auf Konsum, Tourismus und möglichst viel Umsatz ausgerichtet wird.

Grund für Wohnungskrise, Verdrängung und Mietenwahnsinn sind nicht einfach, dass es zu „wenige

Wohnungen“ und die Lösung ist nicht einfach „bauen, bauen, bauen“ – die Bevölkerung ist nicht

sprungartig gewachsen. Fast 2 Millionen Wohnungen stehen leer. Grund dafür ist: Das Finanzkapital

sucht aufgrund der ungleichen Verteilung des Reichtums und den Blasen auf den Finanzmärkten nach

lukrativen Anlagemöglichkeiten. Da kommt das „Betongold“ gerade recht. Wo kein Profit winkt, wird

hingegen gar nicht investiert – an vielen Orten auf dem Land verfällt Wohn- und Gewerberaum. Die

letzten Bundesregierungen haben gegen diese Entwicklung nichts getan. Mehr noch: Sie haben den

sozialen Wohnungsbau systematisch heruntergefahren, öffentlichen Wohnraum privatisiert sowie

Städte und Gemeinden zur Spekulation frei gegeben.

Viele Menschen wissen: Der Markt „wird’s schon richten“ meint nur, es wird nach den Interessen der

Konzerne gerichtet. Wem gehört die Stadt? Wohnen muss ein Grundrecht sein, kein Mittel von

Profitmaximierung und Bereicherung! Verdrängung und Kommerzialisierung stoppen!

Die Rechte von Mieter\*innen sind immer noch viel zu schwach. Die „Mietpreisbremse“ der

Bundesregierung wirkt nicht. Bauminister Seehofer gibt dreimal so viel Geld aus, um mit dem

„Baukindergeld“ Gutverdienende beim Kauf von Eigentum zu unterstützen, wie für den sozialen

Wohnungsbau. Wie es gehen kann, zeigt dagegen Berlin, wo die LINKE mitregiert: Mieten mit harten

Obergrenzen deckeln, Wohnungen zurück in öffentliches Eigentum bringen, sozialen Wohnungsbau

fördern und die Immobilienwirtschaft gemeinnützig machen! In Berlin sinken die Mieten erstmals

seit Jahren wieder. Doch die Lobby der Immobilienwirtschaft versucht effektiven Mieterschutz in

Ländern und Kommunen zu unterlaufen. Es braucht einen Politikwechsel im Bund, damit Menschen

mit geringerem Einkommen nicht mehr an den Rand gedrängt werden, damit Städte und Gemeinden

nicht weiter veröden und als Profitcenter der Immobilienwirtschaft missbraucht werden. Unsere

Städte und Gemeinden sollen Zuhause und Lebensraum für Menschen sein, kein

Erpressungswerkzeug in den Händen von Maklern und Immobilienlobby.

DIE LINKE kämpft in breiten Bündnissen für eine Neuausrichtung der Mieten- und

Stadtentwicklungspolitik. Wir stehen an der Seite der Mieter\*innen sowie der vielen Initiativen, die

sich gegen Verdrängung und für ein Recht auf Wohnen einsetzen. Wir stehen für lebenswerte Städte

38und Dörfer für alle. Unser Ziel ist klar: Mietenexplosion und Verdrängung stoppen, die Mieten wieder

senken und langfristig eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft aufbauen – für ein gutes Zuhause für

alle.

Mieten deckeln bundesweit!









Wir wollen im gesamten Bundesgebiet Mietendeckel nach Berliner Vorbild. Unser Ziel: die

Explosion der Mieten nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig macht. Mieten

dürfen nur noch soweit erhöht werden, wie die Preise allgemein steigen, höchstens um 2

Prozent im Jahr. Besonders hohe Mieten müssen abgesenkt werden.

Die Mietpreisbremse der Regierung funktioniert nicht. DIE LINKE will einen echten

Mietendeckel durchsetzen. Bis dahin müssen als Sofortmaßnahmen Ausnahmen und

Aufschläge abgeschafft werden. Die Miete müssen eingefroren werden, ein echter

Mietenstopp für bestehende Mietverträge.

Einen neuen Mietspiegel! Alle Mieten müssen in die Berechnung einfließen, nicht nur die der

letzten sechs Jahre. Für Städte muss ein Mietspiegel verpflichtend werden.

Auch für Kleingewerbe wollen wir die Voraussetzungen vereinfachen: Länder und

Kommunen sollen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle

Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können.

Sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken

Derzeit fehlen mehr als fünf Millionen Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen. In den

vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl von Sozialwohnungen fast halbiert. Denn geförderte

Sozialwohnungen dürfen teilweise schon nach 15 Jahren wieder teuer vermietet werden.

 Mit 10 Milliarden Euro im Jahr wollen wir dagegen halten - indem wir den Sozialen

Wohnungsbau retten, den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ankurbeln

und einen nicht-profitorientierten Wohnungssektor aufbauen.

 Mit der Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit binden wir die Förderung und

steuerliche Vergünstigungen dauerhaft an Mietobergrenzen, eine Pflicht zur Reinvestition

von Gewinnen sowie demokratische Mitbestimmungsrechte für Mieterinnen und Mieter. So

können bis zu 250 000 Sozialwohnungen und 150 000 kommunale und genossenschaftliche

Wohnungen pro Jahr entstehen. Für sie gilt: Einmal gefördert, immer gebunden.

Genossenschaften wollen wir so stärker fördern und demokratisieren.

 Wir wollen überall einen prozentualen Mindestanteil von Sozialwohnungen um eine

Mischung der Viertel sicher zu stellen und den Trend zur Bildung von Parallelgesellschaften

der Reichen in Innenstädten und Villenvierteln zu stoppen. 50 Prozent des

Wohnungsmarktes in öffentlicher und gemeinnütziger Hand. Das Modell Wien zeigt:

Günstiger Wohnraum für die Mehrheit der Menschen in gutem Zustand und mit hoher

Wohnqualität ist möglich. Perspektivisch wollen wir den Wohnungsbestand komplett dem

Markt entziehen.

 Der Kündigungsschutz für Gewerbemietverträge muss insgesamt verbessert werden. Es

braucht öffentliche Gewerberaumanbieter zur Sicherung gemeinnütziger Mieter\*innen.

Wohnraum ist keine Ware. Rechte von Mieter\*innen stärken!



Wir wollen ein weitgehendes Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen. Der

Wunsch nach Wohneigentum darf nicht auf Kosten derjenigen gehen, die schon in den

Wohnungen wohnen.

39















Mietwohnungen in Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten dürfen nicht als

Ferienwohnung angeboten werden. Für nichtkommerziellen Wohnungstausch von privat zu

privat wollen wir eine FairBnB Alternative zu Anbietern wie AirBnB schaffen, die nur auf

Profite zielen und an den Börsen notiert sind.

Das Recht auf Kündigung aus Eigenbedarf darf nur noch für die engste Familie gelten.

Vorgetäuschter Eigenbedarf wird bestraft. Menschen über 70 Jahren soll gar nicht mehr

wegen Eigenbedarf gekündigt werden dürfen.

Den Kündigungsschutz wollen wir verbessern: Wenn Rückstände bei der Miete beglichen

sind, darf nicht gekündigt werden.

Der Milieuschutz muss ausgeweitet werden.

Gegen Mietwucher, Entmietungen und andere Formen des Missbrauchs sind wirksame

Kontrollen, eine öffentliche Beschwerdestelle und deutlich mehr Personal nötig, um die

Mieterrechte effektiv durchzusetzen. Vermieter, die gegen den Mietendeckel verstoßen,

müssen bestraft werden.

Mieter\*innen sollen auch als Gemeinschaft und im Gewerberecht ein Vorkaufsrecht auf ihre

Häuser erhalten.

In allen öffentlichen Unternehmen braucht es demokratische Mieterräte. Bundesweit wollen

wir neues Mietermitbestimmungsrecht.

Außerdem braucht es ein Verbandsklagerecht für Mietervereine sowie kollektive

Mieter\*innenrechte nach dem Vorbild der betrieblichen Mitbestimmung und ein Recht auf

Mietstreik.

Klimagerechtigkeit statt Verdrängung!

Der Klimaschutz bei Gebäuden ist entscheidend: Hier fallen 30 Prozent der Treibhausgase an. Doch

bisher führen energetische Sanierung allzu oft zu Mietsteigerungen und Verdrängungen. Das schadet

der Akzeptanz des Klimaschutzes.

 Klimaschutz ohne Mieterhöhung! Die Modernisierungsumlage wollen wir abschaffen, sie

dient Mietsteigerungen – nicht dem Klimaschutz.

 Wir wollen einen bundesweiter Klima-Check aller Gebäude bis 2025. Mit verbindlichen

Sanierungsplänen wollen wir bis 2040 einen klimaneutralen Gebäudebestand garantieren

und viele neue Arbeitsplätze schaffen.

 Energetische Sanierungen wollen wir mit 10 Milliarden Euro im Jahr fördern.

 Auch die Vermieter\*innen müssen sich an den Kosten beteiligen. Aufschläge auf die Miete

sollen nur noch in Höhe der erreichten Einsparungen bei Heizung und Warmwasser zulässig

sein.

 Vermieter\*innen, die Kosten energetischer Sanierungen nicht tragen können, können sich

unter den Schirm der Wohnungsgemeinnützigkeit begeben. Dadurch erhalten sie Zugang zur

vollen öffentlichen Förderung der Sanierungskosten und verpflichten sich im Gegenzug zur

gemeinnützigen Bewirtschaftung ihrer Wohnungen.

 Es braucht ab sofort Mindeststandards für eine klimaneutrale Bauweise: Jedes Haus, das neu

gebaut wird, soll den Passivhaus-Standard erfüllen. Hindernisse für ökologische

Baumaterialien im Baurecht werden wir beseitigen.

40Bauland in Gemeinschaftshand!

Eine der zentralen Ursachen für steigende Mieten ist die Explosion der Bodenpreise. Seit 1964 sind

die Bodenpreise durchschnittlich um mehr als 1800 Prozent gestiegen. Allein in den vergangenen

Jahren haben sich die Preise in den großen Städten fast verdreifacht. Dagegen braucht es dringend

Maßnahmen, um das immer schneller drehende Spekulationskarussell mit öffentlichem Grund und

Boden anzuhalten und endlich wieder bezahlbaren Wohnungsbau zu ermöglichen.

 Die Bodenpreise müssen gedeckelt werden. Nur mit bezahlbarem Boden sind auch

bezahlbare Mieten möglich.

 Die Privatisierung öffentlicher Grundstücke wollen wir mit einem Bodensicherungsgesetz

ausschließen. Öffentlichen Boden wollen wir nur noch in Erbbaurecht vergeben.

 Um den Anteil öffentlichen Eigentums an Boden zu erhöhen, fordern wir ein

Ankaufprogramm in Höhe von 2 Mrd. Euro jährlich, aus dem Bund, Länder und Kommunen

Mittel für den Erwerb von Boden erhalten.

 Die Liegenschaftspolitik muss von der Finanzpolitik entkoppelt werden, damit die öffentliche

Hand auch Bodenbevorratung betreiben können. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

(BImA), die bisher der finanziellen Verwertung öffentlicher Liegenschaften verpflichtet ist,

wollen wir auf soziale, ökologische und gemeinnützige Zwecke festlegen.

Spekulation stoppen – Gewinne abschöpfen!

Spätestens seit der Finanzkrise sind die Städte und Gemeinden massiv ins Visier von Spekulanten

geraten. Den Preis für das immer schnellere Karussell von Immobilienkäufen und -verkäufen zahlen

am Ende die Mieter\*innen und die öffentliche Hand.

 Den Spekulationskreislauf, an dem sich Wenige auf Kosten der Vielen bereichern, wollen wir

mit einem Antispekulationsgesetz durchbrechen: Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt an

der Börse mehr sein, Immobilienfonds wollen wir die Zulassung entziehen.

 Steuertricks beim massenhaften Kauf- und Verkauf von Wohnungen, wie z.B. sogenannte

Share Deals, wollen wir unterbinden.

 Gewinne durch Spekulation und Immobilienverkäufe werden wir stärker besteuern und

abschöpfen.

 Private Immobilienverkäufe dürfen auch nach zehn Jahren nicht mehr steuerfrei sein.

 Zudem fordern wir ein öffentlich einsehbares Immobilienregister. Mit der Intransparenz bei

den Eigentumsverhältnissen muss endlich Schluss sein.

 Zweckentfremdung von Wohn- und Gewerberaum muss verboten werden, leerstehenden

Wohn- und Gewerberaum wollen wir beschlagnahmen und der Zwischennutzung zuführen.

Die zivilgesellschaftliche Wiederaneignung von zweckentfremdeten Räumen („Besetzungen“)

wollen wir legalisieren.

Immobilien-Konzerne an die Kette legen!







Große Wohnungskonzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen, die systematisch

Mietwucher betreiben, wollen wir das Handwerk legen. DIE LINKE ist daher Teil der

Kampagnen »Deutsche Wohnen & Co enteignen«.

Mit einem Vergesellschaftungsgesetz wollen wir die Möglichkeit verbessern, Wohnungen in

öffentliches Eigentum zu überführen und einen Re-Kommunalisierungsfonds aufsetzen.

Mit einer neuen Wohnungswirtschaftsgesetzgebung wollen wir das Geschäftsmodell von

Immobilienfonds beenden, die Mieten kassieren, Renditen ausschütten, kaum investieren

41



und nur auf die Steigerung der Immobilienpreise setzen. Ein wesentlicher Teil der Miete

steht dann als Bauerneuerungsrücklage nicht mehr für Finanzmarktspekulation, sondern für

nötige Instandhaltung zur Verfügung.

Das Vorkaufsrecht der Kommunen wollen wir stärken: Es soll überall, ohne Ausnahme und

innerhalb von bis zu sechs Monaten ausgeübt werden können.

Das Vorkaufsrecht auszuüben soll die Bewohner\*innen durch eine gemeinwohlorientierte

Bewirtschaftung langfristig absichern. Damit muss auch eine Neubewertung der Immobilie

und damit eine Preissenkung einher gehen. Das Haus kann nur so viel wert sein und kosten,

wie die Bewohner\*innen auch über bezahlbare Mieten aufbringen können.

Wohnen ist ein Grundrecht – Wohnungen zuerst!













Niemand soll ohne Obdach sein. Als kurzfristige Nothilfe bis zur Durchsetzung bezahlbarer

Mieten wollen wir das Wohngeld erhöhen und umbauen.

Die Corona-Krise ist nicht vorbei: Das Moratorium für Kündigungen und Räumungen muss

fortgesetzt werden. Es braucht zudem einen Mieterlass.

Bis zur Einführung einer solidarischen Mindestsicherung werden wir

Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft deutlich anheben.

Räumung in die Wohnungslosigkeit wollen wir künftig grundsätzlich verbieten, das Recht auf

Wohnen wollen wir ins Grundgesetz aufnehmen.

Die unwürdige Unterbringung von Geflüchteten, Wohnungslosen oder Saison- und

Wanderarbeiter\*innen in Massenunterkünften werden wir beenden. Jeder Mensch hat das

Recht auf eine eigene Wohnung!

Wir wollen den Ansatz „housing first“ in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern. Er

bedeutet, Obdachlose schnell und als ersten Schritt in Wohnungen unterbringen.

Städte zukunftsfest machen – Leben in die Dörfer bringen!

Während Vielerorts die Mieten explodieren, stehen in einigen (ländlichen) Regionen Wohnungen und

Häuser leer. Es wird zu wenig investiert, der Mietwohnraum in strukturschwachen Regionen ist

immer weniger bedarfsgerecht. Nicht erst seit Corona gibt es auf dem Land wie in den Städten

Ladensterben und kulturelle Verödung.

 Für den sozial-ökologischen Umbau und die Belebung von Innenstädten und Dorfkernen

brauchen wir eine neu ausgerichtete Städtebauförderung des Bundes. Schwerpunkt der

Investitionen soll auf Zukunftsaufgaben liegen, wie der Gebäudesanierung, der Verbesserung

des Wohnumfeldes, dem altersgerechten und barrierefreien Umbau von Gebäuden sowie

der Förderung nachhaltiger Mobilität.

 Den kommunalen Eigenanteil bei Aufwertungsmaßnahmen wollen wir streichen. Um die

Nahversorgung im Wohnumfeld zu sichern, wollen wir leerstehendes Gewerbe in

kommunale oder genossenschaftliche Hand überführen und zu Sozialen Zentren

weiterentwickeln. Der Bund soll das durch einen Rekommunalisierungsfonds finanziell

absichern.

 Städte und Kommunen müssen beim Aufbau digitaler Infrastrukturen unterstützt werden.

„Smart City“ darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben. Neue Technologien

gehören in Bürger\*innenhand, um ihre Teilhabe bei der Entwicklung des Wohnumfeldes zu

verbessern.

42





Der Verdrängung von Kleingärten stellen wir uns mit einem Kleingartensicherungsprogramm

entgegen. Stadtgrün, wie Parks, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten (urban gardening),

wollen wir durch Investitionen fördern.

Es braucht ein Investitionsprogramm für den Stadtumbau, um die einseitige Fokussierung auf

Automobilität zu überwinden und die Lebensqualität, z.B. durch Kiezblocks und Spielstraßen,

zu steigern.

Wir wollen anders planen, weg von der Zersiedelung der Landschaft und hin zu einer

Stadtplanung, die Lebensqualität für alle in den Mittelpunkt stellt. Eine Politik, die im

Interesse von Investoren große Einkaufszentren und Malls baut, lehnen wir ab (vgl Kap.

Mobilität für alle mit weniger Verkehr).

43Gute Bildung: Gerecht, gebührenfrei, ein Leben lang

Wir stellen sozialer Spaltung in der Bildung, Leistungsdruck und Unterfinanzierung eine andere Idee

entgegen. Durch den Zugang zu Bildung sollen soziale Benachteiligungen abgebaut, nicht noch

verstärkt werden. Wir wollen gemeinsames solidarisches Lernen statt Konkurrenz und Notendruck.

DIE LINKE setzt sich für ein inklusives Bildungssystem ein, in dem Menschen individuell gefördert

werden. Wir wollen Bildung und Wissenschaft, die den Einzelnen gerecht wird und dazu beiträgt,

gesellschaftliche Fragen zu beantworten statt: Wie stoppen wir die Klimakrise? Wie können wir so

leben und produzieren, dass alle genug zum Leben haben und die Umwelt geschont wird? Mit neuen

Herausforderungen entstehen neue Anforderungen an Bildung. Wir wollen die Hochschulen öffnen,

die Weiterbildung stärken und Programme auflegen, damit alle eine berufliche Zukunftsperspektive

haben.

Seit Jahrzehnten wissen wir: Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland stark von der sozialen Herkunft

abhängig. Die Coronakrise hat Probleme verschärft, die es schon vorher gab. Während manche

Kinder ein eigenes Zimmer und einen Laptop zum Lernen haben, müssen sich andere beides mit

Geschwistern teilen oder Aufgaben auf dem Handy lösen und hoffen, dass das Datenvolumen zum

Herunterladen reicht. Das deutsche Bildungssystem verstärkt die soziale Spaltung der Gesellschaft,

statt ihr entgegenzuwirken. Wer wohlhabende Eltern hat, hat bessere Chancen, Abitur zu machen

und zu studieren. 74 Prozent der Akademiker-Kinder beginnen ein Studium, aber nur 21 Prozent der

Nicht-Akademikerkinder. Bei den Bachelor-Absolventen beträgt ihr Anteil 15 Prozent, beim Master

nur noch 8 Prozent. Für viele Kinder fällt schon nach der Grundschule die Entscheidung, welche

weiterführende Schulform sie besuchen werden und damit auch, welche Türen ihnen künftig

verschlossen bleiben. Und in Bildung wird viel zu wenig Geld investiert. Unsanierte Schulen mit

schlechter Ausstattung sind ein sichtbares Zeichen dafür. Das betrifft besonders ärmere Stadtteile, in

denen Familien das weniger durch private Ausgaben für Ausstattung oder Nachhilfe ausgleichen

können. Die Schuldenbremse hat diese Probleme noch verschärft. Allein der Sanierungsbedarf bei

Schulen wird bundesweit inzwischen auf fast 50 Milliarden Euro geschätzt. An den Hochschulen

müssten von 2017 bis 2025 etwa 35 Milliarden Euro investiert werden, um den Modernisierungsstau

abzubauen. Hörsäle und Seminarräume sind häufig überfüllt, und es gibt zu wenig Personal. Und wie

andere Dienstleistungen wurde auch die Schulreinigung vielerorts ausgelagert. Die Folge: Die

Reinigung wird an den billigsten Anbieter vergeben, Reinigungskräfte arbeiten unter Druck und

schaffen es nicht, in der vorgegebenen Zeit fertig zu werden. Toiletten und Klassenräume sind

dreckig, Schüler und Lehrer leiden darunter.











Wir kämpfen für mehr Personal in Bildung und Erziehung. DIE LINKE fordert eine Offensive

des Bundes für mehr Lehrkräfte und Erzieher\*innen. Wir brauchen 100 000 Lehrkräfte und

200 000 Erzieher\*innen zusätzlich!

Wir wollen die Gebäude sanieren, ausbauen und dem Bedarf anpassen.

Das Bildungssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss ausreichend vom

Staat finanziert werden.

Privatisierungen – auch von öffentlichen Bildungseinrichtungen – müssen gestoppt und

umgekehrt werden.

Wir wollen, dass Bund und Länder und Kommunen in der Bildung zusammenarbeiten

können. Durch das Kooperationsverbot ist das nur eingeschränkt möglich. Wir wollen das

Verbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz

44verankern, damit für alle Kinder und Jugendlichen Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden

kann.

 Wir wollen ein Bildungsrahmengesetz des Bundes für alle Bildungsbereiche, damit gleiche

Rechtsansprüche, soziale und personelle Rahmenbedingungen in allen Ländern gesichert

werden können und Abschlüsse, gleich wo sie erworben wurden, ohne Wenn und Aber

überall anerkannt werden.

DIE LINKE steht für gute Bildung, die nicht vom Geldbeutel und der Herkunft abhängt. Wir wollen

Lehr- und Lernmittelfreiheit, kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule und kostenfreie Beförderung

von Schüler\*innen zur Schule.

Gute Kitas

Allen Kindern muss von Anfang an ganztägig das gemeinsame Leben und Lernen mit anderen Kindern

in Kindertageseinrichtungen ermöglicht werden. Unabhängig davon, ob und wie lange die Eltern

arbeiten. Kinder brauchen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kita. Insbesondere

während der Zeiten der Kita-Schließungen wurde deutlich, wie wertvoll frühkindliche Bildung für alle

ist. Erzieher\*innen werden weiter viel zu schlecht bezahlt. Derzeit fehlen 342.000 Plätze für Unter-

Drei-jährige und bald bis zu 740 000 Plätze für alle Kinder bis zur Einschulung, die nötig wären, um

den Bedarf zu decken. Die Gruppen sind oft zu groß. Mit Schmalspurausbildungen von oft nur

wenigen Wochen werden Hilfserzieher\*innen ausgebildet, um den massiven Fachkräftemangel zu

retuschieren. Zur Sicherung der Qualität der Einrichtungen und für den weiteren Ausbau von

Kitaplätzen muss der Bund mehr Geld zur Verfügung stellen. Wir brauchen ein Kitaqualitätsgesetz,

das beim Kitaausbau die Belange der Kinder und der Beschäftigten in den Mittelpunkt rückt:













DIE LINKE fordert einen bundesweit einheitlichen Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten

von mindestens einer anwesenden Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal drei Kindern

im Alter bis drei Jahren und mindestens einer Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal

acht Kindern ab drei Jahren.

Wir wollen gute, gebührenfreie Kitas (Elternbeitragsfreiheit).

Alle Kinder sollen täglich kostenloses, gesundes, warmes Essen erhalten, wie es in einigen

Städten bereits praktiziert wird.

Wir brauchen dringend mehr Erzieherinnen und Erzieher für eine gute Bildung, Erziehung

und Betreuung. 191 000 Erzieher\*innen fehlen derzeit.

Sozial- und Erziehungsberufe müssen aufgewertet werden. Sie verdienen größere

Wertschätzung bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Dazu gehört auch die

Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten, Fortbildung und Krankheit auf den

Betreuungsschlüssel. Wir wollen die Ausbildung als Erzieherin und Erzieher in der

frühkindlichen Bildung auf Hochschulniveau anheben. Aber auch für Frauen und Männer

ohne Hochschulzugangsberechtigung wollen wir attraktivere Berufsbilder in der

Kindertagesbetreuung schaffen. Das beginnt mit einer Vergütung in der Ausbildung und der

Abschaffung des Schulgeldes. Beschäftigte in der Kindertagespflege sollen aus prekären

Beschäftigungslagen herausgeholt und sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden.

Ganztagsbetreuung im Grundschulalter: Die Große Koalition hat im Koalitionsvertrag einen

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2025 vereinbart.

Der Rechtsanspruch lässt sich nur mit schnellen und erheblichen Investitionen und Aufwuchs

an Personal einlösen

45Eine Schule für alle

Wesentliche Ursache der sozialen Spaltung in der Bildung ist die frühe Aufteilung der Schülerinnen

und Schüler in unterschiedliche Schulformen. In der Coronazeit hat sich gezeigt, wie unterschiedlich

die Voraussetzungen der Schüler\*innen sind: Einige haben ein eigenes Zimmer und einen Laptop,

andere müssen sich beides teilen. Wir wollen eine Schule für alle: Eine Gemeinschaftsschule, die kein

Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Die Gemeinschaftsschule fördert die

Kinder individuell und umfassend. Sie ist ganztägig organisiert und bietet alle Schulabschlüsse an.

Schule sollte so organisiert sein, dass die sozialen Unterschiede nicht noch verstärkt, sondern

möglichst ausgeglichen werden. Deshalb wollen wir eine Schule, die ohne Hausaufgaben auskommt

und private Nachhilfe überflüssig macht. Im schulischen Alltag müssen Raum und Zeit geschaffen

werden. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Erzieher\*innen, Schulpsychologie und medizinisches

Fachpersonal sollen in multiprofessionellen Teams zusammenwirken. Die Gemeinschaftsschule ist

demokratisch organisiert mit einer wirklichen Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern.

 Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, eine Ganztagsschule zu besuchen. Solange das nicht

gewährleistet ist, fordern wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der

Grundschule. Dafür muss auch das notwendige pädagogische Fachpersonal ausgebildet und

eingestellt werden.

 Bund, Länder und Kommunen müssen ein Investitionsprogramm »Inklusive Bildung«

auflegen, um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und auszustatten.

DIE LINKE will eine inklusive Schule, in der alle Kinder und Jugendlichen willkommen sind.

Heute werden viele besondere Förderbedarfe festgestellt, es werden aber keine adäquaten

Hilfen für diese Förderbedarfe angeboten. Das muss sich ändern. Inklusion ist für uns eine

gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, alle müssen gleichberechtigt dazugehören und

teilhaben können. Notwendige Hilfen müssen “aus einer Hand“ angeboten werden und nicht

über umständliche Wege erst bei unterschiedlichen Stellen beantragt werden.

 Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in einer

Regelschule gehört in jedes Schulgesetz. Alle Schulen müssen über barrierefreie Zugänge für

alle Kinder verfügen, die nicht nur auf die baulichen Voraussetzungen beschränkt werden

dürfen. Sie müssen über eine adäquate Ausstattung und Qualifizierung bei Personal,

Assistenzleistungen, Lehr- und Lernmitteln sowie sonstigen Hilfsmitteln für jedes Kind

verfügen. Wir wollen ein 2-Lehrer\*innen-System umsetzen, als eine der

Rahmenbedingungen, mit der wir Förderschulen überflüssig machen. Inklusion darf nicht

davon abhängig gemacht werden, wie viel sie kostet!

 Tausende geflüchtete und andere zugewanderte Kinder und Jugendliche gehen in

Deutschland in die Schule oder machen eine Ausbildung. Wir fordern ein Programm, das vom

Bund mitfinanziert wird und Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften umfasst,

die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, eine Erstausstattung an Schulbedarf für alle

Kinder, zusätzliche Sprach- und Alphabetisierungskurse auch für geflüchtete Erwachsene und

Informationen zu Berufsausbildungen, die für Geflüchtete in der Bundesagentur für Arbeit

angeboten werden. Den Kommunen müssen dafür entsprechende Mittel zur Verfügung

gestellt werden. Eine mehrsprachige Sozialisation wird in Deutschland nur bei ökonomisch

als wichtig erachteten Sprachen geschätzt. Wir sehen die Mehrsprachigkeit bei allen

Jugendlichen mit Migrationshintergrund als ein Qualifikationsmerkmal. Die Muttersprache

beim Erlernen weiterer Sprachen einzubeziehen ist wichtig, um in diesen Sprachen einen

sicheren Stand zu erwerben. Die Herkunftssprache soll bei Prüfungen als erste oder zweite

Sprache anerkannt werden.

46





















Schulsozialarbeit muss ein fester Bestandteil von schulischer Arbeit werden – an jeder Schule

und dauerhaft. Dafür muss sie im Jugendhilferecht verankert werden. Durch ein Programm

zur Schulsozialarbeit wird der Einsatz mindestens einer Fachkraft für Schulsozialarbeit je 150

Schüler\*innen garantiert.

Der Personalmangel an Schulen führt zu Unterrichtsausfall und Stress. Das Personal muss

Engpässe mit regulär beschäftigten Lehrkräften ausgleichen können. Dazu braucht es 10

Prozent Vertretungsreserve. Um die Personalnot an Schulen zu beenden, müssen überall

deutlich mehr Lehrkräfte ausgebildet und eingestellt werden.

Neue, hybride Lernformen wie sie während der Corona-Lockdowns praktiziert wurden,

dürfen nicht zu einer neuen sozialen Spaltung führen, weil nicht alle Lernenden gleich gute

Lernbedingungen zu Hause haben. Auch darf das hybride Lernen nicht den schleichenden

Abbau von Lehrkräften zur Folge haben.

Wir wollen, dass jedes Kind ein mobiles Endgerät als Teil der Bildungsausstattung zur

Verfügung hat und frühzeitig mit digitalen Technologien vertraut gemacht wird. Jedes Kind

muss einen Computer, Drucker und Internetanschluss zu Hause zur Verfügung haben.

Deshalb müssen die Urteile der Sozialgerichte endlich umgesetzt werden. Das gilt auch für

Familien, die knapp oberhalb der Hartz-IV-Einkommen liegen. Das Geld ist da: Der DigitalPakt

Schule der Bundesregierung sieht 5 Milliarden Euro für digitale Ausstattung vor. Bisher

wurde nur ein Bruchteil abgerufen.

Die IT-Infrastruktur an Schulen muss durch Fachpersonal betreut werden. Entsprechende

Planstellen sollen kurz - und mittelfristig geschaffen werden. Die IT-Infrastruktur aller

Schulen und Hochschulen muss mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen,

WLAN für alle und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung ausgebaut werden.

Viele Schülerinnen und Schüler lernen nicht mehr Schwimmen, weil viele Sporthallen und

Schwimmbäder baufällig sind und gesperrt werden müssen. Hier wollen wir sanieren.

Außerdem wollen wir in barrierefreie, energieeffiziente und schön gestaltete Schulräume

investieren!

Wir wollen Lobbyismus in Schule und Unterricht unterbinden. Akteure der Wirtschaft

drängen seit Jahren aus reinem Eigennutz in die Schulen und bestimmen Lerninhalte

zunehmend mit. Darunter leidet die Vielfalt in der Bildung. Kommerzielle Werbung an

Schulen muss gesetzlich untersagt werden. Schulen müssen im Gegenzug besser mit

Lehrmitteln ausgestattet werden, damit sie nicht auf tendenziöse Angebote

unterschiedlicher Konzerne und Interessengruppen zurückgreifen müssen.

Bildung ohne Bundeswehr! Die Bundeswehr soll nicht mehr in Schulen oder Universitäten

werben oder auftreten dürfen. Stattdessen brauchen wir mehr politische und

friedenspädagogische Bildung durch Lehrkräfte.

Alle Lehrämter sollen gleichgestellt werden. Es gibt keinen Grund, Lehrkräfte an Gymnasien

höher zu werten als Lehrkräfte zum Beispiel an Grundschulen.

Lernende, Lehrende und Eltern sollen über Schule mitentscheiden können. Wir wollen

Demokratie, Selbstverwaltung der Schulen und insbesondere die Mitbestimmungsrechte der

Schülerinnen und Schüler an den Schulen stärken.

Die Schulreinigung wollen wir flächendeckend wieder in die öffentliche Hand bringen - für

saubere Schulen und gute Arbeitsbedingungen. In der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig

gute Hygienestandards in den Schulen sind.

47

Mindestens 50 Milliarden sind nötig, um die Schulen zu sanieren. Gerade in sogenannten

Brennpunktschulen fehlt das Geld. Wir fordern, einen Sozialfonds zur besseren Ausstattung

von Schulen nach Sozialindex zu etablieren.

Gut ausgebildet

Jedes Jahr werden zehntausende junge Menschen in Deutschland bei der Suche nach einem

Ausbildungsplatz vertröstet. Sie finden keinen Ausbildungsplatz mit Perspektive oder hängen in

endlosen Warteschleifen fest. Fast zwei Millionen junge Menschen haben keine Berufsausbildung.

Besonders Hauptschüler\*innen und Migrant\*innen werden benachteiligt. Viele Arbeitgeber\*innen

klagen über mangelnde Fachkräfte und Ausbildungsbetriebe finden keine Azubis. Aber: Einen

Fachkräftemangel gibt es so nicht. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden klagt über zu hohe

Belastung, viele gehen auch krank zur Arbeit oder werden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Durch

die Pandemie und finanzielle Schieflagen mancher Unternehmen haben viele Ausbildungsbetriebe

ihre Ausbildung eingestellt oder deutlich gekürzt. Damit verschärft sich die Lage auf dem

Ausbildungsmarkt. Wir wollen, dass alle, die eine Ausbildung begonnen haben, diese auch beenden

können. Dafür muss der Bund Mittel und Möglichkeiten bereitstellen. Die Bedingungen und die

Qualität der Ausbildung müssen verbessert werden. Und es braucht mehr Personal. Laut GEW

müssen an den berufsbildenden Schulen bis 2030 160.000 Lehrkräfte eingestellt werden, um den

Bedarf zu decken.

 Jetzt gilt erst recht: DIE LINKE setzt sich für ein Recht auf eine gebührenfreie und

vollqualifizierende Ausbildung für alle ein. Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollen

sicherstellen, dass alle die gleichen Chancen auf eine Ausbildung haben.

 Auszubildende brauchen eine Ausbildungsvergütung, die zum Leben unabhängig von den

Eltern reicht. Die gesetzlich geregelte Mindestausbildungsvergütung, die im Jahr 2020

eingeführt wurde, genügt diesem Anspruch nicht. Wir unterstützen die Gewerkschaften und

Gewerkschaftsjugenden bei ihrem Kampf um bessere tarifvertragliche Lösungen. Die

Ausbildungen in den Berufen, die nicht dual geregelt sind, also zum Beispiel in allen Sozial-,

Gesundheits- und Erziehungsberufen, müssen besser finanziert werden. Schulgeld soll

grundsätzlich entfallen und ein am Tarif orientiertes Ausbildungsgeld gezahlt werden.

 Wir wollen eine solidarische Umlagefinanzierung, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt,

damit ausreichend duale und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze geschaffen werden.

 Am Ende von berufsvorbereitenden Maßnahmen muss ein verbindliches

Ausbildungsangebot stehen.

 Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung sollen einen anerkannten Berufsabschluss

machen können – unabhängig von ihrem Alter. Das Kriterium der “Ausbildungsreife” der

Bundesagentur für Arbeit wollen wir abschaffen. Es versperrt den Zugang zur

Berufsausbildung. Die “Warteschleife” wollen wir abschaffen.

 Wir wollen eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), in der die

Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Mittelpunkt gerückt und ein Rechtsanspruch

auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.

 Die Mitbestimmung der Auszubildenden wollen wir stärken. Ihre Mitwirkung in den

Personalvertretungen muss garantiert werden.

 Wir wollen einen Berufsschulpakt, damit längst überfällige Investitionen für gute Qualität an

beruflichen Schulen getätigt werden. Und es braucht deutlich mehr Personal.

 Politische Bildung muss auch Teil der beruflichen Ausbildung sein.

48



Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss im Berufsbildungsgesetz verankert werden - auch bei

Schulbüchern für den Berufsschulunterricht.

Weil der Ausbildungsmarkt immer noch in sogenannte Frauen- und Männerberufe gespalten

ist, sind außerdem die Hürden für Jugendliche groß, eine untypische Berufswahl zu treffen.

Dem wollen wir entgegenwirken: Durch geschlechtersensible Bildung und indem Bereiche

aufgewertet werden, in denen die Löhne niedrig sind und viele Frauen arbeiten.

Gute Weiterbildung

Wir setzen uns für lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen ein: als Angebot, nicht als Pflicht zur

Selbstoptimierung. Die allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Weiterbildung ist ein

wichtiger Teil davon. Sie dient der Entwicklung der Einzelnen und der beruflichen Fortbildung oder

Umorientierung und befördert die gesellschaftliche Teilhabe. Der sozial-ökologische Umbau bedeutet

auch, dass viele Menschen eine zukunftssichere Perspektive erhalten. Die Weiterbildung spielt hier

eine entscheidende Rolle. Hier müssen bei der beruflichen Weiterbildung und an den Hochschulen

neue Möglichkeiten geschaffen werden. Mit den Volkshochschulen haben auch die Kreise und

kreisfreien Städte ein Instrument an der Hand, das unabhängig vom Profitinteresse privater

Bildungsanbieter dafür geeignet ist, auch für das Nachholen von schulischen Abschlüssen. Dazu

sollen die Volkshochschulen finanziell gestärkt werden, damit sie ihr Leistungsangebot ausbauen und

kostenfrei anbieten können. Wichtig ist dabei, dass Angebote zur sprachlichen Förderung von

Zugewanderten erbracht werden können. Und: In der Weiterbildung sind die Arbeitsverhältnisse oft

prekär. Das wollen wir ändern.

 Lehrkräfte in der Weiterbildung brauchen einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für alle

Bereiche der Weiterbildung.

 Honorarverträge sollen in feste Stellen umgewandelt werden. Honorarverträge, soweit sie

noch nötig oder von den Beschäftigten gewollt sind, müssen an die Konditionen in diesem

Tarifvertrag angepasst werden. Das gilt auch für Lehrkräfte in den Sprach- und

Integrationskursen.

 Die Arbeitsagenturen und andere öffentliche Auftraggeber müssen bei der Vergabe die

Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellen. Bei

der Vergabe von Bildungsdienstleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit sollen die

geltenden tariflichen Bestimmungen für alle Anbieter verbindlich sein.

 Volkshochschulen und andere öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen müssen

ausreichend und dauerhaft finanziert werden. Lehrkräfte dürfen sich nicht von einem

befristeten Projekt zum nächsten hangeln müssen.

 DIE LINKE will eine Bildungsfreistellung für alle Beschäftigten gesetzlich sichern, nicht nur für

die berufliche Weiterbildung.

 Wir fordern ein Weiterbildungsgeld: Wer sich im Rahmen des sozial-ökologischen Umbaus

neu orientieren oder weiter qualifizieren möchte, erhält dafür ausreichend Zeit und

Finanzierung. (vgl Kapitel Sozialer und Ökologischer Systemwechsel)

Gutes Studium, gute Arbeitsbedingungen, gute Forschung

Das Studium ist von Leistungsdruck und Zeitdruck geprägt. Das führt zu Stress bei Studierenden und

Beschäftigten. Dazu kommt: Viele Studierende haben in der Corona-Krise ihre Nebenjobs verloren

und wissen nicht, wie sie die Miete aufbringen sollen. Das trifft vor allem diejenigen hart, die nicht

aus wohlhabenden Familien stammen. Viele werden von vornherein durch Zugangshürden vom

49Studium ausgeschlossen. Das ist politisch gewollt. Es muss aber nicht so bleiben. DIE LINKE setzt sich

für eine soziale, demokratische, offene und inklusive Hochschule ein. Wir stehen an der Seite von

Initiativen und Bewegungen, die für bessere Bedingungen kämpfen: Für eine Entfristung und faire

Bezahlung von wissenschaftlichem Personal, gute Studien- und Lebensbedingungen für Studierende

und dafür, dass die Corona-Krise auch an den Hochschulen solidarisch bewältigt wird. Es bleibt viel zu

tun. Seit Jahren werden die Hochschulen und Universitäten unter dem Druck der öffentlichen

Finanzierungssysteme zur unternehmerischen Hochschule ausgebaut. Das Ziel ist, Wissen, Bildung

und Forschung wirtschaftlich verwertbar zu machen. Durch die chronische Unterfinanzierung bleibt

der Raum für unabhängige und gesellschaftskritische Forschung und Lehre und damit eine

wesentliche Funktion von Wissenschaft auf der Strecke. Forschung ohne Drittmittel ist kaum noch

möglich. DIE LINKE fordert eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen durch den Staat.

 Jegliche Form von Studiengebühren für Menschen mit und ohne deutschen Pass schaffen wir

ab. Wir schlagen dazu ein Bundesgesetz zur Hochschulzulassung vor.

 Das BAföG muss an die Lebenswirklichkeit angepasst werden und die Ausbildung umfassend

finanzieren. Nur noch 11 Prozent der Studierenden erhalten überhaupt BAföG, nur 8 Prozent

den Höchstsatz. Wir setzen uns für ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in

Höhe von 1.200 Euro ein. Der BAföG-Fördersatz muss regelmäßig und automatisch an die

steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. Wir wollen die Altersgrenzen beim

BAföG abschaffen und die Bezugsdauer an die reale durchschnittliche Studiendauer

anpassen. Ebenso muss die Kopplung des BAföG an Leistungsüberprüfungen abgeschafft

werden. Förderlücken müssen geschlossen werden. Menschen mit Duldung,

Aufenthaltsgestattung und mit humanitären Aufenthaltstiteln müssen mit Aufnahme des

Studiums oder der Ausbildung Zugang zur Ausbildungsförderung haben.

 Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie Numerus Clausus, Auswahlgespräche, IQ-Tests

oder Bewerbungsgespräche müssen überwunden werden. Wir schlagen dazu ein

Hochschulzulassungsgesetz vor.

 Wir wollen die Hochschulen öffnen. Ein Studium soll mit einem bestandenen Fachabitur, der

allgemeinen Hochschulreife, einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung oder einem

vergleichbaren Abschluss möglich sein. Für Geflüchtete soll die Aufnahme des Studiums

einfacher werden. Dafür müssen zusätzliche Studienplätze geschaffen werden und im

Ausland erworbene Bildungsabschlüsse schnell und unbürokratisch anerkannt werden. Die

Aufnahme eines Studiums muss das Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen.

Auch Wissenschaftler\*innen, die politisch verfolgt sind, wollen wir die Fortführung ihrer

wissenschaftlichen Arbeit an Hochschulen in Deutschland ermöglichen.

 Den Zugang für ausländische Studierende wollen wir vereinfachen. Den Verein Uni Assist

wollen wir in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführen, die der Bund finanziert.

 Der Zugang zum Master muss überall zulassungsfrei sein. Dafür müssen Masterstudienplätze

bedarfsgerecht ausgebaut werden.

 Wir wollen ein Mentoring-Programm für Studierende aus Nicht-Akademikerfamilien. An

jeder Hochschule braucht es Ansprechpartner\*innen.

 Wir fordern ein Weiterbildungsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau, das durch

den Bund und durch eine Unternehmensumlage mitfinanziert wird: Wer sich beruflich

umorientieren möchte, soll die Möglichkeit erhalten, an einer Hochschule ein Studium oder

eine Zusatzqualifizierung in einem sozialen oder ökologischen Bereich zu absolvieren, in dem

zukünftig mehr Beschäftigte benötigt werden (vgl. Kap. Weiterbildung in Kap. Arbeit).

50



















Inhalte von Lehre und Forschung orientieren sich immer stärker an wirtschaftlicher

Verwertbarkeit und Konzerninteressen. Wir wollen Hochschulen in gesellschaftlicher

Verantwortung und setzen uns für kritische Wissenschaft und Lehre ein, die im Sinne einer

sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und friedlichen Welt eingreift.

Der Bund muss dauerhaft Mitverantwortung für die Grundfinanzierung der öffentlichen

Hochschulen übernehmen. Dass der neue Zukunftsvertrag befristet ist, ist fatal. Wir wollen

den Vertrag entfristen und zu einem Dauerzuschuss weiterentwickeln.

Wir wollen Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften deutlich

besser ausstatten. Für Studierende an Fachhochschulen wird nicht genug Geld zur Verfügung

gestellt, obwohl es immer mehr werden. Es braucht ausreichend Finanzierung statt

“Billigstudienplätze”. Fachhochschulen sollen das Promotionsrecht erhalten.

Demokratisierung der Hochschulen: Wir streiten bundesweit für verfasste

Studierendenschaften mit allgemeinpolitischem Mandat. Hochschulgremien sollen

paritätisch besetzt werden, so dass alle Statusgruppen, auch die Studierenden, gleich

stimmberechtigt vertreten sind. Statt einseitiger Stärkung der Hochschulleitung brauchen wir

eine Stärkung der demokratisch durch alle Hochschulangehörigen gewählten

Hochschulgremien. Gremien, die sich an Aufsichtsräte anlehnen – wie Hochschulräte –

gehören abgeschafft. Stattdessen wollen wir Beiräte schaffen, die aus der Zivilgesellschaft

besetzt werden. Den demokratischen Austausch der Hochschule mit zivilgesellschaftlichen

Akteuren, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Sozialverbänden wollen wir stärken.

Hochschulen sollen offene Orte der gesellschaftlichen Debatte sein. Das muss Vorrang vor

kommerzieller Nutzung der Hochschulräume haben.

Gute Wissenschaft braucht gute Arbeit. Dazu muss der wissenschaftliche und

nichtwissenschaftliche Unter- und Mittelbau gestärkt werden. Daueraufgaben müssen durch

Dauerstellen bearbeitet werden. Prekäre Arbeit, Lehre zu Dumpingvergütung und die

Ausbeutung von Lehrbeauftragten und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten lehnen wir ab.

Die Honorare für Lehraufträge wollen wir erhöhen, sie müssen auch die Vor- und

Nachbereitung abdecken. Zentrale Lehraufgaben müssen auf festen, unbefristeten Stellen

geleistet werden.

Frist ist Frust. Rund 90 Prozent der Beschäftigten im wissenschaftlichen Mittelbau sind

befristet beschäftigt. Das Sonderbefristungsrecht für wissenschaftliches Personal unterhalb

der Professur wollen wir abschaffen.

Statt von einzelnen Professor\*innen abhängig zu sein, soll der wissenschaftliche Nachwuchs

Abteilungen (Departments) zugehören. Wir wollen mehr feste Stellen neben der Professur

schaffen. Qualifikationsstellen von Doktorand\*innen müssen mit 100 Prozent vergütet

werden.

Wir brauchen einen flächendeckenden Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.

Frauen stärken: Wir wollen eine 50-prozentige Frauenquote auf jeder Karrierestufe

durchsetzen und das Professorinnen-Programm zu einem Programm für die Förderung von

Frauen auf allen Karrierestufen weiterentwickeln.

Die Hochschulen werden zu einem wesentlichen Teil durch nichtwissenschaftliches Personal

in der Verwaltung, dem Gebäudemanagement und dem Forschungsbetrieb mitgetragen. Wer

von Arbeitsbedingungen an Universitäten spricht, darf diesen Teil der Beschäftigten nicht

vernachlässigen. Aus der Krise lernen heißt auch zu erkennen, dass es einen

Personalaufbaupakt für die Hochschulverwaltung braucht. Auch in der

Hochschulverwaltung gilt für uns: Dauerstellen für Daueraufgaben.

51



















Investitionen in die soziale Infrastruktur: Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau muss

wieder im Grundgesetz verankert und ein Sonderprogramm für den Neubau von

Wohnheimplätzen gestartet werden. Die Lehre soll durch eine Grundfinanzierung gesichert

werden, die sich an der Zahl der tatsächlichen Studienanfänger und an den Kosten des

Studienplatzes bemisst.

DIE LINKE fordert einen Hochschulsozialpakt: Geld für mehr bezahlbare Plätze in

Wohnheimen, Mensen und Hilfe für Studienwerke, die durch die Corona-Krise in Schieflagen

geraten sind.

Das duale Studium muss öffentlich-rechtlich akkreditiert werden und zu gleichwertigen

Abschlüssen führen. Dual Studierende müssen einen Ausbildungsvertrag mit einer

Mindestvergütung bekommen. Der Zugang zum dualen Studium muss ohne Abitur möglich

sein.

Transparente Forschung und gesellschaftliche Verantwortung:

Kooperationsvereinbarungen, Sponsoring und sonstige Verträge zwischen öffentlichen

Hochschulen und privaten Unternehmen und Stiftungen müssen offengelegt werden. Sie

nehmen direkt oder indirekt Einfluss auf Wissenschaft.

Um urheberrechtlich geschützte Werke für Zwecke der Bildung, Forschung und Lehre frei

zugänglich zu machen, wollen wir eine allgemeine Ausnahme für Bildung und Forschung im

Urheberrecht verankern. Das Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler muss von den engen einschränkenden Vorgaben befreit werden, damit die

Nutzungsrechte nicht exklusiv durch Verlagsunternehmen angeeignet werden können.

Informationen und wissenschaftliche Erkenntnisse, die mit Steuermitteln erarbeitet wurden,

müssen allen zu Verfügung stehen. Wir setzen uns für Open-Access-Strategien zur

Veröffentlichung von Forschungsergebnissen und zum Zugang zu Forschungsdaten ein. Wir

fördern eine Open-Science-Kultur und wollen bedürfnis- und teilhabeorientiertes

wissenschaftliches Arbeiten ermöglichen. Nutzungs-und Publikationsgebühren an Verlage,

die über transparent gemachte Satz- und Lektoratarbeiten hinausgehen, wollen wir

verbieten. Die Paketverhandlungen von Forschungseinrichtungen mit einzelnen

Großverlagen lehnen wir ab.

Der Ausbau der IT muss einhergehen mit einer besseren Ausbildung von

Lehramtsstudierenden und aktiven Lehrkräften: Digitale Kompetenzen und

Unterrichtsmethoden müssen fester Bestandteil des Studiums werden. Auch danach braucht

es Fortbildungsangebote.

Digitale Infrastruktur ausbauen: Für einen schnelleren Aus- und Aufbau digitaler

Infrastrukturen an den Hochschulen sollen von Bund und Ländern zusätzliche finanzielle

Mittel durch einen Hochschuldigitalpakt zur Verfügung gestellt werden. Statt

Leuchtturmprojekten braucht es eine Digitalisierungsoffensive für die Hochschulen

bundesweit. Doch Technik allein macht noch keine gute Onlinelehre. Lehrenden muss der

Zugang Fort- und Weiterbildung für digitale Lehr- und Lernangebote erleichtert werden.

Digitale Medien dürfen nicht zum Einfallstor für Privatisierung der Bildung durch private

kommerzielle Anbieter, Unternehmen oder Verlage sein. In Bildungseinrichtungen

eingesetzte Software sollte Freie Software sein.

Forschung für Frieden statt für Krieg und Rüstungsindustrie: Wir fordern die Verankerung

von Zivilklauseln an allen Hochschulen und allen wissenschaftlichen Einrichtungen sowie die

Förderung von Friedensforschung.

52Forschung und Wissenschaft müssen zur Lösung von sozialen Spaltungen, Klimawandel und

Umweltproblemen beitragen. In diesem Sinne wollen wir die milliardenschwere Innovations- und

Technologieförderung des Bundes, auch die gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte

außeruniversitäre Forschung, strategisch ausrichten. Neben technischen sind dabei besonders soziale

Innovationen wichtig. Wir wollen diese Forschungslandschaft stärker mit der Arbeit der Hochschulen

verknüpfen.

53Ökologischer und sozialer Systemwechsel: Für einen LINKEN Green

New Deal

Ohne ein entschlossenes Handeln gegen die Klimakrise, ist die Zukunft unserer Kinder und

Enkelkinder auf diesem Planeten in Gefahr. Bereits jetzt zerstört der Klimawandel die

Lebensgrundlagen von Millionen Menschen. Notwendig ist ein grundlegendes Umsteuern. In den

nächsten zwei Jahrzehnten müssen wir den Umbau zu einer weitgehend CO 2 -freien, energie- und

ressourcen-sparenden Wirtschaft und Infrastruktur schaffen, um überhaupt die Chance zu haben das

1,5 Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung noch zu erreichen. Wachsende Ungleichheit und

die Macht großer Konzerne stehen diesen Vorhaben im Weg. Viele Menschen wissen, dass es so

nicht weitergehen kann.

Das Umsteuern in Richtung einer sozialen und ökologischen Wende muss jetzt beginnen. Der

notwendige Umbau darf aber nicht auf Kosten der Beschäftigten und der breiten Bevölkerung

erfolgen. Ein linker ökologischer und sozialer Systemwechsel hat zum Ziel, das Leben und den Alltag

der Menschen zu verbessern. Wir schlagen daher ein Sofortprogramm gegen die soziale und

Wirtschaftskrise vor, das zugleich die Weichen für eine bessere, klimagerechte Zukunft für alle stellt

und die Gesellschaft durch eine starke öffentliche, soziale Infrastruktur krisenfester macht. Es geht

um Anerkennung für diejenigen, die die Gesellschaft am Laufen halten –- und um ein besseres Leben

für alle. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Ohne soziale

Gerechtigkeit kann keine große Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft gelingen. Und

ohne Klimagerechtigkeit gibt es jetzt und in Zukunft keine soziale Gerechtigkeit.

Es ist Zeit, dass die Zukunft der Vielen entscheidet, nicht der Profit der Wenigen. Es ist Zeit, dass

endlich diejenigen von der notwendigen Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft

profitieren, die es in den letzten Jahren schwer hatten: Beschäftigte im Niedriglohnsektor, in der

Industrie oder auf dem Bau, in sozialen Dienstleistungen und der „systemrelevanten“ Infrastruktur,

Mieter\*innen, Menschen, die ihre Angehörigen und Freund\*innen pflegen. Unser Programm für eine

sozial gerechte und klimagerechte Gesellschaft setzt daher auf Löhne, die für ein gutes Leben

reichen. Wir wollen mit Investitionen Einstiege schaffen in ein neues sozial gerechtes, klimagerechtes

und geschlechtergerechtes Wohlstandsmodell mit einer gerechten Verteilung von Arbeit und

Reichtum. Statt blindem Wachstum der Profite wollen wir mehr Zeit und weniger Stress für alle

durch kürzere Arbeitszeiten mit Lohn- und Personalausgleich.

Die Infrastruktur in vielen Kommunen und Regionen wurde kaputtgespart. Es mangelt an

Einrichtungen, Dienstleistungen und Personal. Das betrifft besonders gering verdienende und ältere

Menschen und führt im Alltag bei Vielen zu Stress. Mit einer sozial-ökologischen Investitions-

Offensive wollen wir das ändern. Wir wollen gute Dienstleistungen und öffentliche Angebote für

gute Arbeit schaffen– inklusiv, demokratisch und gemeinwohlorientiert. Wir setzen dabei auf eine

erneuerbare Energie- und Mobilitätswende für ökologische und bezahlbare Energieversorgung und

Mobilität für alle. Auf Investitionen in bezahlbare, energieeffiziente Wohnungen, die von gut

bezahlten Beschäftigten gebaut werden. Auf einen klimaneutralen Umbau der Kommunen, der

wohnortnahe Versorgung, funktionierende Infrastruktur und mehr Lebensqualität ermöglicht.

Die Bundesregierung schaut zu, wie Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet werden. Mit Klimapolitik

hat das nichts zu tun, umso mehr mit Renditen der Aktionäre der Konzerne. Milliarden von

Steuergeldern aus Hilfspaketen und Subventionen gehen an die Konzerne, ohne Bedingungen, ohne

Jobgarantien. Eine massive gesellschaftliche Richtungsauseinandersetzung ist längst im Gange:

Renditen für Aktionäre auf Kosten der Belegschaften und der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder

54- oder eine „soziale, ökologische und demokratische Transformation“ (so die IG Metall). Die

produktive Arbeit und das Wissen der Beschäftigten in der Industrie ist eine unverzichtbare

Grundlage für ein sozial gerechtes und klimagerechtes Wohlstandsmodell der Zukunft. Zugleich

brauchen wir ein anderes Produktionsmodell, das nachhaltige Lebensweisen und hohe

Lebensqualität für alle ermöglicht. Eine Produktion, die auf Rüstungsgüter und teure

Eigentumswohnungen setzt, die Autos mit immer mehr PS, Energie- und Ressourcenverbrauch baut

hat ebenso wenig eine Zukunft wie die Herstellung von Wegwerfprodukten (z.B. Elektro- und IT-

Geräte mit wenigen Monaten Haltbarkeit).

Investieren in gut bezahlte, klimaneutrale Jobs und die Infrastruktur für ein

besseres Leben.

Nur mit massiven öffentlichen Investitionen können wir den Umbau hin zu einer klimaneutralen

Wirtschaft und Infrastruktur in ein bis zwei Jahrzehnten schaffen. Linke Wirtschaftspolitik setzt auf

die die Steigerung der Nachfrage im Inland über höhere Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse sowie

auf demokratische Entscheidung über Investitionen, die eine gemeinwohl-orientierte,

bedarfsgerechte und klimaneutrale Wirtschaft auf den Weg bringen sollen.

Statt Privatisierungen und öffentlich-privaten „Partnerschaften“, die sich nach dem Profit Weniger

richten, wollen wir Investitionen so gestalten, dass die verwendeten Steuergelder allen

zugutekommen. Die Investitionen müssen die Lebensqualität der Menschen spürbar verbessern. Es

fehlen 100 000 Pflegekräfte in den Krankenhäusern und bezahlbarer Wohnraum in vielen großen und

mittleren Städten. Das wollen wir ändern. Wir werden jährlich über 120 Milliarden Euro in die

öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren. Durch höhere Einnahmen aus Steuern und

Sozialbeiträgen können diese Ausgaben mindestens zur Hälfte refinanziert werden. Durch mehr

öffentliche Investitionen auf kommunaler, Bundes- und Länderebene und durch eine gerechte

Verteilung der Arbeit können über eine Million neuer Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit (um die 30-

Stunden pro Woche) geschaffen werden.

Mit dem sozial-ökologischen Investitions- und Zukunftsprogramm investieren wir in :



Mehr Personal in Pflege und Gesundheit: Wir wollen den Pflegenotstand, der der

Gesundheit von Pflegekräften schadet und Menschenleben gefährdet, beenden. Dafür

wollen wir 100 000 Pflegekräfte in Krankenhäusern sowie 100 000 in Pflegeeinrichtungen

und Pflegediensten einstellen. Den Öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir krisenfest

machen und ausbauen.



Gute Bildung für alle: Wir stellen 200 000 zusätzliche Erzieher\*innen ein, um allen Kindern

einen guten Kita-Platz zu garantieren und flächendeckende Ganztagsbetreuung zu

gewährleisten. An den Schulen wollen wir zudem 100 000 neue Stellen für Lehrer\*innen und

Sozialpädog\*innen schaffen. Wir wollen Gebäude sanieren, Kitas, Schulen und Unis

bedarfsgerecht und zukunftsfähig ausstatten und Inklusion gefördert – pro Jahr 58 Mrd. Euro

(Kapitel Bildung).



Wir schaffen einen Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Wir schaffen

mindestens 250 000 bezahlbare Wohnungen pro Jahr, deren Mieten sich ganz normale

Beschäftigte leisten können (10 Mrd. Euro pro Jahr). Zusätzlich investieren wir 10 Milliarden

pro Jahr in ein Förderprogramm für sozial gerechte ökologische Modernisierungen von

Gebäuden (vgl. Kapitel Wohnen und Mieten)

55 Erneuerbare Energiewende. Um das Klima zu retten, müssen Erneuerbare Energien in den

bis 2035 das System der fossilen Energien ersetzen. Die Förderung durch das Erneuerbare-

Energien-Gesetz wird so ausgerichtet, dass es auch für Kleinbetreiber und Kommunen

rentabel ist. Die großen Energiekonzerne werden entmachtet und Energieversorgung am

Gemeinwohl ausgerichtet. Durch die Energiewende in öffentlicher und genossenschaftlicher

Hand können bis 2030 über 100 000 hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze in der

Produktion, Installation und Wartung dieser Anlagen geschaffen werden. Investitionen in die

Energiewende stärken insbesondere die regionale Wirtschaft. (vgl. Kapitel Mobilität- und

Energiewende).

 Mobilitätsrevolution: Bus und Bahn ausbauen und die Preise drastisch senken, große Teile

des Güterverkehrs auf die Schiene verlagern, vernetzte Mobilität schaffen, kurze Wege

fördern, statt Flugstrecken Bahnverbindungen ausbauen - und weniger Autos, dafür aber

Modelle mit einem geringeren ökologischen Fußabdruck bauen. Dies darf nicht dem Markt

und privaten Konzernen überlassen werden. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr

ausbauen, ein preiswertes 365-Tage-Ticket schaffen und den ÖPNV perspektivisch für die

Nutzer\*innen kostenlos machen. (vgl. Kapitel Mobilitäts- und Energiewende). In den

öffentlichen Verkehr, Radwege, Fußwege und Stadtumbau investieren wir 38 Milliarden Euro

pro Jahr

 Starke Kommunen mit klimaneutraler, sozialer Infrastruktur für ein besseres Leben.

Wir entlasten die Kommunen, fördern benachteiligte Regionen und investieren in

gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, in allen Regionen des Landes. Bei

Investitionsmitteln wird ein Vorrang für strukturschwache Regionen und sozial abgehängte

Kommunen und Stadtteile eingeführt. Wir schaffen Zugang zu schnellem Internet überall –

und investieren in Barrierefreiheit: im Verkehr, in öffentlichen Gebäuden und beim

Wohnungsbau. Regionale Wirtschaftsförderung und -kreisläufe schaffen Arbeitsplätze,

soziale Infrastrukturen erleichtern das Leben. Durch Mobilitäts- und Energiewende entstehen

sozial gerechte und klimaneutrale Kommunen mit mehr Lebensqualität für alle: bezahlbares

Wohnen, gute wohnortnahe Gesundheitsversorgung, kurze Wege, weniger Lärm, mehr Parks

und urban gardening, Spielplätze und Sportanlagen, preiswerte und klimafreundliche

Naherholungsangebote.

Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze: Mit einem staatlichen Industrie-

Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro/Jahr soll der notwendige ökologische Umbau

in der Industrie, insbesondere in der Auto-Zuliefererindustrie unterstützt werden. Von

diesem Fonds profitieren nur Betriebe, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und

flächendeckende Tarifverträge haben.





Green New Deal in Europa: Wir wollen die Europäische Zentralbank am Ziel der Förderung

guter und sinnvoller Arbeit, der Vollbeschäftigung und sozial-ökologischen Transformation in

der EU ausrichten. Die EZB muss Kreditprogramme zur Verfügung stellen, damit die

öffentlichen Investitionsbanken der Mitgliedstaaten einen klimaneutralen Umbau der

Wirtschaft bis spätestens 2040 unterstützen und in Gesundheitsversorgung und Bildung,

erneuerbare Energien, Bahn und Nahverkehr, sozialen und ökologischen Wohnungsbau

investieren können. (siehe Europakapitel)

56Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien. Einstieg in ein neues Wohlstandsmodell

Es geht auch um ein neues Wohlstandsmodell: Mit der sozial-ökologischen Investitions-Offensive und

einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung in Richtung der kurzen Vollzeit (28-35 Stunden bei vollem

Lohn- und notwendigem Personalausgleich) schaffen wir sichere und sinnvolle Arbeit für alle und

mehr Zeitwohlstand. Durch den Green New Deal können wir im Laufe von 10 Jahren über 2 Millionen

neue, gut bezahlte Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen. Arbeitsplätze, die mittelfristig durch

Digitalisierung und Rationalisierung, Strukturwandel und ökologische Modernisierung verloren

gehen, werden mehr als kompensiert. Ökologisch zerstörerische oder von den Beschäftigten als

sinnlos erlebte Arbeit, schlecht bezahlte McJobs, werden durch gute und sinnvolle Arbeit ersetzt. Die

Menschen, die die Gesellschaft am Laufen halten, werden besser bezahlt. Damit geht die Aufwertung

der sozialen Berufe einher. Der linke Green New Deal ist daher auch ein Weg zu mehr

Geschlechtergerechtigkeit.

Zu einer gerechten Transformation gehört, dass sich Beschäftigte, die den Beruf und die Branche

wechseln, weiterqualifizieren können, ohne ihr Einkommen zu gefährden. Für die Zeit der

Weiterbildung wollen wir ein Weiterqualifizierungsgeld einführen, das 90 Prozent des letzten

Gehalts beträgt. Das Weiterbildungsgeld wird anteilig über die Agentur für Arbeit und einen Fonds

finanziert, in den Unternehmen einzahlen. Die Zeit der Weiterbildung wird nicht auf den Anspruch

auf Arbeitslosengeld angerechnet. Die Fachhochschulen und Universitäten wollen wir für

Beschäftigte in der Industrie öffnen und durch eigene Weiterqualifizierungsmöglichkeiten für

Zukunftsberufe und Schlüsselqualifikationen, in Zusammenarbeit mit Betriebsräten und

Gewerkschaften, attraktiver machen schaffen.

Industriearbeitsplätze mit Zukunft schaffen.

Die Zukunft von Industrie-Standorten berührt viele Regionen. Familien und Nachbarschaften sind

betroffen, die Einnahmen der Kommunen und ihre soziale Infrastruktur. Die Industriepolitik der

Bundesregierung folgt den falschen Prioritäten: an erster Stelle stehen die Profite der großen Export-

Konzerne, nicht die mittelfristige Zukunft der Beschäftigten, Klimaschutz und der Nutzen für die

Gesellschaft. Die Abhängigkeit der Industriestruktur in Deutschland vom Export und von der Auto-

Industrie ist eine wirtschafts- und industriepolitische Sackgasse.

Die Industriestruktur muss regionaler, krisenfester und unabhängiger vom Export werden – und die

Industrie perspektivisch klimaneutral produzieren. Anders als Konzepte von Strukturwandel in der

Vergangenheit geht es nicht um Subventionen von Konzernen und eine gewisse „soziale Abfederung“

der Folgen von Krisen, sondern um eine bessere Zukunft für die Beschäftigten in der

Industrie: sinnvolle und sichere Arbeit, Löhne, die für ein gutes Leben reichen, weniger Stress und

mehr freie Zeit.

Unser Ziel ist es, dass die Industrie bis 2035 weitgehend CO 2 -neutral und energie-effizient produziert

und die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos, Waffen,

Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion wird. Wir wollen mit

Gewerkschaften zusammen einen Prozess der Rüstungskonversion auf den Weg bringen und

sinnvolle Arbeitsplätze für die Beschäftigten schaffen (vgl. Kapitel Frieden). Für eine neue

Industriepolitik muss das Prinzip gelten: Es dürfen keine Arbeitsplätze verlagert werden, bevor nicht

neue, gleichwertige Arbeit geschaffen wurde. Umgekehrt müssen neue Industrieanlagen so

ausgerichtet sein, dass bis spätestens 2040 weitgehend CO 2 -frei und klimaneutral produziert werden

kann.

57Wir fordern statt Subventionen für Aktionärs-Renditen einen Rettungsschirm für

Industriearbeitsplätze, der für sichere und sinnvolle Arbeit in der Zukunft sorgt:

 Keine Steuergelder ohne Gegenleistung – staatliche Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen

oder versteckte Subventionen) müssen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen,

Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden, um den

notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voran zu treiben, Planungssicherheit und

sichere Einkommen für die Beschäftigten zu garantieren.

 Veto-Rechte gegen Kahlschlag, Mitbestimmung über die Zukunft. Die Belegschaften müssen

bei Entscheidungen über Standortverlagerungen, -schließungen und -auslagerungen, bei

Massenentlassungen und bei Entscheidungen über Zukunftsinvestitionen mitbestimmen!

Betriebsräte müssen auch in wirtschaftlichen Fragen ein Mitbestimmungsrecht bekommen

und alle wichtigen Unternehmensentscheidungen von Belegschaftsversammlungen bestätigt

werden.

 Die Bundesregierung muss, zusammen mit den Belegschaften, den Gewerkschaften,

Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen Zukunftsplan für die

Industrie entwickeln, der für eine CO 2 -neutrale Industrieproduktion bis spätestens 2040

sorgt und mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten verbunden ist.

Die Industriekonzerne müssen verpflichtet werden, diesen Umbau in die Wege zu leiten – sie

sind gemäß dem Grundgesetz auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Bei der Finanzierung der

ökologischen Modernisierung der Produktion, wollen wir die Konzerne und Aktionäre in die

Pflicht zu nehmen. Zur Erinnerung: alleine Daimler, VW und BMW hatten im vergangenen

Jahr Gewinnrücklagen in Höhe von knapp 180 Milliarden Euro.

 Industriefonds über 20 Mrd./Jahr: Mit einem staatlichen Transformationsfonds über 20

Milliarden Euro/Jahr soll der notwendige ökologische Umbau insbesondere in der Auto-

Zulieferindustrie unterstützt werden. Von diesem Fonds profitieren nur Betriebe, die

Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben.

 Ein Investitionsprogramm für einen zukunftssicheren Umbau hin zu einer klimaneutralen

Stahl- und Grundstoffindustrie (u.a. mit Einsatz von grünem Wasserstoff). Staatliche

Hilfsgelder darf es nur mit demokratischer Kontrolle und im Gegenzug zu öffentlichen

Eigentumsanteilen an den Stahlkonzernen und einer stärkeren Mitbestimmung der

Belegschaften geben.

 Wir wollen ein sozial wie klimagerecht ausgerichtetes Lieferkettengesetz. Dieses muss die

CO 2 -Bilanz in der gesamten Wertschöpfungskette einbeziehen. Es beinhaltet eine wirksame

Haftungsregel, um die Rechte von Betroffenen in Rohstoffabbaugebieten zu stärken und die

Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Einfuhr von seltenen Rohstoffen, die in

Konfliktregionen gefördert werden, wollen wir beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein

Zertifizierungsgebot aus. Daten über den Ressourcen-Verbrauch sollen für die gesamte

Lebensdauer eines Produkts erhoben werden. Die Unternehmen müssen diese Daten

offenlegen. (vgl. Kapitel Welthandel)

Demokratie in der Wirtschaft. Genossenschaften und solidarische Ökonomie

fördern

Wir wollen mehr Demokratie auch in der Industrie fördern: Gelder für Forschung und Entwicklung,

für die Stärkung einer regionalen Industriestruktur sollen durch regionale Wirtschafts- und

58Transformationsräte kontrolliert werden, in denen neben der Landesregierung und Unternehmen,

auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben.

Demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen können in Zukunft im

Mittelpunkt einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise stehen. Genossenschaften und

Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Kompetenzen der Beschäftigten auf und

geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.







Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale

Strukturpolitik in wirtschaftlich abgehängten Regionen und für Genossenschaften verwendet

werden. Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung

gleichberechtig berücksichtigt werden.

Wir fördern Unternehmen, die ganz oder zum Teil im Eigentum der Belegschaft stehen,

durch Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Im Forschungsförderungsgesetz

wollen wir einen verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung im Bereich der solidarischen

Ökonomie verankern. Zudem wollen wir eine sozial-ökologische Wirtschaftskammer

einrichten, die regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich

solidarischer Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.

DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in Eigenregie

weiterführen wollen: Staatliche Subventionen an Unternehmen und Hilfen in

wirtschaftlichen Krisen müssen, wo die Belegschaften dieses befürworten, in Form von

kollektiven Belegschaftsanteilen vergeben werden. Beim Verkauf von Unternehmen müssen

die Belegschaften ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht erhalten.

DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der Daseinsvorsorge, Banken und Versicherungen,

Energiekonzerne, Unternehmen der Pharma- und medizinischen Industrie, der Post, der

Telekommunikationsinfrastruktur sowie weiterer Schlüsselindustrien in öffentliche (oder

genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen. Wir wollen

die großen Stromkonzerne entmachten und in öffentliches Eigentum überführen. Die

Energiewirtschaft soll durch Stadtwerke organisiert werden, die in den Kommunen dezentral und

demokratisch gestaltet werden.

59Gerechte Mobilität: ökologisch und bezahlbar für alle –

mit guten Arbeitsplätzen

Wir wollen bezahlbare und klimafreundliche Mobilität für alle. Der Verkehrssektor spart als einziger

kein CO 2 ein und ist Treiber der Klimakrise. Gleichzeitig fehlt das Geld für gute Alternativen wie

Busse, Bahnen, Fuß- und Radwege. Unsere Vision: Wir bauen Bus und Bahn aus und machen den

Nahverkehr kostenlos. In Schienen wird investiert und Bahnfahren billiger. In den Städten fahren

weniger Autos, dafür werden mehr Ziele zu Fuß und mit dem Rad erreichbar. Lieferverkehr wird

öffentlich organisiert und die Arbeitsbedingungen verbessert.

Gerade in der Coronakrise hat sich gezeigt, wie wichtig eine höhere Taktung im ÖPNV, bezahlbare

Preise, gute Arbeitsbedingungen und gut ausgebaute Radwege sind – passiert ist fast nichts.

Vielerorts sind Verkehrsbetriebe in Schieflagen geraten, weil es weniger Fahrgäste gab. Doch statt in

klimafreundliche Mobilität für alle zu investieren, wurde die Lufthansa mit Milliarden gerettet, ohne

Beschäftigungssicherung für die Beschäftigten. Die Belastung durch Autos und LKWs trifft vor allem

diejenigen, die es sich nicht leisten können, von der Hauptverkehrsstraße wegzuziehen. Durch die

Luftverschmutzung sterben jährlich Millionen Menschen frühzeitig, allein in Deutschland sind es

80 000. Diese Verhältnisse wollen wir ändern. Und wir sind nicht allein: Bürgerinitiativen gegen

zerstörerische Verkehrsprojekte, für bessere Bahnangebote oder sichere Rad- und Fußwege sind

überall im Land aktiv. Von Umweltverbänden gibt es Unterstützung und die Klimaziele machen eine

sozial-ökologische Verkehrswende zwingend.

Mobilität für alle – mit weniger Verkehr

Wir wollen bezahlbare und wirklich barrierefreie Mobilität für alle – mit wenig Aufwand an Zeit und

Energie. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb das öffentliche Mobilitätsangebot. Diejenigen, die zu

Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, brauchen bessere Bedingungen. Niemand soll auf das

(eigene) Auto angewiesen sein.

Unser Ziel ist der solidarisch finanzierte Nulltarif im ÖPNV für alle. Erste Schritte sind deutlich

günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für Haushalte mit geringem Einkommen, eine

Sozial-Bahncard sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. »Schwarzfahren« soll entkriminalisiert

und nicht härter bestraft werden als Falschparken.

 Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden, dafür brauchen wir

wesentlich mehr Mittel vom Bund. Es braucht neben Schienen und Fahrzeugen, mehr Stellen,

gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Knapp 200 000

Beschäftigte müssen innerhalb der nächsten zehn Jahre im Fahrdienst, in der Instandhaltung

und in weiteren Bereichen der Verkehrsbetriebe eingestellt werden, damit der Ausbau des

Angebots und eine ökologische Mobilitätswende gelingen.

 Wir treten für kommunale, demokratisch kontrollierte Nahverkehrsunternehmen ein. Der

Vorrang eigenwirtschaftlicher Betriebe muss abgeschafft werden. Statt Profite für UBER und

Co. wollen wir neue Mobilitätsangebote ausschließlich unter (kommunaler) Hoheit als Teil

des Nahverkehrs in enger Abstimmung oder Kooperation mit den Taxibetrieben. Alle

Angebote sollen in einer öffentlichen Plattform zu buchen sein. (vgl. Kapitel Digitalisierung)

 Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum: Anbindung zum nächsten

städtischen Zentrum mindestens im Stundentakt von 6 bis 22 Uhr. Dabei können Angebote

wie Bürgerbusse oder Anruf-Sammeltaxis sowie moderne Flächenrufbussysteme und auch

60





Taxen einbezogen werden oder die Grundversorgung ergänzen. Zusätzlich sollten

Mobilitätsstationen mit einer Auswahl von geteilten Verkehrsmitteln aufgebaut werden.

Wir wollen Radfahren und Zufußgehen im Alltag attraktiver und sicherer machen: Mehr Platz

auf den Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr

Fahrradabstellanlagen sind nötig. Das verbessert auch die Lebensqualität in der Stadt.

In den Städten und Ballungsgebieten müssen Radschnellwege mit grüner Welle geschaffen

werden. Dafür muss der Bund ausreichend zweckgebundene Mittel für die Kommunen

bereitstellen. Wir wollen die Straßenverkehrs-Ordnung fußgänger- und fahrradfreundlicher

gestalten.

DIE LINKE setzt sich für weitgehend autofreie Innenstädte ein und will den Kommunen

hierfür erheblich mehr Spielraum einräumen.

Bahn für alle! Soziale und ökologische Verkehrsplanung

Das Angebot und Streckennetz der Bahn muss flächendeckend ausgebaut werden und bezahlbar

sein, so dass alle Ziele bequem mit der Bahn erreichbar sind. Bahntickets machen wir billiger und

führen eine Sozial-Bahncard ein, die die Ticketpreise halbiert.

 DIE LINKE tritt für eine bedarfsdeckende Finanzierung der Bahn und für den Ausbau ein. Wir

fordern barrierefreie und nutzerfreundliche Bahnhöfe mit Servicepersonal, verlässliche,

getaktete Fahrpläne. Alle bisher nur von Dieselfahrzeugen befahrbaren Bahnstrecken

müssen zügig elektrifiziert werden.

 Die Geschäftspolitik der Deutschen Bahn wollen wir am Gemeinwohl ausrichten statt am

Bilanzgewinn. Der Schienenverkehr muss öffentlich organisiert werden. Alle Privatisierungen,

Ausgliederungen und Aufspaltungen bestehender Eisenbahngesellschaften müssen

rückgängig gemacht werden. Wir wollen eine demokratische Bürgerbahn, bei der auch die

Kompetenz und Erfahrung der Beschäftigten zum Tragen kommt.

 Die DB soll alle ICE-Bahnhöfe auch mit Nachtzügen anfahren.

 Wir setzen uns für ein europäisches Nachtzugnetz ein, damit Reisen in Europa bequem und

ökologisch möglich ist. Bis 2030 müssen alle europäischen Großstädte gut mit dem Zug

erreichbar sein.

 Wir sind gegen teure und unsinnige Prestige-Projekte, mit denen die Bahn Milliarden

verpulvert, statt Strecken und Streckenpflege auszubauen.

 Wir fordern die Halbierung der Trassenpreise auch für den Personenverkehr, damit mehr

Verkehr auf die Schiene kommt und Bahnfahren billiger werden kann.

 Güterverkehr muss auch unter 300 km wieder auf die Bahn.

Statt neue Autobahnen zu bauen, wollen wir den Ausbau des ÖPNV sowie des Rad- und Fußverkehrs

in den Kommunen und Regionen finanzieren und demokratisch gestalten:

 Bei der Planung von Verkehrsprojekten wollen wir Bürgerinnen und Bürger und

Interessenvertretungen von Anfang an voll einbeziehen und wirkliche Alternativen zur

Diskussion stellen. Wir wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene

einführen, um die Verkehrsplanung zu demokratisieren.

▪ Stopp des Neu- und Ausbaus von Autobahnen. Wir wollen einen alternativen

Verkehrswegeplan, mit dem die sozial-ökologische Mobilitätswende vollzogen wird und bei

dem der schienengebundene Personen- und Güterverkehr im Mittelpunkt steht. Wir lehnen

alle direkten oder indirekten Privatisierungen von Verkehrsinfrastruktur ab. Auch öffentlich-

61▪

▪

▪

private Partnerschaften (ÖPP) verursachen langfristig Mehrkosten, sind ein Risiko für die

öffentliche Hand und schränken die Demokratie ein. Die Infrastruktur-GmbH lehnen wir ab,

sie ermöglicht Privatisierung durch die Hintertür.

Die Pendlerpauschale wollen wir in eine sozial gerechte Mobilitätszulage umwandeln und

zusätzlich einen Anreiz zum Benutzen des Umweltverbunds bieten. Die hier freiwerdenden

Mittel der Pendlerpauschale werden in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

investiert. Das steuerliche Dienstwagenprivileg wollen wir abschaffen, damit nicht weiterhin

vor allem Gutverdienende, Arbeitgeber und die Automobilindustrie auf Kosten der

Allgemeinheit und der Umwelt profitieren.

Um Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich auch Tempolimits: 120 km/h auf

Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h

innerorts.

DIE LINKE will Umgebungslärm, Straßen-, Schienen- und Flugverkehrslärm mit einem

verbindlichen Lärmschutzgesetz regeln und verringern. Die Mittel für den Lärmschutz

müssen aufgestockt werden. Lärm macht krank!

Automobilindustrie sozial und ökologisch umbauen.

Der linke Green New Deal bietet einen Ausweg aus der Krise der Autoindustrie, der den

Belegschaften mehr nutzt als die Politik der Bundesregierung, die die großen Autokonzerne stärkt,

am Individualverkehr festhält und nur den Antrieb wechseln will. Durch Investitionen des Bundes in

Bahninfrastruktur und öffentlichen Personennahverkehr in den nächsten Jahren über 200 000 gut

bezahlte Industriearbeitsplätze geschaffen werden. Vorrang hat die Produktion von Fahrzeugen

für kollektive Mobilitätskonzepte wie E-Busse, Züge und Straßenbahnen.

 Antriebswechsel: Der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis spätestens 2030 ist nicht nur

klimapolitisch alternativlos, sondern schafft auch Planungssicherheit für die Beschäftigten

und für Investitionen in die Zukunft. Spätestens ab 2030 dürfen keine PKW mit Verbrenner

mehr neu zugelassen oder exportiert werden.



E-Mobilität darf nicht zu einer Rückkehr der Atomkraft führen. Die Energieversorgung muss

durch erneuerbare Energien und gemeinwohl-orientiert, in öffentlichem und

genossenschaftlichem Eigentum erfolgen.

 Eine Kaufprämie für Elektroautos lehnen wir weiterhin ab. Stattdessen wollen wir

Elektromobilität im öffentlichen Verkehr fördern, d.h. Straßenbahnen, Züge, O-Busse, E-

Busse. Zuschüsse für E-Autos sind darüber hinaus sinnvoll für Fahrzeuge, die viel unterwegs

sein müssen – z. B. jene von Handwerkern, sozialen Diensten, Taxen. Der Staat muss die

Schaffung eines angemessenen Ladenetzes für Elektrofahrzeuge – auch mit den Ländern der

EU – koordinieren.

 Wir wollen die Forschung für eine längere Einsatzdauer und Nutzbarkeit von Fahrzeugen, für

energie-effiziente Elektro-Fahrzeuge, Batterieproduktion und -recycling, für Wasserstoff-

Brennstoffzellen-Antrieb für (Klein-)Busse ausbauen.

Flugverkehr reduzieren

Fliegen schadet dem Klima. Viele Strecken könnten leicht mit der Bahn zurückgelegt werden, aber die

Bundesregierung subventioniert weiterhin den Flugverkehr und hat in der Corona-Krise 22 Milliarden

in die Lufthansa gesteckt, ohne Garantien für die Beschäftigten zu erreichen.

62











Wir fordern einen Mobilitätskonzern Deutsche Bahn-Lufthansa. Einen sanften Wandel von

Kurzstreckenflügen zu Hochgeschwindigkeitszügen bekommen wir hin, wenn wir beide

Geschäftsbereiche in einem Unternehmen organisieren statt in Konkurrenz zueinander. Das

ist bei den Summen öffentlicher Gelder, die gerade in diese beiden Unternehmen gesteckt

werden, von denen eins ohnehin bereits zu 100 Prozent im Staatsbesitz ist, sehr gut möglich.

Wir treten für ein striktes Nachtflug-Verbot von 22 bis 6 Uhr ein, insbesondere für stadtnahe

Räume. Dieses Nachtflugverbot muss im Luftverkehrsgesetz verankert werden. Flugrouten

müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und

bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.

Wir wollen den innerdeutschen und innereuropäischen Flugverkehr so weit wie möglich auf

die Schiene verlagern. Wir wollen ein Verbot von Flügen auf Destinationen, die mit dem Zug

in bis zu 5 Stunden erreichbar sind und die nicht weiter als 500 km entfernt sind. Öffentliche

Zuschüsse für Flughäfen sollen gestrichen werden.

Ein Einstieg in eine Neuorganisation des Flughafensystems ist die Stilllegung von defizitären

Regionalflughäfen. Wir wollen den Ausbau weiterer Flugkapazitäten beenden.

Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir unterbinden.

Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU. Auf Flugtickets ins Ausland soll der volle

Mehrwertsteuersatz fällig werden.

Die staatliche Subvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und »Biokraftstoff« wollen wir

abschaffen. Dabei geht es um Milliarden Euro jährlich. Internationale Flugtickets sollen nicht

von der Mehrwertsteuer befreit bleiben. Wir wollen diese Subvention streichen.

Güterverkehr verringern und auf die Schiene bringen

Die internationalen Konzerne sorgen dafür, dass immer mehr Transportkilometer in den Produkten

stecken, weil die profitabelsten Bedingungen überall auf der Welt genutzt werden. Regierungen

subventionieren Verkehr, während längere Wege die Unternehmen zu wenig kosten. Der Preis dafür

ist hoch: Unfälle, Lärm, Abgase, Klimawandel und Umweltzerstörung. Die Kosten dafür werden der

Allgemeinheit aufgebürdet – sie summieren sich auf mehrere Milliarden Euro pro Jahr und belasten

vor allem die Krankenkassen und die Umwelt. Wir wollen diese Entwicklung umkehren, Transporte

verteuern und regionale Wirtschaft stärken.

▪ Die LKW-Maut wollen wir auf alle Straßen ausweiten und erhöhen. Die externen Kosten wie

Luftverschmutzung und Lärmbelästigung müssen einbezogen werden.

▪ Wir wollen die Nutzung von Bundes- und Landstraßen für LKWs untersagen, wenn eine

Bundesautobahn parallel vorhanden ist. Die Ruhezeiten für LKWs wollen wir ausweiten. Die

Zulassung von Gigalinern (Lang-LKW) lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir staatlich geförderte

Projekte zur Erprobung und Einführung von Oberleitungen für Hybrid-LKW mit Stromabnehmern

auf Autobahnen und elektronischen Deichseln für Kolonnenfahrten von LKW und anderen

Nutzfahrzeugen als falsche Weichenstellung ab.

▪ Wir wollen längere Ruhezeiten und bessere Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer\*innen

durchsetzen

▪ Wir wollen die Innenstädte vom Lieferverkehr entlasten. Die Anschaffung von E-Lastenfahrrädern

soll ebenso gefördert werden wie Kombibusse oder Straßenbahnen, die auch Pakete

transportieren. Wir wollen Kommunen unterstützen, lokale Logistik-Zentren mit guten

Arbeitsbedingungen einzurichten. Von dort kann die Verteilung erfolgen, am besten zu Fuß oder

per Lastenrad.

63▪

▪

▪

Staatliche Hilfen für die Schifffahrt müssen an soziale und ökologische Kriterien geknüpft werden.

Billigflaggen für deutsche Reedereien wollen wir verbieten. Die Konkurrenz der Häfen muss durch

eine enge Kooperation abgelöst werden.

In die Hoheitsgewässer der EU sollen nur noch mit Diesel oder umweltfreundlicheren

Antriebsarten betriebene Fracht- und Kreuzfahrtschiffe einfahren dürfen. Die Verwendung von

stark umweltschädlichem Schweröl würde damit eingeschränkt.

DIE LINKE will den Import von »Biokraftstoffen « verbieten, weil damit Nahrungsmittelproduktion

in Ländern des globalen Südens verdrängt und Biotope zerstört werden. Regionale

Pflanzenölkraftstoffe sollten nur im Agrarbereich und beim ÖPNV eingesetzt werden.

64Klimagerechtigkeit und Energiewende

Um das Klima zu retten, ist ein grundlegender Wandel unserer Gesellschaft notwendig. Aber die

Regierung verzögert mit falschen Weichenstellungen im Interesse von Konzernen die Klima-, Energie-

und Verkehrswende. Der Kohleausstieg kommt zu spät. Mit der Politik der Großen Koalition kann das

1,5-Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung nicht erreicht werden. Obwohl alle wissen, dass

das Klima so nicht gerettet werden kann. Die Kosten der Klimakrise wollen CDU, SPD und Grüne auf

die Menschen abwälzen. Dabei sind es die Konzerne, die mit ihren klimaschädlichen

Geschäftsmodellen Profite machen: 100 Unternehmen sind für 70 Prozent des globalen industriellen

CO 2 -Ausstoßes verantwortlich. DIE LINKE steht für einen sozial-ökologischen Systemwechsel: Dafür,

dass Mensch und Natur nicht ausgebeutet werden. Dafür, dass nicht der Geldbeutel entscheidet, ob

man sich einen ökologischen Lebensstil leisten kann. Nach Zahlen der Nichtregierungsorganisation

Oxfam stoßen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland pro Kopf etwa 4,5-mal so viel

CO 2 aus wie die unteren 50 Prozent. Der Klimawandel wird nicht von den Menschen gemacht,

sondern von den Reichen – mit zahlreichen Reisen, großen Immobilien und Yachten. Den Preis

dagegen zahlen die Armen, die sich nicht gegen Klimaschäden versichern können oder bei steigenden

Lebensmittelpreisen das Essen nicht mehr werden leisten können. Wir wollen eine sozial-ökologische

Wende, von der alle Menschen durch bezahlbare Energie, erschwingliche Mobilität, gesunde

Nahrungsmittel und mehr Lebensqualität profitieren. Dafür wollen wir die großen Konzerne

entmachten und die Produktion an sozialen und ökologischen Zielen ausrichten.

Ein sozial-ökologische Systemwechsel in Deutschland ist auch eine Frage der sozialen und der

globalen Gerechtigkeit. Die Länder des Globalen Südens sind von der Klima- und Umweltzerstörung

besonders stark betroffen und am wenigsten dafür verantwortlich. Klimagerechtigkeit bedeutet

auch, Rohstoff- und Ressourcenverbrauch hierzulande zu verringern und sich für eine gerechte

Verteilung von Rohstoffen und Ressourcenverbrauch einzusetzen.

Unsere Hoffnung sind die Millionen Menschen, die in den letzten Jahren auf der Straße waren und

für Klimagerechtigkeit gestreikt haben. Wir stehen an der Seite der Klimabewegung und unterstützen

Forderungen nach einer sozial gerechten Klimawende hin zu Klimaneutralität innerhalb der nächsten

zwei Jahrzehnte.

Unser Programm für konsequenten Klimaschutz und Klimagerechtigkeit:

 Wir fordern die Energiewende mit 100% Erneuerbaren bis 2035. Wir wollen den Kohlausstieg

bis spätestens 2030. Wir wollen die Energiekonzerne entmachten und eine Energiewende in

Bürgerhand, in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum.

 Wir wollen, dass die Bundesrepublik bis spätestens 2040 keine Treibhausgase mehr

produziert. Die genannten Ziele müssen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden.

Emissionshandel bietet keinen wirksamen Klimaschutz.

 Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden. Energiesperren, die

einkommensarme Haushalte treffen, wollen wir verbieten und ein preisgünstiges

Grundkontingent für Strom, Wasser und Heizstoffe einführen.

 Wir fordern, dass Klimaschutz als Erweiterung der Grundrechte in der Verfassung

aufgenommen wird. Alle Entscheidungen der Politik und die Verfügung über Eigentum

müssen am Gemeinwohl ausgerichtet werden, dazu gehören Klimaschutz und der Abbau von

sozialer Ungleichheit. Verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen müssen den Konzernen

klare Vorgaben machen.

65Raus aus der Kohle, Übergänge gerecht gestalten

Die Pariser Klimaschutzziele erfordern ein Auslaufen der deutschen Kohleverstromung bis spätestens

2030, und nicht erst 2038, wie die Große Koalition 2019 im Kohleausstiegsgesetz beschlossen hat.

Der schrittweise Ausstieg aus der Braunkohleverstromung muss arbeitsmarkt-, wirtschafts- und

sozialpolitisch begleitet werden. Interessenvertreter\*innen der Beschäftigten vor Ort und der Region

müssen eingebunden und Kündigungen vermieden werden. DIE LINKE fordert ein nationales

Kohleausstiegsgesetz mit folgenden Eckpunkten:

▪ Der schrittweise Kohleausstieg beginnt sofort. Spätestens 2030 muss der letzte Kohlemeiler vom

Netz. Der Neubau von Kohlekraftwerken sowie für den Neuaufschluss und die Erweiterung von

Braunkohletagebauen wird verboten. Das 2020 neu in Betrieb genommene Steinkohlekraftwerk

Datteln 4 wird wieder vom Netz genommen.

▪ Der Strukturwandel in den Tagebauregionen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und

Revieren erfolgen. Es braucht in den nächsten Jahren 40 Milliarden, um die Übergänge gerecht zu

gestalten. In vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen wollen wir

Transformationsräte einrichten, die den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft fachlich

begleiten. Diese sollen Initiativrecht über die Gelder aus dem Transformationsfonds und der

regionalen Infrastrukturpolitik haben. Die Räte müssen finanziell angemessen ausgestattet sein,

um ihre Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Sie setzen sich zusammen aus Vertreter\*innen von

Wissenschaft, Umwelt- und Verbraucherverbänden, Gewerkschaften sowie zur Hälfte aus direkt

gewählten Bürger\*innen und Vertreter\*innen der Belegschaften.

▪ Für den Braunkohleabbau dürfen keine weiteren Dörfer abgebaggert werden, der Hambacher

Forst darf nicht weiter zerstört werden.

▪ Entschädigungen an Betreiber nur für nachzuweisende tatsächliche Mehrkosten infolge eines

vorgezogenen Kohleausstiegs.

▪ Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Betreiber ihren Verpflichtungen aus dem

Bergrecht nachkommen: Tagebaue müssen wieder nutzbar gemacht und Kosten für

Bergbaufolgeschäden von den Konzernen übernommen werden.

▪ Bis der notwendige Ausstieg aus der Kohle erreicht ist, müssen die Folgen des Abbaus von

Braunkohle begrenzt werden. DIE LINKE tritt für eine Reform des Bundesberggesetzes ein: Statt

der Konzerninteressen müssen Umwelt und die Menschen vor Ort an erster Stelle stehen und

mitentscheiden können.

Die Bundesregierung muss sich im Zusammenhang mit den Neufestlegungen der EU-Klimaschutz und

-Energieziele für 2030 für eine Minderung der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 um

70 Prozent einsetzen, für einen Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 45

Prozent. Auf EU-Ebene unterstützen wir eine Reform des EU-Eimissionshandels, die zur Anhebung

der Klimaschutzziele in den Emissionshandelssektoren auf die Paris-Ziele führt und jeden Missbrauch

des Instruments ausschließt .

In erneuerbare Energie investieren, Energiekonzerne entmachten

Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht und durch die

Bürger\*innen selbst gestaltet ist. Die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversorgung

muss ein Ende haben. Die Energieversorgung wollen wir bürgernah und als Teil der öffentlichen

Daseinsvorsorge organisieren. Energieversorgung muss dem Gemeinwohl dienen und der

Profitgewinnung entzogen werden. Ungerechtfertigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten,

66Emissionshandel und im Erneuerbare- Energien-Gesetz müssen entfallen. Sie verhindern den

notwendigen Strukturwandel.

 Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch

kontrolliert werden. Wenn der Kohleausstieg beschleunigt und eine dezentralisierte

Energieversorgung mit Speichersystemen vorangebracht wird, ist ein deutlich geringerer

Netzausbau erforderlich, als er jetzt – getrieben von den Profitinteressen der Übertragungsnetz-

und Kohlekraftwerksbetreiber – geplant ist.

 Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG und den Ökostromanteil auf 80 Prozent bis zum

Jahr 2030 und auf 100 Prozent bis 2035 erhöhen. Ausschreibungssysteme sind für

Bürgerenergieprojekte teuer, riskant und aufwändig, wir lehnen sie für Projekte bis 18

Megawatt bzw. fünf Anlagen ab.

 DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte

Energiewende: Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfer, Institutionen, Einrichtungen,

Betriebe, Städte und Kommunen sollen das gesetzliche Recht zum Kauf der von ihnen für die

Energieerzeugung und -eigenversorgung genutzten Netze erhalten. In kommunalen Stadtwerken

unter direkter demokratischer Mitgestaltung der Bevölkerung können ökologische

Energiegewinnung und bezahlbare Energiepreise am besten erreicht werden. Gleichzeitig

werden damit Grundlagen zur Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen geschaffen.

 Investoren müssen verpflichtet werden, den Standortgemeinden eine Beteiligung an neuen

Windkraftanlagen, Photovoltaik-Kraftwerken und Energiespeichern anzubieten. Die Kommunen

werden dadurch Mitbesitzer; sie müssen an finanziellen Erträgen der Ökostrombetreiber

beteiligt werden.

 Um die Energiewende voranzubringen, wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen für

Hauseigentümer, Mietervereinigungen, Betriebe und Kommunen verbessern, die ihre

Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen. DIE LINKE unterstützt

Mieterstromkonzepte einer hauseigenen Stromversorgung durch BHKWs im Keller oder

Photovoltaik-Anlagen (PV) auf dem Dach.

Atomausstieg sofort: Der Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben und alle

in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke müssen unverzüglich abgeschaltet werden. Atomexporte

müssen verboten werden. Die Konzerne müssen die Langzeitkosten der Atomwirtschaft tragen.









Wir setzen uns für den Atomausstieg in Europa und überall auf der Welt ein. Es braucht einen

gesamteuropäischen Plan zur Stilllegung von Atomkraftwerken ein. Die Kreditanstalt für

Wiederaufbau (KfW) darf keine Atomkraftwerke im Ausland fördern.

Den Im- und Export von Uranbrennstoffen wollen wir verbieten. Die Fertigung von

Uranbrennstoff in den vom Atomausstieg bislang ausgenommenen Anlagen in Gronau und

Lingen muss beendet werden.

Keine Lagerung im »Endlager« Schacht Konrad in Salzgitter. Atommülllagerung kann nicht von

oben und ohne Beteiligung der Betroffenen und der Aktiven in der Anti-Atom-Bewegung

durchgesetzt werden. Dafür braucht es umfassende Mitsprache und Klagerechte in allen Phasen

des zu entwickelnden Suchverfahrens.

Die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau von Atomanlagen müssen die Atomkonzerne

tragen. Dabei muss ein Höchstmaß an Strahlenschutz und Sicherheit gelten sowie eine

67umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung ermöglicht werden, die über das bestehende Atomrecht

hinausgeht.

 Öffentliche Gelder, inklusive der Pensionsrücklagen und Rentenkassen, müssen umgehend aus

Anlagen in Unternehmen der fossil-atomaren Energiebranche abgezogen werden. Öffentliche

Institutionen dürfen nicht in fossile und nukleare Energieunternehmen investieren.

Mit ihrem Fracking-Erlaubnisgesetz vom Juni 2016 haben CDU/CSU und SPD Fracking im Sandgestein

(sogenannten Tight-Gas-Reservoirs) zugelassen. Wir wollen Fracking ohne Ausnahmen verbieten. Wir

setzen uns dafür ein, dass auch die unterirdische Verpressung von CO 2 (Carbon Capture and Storage,

CCS) verboten wird.

Strompreise stärker kontrollieren, Energie für alle bezahlbar machen

Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht. DIE LINKE will Energiearmut verhindern.

Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren

müssen.

▪ Für den durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom, Wasser und Heizenergie wollen

wir preisgünstige Sockeltarife schaffen. Was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht,

wird teurer. Damit werden Anreize zum Stromsparen geschaffen.

▪ Die Strompreise müssen stärker überwacht und sozial gerechter ausgerichtet werden. Der

zuständigen staatlichen Behörde soll daher ein Beirat zur Seite gestellt werden, in dem

Verbraucher, Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften vertreten sind.

▪ Wir wollen ein bundeseinheitliches Netzentgelt einführen, damit die Netzendgelte in Regionen

mit vielen Ökostromanlagen nicht höher sind.

▪ Wir fordern ein schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und

Mineralölkonzerne.

Wir wollen den Strompreis für Endkunden senken, indem wir

▪ die Förderung erneuerbarer Energien zu wesentlichen Teilen über den Bundeshaushalt statt über

die jetzige Ökostromumlage (EEG-Umlage) finanzieren;

▪ die Stromsteuer für private Verbraucherinnen und Verbraucher senken.

▪ Für zusätzliche Entlastungen wollen wir einen Energiewendefonds auflegen, der die

Zahlungsverpflichtungen der Stromkunden über die EEG-Umlage über einen längeren Zeitraum

streckt.

▪ Wohngeld soll auf der Basis der Bruttowarmmiete gezahlt und um eine Komponente für

Stromkosten erweitert werden. Die Heiz-, Warmwasser- und Stromkostenkomponente soll im

Wohngeld zu einer Energiekostenkomponente (»Klimawohngeld«) zusammengeführt werden. So

wird Energiearmut verhindert.

▪ Wir wollen eine Öko-Abwrackprämie für Haushaltsgeräte auflegen. Die zu ersetzenden

Elektrogeräte müssen mindestens zehn Jahre alt sein und die Neugeräte die beste Stromeffizienz

aufweisen. Die Förderprämie für den Austausch von Kühlschränken in einkommensschwachen

Haushalten wird von 100 auf 200 Euro erhöht, für Wasch- und Spülmaschinen werden zusätzliche

Förderprämien gezahlt.

Am preiswertesten und umweltfreundlichsten ist immer noch die Kilowattstunde, die nicht

bereitgestellt werden muss. Es braucht Standards, die den maximalen Energieverbrauch von

Produkten, Produktionsweisen und Gebäuden vorgeben. Es dürfen nur langlebige,

reparaturfreundliche, material- und energiesparende Produkte hergestellt werden. Ein

68Energieeffizienzfonds kann den Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise unterstützen und sozial

begleiten. Der Altbaubestand muss bis 2040 nahezu vollständig energetisch saniert werden. Dafür

wollen wir sozial gerechte Förderprogramm ausbauen (vgl. Kap. Keine Profite mit der Miete).

Grüner Wasserstoff als neue Säule der Energiewende

In den Bereichen, in denen es klimapolitisch sinnvoll ist (vgl. Kapitel Industriepolitik), muss in

Deutschland produzierter Wasserstoff gefördert werden. Wo die Elektrolyse-Anlagen öffentlich

gefördert sind, müssen sie mindestens anteilig öffentlich betrieben werden.





Wir wollen jährlich 1 Mrd. Euro einsetzen zur Förderung der Entwicklung einer

Wasserstoffwirtschaft (vor allem für Industrieanwendungen, wie bei Stahl- und

Zementindustrie, sowie für den Flug- und Seeverkehr).

Neue Anwendungen müssen über die gesamte Erzeugungs- und Anwendungsphase

weniger Treibhausgase ausstoßen als fossile Alternativen und der Einsatz von

Wasserstoff ist auf „grünen“ (also mittels Ökostroms hergestellten) Wasserstoff zu

beschränken. Wir setzen uns für ein Importverbot von nicht ökologischem

Wasserstoff ein.

69Für eine nachhaltige Landwirtschaft. Gesunde Nahrungsmittel für

alle

Lebensmittel werden hunderte oder tausende Kilometer transportiert, bevor sie auf den Tisch

kommen. In der Landwirtschaft dominieren große Agrarkonzerne, die ihre Gewinne auf Kosten von

Menschen und Umwelt machen. Kleine und ökologische Betriebe haben es schwer. Die

Agrarwirtschaft wird europaweit immer stärker auf den Export ausgerichtet. Der Export von

Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln darf nicht länger subventioniert werden. Er trägt zur

Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des globalen Südens, aber auch

hier vor Ort bei. Wir wollen eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft

mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung fördern. Und: In

Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung braucht es gute Arbeitsbedingungen. Vier große

Einzelhandelskonzerne bestimmen 85 Prozent des Lebensmittelverkaufs in Deutschland und machen

fette Profite, während viele Landwirt\*innen kaum über die Runden kommen.



Auch in der Landwirtschaft muss man von der Arbeit gut leben können, egal ob Vollzeit-

oder Saisonarbeitskraft. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen- und Einkommen

durch flächendeckende Tarifverträge in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ein.

 Wir wollen bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel für alle. Wir wollen regionale

Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von

Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen: Konzernmacht durch effektives,

gemeinwohlorientiertes Kartellrecht beschränken. Verbindungen zwischen Wirtschaft und

Politik durch ein verpflichtendes Lobbyregister offenlegen. Wir fördern bäuerliche,

genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft statt Agrarkonzerne. Wir wollen den

Ökolandbau ausbauen. Genossenschaftliche Landwirtschaft, Formen der solidarischen

Landwirtschaft sowie Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften sind besonders zu

unterstützen.

 Wir wollen Boden verfügbar machen für regional verankerte Landwirtschaftsbetriebe und

ländliche Bevölkerung. Bauernland gehört nicht in Investorenhand. Öffentlichen Besitz an

Land- und forstwirtschaftlichen Flächen wollen wir stärken und BVVG Flächen in

Länderhand übergeben. Wir wollen einen öffentlichen Bodenfonds einführen, der an

nachhaltig wirtschaftende, ortsansässige Agrarbetriebe zu fairen Konditionen langfristig

verpachtet. Junglandwirt\*innen und genossenschaftliche Konzepte wollen wir fördern. Das

wollen wir mit einer umfassenden Reform der ordnungs-, steuer-, förder- und

preisrechtlichen Regelungen zum Boden angehen. Der Verkauf von landwirtschaftlichen

Flächen soll grundsätzlich an Landwirt\*innen sowie gemeinnützige Landgesellschaften

erfolgen – und zwar zu Preisen, die dem Ertragswert entsprechen.

 DIE LINKE setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein. Ab der

kommenden Förderperiode sollen die Zahlungen konsequent an Umwelt- und

Sozialkriterien gebunden werden. Nur Betriebe, die diese Vorgaben umsetzen, sollen

Direktzahlungen erhalten – egal ob groß oder klein, ökologisch oder konventionell. Nach

2020 darf es nur noch Geld für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen geben. Bei der

Flächenprämie sollen sozialpflichtige Arbeitskräfte berücksichtigt und Investoren

ausgeschlossen werden. Mit höheren Erzeugerpreisen wollen wir die Abhängigkeit der

Landwirtschaftsbetriebe von Fördermitteln reduzieren und über eine gerechte

Gewinnverteilung in der Wertschöpfungskette sichern, dass Lebensmittel bezahlbar

70bleiben. Wir wollen auf EU-Ebene eine Politik für null fossile Brennstoffe, eine stark

reduzierte Tierhaltung und einen drastisch reduzierten Pestizideinsatz bis spätestens 2040.

 DIE LINKE will Patente auf Leben verbieten. Zur Sicherung der genetischen Vielfalt sollen

alte Pflanzensorten und Nutztierrassen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert

werden. Wir wollen den Anbau und den Handel mit gentechnisch veränderten Pflanzen

verbieten. Klonen von Tieren muss verboten bleiben. Wir wollen eine Kennzeichnung von

importierten Lebensmitteln, die aus geklonten Tieren und ihren Nachkommen hergestellt

werden. Wir wollen den Anbau und den Handel mit sowie den Import von gentechnisch

veränderten Pflanzen verbieten.

 Glyphosat und Neonikotinoide müssen verboten werden. Wir wollen Transparenz und ein

strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.

 Die heimische Produktion von Eiweißfuttermitteln, regionale Verarbeitungs- und

Vermarktungsstrukturen wollen wir stärken

 Wir wollen eine Nutztierhaltung, die tiergerecht und flächengebunden und auf die

einheimische Nachfrage bezogen ist. Dazu sollen Bestandsobergrenzen für Regionen und

Standorte eingeführt werden. Nicht tiergerechte Massentierhaltung lehnen wir ab. Dazu

wird ein sozial gestaltetes Umbauprogramm gebraucht.

 Lücken im Tierschutzrecht müssen endlich geschlossen werden und das Staatsziel

Tierschutz ernst genommen werden. Wir wollen ein Verbot von Lebendtiertransporten, die

über das Höchstmaß von vier Stunden hinausgehen. Der nächstgelegene Schlachthof soll

stets bevorzugt werden.

 Qualzucht und nicht-kurative Eingriffe an Tieren (Schnäbel, Hörner, Schwänze) wollen wir

verbieten. Das gilt auch für das Schreddern von Küken, die Anbindehaltung für Rinder und

Kühe. Zuchtsauen dürfen nicht im Kastenstand gehalten werden. Schluss mit

tierquälerischen Kastrations-Methoden!

 Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft muss auf zwingend notwendige

Behandlungen begrenzt werden, Kontrollen müssen verschärft und Verstöße härter

bestraft werden. Die Agrarforschung einschließlich der epidemiologischen Forschung

wollen wir stärken, um den Ausbruch- und die Verbreitung von Tierseuchen deutlich

schneller zu erkennen und eingrenzen zu können. Wir fordern dafür ein spezialisiertes

Epidemiologisches Zentrum, um z. B. ein Frühwarnsystem für Pandemierisiken zu

entwickeln.

 Bezahlbare regionale und Bio-Lebensmittel in der Schul- und Kitaverpflegung müssen

stärker unterstützt werden. DIE LINKE will Schul- und Selbsterntegärten sowie urbane

Landwirtschaft stärken. Dies leistet auch einen Beitrag für kurze Wege in der Versorgung

mit Nahrungsmitteln.

▪ Wir wollen Anbausysteme fördern, die Klima, Böden, Tiere und Pflanzen besonders

berücksichtigen (z.B. Paludikulturen, Terra Preta, Agroforstsysteme, tiefwurzelnde

Nutzpflanzen).

71Die Vielfalt der Natur und Tiere schützen

Natur, Umwelt und Klima sind unsere Lebensgrundlage, die es zu schützen gilt. Wirksamer

Naturschutz steht den Interessen von Unternehmen und ihrer Lobby entgegen. Das haben die

Auseinandersetzung um den Hambacher und Dannenröder Forst gezeigt. Wälder werden zerstört,

und das mitten in der Klimakrise. Umwelt, Natur und Klima werden weltweit den Profiten geopfert,

mit drastischen Folgen. Bis zu 130 Tier- und Pflanzenarten sterben täglich aus.

DIE LINKE steht für echten Tier-, Natur- und Artenschutz. Das geht nicht ohne klare Regeln für

Unternehmen.



Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die freiwerdenden

Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren.

 Wir unterstützen das »Top-Runner-Modell« (das effizienteste Gerät zu einem bestimmten

Zeitpunkt setzt den neuen Standard) für die Produktion von Geräten. Naturschutz- und

Biodiversitätsziele müssen in andere Politikbereiche integriert werden, um den Erhalt von

Natur und Biodiversität zu gewährleisten. Zur Kontrolle müssen die Umweltverwaltungen

mit mehr Personal ausgestattet werden. Damit die EU-Naturschutz-Richtlinien und ihre

nationalen Entsprechungen eingehalten werden, müssen sie finanziell gestützt werden. Das

Bundesprogramm »Biologische Vielfalt« wollen wir aufstocken.

 Naturschutzflächen gehören in öffentliche Hand und sollen an Naturschutz- und

Umweltverbände vergeben werden.

 Das nationale Naturerbe wollen wir sichern und ausweiten – finanziert durch einen

Naturerbe-Fonds. Auch über diese Flächen hinaus müssen Gebiete zur Wildnis- Entwicklung

ausgewiesen werden, um das 2020-Ziel von zwei Prozent Wildnis zu erreichen.

 Insekten müssen als wichtiger Teil des Ökosystems geschützt erhalten und die Biodiversität

gefördert werden

Tierschutz stärken

 Wildlebende Tiere müssen besser geschützt werden. DIE LINKE will Wilderei und illegalen

Wildtierhandel bekämpfen. Die Haltung bestimmter Wildtierarten und die Dressur von

Wildtieren in Zirkussen und Delfinarien wollen wir im Sinne des Tierwohls ebenso beenden

wie den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen. Wir fordern einen

Einfuhrstopp für Jagdtrophäen geschützter Arten.

 Tierversuche müssen durch Alternativmethoden ersetzt werden.

 Wir setzen uns für die gesetzliche Verankerung und vollumfängliche Ausweitung der

Verbandsklagerechte für Umwelt-, Natur- und Tierschutzvereinigungen und Einzelne im

Sinne der Aarhus-Konvention ein.

 Daunen dürfen nicht durch Rupfung von lebenden Tieren gewonnen werden. Den Import

von Produkten aus Zwangsfütterung (Stopfen) wollen wir verbieten.

 Der Verkauf von und Handel mit echtem Pelz von Tieren soll verboten werden.

72Böden und Meere schützen

Böden und Wasser nachhaltig nutzen und schützen. Bodenschutz ist Klimaschutz, er ist wichtig für

den Wasserkreislauf als Kohlenstoffspeicher und zur Ernährungssicherung.

 Die Neuversieglung von Boden muss deutlich verringert werden. Neuversiegelungen dürfen

nur genehmigt werden, wenn sie mit einer mindestens ebenso großen Flächenentsiegelung

in der Region einhergehen. Straßenneubau darf es nur bei einem unabhängig ermittelten

Bedarf geben. In den Regionalplänen müssen Entsiegelungspotenziale festgehalten werden.

 Die Meere sind stark belastet, die Klimakrise verschärft die Situation deutlich. Gemeinsam

mit Umweltschutzverbänden fordern wir eine Meeresoffensive: Keine Überfischung,

effektiver Schutz mariner Arten und Lebensräume, Meeresschutzgebiete müssen erhalten

und ausgebaut werden – mindestens 50 Prozent der Schutzräume müssen aus der

wirtschaftlichen Nutzung genommen werden. Und es braucht mehr Geld und Personal, um

Maßnahmen umzusetzen.

 Die Privatisierung von Wasserversorgung und des Zugangs zu See- und Meeresflächen lehnen

wir ab (vgl. internationales Kapitel)

 Wir wollen die Wasserrahmenrichtlinie vorantreiben. Dazu gehören die Erhaltung bzw.

Wiederherstellung naturnaher Strukturen, die Reduzierung des Schadstoffeintrags durch

Düngemittel und Pestizide in Flüsse und Meere und die Sicherung von Auenflächen. Der

»Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz« (NAP) soll zu einem wirkungsvollen Plan zur

Reduktion von Pestiziden in Deutschland umgestaltet werden.

 Das Bundesprogramm »Blaues Band« wollen wir weiterführen, umsetzen und finanziell

absichern.

 Die Umweltbelastung von Gewässern durch unsachgemäße Entsorgung von Arzneimitteln ist

gefährlich. Wir wollen das Rücknahmesystems von Medikamenten (wieder) einführen.

 Es muss ein Fonds einführt werden, um belastete Flächen von Altlasten zu befreien.

 Wir setzen uns für den Schutz der NATURA-2000-Schutzgebiete in Nord- und Ostsee ein. Die

Schutzgebiete sollen frei von Fischerei, militärischer Nutzung, Ressourcenabbau und

sonstigen wirtschaftlichen Eingriffen sein. Wir wollen alternative Fangmethoden fördern, um

auf grundberührende (Schleppnetze) und lebensraumschädliche Methoden zu verzichten,

und eine nachhaltige Fischerei mit Fangquoten, die auf wissenschaftlichen Empfehlungen

basieren.

Eine Abfallwirtschaft, die Ressourcen schont









Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe

fördern und eine Ressourcenverbrauchsabgabe für nicht erneuerbare Primärrohstoffe und

Einwegverpackungen einführen.

Abfallentsorgung darf nicht privatisiert werden. Sie muss als Bestandteil der Daseinsvorsorge

in die öffentliche Hand.

Das Näheprinzip muss bei der Abfallentsorgung und -verarbeitung eingehalten werden. Wir

wollen ein Pfandsystem für Energiesparlampen, Einwegbecher, Mobiltelefone und Fernseher

einführen, um die Sammelquoten zu erhöhen.

Wir wollen quantitative Abfallvermeidungsziele einführen, einen Rückgang des absoluten

Ressourcenverbrauchs erreichen und die Plastikflut in den Griff bekommen. Einen Beitrag

sollen dazu standardisierte Mehrwegsysteme leisten, die mindestens deutschlandweit in

73jedem Geschäft abgebbar sein sollen, und das nicht nur im To-Go-Bereich, sondern auch für

Versandhandel und bei Geschäften zwischen Unternehmen.

74Mehr Rechte für Verbraucher\*innen

Unternehmen, Banken und Konzerne sitzen gegenüber Verbraucher\*innen am längeren Hebel und

nutzen ihre Macht oft zum Nachteil der Verbraucher\*innen aus. DIE LINKE setzt hier nicht allein auf

Transparenz, sondern will die Rechte von Verbraucher\*innen stärken. Sie verbindet

Verbraucher\*innenpolitik mit der sozialen Frage, denn es sind vor allem Menschen mit geringem

Einkommen und Senior\*innen, auf die windige Geschäftspraktiken abzielen – und denen diese

Abzocke im Portemonnaie besonders weh tut. Wir wollen eine eigenständige

Verbraucherschutzbehörde mit starken Durchsetzungsbefugnissen. Die Verbraucherschutzverbände

sollen finanziell besser ausgestattet, ihre Rechte sollen gestärkt werden. Dazu sollen sie auch

Einnahmen des Bundes aus den Geldbußen der Kartellstrafen erhalten.

 Inkassoabzocke muss durch klare gesetzlich gedeckelte Gebühren und durch eine Erhöhung

der Mahn-Anforderungen an Unternehmen gestoppt werden. Mehr als 15 Euro

Inkassokosten bzw. 5 Euro bei Forderungen bis 50 Euro sind unseriös.

 Wir wollen die Macht der SCHUFA und anderer Wirtschaftsauskunftsdateien auf den

Lebensalltag der Menschen stark eindämmen. Eine „Schufa“-Anfrage darf nur noch bei

tatsächlichen Kreditgeschäften erlaubt sein, nicht mehr für Verbraucherverträge des

täglichen Bedarfs wie Miete, Strom- und Handyrechnungen. Ein negativer Schufa-Score muss

nach einem Jahr wieder gelöscht werden. Darüber hinaus sollen in Zukunft Bonitätsauskünfte

nicht mehr durch ein privates Unternehmen, sondern nur noch durch die öffentliche Hand

erlaubt sein.

 Unlautere Telefonwerbung muss unterbunden werden. Telefonisch abgeschlossene Verträge

dürfen erst wirksam werden, wenn Verbraucher\*innen den Vertrag schriftlich bestätigen.

 Kostenfallen durch 2-jährige Vertragslaufzeiten zum Beispiel bei Fitness- und Handyverträgen

und automatische Vertragsverlängerungen wollen wir abschaffen.

 Wucherpreise bei Verbraucherkrediten durch aufgedrängte oder untergeschobene

Restschuldversicherungen müssen beendet werden.

 Verbraucher\*innen müssen gegen Insolvenz von Reiseveranstaltern und Airlines geschützt

werden.

 Damit sich Verbraucher\*innen gemeinsam gegen Tricks von Unternehmen und Bereicherung

auf Verbraucherkosten wehren können, machen wir für Sammelklagen stark, die unmittelbar

zu einem Schadensersatz durch die Unternehmen führen.

 Für langlebige technische Geräte wie Kühlschränke, Waschmaschinen und Fahrzeuge, IT- und

Elektrogeräte soll eine gesetzlich garantierte Mindestnutzungsdauer von 5 Jahren Pflicht

werden. Darüber hinaus müssen IT-Produkte und Haushaltsgeräte leicht reparierbar und

Upgrades jederzeit möglich sein. Wir fordern eine Anpassung der Produkthaftung an das

digitale Zeitalter.

 Verbraucher\*innen haben ein Recht auf transparente Informationen durch Behörden und

Unternehmen. Dazu brauchen wir ein starkes Verbraucherinformationsgesetz. Wir wollen

einen Anspruch der Verbraucher\*innen auf kurze, klare und vergleichbare Informationen,

zum Beispiel über Kosten und Vertragslaufzeiten bei Krediten und Geldanlagen, bei

75Internetverträgen und Versicherungen. Wir wollen strengere Transparenzstandard für

Online-Marktplätze und -plattformen.

 Wir wollen eine schrittweise Einschränkung der Produkt- und Markenwerbung im

öffentlichen Raum. Sofort fordern wir ein Verbot von Werbung in Schulen und Kitas.

 Verbraucherbildung muss soziale und ökologische Auswirkungen mit einbeziehen.

 Verbraucher\*innen müssen das Recht darauf haben, selbst zu bestimmen, was mit ihren

oder seinen Daten geschieht, ohne benachteiligt zu werden. Die Datenschutz-

Grundverordnung (DSGVO) beinhaltet hierfür wichtige Rechte, die bisher jedoch nicht

ausreichend schützen und genutzt werden.

 Guter Verbraucherschutz ist auf Hinweisgeber\*innen angewiesen, die auf Missstände in

Unternehmen, Behörden und anderen Einrichtungen aufmerksam machen. Wir brauchen ein

Whistleblower-Schutzgesetz in Deutschland, damit diese Personen geschützt werden und

nicht aus Angst vor Repressalien schweigen.

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten!







Unabhängige Beratung statt Drückerkolonnen. Wir werden den provisionsbasierten

Verkauf von Finanz- und Versicherungsprodukten abschaffen. Honorarberatung und

unabhängige Finanzberatung durch Verbraucherzentralen müssen gestärkt werden.

Zusagen an Verbraucher\*innen einhalten. Wir verpflichten Versicherer und andere

Finanzdienstleister, auch unter Niedrigzinsbedingungen die gemachten Garantien und

Zusagen ihrer Produkte einzuhalten. Bei klassischen Lebensversicherungen dürfen

Bewertungsreserven und Überschüsse, die grundsätzlich den Verbraucher\*innen

zustehen, nicht gekürzt werden.

Den gesamten Kapitalmarkt regulieren und Gebühren begrenzen. Wir unterstellen den

fast unregulierten „grauen“ Kapital- bzw. Kreditmarkt einer wirksamen, einheitlichen

Finanzaufsicht und regulieren ihn strikt. Zu einem guten finanziellen Verbraucherschutz

gehören auch die Begrenzung unangemessener Gebühren und Entgelte für

Bankdienstleistungen. Außerdem begrenzen wir die Vorfälligkeitsentschädigungen bei

vorzeitiger Rückzahlung von Darlehen deutlich.

76Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland. Eine Zukunft für

die Regionen

Die Herausforderungen in Ostdeutschland sind gesamtdeutsche. Sie sind Herausforderungen der

sozialen Gerechtigkeit. Noch immer geht es um Anerkennung von und den Respekt für

Lebensleistungen einer ganzen Generation, die sich in den Wendejahren neu erfinden musste.

Ostdeutschland ist längst weit mehr als die Erinnerung an die Zeiten des demokratischen

Neuanfangs: von Energiedörfern über ökologische Landwirtschaft bis zu solidarischer Ökonomie.

Ostdeutschland steht für den Lebensmut einer jungen Generation, die nicht mehr gewillt ist, die

strukturellen Benachteiligungen hinzunehmen. Viele kennen das Gefühl, dass die eigenen

Lebensleistungen – oder die der Eltern – nicht anerkannt werden. Dass der gesellschaftliche Vertrag,

nach dem sich harte Arbeit gegen soziale Absicherung tauscht, nicht gilt. Fast jede\*r Zweite im Osten

fühlt sich in seiner oder ihrer Arbeit nicht wertgeschätzt – auch unter qualifizierten Beschäftigten mit

unbefristeten Arbeitsverträgen. Ostdeutsche Beschäftigte waren lang bereit, Leistungen auch unter

harten Bedingungen abzuliefern und eigene Interessen zurückzustellen: im Interesse des Betriebs

und mit Blick auf die für alle schlechteren Perspektiven im Osten. Jetzt wächst die Bereitschaft zu

streiken und zu kämpfen. Der Kampf geht um mehr als „nur“ die Lohnhöhe und Arbeitsplätze: Sie

sind zum Symbol geworden für Gerechtigkeit, Anerkennung, mehr Mit- und Selbstbestimmung. Sie

kämpfen für die eigenen Rechte und den Eigen-Sinn des Ostens. DIE LINKE ist den Erfahrungen und

den Kämpfen der Menschen in Ostdeutschland verbunden. Wir sind die Stimme des Ostens.

Zukunftswirtschaft in Ostdeutschland

Entscheidungen, die die Treuhand und die Politik des so genannten „Aufbau Ost“ getroffen haben,

bestimmen noch heute die Entwicklungspfade der ostdeutschen Gesellschaft. Zwar wurden viele

Ortskerne restauriert. Strukturell und im Durchschnitt aber bilden die fünf Ostbundesländer immer

noch die größte zusammenhängende strukturschwache Region Deutschlands: Die Löhne im Osten,

Einkommen und Vermögen sind geringer, die Netzabdeckung schlechter. Für die Menschen ist die

Zukunft vielfach von Sorgen geprägt. Zwar waren in den letzten Jahren höhere Steuereinnahmen zu

verzeichnen, die Haushaltsüberschüsse flossen jedoch oft zur Schuldentilgung an die Banken und

nicht in notwendige Investitionen. Der Deckel auf den kommunalen Haushalten vermittelt den

Menschen: Für zentrale Bedürfnisse des Lebens ist kein Geld da. Und: dass die Interessen der einen

Gruppe immer zu Lasten anderer Bevölkerungsgruppen gehen. Das ist auch ein Nährboden für

Missgunst und Rassismus.

Ungleichheit wird vererbt: In der DDR wurde kaum Vermögen in privater Hand gebildet. Das spürt

selbst die dritte Generation noch: Sie hat systematisch schlechtere Chancen, die Lücken in der

öffentlichen Daseinsvorsorge privat auszugleichen. Sie kann nicht auf ein Familienerbe hoffen, um

dauerhafte prekäre Lebensverhältnisse zumindest in der zweiten Lebenshälfte abzufedern, oder dem

angespannten Mietwohnungsmarkt auf eine Eigentumswohnung der Eltern ausweichen.

Die Treuhand hat einen großen Anteil an der dauerhaften Demontage der ostdeutschen Gesellschaft

gehabt. Die staatliche „Förderung“ ostdeutscher Wirtschaft wanderte vielfach in den

Unternehmenskassen der westdeuten Konkurrenz (Kalisalz, Vulkan-Werft), die plötzlich

„Mutterkonzern“ waren. Der öffentlichen Hand im Osten blieben vor allem Nachsorgekosten und

willkürlich festgelegte kommunale „Altschulden“.

77

DIE LINKE beantragt im Bundestag einen Untersuchungsausschuss, der aufarbeiten soll, wer

auf Grundlage welcher Expertisen und zu wessen Gunsten die wirtschaftlichen

Entscheidungen gefällt hat.

Für gleichwertige Lebensbedingung im Osten braucht es gezielte Impulse durch Investitionen.

Mindestens 50 Milliarden Euro müsste die Wirtschaftsleistung in den Flächenländern Ost höher sein,

um an das Westbundesland mit der niedrigsten Wirtschaftsleistung aufzuschließen (Schleswig-

Holstein) und damit auch die höheren Löhne tragen zu können. Um knapp 170 Milliarden Euro

müsste die ostdeutsche Wirtschaftsleistung ausgeweitet werden, um im Durchschnitt der westlichen

Bundesländer zu liegen.

Unser Konzept für eine Zukunftswirtschaft beinhaltet:

- Eine Lohnoffensive Ost und Einsatz für (gleich) gute Renten

- einen Investitionsplan Ost, der die wirtschaftliche Entwicklung voranbringt

- und die Sicherung der Daseinsvorsorge.

Wir setzen auf eine regional verankerte Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen in

den jeweiligen Regionen ausrichtet. Was in der Region an Waren und Dienstleistungen konsumiert

wird, soll viel mehr in der Region produziert werden. DIE LINKE setzt auf die Idee von

gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Wirtschaftskonzepten. Gegen die Dominanz

marktwirtschaftlicher Verwertungs- und Effizienzlogik setzen wir uns für eine gute Versorgung, eine

bedarfsgerechte öffentliche Daseinsvorsorge und den Stopp der Privatisierung von öffentlichem

Eigentum ein. Unsere Vision ist ein anderer Entwicklungspfad der im Osten – und in anderen

Regionen – eingeschlagen werden muss.

Die öffentliche, soziale wie technische, Infrastruktur hat einen wesentlichen Anteil an der

Lebensqualität vor Ort.









Keine „verlängerte Werkbank“ in Ostdeutschland: Wir stärken regionale

Verwertungskreisläufe.

Den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und für die Nutzer\*innen kostenfrei machen.

Stillgelegte Strecken und vom öffentlichen Verkehr abgeschnittene Dörfer darf es nicht

geben. Ein kostenfreier Nahverkehr mit guten bezahlbaren Verbindungen in die größeren

Zentren stärkt Mobilität und Lebensqualität, er schützt das Klima und schafft

Arbeitsplätze in der Produktion von Fahrzeugen und Schiene – viele davon liegen im

Osten.

Schub für Demokratie und Selbstbestimmung: Wir fördern Genossenschaften und

belegschaftseigene Betriebe. Das sichert auch die Unternehmensnachfolge, die in

Ostdeutschland oft in Frage steht.

Die ostdeutschen Flächenländer belegen die hinteren Plätze, wenn es um die

Breitbandversorgung der Haushalte mit mehr als 50 Mbit geht. Die Kommunen (Kreise,

kreisfreie Städte) müssen das Recht haben, das Breitbandnetz in ihrem Gebiet

selbständig aufzubauen und zu betreiben, um Versorgungssicherheit bei hoher Qualität

der Anschlüsse zu gewährleisten. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Kommunen

sinnvoll und muss vom Bund finanziell und über Beratungsleistungen gefördert werden.

78

Der Vorrang privater Anbieter sowohl beim Ausbau als auch beim Betrieb der regionalen

Breitbandnetze muss abgeschafft werden.

Wir wollen regionale Planungs- und Beratungsstellen in öffentlicher Hand schaffen, die

Kommunen bei Projekten unterstützen oder diese gänzlich für sie durchführen.

Insbesondere in kleineren Kommunen werden bestimmt Vorhaben wie der Neubau einer

Schule, Kita, Rekommunalisierung von Energie oder ÖPNV nur in größeren zeitlichen

Abständen realisiert, trotzdem sollen Kommunen über nötige spezialisierte

Planungskapazitäten problemlos zugreifen können.

Genossenschafts-Offensive: Um regionale und kommunale Wertschöpfung zu stärken, wollen wir die

Gründung von Genossenschaften fördern. Genossenschaften dürfen dabei nicht als prekäre,

„selbstausbeuterische“ Konkurrenz zu guter Arbeit aufgebaut werden, sondern als Teil einer

Demokratisierung der Wirtschaft. Sie können als Energiegenossenschaften arbeiten, die die

kommunale Energieversorgung ergänzen, bezahlbares Wohnen, Landwirtschaft, Vertrieb, Brauerei,

Produktion und Reparatur, Gesundheitsdienstleistungen oder andere Elemente der Daseinsvorsorge

garantieren.



Geförderte Genossenschaften sind an dieselben Kriterien für gute Arbeit gebunden. Sie

sollen auf gemeinwohlorientiertes Wirtschaften bezogen sein – das schließt

Wirtschaftlichkeit ein, aber nicht Profit. Es braucht ein neues Verständnis von erfolgreichem

Wirtschaften.



Wir wollen regionale Produkte und Vertriebsstrukturen stärken.

Produktionsgenossenschaften und Vertriebsgenossenschaften aus den Regionen sollen

miteinander verbunden werden.

Tarifverträge und gute Arbeit

Die Ostdeutschen arbeiten pro Jahr im Durchschnitt 67 Stunden länger und erhalten dafür

durchschnittlich 5000 Euro weniger Gehalt als ihre westdeutschen Kolleg\*innen. Die besondere Ost-

West-Spaltung, die quer durch Deutschland und Europa geht, bedeutet für viele Menschen eine

Erfahrung von Abwertung. Selbst dort, wo Hochkonjunktur auf dem Arbeitsmarkt herrscht, bleibt

Ostdeutschland ein Niedriglohnland mit schlechten Arbeitsbedingungen. Die durchschnittlichen

Bruttostundenlöhne liegen drei bis sechs Euro unter den westdeutschen Flächenbundesländern.

Prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse haben in zehn Jahre um zehn Prozent

zugenommen – mehr als jede\*r Dritte Beschäftigte ist heute betroffen.

 Wir wollen einheitliche Tarifgebiete in Ost und West. Dass eine Lohnangleichung möglich ist,

hat die IG-Bau bewiesen. Die Ost-West-Lohnmauer lässt sich dort überwinden, wo

Gewerkschaften besonders einflussreich sind.

 In vergleichbaren Branchen müssen bundesweit gleiche Arbeitszeiten und

Urlaubsregelungen gelten.

 Die Vergabe öffentlicher Aufträge binden wir an Kriterien: 1. Tariftreue, 2. ökologisches

Wirtschaften, 3. kurze Wege und Transportvermeidung. Wir wollen einen

Vergabemindestlohn, der sich an der Höhe der niedrigsten Gehaltsklasse des TVL orientiert,

verbindlich für die Vergabe machen.

79Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung

30 Jahre nach der Vereinigung ist die Lebensleistung im Osten immer noch nicht gleich viel

wert. Die Ostrenten müssen sofort an das Westniveau angepasst werden.

Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die Umrechnung

der Ostgehälter erhalten bleiben. Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zum Nachteil der

heutigen Beschäftigten führen.

Für Zeiten des Niedriglohns wollen wir generell für alle Beschäftigten in Ost wie West eine

Hochwertung in der Rente einführen. Darum wollen wir die Rente nach

Mindestentgeltpunkten entfristen und verbessern.

Gutes Leben auch auf dem Land: Soziale Zentren

In den kleineren Gemeinden ist das öffentliche Leben oft weitgehend zum Erliegen gekommen.

Kneipe oder Seniorentreff, Dorfladen, Internetcafé, Räume für Jugendliche, Plattform für die

Vermarktung regionaler Produkte – das ist in vielen Orten (inzwischen) unbekannt.



Wir wollen soziale Zentren in den Dörfern schaffen. Sie dienen als Orte der Begegnung

und bieten grundlegende Dienstleistungen wie Post und Bank an. Sie können Räume für

zivilgesellschaftliche Initiativen und für gemeinsames Kaffeetrinken bereithalten und

einen Dorfladen mit Zugang zu Bestellplattformen der regionalen Produzenten. Hier

können Bürger\*innen beraten werden, die Genossenschaften gründen wollen.

Jugendliche können ihre Ansprüche anmelden: Proberäume für Bands, digitale

Werkstätten, Jugendkultur. Die Betreuung der sozialen Zentren findet über tariflich

bezahlte Arbeitsplätze statt.

80Starke Kommunen, gute Lebensqualität

Vor Ort, in den Kommunen, entscheidet sich die Lebensqualität im Alltag. Die Privatisierung von

öffentlichem Eigentum und öffentlicher Daseinsvorsorge haben den Alltag in vielen Kommunen und

Nachbarschaften erschwert. Viele Kommunen in wirtschaftlich benachteiligten Regionen sind

überschuldet und unter Zwangsverwaltung. Der Abstand zwischen armen und reichen Kommunen in

Deutschland wächst weiter. Die Schuldenbremse wirkt sich verheerend auf die Lebensqualität von

Menschen mit geringerem Einkommen und auf die kommunale Demokratie aus. Wenn im Stadt-

oder Gemeinderat bisweilen nur noch über die Verwaltung des Mangels und vermeintlicher

Sachzwänge entschieden wird, wird die Demokratie in der Kommune erstickt.

Wir wollen die öffentlichen Dienstleitungen zurück in die öffentliche Hand holen und die

eigenwirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen stärken. Kommunale Daseinsvorsorge darf nicht auf

den Markt geworfen werden!

 Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir re-kommunalisieren. Wir wollen dafür

sorgen, dass der Bund den Kommunen Mittel für die Re-Kommunalisierung von Wohnungen,

Krankenhäusern, Wasser- und Energieversorgung zur Verfügung stellt. Dies kann über einen

Re-Kommunalisierungsfonds geschehen. Unterstützung und rechtliche Beratung können

durch eine Re-Kommunalisierungsagentur organisiert werden, damit nicht in jeder Kommune

das Rad neu erfunden werden muss.

 Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen und Kommunen zu schaffen, wollen

wir ein verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Kommunen auf Bundesebene,

wenn Gesetzentwürfe und Verordnungen erarbeitet werden, die kommunal relevant sind.

Kommunen sollen auch im Bund ein Selbstbefassungsrecht haben.

 Verfestigte Kassenkredite der Kommunen müssen vom Bund in einen Altschuldenfonds

übernommen und vom Bund getilgt werden. Die – eigentlich als kurzfristige Finanzierung

gedachten – Kassenkredite sind in den vergangenen 20 Jahren um 40 Mrd Euro angestiegen.

Sie sind oftmals die einzige Möglichkeit, die kommunalen Pflichtaufgaben zu erfüllen.

 Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Diese

müssen in vollem Umfang vom Bund getragen werden. Kosten, die von Bund oder Ländern

verursacht werden, müssen auch von dort finanziert werden (Konnexität).

 DIE LINKE tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftsteuer ein.

Verbunden mit der Umsetzung von Konnexität können die Kommunen wieder auf

verlässliche finanzielle Füße kommen.

Mit Steuern Umsteuern

Noch nie waren Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt. Immer größere Vermögen haben

sich in immer weniger Händen konzentriert: Zwei Drittel aller Vermögen sind in der Hand der oberen

zehn Prozent der Bevölkerung. Allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte

ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammengenommen. Das reichste Prozent der Bevölkerung vereint

81rund 35% des Vermögens auf sich, also mehr als ein Drittel. Die reichsten 5% haben mehr als die

„restlichen“ 95%.

Wer viel hat, kann es leicht vermehren. Auf Gewinne aus Kapital und Aktien wird eine Billigsteuer

erhoben. Wer hingegen wenig oder nichts hat, zahlt mehr und mehrfach: Lohnsteuer kann man nicht

hinterziehen, sie wird sofort abgezogen. Die Mehrwertsteuer trifft prozentual Menschen mit

niedrigem Einkommen stärker. Weil öffentliches Eigentum privatisiert wurde, müssen viele

Dienstleistungen privat bezahlt werden. Ein Großteil der Vermögen in Deutschland wird vererbt.

Hohe Einkommen werden weniger besteuert als noch in den 1990er Jahren. Jahrzehntelang ist in

Deutschland eine Vermögensteuer erhoben worden – seit 1997 nicht mehr. Das wollen wir ändern,

um die skandalöse Ungleichheit in Deutschland zu bekämpfen.

Dem privaten Reichtum steht eine verarmte öffentliche Infrastruktur gegenüber: Bibliotheken und

Schwimmbäder schließen, Personal im Krankenhaus wird gekürzt, um notwendige Reparaturen

finanzieren zu können, Bus und Bahn kommen auf dem Land nur noch selten und sind in der Stadt oft

überfüllt, weil die Kapazitäten nicht ausreichen. Hier würden die Einnahmen aus einer

Millionärssteuer besonders helfen: Sie geht an die Länder und kann die öffentliche Infrastruktur

stärken.

Noch nie war die Armutsgefahr so hoch: Mehr als jede\*r Sechste im reichen Deutschland ist arm

oder von Armut bedroht. Die Reichen haben viele Verbündete in der Politik. Sie können ihrer Stimme

mehr Gewicht verleihen. Wir halten dagegen. Mehr Gerechtigkeit und eine starke öffentliche

Daseinsvorsorge gibt es nur, wenn die Unteren entlastet werden – und die Oberen stärker belastet.

Hohe Vermögen und Einkommen, Erbschaften und Gewinne aus Kapital und Aktien müssen stärker

besteuert werden. Damit finanzieren wir Investitionen in eine gute öffentliche Versorgung und einen

Sozialstaat, der alle Menschen sicher vor Armut schützt. Wir stärken solidarische und ökologische

Formen der Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze. Das ist machbar und wir wissen, wie wir es

bezahlen werden. Es ist genug für alle da, wenn alle genug beisteuern:









DIE LINKE fordert eine Vermögensteuer, die Vermögen (ohne Schulden) oberhalb von einer

Million Euro mit 5 % belastet. Für Unternehmen und betriebsnotwendiges Vermögen sehen

wir Freibeträge von mindestens 5 Millionen Euro vor. Wir stellen sicher, dass Privatvermögen

nicht in Betriebsvermögen »versteckt« wird und dass Betriebsvermögen in ausländischem

Eigentum ebenso besteuert wird wie inländische Eigentümer. Dadurch würden rund 100

Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen durch die Länder zur Verfügung stehen.

Starke Schultern tragen mehr: Für die Bewältigung der Corona-Krise wollen wir eine

Vermögensabgabe erheben. Diese soll für Nettovermögen über 2 Mio. Euro (für

Betriebsvermögen sind 5 Mio. Euro Freibetrag) erhoben werden. Die Vermögensabgabe ist

progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über 20 Jahre in Raten gezahlt werden.

Die jährliche Belastung des Nettovermögens beträgt somit zwischen 0,1 und 1,5 Prozent. Die

geschätzten Einnahmen liegen bei 310 Milliarden Euro über 20 Jahre.

Erbschaftssteuer: Reichtum wird vererbt – meist ohne, dass nennenswerte Steuern bezahlt

werden. Gerade die Superreichen können ihre Millionenvermögen in Unternehmensanteilen

steuerfrei vererben oder verschenken. Wir werden dafür sorgen, dass die

Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Zu dem Zweck sollen die heute existierenden

Privilegien für Betriebsvermögen bei Erbschaften und Schenkungen entfallen. Wir werden die

Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum

bleibt freigestellt. Mehreinnahmen im Jahr: 8 bis 10 Milliarden Euro.

Die Unternehmenssteuern wurden schon vor Jahren massiv gesenkt. Die

Körperschaftssteuer muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. Wir wollen den Wettlauf

82







der Unternehmen um Steuervermeidung unterbinden und drängen auf europaweite

Mindestsätze für Unternehmenssteuern. Wir werden sicherstellen, dass Unternehmen und

Konzerne sich nicht den Steuern entziehen. Mega-Konzerne wie Amazon wurden in der

Corona-Krise noch mächtiger, zahlen aber kaum Unternehmensteuer. Wir brauchen daher

eine Steuerreform, die solche Konzerne stärker am Ort der Umsätze besteuert.

Umsatzsteuer: Für arbeitsintensives Handwerk, Produkte für Kinder und Arzneimittel wollen

wir ermäßigte Steuersätze.

Steuerhinterziehung: Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen

und somit Steueroasen – auch »made in Germany« – austrocknen. Dafür wollen wir eine

Bundesfinanzpolizei aufbauen und das Personal im Steuervollzug bedarfsgerecht aufstocken.

Es ist realistisch, mit einem konsequenteren Steuervollzug und der Bekämpfung von

Steuerhinterziehung in Steueroasen jährlich etwa 15 Milliarden Euro mehr einzunehmen.

Finanztransaktionssteuer: Wir dämmen die Spekulationen auf den Finanzmärkten ein. Bei

jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Die

eingenommenen Gelder sollen einerseits für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern

des Südens und für globalen Klimaschutz und andererseits für den sozial-ökologischen

Umbau unserer Industriegesellschaft genutzt werden.

Gemeindewirtschaftssteuer: Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer in eine

Gemeindewirtschaftssteuer umwandeln. Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet

(Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und

gutverdienende Selbstständige und Freiberufler einbezogen. Dafür werden wir den

Freibetrag auf 30.000 Euro anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer

berücksichtigen. Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte und Gemeinden

finanziell entlastet.

Was langfristig wirkt, muss auch langfristig finanziert werden: Die Schuldenbremse und der

europäische Fiskalpakt blockieren langfristigen Entwicklungen und sollen Privatisierung

vorantreiben.

 Die Schuldenbremse ist volkswirtschaftliche unsinnig und gehört abgeschafft. Solange die

Schuldenbremse existiert und Tilgungsverpflichtung besteht, muss die Tilgung auf 50 Jahre

gestreckt werden. Aufwendungen für Zinszahlungen dürfen den Verschuldungsspielraum

nicht zusätzlich einschränken. Dadurch wird der finanzielle Spielraum auch innerhalb der

Schuldenbremse erweitert.

Gerechter Haushalt: Bildung, Gesundheit und Klimaschutz statt Aufrüstung. Der

Bundeshaushalt umfasst eine Erhöhung der Militärausgaben. Die Bundesregierung nähert sich

weiter der Marke, dass 2 Prozent des BIP für Rüstung ausgegeben werden. Diese

Prioritätensetzung ist falsch. Auch der Abbau klimaschädlicher Subventionen können den

Bundeshaushalt entlasten. Insgesamt sind Einsparungen im Umfang von 12 Mrd. Euro jährlich

problemlos möglich.

Mit diesen Mehreinnahmen können wir den Einstieg in eine solidarische Gesellschaft finanzieren:

bessere soziale Sicherheit, mehr Personal in Bildung, Gesundheit und Pflege und einen Neustart im

gemeinnützigen Wohnungsbau, Barrierefreiheit und den Einstieg in einen sozialen und ökologischen

Umbau der Wirtschaft. Unsere Forderungen sind gegengerechnet und realistisch.

83Einkommensteuer gerecht reformieren

Auch die Besteuerung von Einkommen wollen wir gerechter machen. Niedrige und mittlere

Einkommen wollen wir entlasten. Hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden.

 Alle zu versteuernden Einkommen unter 14.400 Euro im Jahr bleiben steuerfrei. Der

Steuerverlauf wird abgeflacht. Gerade mittlere Einkommen profitieren, da ein höherer Freibetrag

bedeutet, dass nur auf das darüberhinausgehende Einkommen überhaupt Steuern gezahlt

werden müssen.

 Höhere Einkommen wollen wir stärker besteuern. Ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen

im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent. Zu versteuerndes Einkommen bedeutet: das, was vom

Bruttoeinkommen nach den üblichen Abzügen (pauschale Freibeträge und Sonderausgaben)

übrigbleibt. 70.000 Euro zu versteuerndes Einkommen entspricht etwa 81.000 Euro

Bruttoverdienst eines oder einer Alleinstehenden ohne Kinder. 53 Prozent Steuersatz gilt für das

Einkommen ab 70.000 Euro. Der durchschnittliche Steuersatz für 70.000 Euro Einkommen liegt

bei ca. 30 Prozent.

 Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent ab der aktuellen

Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen oberhalb von einer

Million Euro zu versteuerndem Einkommen.

 Als Faustregel gilt: Wer (als Single, Steuerklasse I) weniger als 6.500 Euro im Monat brutto hat,

zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern. Alle haben Vorteile von der verbesserten öffentlichen

Daseinsvorsorge und den geringeren Beiträgen zu unserer solidarischen

Gesundheitsversicherung.

 Einkommen aus Kapitalerträgen sollen nicht weiter bevorzugt werden, sondern nach denselben

Sätzen versteuert werden wie alle Einkommen. Die Abgeltungssteuer von 25 Prozent werden wir

abschaffen, Einschränkungen der Verrechnung von Verlusten aus Kapitalvermögen sowie den

Sparerpauschbetrag allerdings beibehalten.

 Das Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt. Dabei muss das

nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen

und Lebenspartnern übertragbar sein.

 Bei Entlassungen wollen wir Steuerfreibeträge für Abfindungen wieder einführen.

 Die Entfernungspauschale wird durch ein Mobilitätsgeld ersetzt, dass pro Entfernungskilometer

zur Arbeitsstätte allen Arbeitnehmer\*innen unabhängig von ihrem Einkommen dieselbe

Steuerbegünstigung verschafft.

 DIE LINKE will den Solidaritätszuschlag für hohe Einkommen erhalten und zu einem

Solidaritätspakt III umbauen. Der Soli ist die sozial gerechteste Steuer: mit der stärksten

Entlastung im unteren Bereich und für Menschen mit Kindern – und der stärksten Belastung für

die im oberen Bereich, besonders Menschen ohne Kinder.

 DIE LINKE fordert einen Solidarpakt III zur Bewältigung des Strukturwandels in Regionen in und

nach dem industriellen Umbruch. Das finanzielle Volumen muss an den Solidarpakt II anknüpfen,

daher fordern wir mindestens 10 Milliarden Euro jährlich aus Bundesmitteln für den

Strukturwandel und Kohäsion zur Verfügung zu stellen. Unser Solidarpakt III richtet sich an alle

strukturschwachen Regionen in Deutschland. Wir schlagen für die Planungssicherheit einen

Zeitraum bis 2035 für den Solidarpakt III vor und somit ein Gesamtvolumen von mindesten 150

Milliarden Euro.

Grunderwerbsteuer und Share Deals. Durch steigende Immobilienpreise und die in fast allen

Bundesländern angehobenen Steuersätze der Grunderwerbsteuer ist die Steuerbelastung für die

meisten Immobilienerwerbe deutlich gestiegen. Immobilienkonzerne hingegen, die große und sehr

große Immobilienpakete kaufen, kommen durch so genannte „Share-Deals“ meist davon ohne

Steuern zu zahlen. Sie kaufen formal nicht die Immobilien, sondern die Mehrheit (bis zu 90 Prozent)

84der Anteile (engl. „Shares“) an den jeweiligen Firmen, die die Immobilien besitzen. Wir fordern eine

Reform der Grunderwerbsteuer, sodass auch anteilige Immobilienkäufe (ab über 50 Prozent) dann

entsprechend auch anteilig besteuert werden. Dadurch werden Share-Deals weitgehend unattraktiv.





Gemeinnützigkeit. In den vergangenen Jahren haben immer mehr politisch engagierte

Vereine vom Finanzamt oder vor Gericht ihre Gemeinnützigkeit aberkannt bekommen. Wir

brauchen eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit einer Ausweitung der als

gemeinnützig anerkannten Zwecke (z.B. die Förderung der Menschen- und Grundrechte, des

Friedens, des Klimaschutzes oder der sozialen Gerechtigkeit). Auch darf die Erwähnung eines

Vereins in einem Verfassungsschutzbericht des Bundes oder der Länder nicht mehr

automatisch zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit führen, wie dies zuletzt im Fall der

VVN/BdA passiert ist.

Steuervollzug. Die großen Probleme im Steuervollzug müssen endlich gelöst werden. Dazu

braucht es einerseits deutlich mehr Personal und IT-Kapazitäten der Finanzbehörden.

Mindestens ebenso wichtig ist aber eine bundesweit einheitliche Umsetzung und

Durchsetzung der Steuergesetze des Bundes. Die Frequenz, mit der Großbetriebe und reiche

Einzelpersonen durch Betriebs- und Steueraußenprüfungen kontrolliert werden, variiert stark

zwischen den Ländern. Wir brauchen viel häufigere und intensivere Steuerprüfungen für

Unternehmen und reiche Einzelpersonen. Die wirksame Lösung für diese interessengeleitete

Kleinstaaterei wäre die Übertragung des Steuervollzugs auf die Bundesebene

(„Bundessteuerverwaltung“). Auch bei der Verfolgung und Bekämpfung halblegaler und

verbotener Steuergestaltungsmodelle sind die Finanzbehörden oft untätig (siehe auch

nächstes Kapitel).

85Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen

Mehr als zehn Jahre nach der Finanz- und Weltwirtschaftskrise sind deren Ursachen nicht

überwunden. Die Regierung hat es versäumt, das Finanzsystem grundlegend zu verändern und auf

die Interessen der Mehrheit Bevölkerung auszurichten. Dafür braucht es den Mut, sich mit den

Großbanken, Hedgefonds und den Multi-Milliardären anzulegen. Wir wollen die Gesellschaft und die

Demokratie aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne befreien:

 Aus kapitalgedeckter Altersvorsorge fließen den Finanzmärkten Milliardenbeträge zu. Wir

wollen die Rentenprivatisierungen zurücknehmen und die Mittel der Spekulation entziehen

(vgl. Kapitel Rente).

 Gerade von den hochkomplexen Finanzinstrumenten (z.B. Derivaten höheren Grades), von

denen im Krisenfall die größten Risiken ausgehen, geht kaum ein merklicher Nutzen für das

Gemeinwesen aus. Die LINKE will den Finanzsektor daher auf eine dienende Funktion für

Gesellschaft und Realwirtschaft zurückführen. Die Finanzmärkte sollen entschleunigt und im

Volumen geschrumpft werden.

 Wenn immer größere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privat organisiert werden, dann

müssen Renditen erwirtschaftet werden, der Finanzmarkt übernimmt die Kontrolle. Wir

wollen Krankenhaus-, Pflege- und Immobilienkonzerne die Börsenzulassung entziehen.

DIE LINKE will den Finanzsektor auf gesellschaftlich sinnvolle Kernaufgaben zu konzentrieren. Das

sind vor allem Angebote im Bereich Zahlungsverkehr und sicherer Ersparnisbildung sowie die

Finanzierung privater und öffentlicher Investitionen. Die Banken sollen auf ein an den Bedürfnissen

der Realwirtschaft und der Gesellschaft orientiertes Geschäftsmodell zurückgeführt werden:









Die Basis eines neuen Finanzsektors sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Sie wollen

wir fördern. Die Geschäftsbanken müssen wie Sparkassen auf das Gemeinwohl verpflichtet

werden.

Der überwiegende Teil des sogenannten Kapitalmarktgeschäfts der Banken folgt spekulativen

Motiven. Es dient nicht den Bedürfnissen der Realwirtschaft oder der Mehrheit der

Bevölkerung. Kurzfristig ausgerichtetes Investmentbanking – das nur in Betriebe investiert,

um schnell hohe Renditen zu erzielen – wollen wir als Geschäftsfeld abwickeln.

Schattenbanken, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-

Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst oder streng reguliert werden. In diesem Sinne muss

Banking wieder langweilig werden. Die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln

wollen wir verbieten.

Mit einer demokratischen Kontrolle der Banken durch Vertreter von Beschäftigten,

Gewerkschaften und öffentlicher Hand könnten die Ressourcen der Banken dazu genutzt

werden, die Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lenken. Nur so können

die Einlagen der Kleinsparerinnen und Kleinsparern geschützt und Gewerbetreibende mit

günstigen Krediten versorgt werden. In den Kontrollgremien müssen auch Sozialverbände,

Verbraucherschutz- und Umweltverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure vertreten

sein.

Alle Menschen müssen einen Rechtsanspruch auf ein kostenfreies Giro-Konto erhalten.

Dispo-Zinsen wollen wir auf höchstens fünf Prozent oberhalb des Zinssatzes der Zentralbank

begrenzen.

86Finanzkriminalität stoppen!

Deutschland ist ein Paradies für Finanzkriminalität und Geldwäsche. Die privaten

Wirtschaftsprüfungsunternehmen haben über Jahre versagt – das zeigt der Wirecard-Skandal.

Bei den sogenannten „Cum/Ex“ und „Cum-Cum“-Geschäften ließen sich kriminelle Händler auf dem

Finanzmarkt vom Staat Steuern erstatten, die nie bezahlt wurden. Ein Netzwerk aus Banken,

Beratern, Anwälten und Investoren bereicherte sich so auf Kosten der Allgemeinheit. Schaden in den

letzten 20 Jahren wird auf über 35 Milliarden Euro geschätzt.

Geldwäsche bekämpfen











Die Strafverfolgung muss verbessert werden. Ohne ein Strafrecht für Unternehmen kommen

die großen Banken in Beihilfeverfahren oft glimpflich davon. Wir brauchen ein solches

Unternehmensstrafrecht, um nicht nur einzelne Personen, sondern große Konzerne zur

Verantwortung zu ziehen. Dies erfordert wirksame Sanktionen und Verschärfungen im

Kreditwesengesetz, um Banken bei wiederholter Beihilfe zu Straftaten die Lizenz zu

entziehen.

Eigentumsstrukturen müssen aufgedeckt werden. Das 2017 eingeführte

Transparenzregister zur zentralen Identifikation der Eigentümer von Firmen und Stiftungen

enthält zu viele Schlupflöcher bei den Meldepflichten.

Finanzaufsicht reformieren: Jede Geld- und Vermögensanlage sowie jedes Kreditgeschäft

muss erfasst und durch ein laufendes materielles Prüfungsrecht (Produktaufsicht) der BaFin

unterstellt werden.

Die Macht der privaten Wirtschaftsprüfer brechen. Wirtschaftsprüfer dürfen nicht länger

gleichzeitig prüfen und beraten. Das Haftungsprivileg der Wirtschaftsprüfer und die damit

verbundene Haftungsgrenze von vier Millionen Euro bei Aktiengesellschaften gehören

abgeschafft. Wir brauchen ein Vier-Augen-Prinzip (Joint Audits) sowie eine Pool-

Finanzierung der Wirtschaftsprüfer, damit nicht das zu prüfende Unternehmen die Prüfer

direkt bezahlt. Wirtschaftsprüfer müssen alle 3- 5 Jahre rotieren.

Finanz-TÜV einführen: In Zukunft sollen nur noch solche Finanztransaktionen und -

instrumente erlaubt sein, die auch einen gesamtwirtschaftlichen und/oder gesellschaftlichen

Nutzen stiften. Statt wie bisher alle Finanzpraktiken zuzulassen, die nicht ausdrücklich

verboten sind, müssen Finanzinstrumente in Zukunft eine ausdrückliche Zulassung durch

einen „Finanz-TÜV“ erhalten, bevor sie in Umlauf gebracht werden dürfen.

Steueroasen trockenlegen

Durch Steueroasen und Steuertricks entziehen die Reichen und Konzerne der Allgemeinheit jedes

Jahr hunderte Milliarden Euro.





Geldströme werden oft über Briefkastenfirmen und andere Rechtskonstrukte verschleiert.

Das wollen wir unmöglich machen. Transnationale Konzerne sollen dazu verpflichtet werden,

ihre Kerndaten wie ihre Wertschöpfung, Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen

länderweise offenzulegen.

Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten müssen sofort gekündigt und

ihren Finanzinstituten muss die Lizenz in Deutschland entzogen werden. Durch eine

Quellensteuer von 50 Prozent auf alle in nicht kooperative Staaten abfließenden Zahlungen,

auf Dividenden, Zinsen und Lizenzabgaben von Unternehmen wollen wir Steuerflucht

87unattraktiv machen. Das ist auch im nationalen Alleingang sofort möglich. Die Beweislast

muss bei den Unternehmen und Vermögenden liegen, durch eine Anrechnung der

Quellensteuer nur bei Offenlegung aller steuerrelevanten Informationen.

 Wir wollen die Verlagerung von Konzerngewinnen ins Ausland bekämpfen: Bestehende

Steuerbefreiungen für ins Ausland abfließende Kapitalerträge müssen abgeschafft werden.

Steuervorteile für in einem Niedrigsteuerland erzielte Kapitalerträge wollen wir beseitigen:

Die Steuerdifferenz muss in Deutschland erhoben werden.

 Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter müssen personell, technisch und vom

gesetzlichen Rahmen her in die Lage versetzt werden, Steuerhinterziehung als

Geschäftsmodell konsequent zu verfolgen.

 Jede\*r Steuerfahnder\*in bringt etwa eine Million Euro mehr ein, als sie oder er kostet.

 Banken, Wirtschaftsprüfer und Kanzleien, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten,

müssen empfindlich bestraft werden – bis hin zum Entzug der Bank- bzw. Geschäftslizenz.

Nach dem Vorbild des US-amerikanischen Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)

werden Finanzinstitute zur Weitergabe von steuerrelevanten Informationen verpflichtet.

88Für eine Digitalisierung, die den Menschen nützt

Die »digitale Agenda« der Bundesregierung ist eine milliardenschwere Subvention für private

Konzerne. Die Unternehmerverbände trommeln für weitere »Flexibilisierung der Arbeit«, für den 12-

Stunden-Tag. Sie nutzen das Schlagwort »Digitalisierung« für die Aushöhlung von Rechten der

Beschäftigten und als Gelegenheit, Gelder für öffentliche Dienstleistungen in ihre privaten Gewinne

umzulenken. Auf dem neoliberalen Weg wird Digitalisierung zu mehr prekärer Arbeit führen, die

soziale Spaltung vertiefen, werden Überwachungstechnologien und wachsende Konzernmacht die

Demokratie weiter aushöhlen. Die Digitalisierung kann Chancen eröffnen für ein selbstbestimmtes

Arbeiten und Leben, für neue Formen der Demokratie, die Alltag, Arbeit und Wirtschaft einschließen.

Wir wollen die Gestaltung der Digitalisierung den Profitinteressen der Konzerne entziehen, um

Wohlstandgewinn für alle Menschen zu nutzen. Wem die Digitalisierung nutzen wird, wird jetzt

entschieden.

Beschäftigte und ihre Rechte stärken

Unternehmen investieren in digitale Arbeitsabläufe, um sich Gewinnmöglichkeiten zu sichern. Dies

führt oft zu Leistungsverdichtung und höherem Arbeitsdruck. Die Arbeit in digitalen Umgebungen

ermöglicht eine umfassende Leistungs- und Verhaltenssteuerung. Digitale Plattformen werden

genutzt, um Arbeitsrechte auszuhebeln. Es geht aber auch anders: Mit erweiterten

Mitbestimmungsrechten von Betriebsräten und Beschäftigten können die Arbeitsbedingungen

humanisiert und Produktivitätsgewinne zur Arbeitszeitverkürzung genutzt werden.

 Die Arbeitszeiten in Vollzeit wollen wir verkürzen auf um die 30h pro Woche bei vollem

Lohn- und notwendigem Personalausgleich. (vgl. Kapitel Arbeit)

 Das Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten bei der Einführung von IT-Systemen muss

verteidigt und erweitert werden. Betriebsräte müssen über Personalbemessung,

Leistungsanforderungen und Weiterbildungsbedarf mitbestimmen können und

Initiativrecht erhalten. Die Auslagerungsmöglichkeit auf Subunternehmen muss eng

begrenzt werden und an die Fortgeltung der bestehenden Tarifverträge gebunden

werden. (vgl. Kapitel Arbeit)

 Beschäftigten über Plattformen müssen die vollen Arbeits- und Mitbestimmungsrechte

sowie Sozialversicherungsschutz zustehen. Das betrifft auch die Lohnfortzahlung im

Krankheitsfall sowie die Pflicht des Arbeitgebers, die Arbeitsgeräte zu stellen. Der

Betriebsbegriff muss angepasst und die Beschäftigteneigenschaft klargestellt werden.

Beschäftigte müssen das Recht haben, für mehrere Plattformen gleichzeitig zu arbeiten.

Wir wollen Plattformgenossenschaften und städtisch betriebene Plattformen als

Alternativen fördern.

 Wir brauchen ein Beschäftigtendatenschutzgesetz, was die Verwertung der im

Arbeitsprozess digital anfallenden personenbezogenen Daten sowie die Überwachung

von Beschäftigten verbietet und Verstöße hart sanktioniert.

 Wir wollen die Rechte von Beschäftigten bei mobilem Arbeiten stärken (vgl.

Arbeitskapitel)

Die Macht der Internetkonzerne und Plattformen begrenzen

Technologische, wirtschaftliche und politische Macht ist extrem konzentriert in den Händen einiger

weniger Digitalkonzerne. Die „big five“ Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft vereinen

enormes Vermögen, Markt- und Monopolmacht und vereinen über 6,4 Billionen US-Dollar (Juli

2020). In der Pandemie habe sie ihre Profite weiter gesteigert.

89Wir brauchen ein Kartellrecht, das auch online scharfe Zähne hat: Monopole müssen zerschlagen

werden. Wir setzen auf commons-basierte, öffentliche Alternativen. Auf europäischer Ebene setzen

wir uns für Richtlinien und Vorgaben zur Entflechtung markbeherrschender Monopole ein. Es darf

nicht den Profitinteressen dieser Konzerne überlassen bleiben, über Inhalte und Zugang zum Internet

zu entscheiden.













Digitalkonzerne müssen in den Ländern Steuern zahlen, in denen sie wirtschaftlich

aktiv sind. Dazu fordern wir eine stärkere Quellen-Besteuerung der Gewinne am Ort der

Umsätze und die Einschränkung der Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben (z.B.

Lizenzgebühren), die einzig der Gewinnverlagerung dienen. Das Konzept der virtuellen

Betriebsstätte muss auch im Steuerrecht verankert werden.

Wir wollen Plattformgenossenschaften und öffentlich-rechtlich betriebene Plattformen

als Alternativen fördern.

Durch ein Plattformstrukturgesetz wollen wir Selbstbegünstigung der IT-Unternehmen

verbieten, Datenschutz sicherstellen sowie die Interoperabilität und Portabilität der

Nutzerdaten sanktionsbewährt garantieren. Alle Dienste und Software müssen

verpflichtet werden, den Import und Export aller persönlichen Inhalte in offenen

Formaten anzubieten. Hersteller müssen verpflichtet werden, auf ihren Plattformen die

Nutzung von zu ihren Diensten konkurrierenden Angeboten zu ermöglichen.

Kommerzielle Softwarehersteller müssen verpflichtet werden, alle gängigen,

insbesondere freie, Betriebssysteme und Plattformen zu unterstützen, um fairen

Wettbewerb zwischen Betriebssystemen zu ermöglichen und Nutzer\*innen die freie

Wahl zwischen Betriebssystemen zu lassen. Auch kommerzielle Software muss ihren

Quellcode mitliefern.

Plattformen wie Airbnb müssen verpflichtet werden, ihre Daten mit öffentlichen

Behörden zu teilen. Wettbewerber sollen ein Zugriffsrecht auf Daten von Plattformen

bekommen, die auf Datenmonopolen basieren. Das kann über Treuhänder organisiert

werden (vgl. Kap. Keine Profite mit der Miete, Airbnb wollen wir durch eine

gemeinwohlorientierte Alternative für rein privaten Wohnungstausch ersetzen)

Wir brauchen eine spezielle Regulierungsbehörde, die die Durchsetzung dieser Regeln

von Amts wegen überwacht.

Den Einsatz von Uploadfiltern lehnen wir ab. Plattformbetreiber dürfen nicht das Recht

erhalten und verpflichtet werden, ohne richterlichen Beschluss Inhalte zu löschen.

Gegen Desinformation brauchen wir eine stärkere Medienbildung statt Zensur.

Digitale Infrastruktur für alle ausbauen

Die profitorientierten Mobilfunkbetreiber haben kein Interesse an einem flächendeckenden

Netzausbau. Zahlreiche Menschen leben immer noch in Regionen mit schlechtem Internet. Der

Netzausbau muss am Ziel zuverlässiger Versorgung und am Gemeinwohl orientiert erfolgen. Dazu

müssen die Breitband- und Mobilfunknetze in öffentliche Hand.

 Wir fördern den Breitbandausbau mit Investitionen von 10 Mrd. Euro jährlich in ganz

Deutschland. Die Kommunen sollen die Netze dauerhaft in öffentlicher Hand betreiben

können. Alle Wohnungen sollen Breitbandanschluss erhalten.

 Wir wollen ein einheitliches Mobilfunknetz aus einer Hand, das eine Abdeckung der

gesamten Fläche sichert. Ein einziges Netz ist kostengünstiger als parallele Netze und

mindert die Strahlenbelastung. Die Konkurrenz der Anbieter führt zu unnötigen

90Mehrfachstrukturen und an vielen Stellen zu gar keinem Netz. Netzausbau und -betrieb soll

deswegen durch die öffentliche Hand erfolgen. Das sichert eine flächendeckend gute

Netzqualität sowie die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Die kommunalen Betreiber

der Glasfasernetze sind geeignete Betreiber der Mobilfunknetze. Die

Telekommunikationsunternehmen können ihre Dienstleistungen über das öffentliche Netz

anbieten.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen digitale und andere öffentliche Dienstleistungen

nutzen können, unabhängig vom Geldbeutel.

 Telefonanschluss und Internet dürfen (wie Strom und Wasser) nicht abgestellt werden,

auch nicht bei Zahlungsrückständen.

 Die Kosten dafür müssen in der Mindestsicherung berücksichtigt werden, ebenso für die

Endgeräte.

 Jedes Kind braucht von der Schule ein kostenfreies Leihgerät, sofern das für den

Unterricht erforderlich ist (vgl. Kap. Eine Schule für alle).

 Wir wollen soziale Zentren in den Dörfern schaffen, die als Orte der Begegnung dienen

und grundlegende Dienstleistungen wie Post, Bank und öffentlichen Internetzugang

anbieten.

 Es muss immer auch nicht-digitale Arten geben, eine Karte fürs Schwimmbad und einen

Termin beim Amt etc. zu bekommen, um sicherzustellen, dass niemand ausgeschlossen

wird. Digitale Angebote dürfen nicht zum Personalabbau im Öffentlichen Dienst genutzt

werden.

 Netzneutralität muss grundgesetzlich gesichert werden.

Datensicherheit und Datenschutz

Wenn künftig Autos, Kühlschränke und Stromzähler digital gesteuert und ans Internet angeschlossen

sein sollen, muss schon bei der Herstellung ausgeschlossen werden, dass Unberechtigte sich Zugriff

zu diesen Systemen, den Daten der Nutzer\*innen und die Kontrolle über diese Geräte verschaffen

können. Dies betrifft besonders IT- und IoT-Geräte in Haushalten und kleinen Betrieben. Die

Verantwortung für Sicherheit der Daten muss „by design“ gewährleistet sein und darf nicht auf die

Nutzenden abgeschoben werden. Wir müssen darauf vertrauen können, dass unser Online-Banking,

unsere elektronische Krankenakte, unsere Daten beim Einwohnermeldeamt sicher sind und nicht in

falsche Hände geraten. Anbieter der Technologien müssen die Sicherheit wirksam gewährleisten.

 Die Haftung der Hersteller für IT-Sicherheit muss ausgeweitet werden. Wir brauchen

gesetzliche Vorgaben zur Produktlebensdauer, die den verpflichtenden Support und

Sicherheitsupdates für diese Zeit vorsehen. Per Verordnung muss Security by Design und

by Default vorgeschrieben werden. Das sollte auf europäischer Ebene als Regelung für

den Binnenmarkt umgesetzt werden. Eine Sicherheitszertifizierung muss obligatorisch für

den Marktzugang werden.

 Der Aufkauf von Informationen über und Beauftragung von Sicherheitslücken in IT-

Systemen durch Geheimdienste muss verboten und unterbunden werden. Sie

gefährden die Datensicherheit für alle, da diese Sicherheitslücken nicht nur vom Staat,

sondern auch von Kriminellen ausgenutzt werden. Es muss eine Verpflichtung zur

Meldung von Sicherheitslücken geben.

 Im Bereich der Abwehr von Angriffen auf die IT-Sicherheit haben Bundeswehr und

Geheimdienste nichts zu suchen, stattdessen werden wir die Unabhängigkeit des

91

Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) stärken und

dessen Beratungs- und Hilfsangebote ausbauen.

Wir wollen Open-Source Betriebssysteme und Anwendungen staatlich fördern, um die

Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Verbesserung der Systeme zu ermöglichen. Open-

Source-Software ist nicht per se fehlerfrei, aber durch die Möglichkeit der Überprüfung

können Fehler leichter gefunden und ausgebessert werden. Mit der Förderung von

Open-Source-Technologien lässt sich auch die Entwicklung von Privacy by Design-

Standards verbinden. Öffentliche Stellen müssen zur Anwendung von Open-Source-

Technologie verpflichtet werden, um die vollständige Kontrolle der Behörden und der

Gesellschaft über die eingesetzte Technologie zu gewährleisten. Der Bund soll Geld zur

Verfügung stellen, um auch die Instandhaltung von freien Betriebssystemen zu

unterstützen.

Die Interessen von Nutzer\*innen und Beschäftigten am Schutz ihrer Daten und

Persönlichkeitsrechte bei der Nutzung digitaler Systeme müssen gegenüber dem Interesse von

Unternehmen, durch Aus- und Verwertung möglichst großer Datenmengen neue Geschäftsmodelle

zu entwickeln, verteidigt werden.

 Die Nutzung öffentlich zugänglicher Angebote muss möglich sein, ohne dass die dabei

entstehenden Daten wirtschaftlich verwertet werden. Geschäftsbedingungen müssen

allgemeinverständlich sein und die Möglichkeit beinhalten, die Weiterverwendung der

anfallenden Daten auszuschließen.

 Die Datenschutzgrundverordnung muss verstärkt werden. Unternehmen, die gegen

Datenschutzauflagen verstoßen, müssen konsequent sanktioniert werden. Dazu gehört

eine Stärkung der Datenschutzbeauftragten.

 Es muss möglich sein, Daten zwischen verschiedenen sozialen Netzwerken zu teilen. Wir

wollen eine Wahlfreiheit durch Interoperabilität und Daten-Portabilität zwischen den

Diensten.

Bürger\*innenrechte schützen

DIE LINKE steht für eine lebendige Demokratie. Die digitalen technischen Möglichkeiten dürfen nicht

zur Überwachung der Bürger\*innen und zur Einschränkung der Demokratie genutzt werden.

 Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss beendet werden. Automatisierte

Gesichtserkennung wollen wir verbieten. Wir brauchen stattdessen mehr Personal im

öffentlichen Raum und auf Bahnhöfen, das Unterstützung, Auskunft und Hilfe bieten

kann. Eine Kamera verhindert keine Gewalt und leistet keine Hilfe.

 Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsuchung (Staatstrojaner)

müssen verboten werden. Wir wollen das Recht auf Privatsphäre, sichere

Kommunikation und Verschlüsselung gesetzlich verankern. Spyware aller Art muss

verboten werden.

 Die Vorratsdatenspeicherung von IP-Verbindungen, Mobilfunk-Verbindungen und -

Standorten muss verboten werden.

 Den Export von Überwachungstechnologie wollen wir verbieten. Den Einsatz

autonomer Waffensysteme und bewaffneter Drohnen wollen wir verhindern.

 Digitale Gewalt im Netz muss juristisch anerkannt und verfolgt werden. Dazu muss

auch Kompetenz in den Strafverfolgungsbehörden aufgebaut werden. Dies betrifft

besonders digitale Gewalt gegen Frauen.

92



Die Impressumspflicht für Nicht-kommerzielle Webseiten wollen wir abschaffen, um die

Privatsphäre von Webseite-Betreiber\*innen zu sichern.

Nicht-kommerzielle Vervielfältigung und Nutzung urheberrechtlich geschützter Software

darf nicht kriminalisiert werden.

Der Einsatz sogenannter Künstlicher Intelligenz (KI) muss gesetzlich reguliert werden, um

gemeinwohlorientierte Anwendung sicherzustellen.

 Sämtliche für Entscheidungen eingesetzte Algorithmen müssen von unabhängigen

Stellen geprüft werden auf Diskriminierungsfreiheit. Der Einsatz diskriminierender

Algorithmen ist zu verbieten.

 Entscheidungen über Sozialleistungsansprüche, Kreditwürdigkeit oder Prognosen über

Straffälligkeit dürfen nicht automatisiert getroffen werden. Sie müssen stets von

Menschen verantwortet werden. Die Betroffenen brauchen ein Einspruchsrecht

gegenüber menschlichen Entscheidungsbefugten.

Wir wollen Whistleblower schützen. Personen und Strukturen, die Missstände und Verbrechen in der

Wirtschaft und demokratischen Institutionen öffentlich machen sind für eine Demokratie

lebensnotwendig.

Digitale Zahlungssysteme regulieren

Internetkonzerne entwickeln für ihre Hard- und Softwareprodukte eigene Bezahlsysteme (z.B.

ApplePay, AmazonPay, Ebay-Tochter PayPal u.a.) oder denken über die Etablierung eigener Parallel-

Währungen nach (vgl. Diem-Pläne von Facebook u.a.).

 Digitale Zahlungen ermöglichen die Erstellung von persönlichen Profilen und Rückschlüsse

auf sensible persönliche Informationen. Daher wollen wir das Recht auf Bargeldzahlung

gesetzlich verankern.

 Den Datenschutz bei digitalen Zahlungsdiensten regulieren wir streng. Wir setzten eine

strikte Trennung zwischen Bezahl- und andere Diensten der Konzerne durch.

 Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine schleichende

Privatisierung lehnen wir ab. Innovative Finanz-Technik-Unternehmen (FinTechs) bzw. ihre

Plattformen müssen mit ihren Finanzdienstleistungen denselben Regeln und Gesetzen

unterworfen sein, wie sie heute für konventionelle Finanzdienstleister (z.B. Banken und

Versicherungen) gelten.

 Um im Dickicht der neuen Zahlungsinstrumente das Heft nicht aus der Hand zu geben, soll

die Europäische Zentralbank einen „Digitalen Euro“ einführen. Der digitale Euro soll ein von

der EZB garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel sein, das Privatpersonen in begrenztem

Maße und unverzinst auf Girokonten bei der EZB halten können. Nur mit einer öffentlichen

Alternative zu den Bezahlsystemen der großen (Internet-)Konzerne und ihrer Daten-

Sammelwut lässt sich glaubwürdig ein europäisches Datenschutzniveau durchsetzen.

Öffentliche Verwaltung demokratisch und digital

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung erleichtert neue Beteiligungsformate für

demokratische Entscheidungen, transparente Entscheidungen und schnellere Bearbeitung von

Bürgeranliegen. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Abhängigkeit von externen Dienstleistern

und der Einsatz externer „Berater“ noch steigt. Vielmehr brauchen die öffentlichen Verwaltungen

ausreichend kompetentes Personal, um die digitalen Systeme zu warten, Bürger\*innen bei der

Benutzung zu unterstützen und die persönliche Ansprechbarkeit für alle Anliegen sicherzustellen.

93









Wir wollen neue digitale Beteiligungsformate für demokratische Entscheidungen entwickeln.

Das Informationsfreiheitsgesetz wollen wir zu einem Transparenzgesetz ausbauen. Mit

öffentlichen Mitteln erstellte Informationen müssen für die nicht-kommerzielle Nutzung

öffentlich zugänglich sein. Im Rahmen kommerzieller Smart City Projekte gesammelte Daten

müssen der Allgemeinheit kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

In der öffentlichen Verwaltung muss freie Software eingesetzt werden. Dies dient sowohl der

Datensicherheit als auch dem Schutz öffentlicher und demokratischer Handlungs- und

Entscheidungsfähigkeit. Das Vergaberecht muss entsprechend angepasst werden. Durch

öffentliche Gelder finanzierte Software muss als freie Software veröffentlicht werden und zur

Wiederverwendung in anderen Städten und Verwaltungen sowie durch

gemeinwohlorientierte Akteure zur Verfügung stehen.

Öffentliches WLAN in den Kommunen und öffentlichen Gebäuden wollen wir durch Freifunk

ausbauen, statt durch kommerzielle Anbieter.

Öffentliche Verwaltungen und Meldeämter dürfen keine persönlichen Daten von Menschen

ohne deren ausdrückliche Zustimmung an Dritte weitergeben.

Schule und Lernen digital unterstützen

Digitale Anwendungen können sowohl bei der Organisation des Schulbetriebs wie z.B. Organisation

von Stundenplänen, als auch beim Lernen selbst helfen. Allerdings können und sollen die besten

Programme keine Lehrpersonen ersetzen, sondern diese und die Schüler\*innen beim Lernen

unterstützen. Die Anwendung von Lernsoftware muss deshalb immer in ein pädagogisches Konzept

eingebettet sein. Gesundheitliche und lernpsychologische Aspekte sind dabei zu berücksichtigen. Die

Auseinandersetzung mit verbreiteten Technologien ist darüber hinaus ein wichtiger Teil des

Erlernens gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit. Digitalisierung in der Bildung darf jedoch nicht zum

Einfallstor der Profitinteressen von Unternehmen werden.

 Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss an allen Schulen auch für digitale Geräte sichergestellt

sein. (siehe Bildungskapitel) In den Schulen muss eine ausreichende Netzwerkinfrastruktur

geschaffen werden.

 Die Lehrer\*innen müssen fortgebildet werden in der Benutzung dieser Technologien und in

Datenschutzfragen. Sie müssen die Technik anwenden und verstehen können, um sie mit den

Schüler\*innen zu benutzen und sie ihnen erklären zu können.

 Keinesfalls darf Lernsoftware als Ersatz für fehlendes Lehrpersonal eingesetzt werden. Der

Einsatz von Digitaltechnologie in Schulen erfordert einen höheren Personalbedarf für die

Betreuung der Schüler\*innen wie der Software und Geräte. Dafür müssen zusätzliche Stellen

geschaffen werden.

 Bildungspläne, Unterrichtskonzeptionen und Medieneinsatz müssen vom Menschen, von

Lernprozessen und von den konkreten Fächern her konzipiert werden. Medien und

Digitaltechnik sind Hilfsmittel im Unterricht und kein Selbstzweck. Die Frage ist nicht, was

man mit der neusten Digitaltechnik alles machen kann, sondern was die Lehrkraft an

medialer und technischer Unterstützung braucht.

 Eingesetzte Lernsoftware darf keine personenbezogenen Daten der Schüler\*innen (wie z.B.

Lernfortschritte) außerhalb der Schule speichern. Sämtliche erhobenen Daten müssen

transparent und für alle nachweislich auf den Geräten verbleiben oder im Rahmen der Schule

gespeichert werden. Aus diesen Daten dürfen keine Prognosen zum Lernerfolg oder der

weiteren schulischen Entwicklung erstellt werden. Schüler\*innen haben darüber hinaus ein

94



Recht auf Vergessen, insbesondere da es sich um Minderjährige und Heranwachsende

handelt.

Die Abhängigkeit von bestimmten IT-Unternehmen und Produkten muss von vornherein

vermieden werden. Die verwendete Software soll Open-Source-Standards entsprechen.

Lernprogramme müssen öffentlich erstellt, verwaltet und gewartet werden.

Technikfolgenabschätzung in der Bildungsforschung muss gefördert werden, um

Erfahrungen, Chancen und Risiken beim Lernen mit digitalen Technologien offenzulegen.

Die Medien- und Datenschutzkompetenz der Kinder und Jugendlichen muss möglichst früh

gefördert werden.

Auch in der Erwachsenenbildung muss der digitale Kompetenzaufbau gefördert werden. In der

Wissenschaft wollen wir Open Access für Forschungsergebnisse standardmäßig durchsetzen. Was mit

öffentlichen Geldern gefördert wurde, muss der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung stehen.

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Den Einsatz digitaler Anwendungen und Methoden zur bloßen Kostenreduzierung unter

Inkaufnahme der Verschlechterung der medizinischen Versorgung lehnen wir ab. Staatliche Gelder

sollen zuerst in die Bekämpfung des Pflegenotstands und die Verbesserung der

Gesundheitsinfrastruktur fließen, statt sie für die Subventionierung von IT-Konzernen zu nutzen.

 Ein Umlegen der Kosten von digitalen Anwendungen auf die Bewohner\*innen von

Pflegeeinrichtungen lehnen wir ab. Nur ein radikaler Richtungswechsel in der Finanzierung

von Gesundheit und Pflege durch eine Pflegevollversicherung verhindert, dass die

Digitalisierung für einen Abbau von Stellen genutzt wird.

 Krankenkassen dürfen die von den Versicherten eingezahlten Rücklagen nicht für die

Spekulation auf Erfolge von IT-Konzernen nutzen!

 Für eHealth-Anwendungen brauchen wir evidenzbasierte Bewertungsverfahren analog zu

anderen medizinischen Behandlungsmethoden. Routinedaten der Krankenkassen,

Registerdaten oder andere Daten, die direkt im Behandlungsalltag anfallen („real world

data“) sind dafür nicht geeignet. Für Gesundheits-Apps braucht es eine Zertifizierung nach

staatlichen Vorgaben.

 Die informationelle Selbstbestimmung von Patient\*innen und Versicherten muss jederzeit

gewahrt werden. Die Weitergabe der sensiblen Daten durch die Anwender\*innen muss

immer wohl informiert und freiwillig erfolgen und darf auch langfristig nicht Grund für

Diskriminierung oder Voraussetzung für den Zugang zu einer wirksamen Behandlung sein.

 Daten, die mit der elektronischen Gesundheitskarte erhoben werden, dürfen nicht zentral

gespeichert oder online weitergegeben werden. Eine Einsicht Dritter in die dezentralen

Datenspeicher ohne Zustimmung der Versicherten muss verboten bleiben.

 Digitale Gesundheitstechnologien sollen barrierefrei gestaltet und allen Menschen

diskriminierungsfrei zugänglich sein, dies geht Hand in Hand mit angemessenen

Weiterbildungs- und Informationsmöglichkeiten für die Versicherten, Patient\*innen und

Heilmittelerbringer. Die Mitsprache der betroffenen Menschen mit Pflegebedarf,

einschließlich eines Vetorechts für z.B. den Robotereinsatz, ist zu definieren.

ÖPNV für alle durch Digitalisierung verbessern

Die Auto- und IT-Konzerne sind dabei, sich mit digitalen Mobilitätsangeboten neue Profitquellen zu

erschließen. Sie wollen ihre Angebote als Teil des ÖPNV definieren und Gelder für den öffentlichen

95Nahverkehr in ihre Kassen umleiten. Dabei kann der öffentliche Verkehr durch eine digitale

Verkehrssteuerung attraktiver werden. Die Übersicht und Buchbarkeit aller Verkehrsangebote in

einer App sind überfällig. Der Einsatz geteilter Kleinfahrzeuge (Ride-Sharing) kann eine sinnvolle

Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrs sein. Auch autonom fahrende Fahrzeuge können unter

Umständen nützlich sein. Kurzfristig sind sie jedoch keine Alternative, da für die Ermöglichung

autonomen Fahrens enorme Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur erforderlich sind

(flächendeckendes 5G-Netz, digitale Ausstattung von Ampeln und Verkehrsschildern, Abtrennung

von Radwegen und Gehwegen etc.). Dieses Geld wird stattdessen dringend für eine wirkliche

Verkehrswende hin zu mehr Bussen, Straßenbahnen, Zügen, häufigeren Takten, mehr Personal und

guten Arbeitsbedingungen benötigt. Entscheidend ist der Wille, öffentliche Mobilität für alle

verfügbar zu machen und aus Steuermitteln so zu finanzieren, dass es nicht auf den Geldbeutel des

Einzelnen ankommt, ob ökologische Alternativen erschwinglich sind. Und dass Kommunen nicht auf

Grund leerer Kassen auf profitorientierte Angebote der Konzerne zurückgreifen müssen. Denn

wirklicher Klimaschutz im Verkehr lässt sich nicht mit digitalen PKW-Flotten erreichen.

 Wir setzen uns ein für eine öffentliche Mobilitätsplattform, auf der alle Angebote aus allen

Verkehrsverbünden sichtbar und buchbar sind. Perspektivisch muss diese Plattform alle

europäischen Regionen einbeziehen.

 Die dabei anfallenden Daten dürfen nur aggregiert öffentlich gemacht werden. Keinesfalls

dürfen anonymisierte Daten der Nutzer\*innen öffentlich gemacht werden, da auch

anonymisierte Bewegungsprofile Rückschlüsse auf konkrete Personen erlauben. Die Pflicht

zur Bereitstellung von aggregierten Verkehrsdaten betrifft selbstverständlich auch alle

privaten Anbieter von Verkehrsdienstleistungen.

 Die Zugänglichkeit zu allen Verkehrsangeboten auch ohne Smartphone und App muss

möglich bleiben, um nicht Menschen auszuschließen, die Smartphones und Computer nicht

nutzen können oder möchten. In zu regelmäßigen Zeiten verkehrende Straßenbahnen und

Busse können auch Kinder und Behinderte selbständig einsteigen. Das muss auch in einer

digitalisierten Verkehrswelt erhalten bleiben.

 Preissysteme, die im ÖPNV nach gefahrenen Kilometern und Tageszeit abrechnen, lehnen wir

ab. Sie ermöglichen gewinnorientierten und (teil)privaten Anbietern wie Moia höhere

Profite, aber machen die Nutzung für die meisten Menschen teurer. Das Auch die

sogenannte „letzte Meile“ muss im ÖPNV-Ticket inbegriffen sein. Ticketpreise müssen

sinken, perspektivisch für alle kostenlos sein.

 Bei Ausschreibungen bzw. Vergabe öffentlichen Verkehrs an private Anbieter sind zwingend

geltende Tarifverträge einzuhalten, um gute Arbeitsbedingungen zu sichern. DIE LINKE setzt

sich für bundesweit gültige Flächentarifverträge im Nahverkehr ein.

 Soweit selbstfahrende Fahrzeuge eingesetzt werden, muss die Begleitung durch

menschliches Personal zwingend sichergestellt werden, dass in Notsituation unmittelbar

Hilfe leisten kann und Menschen mit Behinderung beim Besteigen und Verlassen des

Fahrzeugs helfen kann. Wir brauchen auch endlich wieder Personal auf allen Bahnhöfen.

Kameras und Informationssäulen bieten keine Unterstützung und keinen Schutz in Notfällen!

Nachhaltige Digitalisierung: ökologisch und sozial

Die Digitalisierung erfordert einen hohen Energie- und Ressourcenverbrauch für Rechenzentren und

Endgeräte. Dies betrifft sowohl den benötigten Strom als auch die erforderlichen Rohstoffe. Zudem

sind die Arbeitsbedingungen in vielen Ländern im Rohstoffabbau, in der Herstellung der Geräte und

96auch im IT-Service oft schlecht. Viele neue Technologien sind zwar energieeffizient, doch werden die

Einsparungen durch größere Endgeräte, höhere Auflösung, stärkere Nutzung und kürzere

Lebensdauer der Geräte wieder aufgefressen. Durch diesen „Rebound-Effekt“ steigen sowohl der

Rohstoffbedarf als auch der Stromverbrauch deutlich an. Soll dieser zunehmende Stromverbrauch

ökologisch erzeugt werden, um das Klima nicht weiter zu schädigen, werden umso mehr

Windkraftanlagen, Solarfelder und Wasserkraftwerke gebaut werden müssen – die ihrerseits

Flächen, Material, seltene Metalle und Energie für ihre Herstellung verbrauchen. Ein zunehmender

Bedarf an Rohstoffen, die aus anderen Ländern kommen, erhöht in einer kapitalistischen Welt auch

die Kriegsgefahr. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine gesellschaftliche Diskussion darüber ein, in

welchen Bereichen wir digitale Anwendungen nutzen wollen, und wo dies im Sinne des

Umweltschutzes, des Schutzes der Arbeits- und Menschenrechte sowie im Rahmen einer

international gerechten Handelspolitik neu geregelt werden muss.

 Für die öffentliche Beschaffung müssen strenge sozial-ökologische Vorgaben gelten in

Bezug auf Arbeits- und Umweltschutz in den Herstellerländern, Langlebigkeit und

Reparierbarkeit. Unternehmen, die gegen ihre Sorgfaltspflicht in der Lieferkette

verstoßen, müssen von öffentlichen Aufträgen und der Außenwirtschaftsförderung

ausgeschlossen werden (vgl. Lieferkettengesetz im Kap. Global gerecht)

 Für digitale Endgeräte brauchen wir gesetzliche Vorgaben zur Mindestlebensdauer,

Energieeffizienz, modularem Aufbau, Reparierbarkeit durch Nutzer\*innen und

Werkstätten sowie verpflichtenden Software-Updates und Ersatzteilverfügbarkeit.

(Ökodesignvorgaben, vgl. Kap. Verbraucherschutz). Bei Streaming- und Video-on-

Demand-Diensten müssen Vorgaben für energiesparende Standard-Einstellungen

gemacht werden.

 Für Batterien und Elektrogeräte soll durch Einführung eines Pfandsystems die wirksame

Rückführung der Rohstoffe in den Produktionskreislauf und Wiederverwertung der

Bestandteile ermöglicht werden. Reparatur und Wiedernutzung müssen Vorrang vorm

Recycling der Materialien haben. (vgl. Kapitel Klima- und Umweltschutz))

 Die Abwärme von Rechenzentren muss verpflichtend zur Gebäudeheizung (Nah- und

Fernwärmeversorgung) eingesetzt werden.

 Für die Softwareprogrammierung müssen Vorgaben zur energiesparenden

Programmierung erfolgen. Das Prinzip der Datensparsamkeit muss gesetzlich wirksam

verankert werden. Neben der Erfüllung des Datenschutzes senkt dies auch den

Stromverbrauch digitaler Anwendungen.

97Für Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Vielfalt der Geschlechter

Geld, Zeit, Anerkennung und Macht sind zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt. Wir wollen

nicht länger zulassen, dass Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung

abgewertet werden – auch nicht, dass Menschen gezwungen werden, einer bestimmten Norm zu

entsprechen. Im Kampf für Geschlechter- und soziale Gerechtigkeit stehen Frauen und LSBTIQ\* auf

einer Seite gegen Ausbeutung, Abwertung und Gewalt. Jeder Mensch ist gleich viel wert und „all

genders are beautiful“.

Linker Feminismus – Zeit für ein selbstbestimmtes, sicheres und gerechtes Leben

Als LINKE stehen wir für einen Feminismus, der an die Wurzeln geht. Das heißt zuallererst, Arbeit und

Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei,

sicher und selbstbestimmt leben können, Zeit für Familie und Freund\*innen haben und gleichzeitig

einer sinnvollen und gut bezahlten Arbeit nachgehen können. Wir wollen eine Gesellschaft, in der

Frauen genauso an politischen Entscheidungen mitwirken können wie Männer und in der sich das

Leben nicht nur um die Lohnarbeit dreht.

(Sorge)Arbeit und Zeit umverteilen

Frauen erhalten im Durchschnitt niedrigere Löhne und dann auch weniger Rente, und sie verfügen

über ein geringeres Vermögen als Männer (Gender Pay Gap). Sorgearbeit, die als die Sache von

Frauen gilt, wird in der kapitalistischen Ökonomie systematisch abgewertet. Frauen machen den

Großteil der nicht entlohnten Pflege- und Erziehungsarbeit, sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder in

weniger gut bezahlten Jobs. Wer wegen Elternzeit länger ausfällt und im Job zurücksteckt, findet

seltener eine gute und sichere Anstellung und kann schlechter aufsteigen. Auch deshalb ist der

Großteil der Arbeiter\*innen im Niedriglohnsektor weiblich. Viele von ihnen haben eine

Migrationsgeschichte. In Ostdeutschland sind die Lohnunterschiede zwar geringer, aber die Löhne

insgesamt viel niedriger – mehr als jede\*r Dritte arbeitet für Niedriglohn.

In Deutschland leisten Frauen 50 Prozent mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer (Gender Care

Gap). Entsprechend haben Frauen weniger Zeit für andere Tätigkeiten oder sind gezwungen, sich

zwischen Familie, Job und Freizeit aufzureiben. Nicht selten endet diese Vielfachbelastung in Burnout

und anderen Krankheiten. Es geht nicht nur um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

damit Frauen Kinder und Karriere noch schneller jonglieren können. Wir brauchen neue

Arbeitszeitmodelle – und zwar für alle! Deshalb streiten wir für eine Gesellschaft, in der alle

Tätigkeiten und Bedürfnisse zu ihrem Recht kommen und nicht die Erwerbsarbeit den Takt vorgibt.

DIE LINKE fordert deswegen ein Neues Normalarbeitsverhältnis, mit um die 30 Stunden für alle,

zum Beispiel eine Vier-Tage-Woche (vgl. Kapitel Arbeit). So bleibt allen mehr Zeit für Familie, für sich

selbst und für die Beteiligung an Politik und Gesellschaft. Dazu gehört auch die Begrenzung von

Überstunden ebenso wie ein Anspruch auf familienfreundliche Schichtzeiten und ein Mindestlohn

von 13 Euro. Besonders Pflege-, Sorge- und Dienstleistungsberufe, in denen besonders viele Frauen

arbeiten, wollen wir aufwerten und endlich anständig bezahlen. Den Niedriglohnsektor schaffen wir

ab, so dass alle von ihrer Arbeit leben können (vgl. Kap. Gute Arbeit). Das nützt vor allem Frauen.

Wir wollen unsere Wirtschaft grundsätzlich umstrukturieren. Sie soll nicht nur nachhaltiger

und demokratischer werden, sondern die Sorgearbeit (Care-Arbeit) muss ins Zentrum

gestellt werden. Denn, dass Kranken- oder Altenpfleger\*innen, Erzieher\*innen oder

98Beschäftigte in haushaltsnahen Dienstleistungen häufig schlecht entlohnt und unter

miserablen Bedingungen arbeiten, hat System. Wir brauchen nicht nur besser bezahlte

Pflegekräfte und Erzieher\*innen, sondern auch mehr von ihnen! 100 000 Pflegekräfte

werden jeweils in den Krankenhäusern und Altenheimen gebraucht, damit die Pflegenden

endlich wieder Zeit für die von ihnen gepflegten Menschen haben. Durch eine solidarische

Gesundheitsversicherung und eine solidarische Pflegevollversicherung können wir das

finanzieren. Fallpauschalen schaffen wir ab und überführen Krankenhäuser und Pflegeheime

wieder in gemeinnützige Hand, jenseits von Markt und Profitmacherei (vgl. Kapitel

Gesundheit). Wir wollen die Kindertagesbetreuung flächendeckend auszubauen, die

Qualität zu verbessern und mehr Erzieher\*innen einzustellen. Und natürlich müssen

Erzieher\*innen gut bezahlt werden, damit der Beruf attraktiv für viele ist. Denn nur mit

flächendeckender Ganztagsbetreuung müssen Eltern sich nicht zwischen der Betreuung ihrer

Kinder und ihrem Beruf entscheiden (vgl. Kapitel Bildung).

Mit würdigen Löhnen für alle beenden wir auch endlich die unwürdigen Renten, von denen

vor allem viele Frauen leben müssen. Durch die bessere Anrechnung von Kindererziehungs-

und Pflegezeiten wird auch unbezahlte Sorgearbeit entsprechend wertgeschätzt (vergl.

Rentenkapitel). Aktuell gibt es keine echten Lohnersatzleistungen für pflegenden

Angehörige, die noch im Beruf stehen. Wir wollen sechs Wochen Freistellung bei vollem,

arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich (vgl. Kapitel Gesundheit und Pflege) und unabhängig

vom Verwandtschaftsgrad.







Wir wollen: gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Dafür werden wir ein

verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht einführen, damit Frauen

nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen. Unsere Forderung, die Grundgehälter in der

Pflege um 500 Euro anzuheben ist ein Beitrag Aufwertung.

Wir wissen: Männer wollen und würden sich mehr an der Familienarbeit beteiligen, wenn die

Arbeitsverhältnisse und die ökonomische Situation dies zuließen. Deshalb belohnen wir Väter

mit einem zusätzlichen Monat Elterngeld, wenn sie mindestens ein Drittel der Elternzeit

übernehmen. Teilen Eltern sich diese Zeit hälftig auf, erhalten beide einen zusätzlichen

Monat Elterngeld.

In Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sind Frauen seltener in Führungspositionen vertreten.

Das muss sich ändern. Deswegen fordern wir eine echte Frauenquote in Führungspositionen

von 50 Prozent (im Gegensatz zur 30 Prozentquote der Großen Koalition).

Gesellschaftliche Machtverhältnisse schlagen sich auch in der Sexarbeit nieder. In der LINKEN werden

unterschiedliche Wege diskutiert, mit Prostitution politisch umzugehen. Einig sind wir uns darin, dass

wir die Kriminalisierung und Stigmatisierung von Sexarbeiter\*innen ablehnen. Wir fordern einen

Anspruch auf Sozialleistungen und Arbeitslosengeld, auf Umschulungen, Weiterbildung und

Fortbildung, sowie freien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und das Recht, sich selbst zu

organisieren.

Niemals am Leben sparen – keine Kürzungen zu Lasten von Frauen und Familien

Privatisierung und Kürzungsmaßnahmen treffen insbesondere Erziehung, Pflege, soziale Arbeit und

Bildung. Darunter leiden Frauen doppelt: als Beschäftigte und als unbezahlte Care-Arbeiterinnen in

99den Familien, wo sie die Kürzungen durch Mehrarbeit auffangen müssen. Das führt nicht zu

Mehrbelastung und verstärkt alte Rollenbilder.

Die milliardenschweren Rettungspakete für Unternehmen in der Corona-Krise dürfen nicht durch

Kürzungen im Sozialbereich aufgefangen werden. Im Gegenteil: Wir treten für einen sozialen und

ökologischen Systemwechsel ein, der die Bereiche in Wirtschaft und Beschäftigung stärkt, die

klimafreundlich sind und das Leben für alle besser machen: personennahen Dienstleistungen,

Bildung, Erziehung, eine Ausweitung des Schienen- und öffentlichen Nahverkehrs. Unser Umbau von

Wirtschaft und Sozialstaates macht unsere Gesellschaft in Zukunft krisenfest und befördert die

Lebensmöglichkeiten (nicht nur) von Frauen:

 Die Schuldenbremse schaffen wir ab. Stattdessen fördern wir Investitionen in den Ausbau

sozialer Dienstleistungen in öffentlicher Hand, jenseits von Markt und Profit. Die

notwendigen Mittel dafür nehmen wir durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer ein.

Von guten und kostenfreien sozialen Infrastrukturen profitieren Frauen, Alleinerziehende

und Kinder am meisten – und Menschen mit geringem Einkommen.

 Die Sozial- und Haushaltspolitik muss auf ihre Geschlechtergerechtigkeit hin geprüft und

entsprechend verändert werden im Sinne eines Gender-Budgeting.

Gewalt an Frauen beenden

Wir wollen, dass jeder Mensch – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung und

Lebensentwurf – ohne Angst vor Gewalt leben kann. Durch das Grundgesetz und durch

internationale Abkommen muss der Staat dafür Sorge zu tragen, tut es aber nicht ausreichend.

Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck und Folge einer gesellschaftlichen Abwertung und Unterdrückung

von Frauen, von hierarchischen und patriarchalen Geschlechterverhältnisse. Sie hat viele Formen und

kommt in Familien genauso vor, wie im öffentlichen Raum. Gewalt gegen Frauen hängt nicht vom

sozialen Status ab, es gibt sie in der digitalen Welt wie im analogen Leben. Viel zu oft endet sie für

Frauen tödlich. Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner

getötet. Diese Gewalt als „eskalierten Beziehungsstreit“ oder Privatangelegenheit abzutun, verkennt

das strukturelle Problem: Den Mord an Frauen, weil sie Frauen sind, nennen wir Femizid.

Um Frauen effektiv vor Gewalt zu schützen, brauchen wir gesellschaftliche Verhältnisse, in denen

Frauen unabhängig und selbstbestimmt leben können – dazu gehört auch ökonomische

Unabhängigkeit. Wenn Frauen Gewalt erleben, brauchen sie schnellen und bedarfsgerechten Schutz

und qualifizierte Hilfe, in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen. Beratungsstellen müssen leicht

zugänglich sein – unabhängig von körperlichen Beeinträchtigungen, dem Aufenthaltsstatus oder der

Lebenssituation der Betroffenen. Wir wollen die patriarchalen Strukturen verändern, nur so kann

Gewalt gegen Frauen nachhaltig verhindert werden:

 Zur Ermordung von Frauen und Mädchen fehlen in Deutschland Daten, Forschung,

Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Wir fordern eine unabhängige

Beobachtungsstelle, die jeden potenziellen Femizid erfasst, die Daten tagesaktuell sowie in

einem jährlichen Lagebericht veröffentlicht und Forschung zu Femiziden, den Ursachen und

der Bedeutung von Risikofaktoren betreibt.

 Die Istanbul-Konvention, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und

Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, muss konsequent und

vollständig umgesetzt werden. Die durch die Bundesregierung bei der Ratifizierung

vorgenommen Einschränkungen wollen wir zurücknehmen, damit zahlreichen geflüchteten

oder migrierten Frauen nicht der Zugang zu Schutz verweigert wird.

100•











Strukturen des Gewaltschutzes und Hilfesysteme wollen wir ausbauen und mit

ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten. Die Finanzierung von Frauenhäusern darf

nicht länger eine freiwillige Leistung sein. Hier brauchen wir eine bundeseinheitliche

Finanzierung, an der sich der Bund beteiligt.

Staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter sowie medizinisches Personal müssen

für das Thema Gewalt gegen Frauen – auch in digitaler Form – sensibilisiert werden.

Geflüchtete Frauen erleben häufig sexualisierte Gewalt, nicht nur im Herkunftsland und auf

der Flucht, sondern auch im Zufluchtsland. Im Fall von Partnerschaftsgewalt muss das bisher

vom Ehemann abhängige Aufenthaltsrecht aufgehoben und in einen eigenständigen

Aufenthaltstitel umgewandelt werden.

Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und Menschenhandel zum Zweck der

Ausbeutung der Arbeitskraft bekämpfen, ohne die Betroffenen zu kriminalisieren und zu

stigmatisieren! Solange die Betroffenen keinen sicheren und eigenständigen

Aufenthaltsstatus erhalten, sind die Täter durch die Angst der Opfer geschützt.

Aufenthaltstitel, Schutz und Entschädigung müssen unabhängig von der Bereitschaft der

Opfer, als Zeug\*in einem Strafverfahren auszusagen, gewährt werden. Für die Betroffenen

fordern wir Therapiemittel, medizinische sowie psychologische Betreuung, Rechtsbeistand

und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangeboten.

Auf der Flucht, nach Zurückweisung und Push-Backs an der europäischen Grenze und in den

Lagern sind Frauen oft massiver sexueller Gewalt und Vergewaltigungen ausgesetzt. Eine

offene, solidarische und humane Flüchtlingspolitik ist die einzige wirksame Maßnahme gegen

die systematische Gewalt gegen Frauen.

Alle Formen von Gewalt und Gewaltverherrlichung gegen Frauen, Kinder und LSBTIQ\*

konsequent ahnden. Die öffentliche Filmförderung braucht eine Geschlechterquotierung und

die Einrichtung einer wirksamen unabhängigen Kontrolle außerhalb des Deutschen

Werberats zur Unterbindung sexistischer Werbung.

Unser Feminismus: solidarisch und international

Ob in Brasilien oder Polen, Indien oder Nigeria, Deutschland oder Irland, gehen Frauen für ihre

Rechte auf die Straße. Sie prangern Gewalt gegen Frauen an, sie streiten für ihr Recht auf Abtreibung

und gegen Rassismus. Sie eint die gemeinsame Erfahrung von sexistischen Strukturen und Gewalt –

und sie vereinen sich im Kampf dagegen: Im Netz, auf der Straße, im Arbeitsalltag, vor Gericht, zu

Hause, in den Mühlen der Ebene. Frauen und Kinder weltweit sind besonders vom Klimawandel

betroffen und machen den Großteil der Menschen auf der Flucht aus. Aber sie sind nicht nur Opfer,

sondern auch wichtige klimapolitische Akteurinnen und kämpfen gegen die Ausbeutung von Mensch

und Natur. Linker Feminismus ist immer konkret vor Ort und gleichzeitig im Bewusstsein

internationaler Verantwortung und Solidarität.

 Bei wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen müssen Werte wie Fürsorge,

Nachhaltigkeit und Gesundheit im Zentrum stehen.

 Wir fordern die Anwendung ziviler Maßnahmen der Gewaltprävention und Konfliktlösung.

Deutsche Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik muss Friedenspolitik und

Geschlechtergerechtigkeit weltweit voranbringen. Die UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden

und Sicherheit“ muss umgesetzt werden.

 Wir wollen den Internationalen Frauentag am 8. März zum Feiertag zu machen, um der

weltweiten Kämpfe von Frauen an unterschiedlichsten Orten, bei unterschiedlichsten

101



Voraussetzungen zu gedenken und den gemeinsamen Kampf für die Überwindung von

Abwertung, Ausgrenzung und Gewalt zu würdigen – Berlin hat’s vorgemacht.

Zu einer gendergerechten Klimapolitik gehört, die besondere Gefährdung von Frauen durch

die Klimakrise einzubeziehen.

Eine menschenwürdige Unterbringung an den Grenzregionen Europas funktionierenden und

abschließbare sanitären Einrichtungen, Schutzzonen sowie guter Gesundheits- und

Lebensmittelversorgung.

Reproduktive Gerechtigkeit: Freie Entscheidung für ein Leben mit und ohne Kinder

für alle

Um selbstbestimmt leben zu können, müssen Frauen\* tatsächliche Wahlmöglichkeiten haben. Wir

wollen, dass jede Frau\* entscheiden kann, ob und wie sie mit Kindern leben möchte. Erst dann

können wir reproduktive, körperliche und sexuelle Selbstbestimmung für Frauen\* erreichen. Dazu

gehört eine umfassende Aufklärung, der Zugang zu Verhütungsmitteln und die freie Entscheidung für

einen Schwangerschaftsabbruch. Nur wenn Frauen\* sich ohne Zwängen für oder gegen eine

Schwangerschaft und Elternschaft entscheiden können, ist eine selbstbestimmte Familienplanung

möglich. Aber auch ein Leben mit Kindern muss gesellschaftlich abgesichert werden: Das beginnt mit

einer guten gesundheitlichen Versorgung und Aufklärung während einer Schwangerschaft und

Geburt. Mit Kindern zu leben darf kein Armutsrisiko sein und Eltern müssen Kinder unter sicheren

und gesunden Bedingungen aufziehen können (#vgl. Kapitel Familie?#).

 Legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. Paragraphen §§ 218-219b

Strafgesetzbuch (StGB) wollen wir streichen. Öffentliche Krankenhäuser müssen in ihrer

Planung dafür zu sorgen, dass die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen

gesichert ist. Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der Gesundheitsversorgung und

müssen wie andere medizinische Leistungen geregelt werden.

 Sämtliche Verhütungsmethoden müssen von der Krankenkasse bezahlt werden.

 Frauen\*hygieneprodukte müssen von öffentlichen Gesundheitsstellen und in

öffentlichen Einrichtungen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

 Künstliche Befruchtung muss auch nicht verheirateten, lesbischen und Single-Frauen\*

durch Kostenübernahme der Krankenkasse zur Verfügung stehen.

 Frauen\* mit Behinderungen haben ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und

Elternschaft. Dazu gehört das Recht auf Erhalt und Förderung ihre Fruchtbarkeit sowie

der Zugang zu Unterstützungsangeboten wie z.B. Assistenz zur Elternschaft und der

barrierefreie Zugang zu umfassender, unabhängiger Beratung. Zur Umsetzung des Rechts

auf Elternschaft müssen flächendeckend Wohn- und Unterstützungsleistungen im

Rahmen der begleiteten Elternschaft zur Verfügung gestellt werden

Für körperliche und sexuelle Selbstbestimmung und Gleichstellung aller

Lebensweisen

Wir wollen, dass die vielfältigen Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden. Der besondere Schutz

und die Förderung durch Staat und Gesellschaft sollen in Zukunft nicht Ehepaaren vorenthalten sein,

sondern denjenigen zugutekommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben – unabhängig von

102ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. Wir wollen die Gleichberechtigung aller

Lebensweisen, die Verantwortung für andere übernehmen.

 Wir fordern ein Wahlverwandtschaftsrecht, in dem nicht nur Zweierbeziehungen

Verantwortung füreinander übernehmen dürfen, sondern jede Gemeinschaft, die sich

einander verbunden fühlt. Dies kann auch eine mehr als zwei Personen umfassende

Beziehung meinen (z.B. eine Mehrelternfamilie mit zwei lesbischen Müttern und zwei

schwulen Vätern). Diesen Menschen ist ein umfangreiches Besuchsrecht im Krankheitsfall,

Adoptionsrecht und Aussageverweigerungsrecht einzuräumen. Gleichzeitig werden

besondere Zuwendungen fällig, wenn ein Angehöriger (nach dem

Wahlverwandtschaftsrecht) gepflegt werden muss oder sich Kinder in einer

Wahlverwandtschaft befinden.

 Das Recht der Eltern-Kind-Zuordnung wollen wir so reformieren, dass bestehende

Benachteiligungen von lesbischen und schwulen Ehen und Lebensgemeinschaften gegenüber

heterosexuellen Ehen und Lebensgemeinschaften beseitigt werden. Das beinhaltet auch die

rechtliche Anerkennung der Co-Elternschaft sowie von trans\*- und intergeschlechtlichen

Eltern.

 Das Ehegattensplitting werden wir durch familienfreundliche Steuermodelle und frei

übertragbares Existenzminimum ersetzen (vgl. Kapitel Steuern).

 In den Lehrplänen der Schulen muss sich die real existierende Vielfalt an Lebensentwürfen

sowie geschlechtlicher und sexueller Identitäten umfassend abbilden. Aufklärungsinitiativen

zu sexuell übertragbaren Infektionen (STI) in Schulen, Arbeitswelt, Gesellschaft und den

queeren Szenen müssen gestärkt werden.

Offensiv und sozial für LSBTIQ\*

Die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\* sowie intergeschlechtlichen und queeren

Menschen (LSBTIQ\*) sind für uns nicht verhandelbar. Wir wollen, dass LSBTIQ\* als

selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Realität anerkannt werden. Deshalb wollen wir mehr

queere Bildungsangebote in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir treten für eine

diskriminierungsfreie Sprache ein, die der Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten gerecht

wird.

Gegen Armut und soziale Ausgrenzung: queere Communities stärken

Jede dritte queere Person in Europa kommt finanziell nur mit Mühe über die Runden. Für

intergeschlechtliche und trans\* Personen ist die Situation noch prekärer. Queere Jugendliche sind

häufig von Wohnungslosigkeit betroffen. Zwischen einem Coming-out und der Straße liegen nicht

selten nur ein paar Stunden.

 Wir wollen Zufluchts- und Wohnorte für obdachlose junge und ältere queere Menschen.

Die aufsuchende Jugendarbeit und Wohnungslosenhilfe müssen die spezifischen (Not-) Lagen

von LSBTIQ\* im Blick haben.

Vereinsräume, Clubs, Bars und Cafés erfüllen für queere Menschen eine wichtige soziale Funktion.

Wir fordern einen Schutzschirm und Mietendeckel für Kleingewerbe und Gemeinnützige

Einrichtungen (vg. Kap. Wohnen). Queer-emanzipatorische Projekte und Angebote müssen finanziert

werden. Wir wollen einen Runden Tisch mit zivilgesellschaftlichen LSBTIQ\*-Verbänden und -

103Organisationen, der die spezifischen Problemlagen queerer Menschen und Infrastrukturen durch die

Corona-Krise berät.

 Für queere Menschen im Alter wollen wir mehr Angebote für selbstbestimmtes Wohnen im

Alter mit entsprechenden Pflege- und Unterstützungsmöglichkeiten. Vor allem

nichtkommerzielle, gemeinwirtschaftliche und alternative Wohn- und Hausprojekte wie z.B.

Mehrgenerationenhäuser oder Wohngenossenschaften sollen gefördert werden.

Diskriminierung bekämpfen

Diskriminierungen und gewalttätige Übergriffe gehören für queere Menschen weiterhin zum Alltag.

Die offizielle Kriminalstatistik bildet nur einen Bruchteil davon ab.

 DIE LINKE setzt sich für die umfassende Unterstützung von Präventionsprojekten und

Organisationen ein, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen. Die Strafverfolgung

von queerfeindlicher Gewalt muss stärker verfolgt und geahndet werden als bisher.

 Hasskriminalität gegen queere Menschen, Communities oder ihre Unterstützer\*innen im

Internet muss strafrechtlich verfolgt werden.

 Die Selbsthilfe- und Aufklärungsprojekte der LSBTIQ\*-Communities müssen unterstützt und

gefördert werden, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen.

Queere Menschen erleben noch immer Diskriminierungen am Arbeitsplatz. Trans\* Personen sind

überdurchschnittlich häufig von Erwerbslosigkeit betroffen. Auch Menschen mit HIV erleben

Diskriminierung im Beruf. Die strukturellen Ausschlüsse verstärken sich für Menschen, die

Mehrfachdiskriminierung erleben, etwa Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit.

 Wir wollen den Diskriminierungsschutz für trans\* und intergeschlechtliche Personen

stärken. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll finanziell so ausgestattet werden,

dass sie Beratungsangebote zielgruppengerecht, mehrsprachig und barrierefrei in die

Arbeitswelt hineintragen kann.

 Ein wichtiger Schlüssel im Kampf gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz ist die

Selbstorganisation der Beschäftigten. Wir wollen mehr queere Bildungsangebote, die

Impulse zur Selbstorganisation in der Arbeitswelt geben. Initiativen, die sich für einen

offenen, angst- und diskriminierungsfreien Arbeitsplatz in den Betrieben einsetzen, müssen

gefördert werden.

Selbstbestimmung für trans- und intergeschlechtliche Menschen

Wir wollen einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag für alle. Eine Vornamens- und

Personenstandsänderung muss mit einer einfachen Erklärung beim Standesamt möglich werden –

ohne die bisherigen Zwangsberatungen, Gutachten, ärztlichen Atteste und Gerichtsverfahren.

 Das pathologisierende Transsexuellengesetz (TSG) wollen wir abschaffen und durch ein

Selbstbestimmungsrecht ersetzen.

 Die fremdbestimmten Operationen an trans\* Personen und intergeschlechtlichen Menschen

aufgrund der gesetzlichen OP- und Sterilisationspflicht im TSG zwischen 1981 und 2011

müssen historisch aufgearbeitet werden. Die davon betroffenen Menschen müssen

angemessen entschädigt werden. Wir wollen einen Entschädigungsfonds einrichten.

104











Wir wollen die Rechte von trans\* und intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen

stärken. Dazu gehört die Anerkennung der von ihnen selbst benannten

Geschlechtszugehörigkeit.

Trans\* Personen brauchen freien Zugang zu allen notwendigen medizinischen Leistungen

(medikamentöse Therapien, Psychotherapie, falls gewünscht Operationen) und die

Übernahme der dafür anfallenden Kosten durch die Krankenkassen – auch wenn sie keine

Krankenversicherung haben und unabhängig des aktuellen Aufenthaltsstatus.

Höheres Alter beim Schutz vor so genannten „Konversionstherapien“: Bisher sind nur

Minderjährige bis 18 Jahre davor geschützt. Wir wollen das Schutzalter auf 27 Jahre

anzuheben. Ebenfalls muss gestrichen werden, dass Fürsorge- oder Erziehungsberechtigte

straffrei bleiben, sofern sie ihre Fürsorge- oder Erziehungspflicht nicht gröblich verletzen.

Wir wollen uns für queere Gesundheitszentren mit Schwerpunkt trans\* und inter\* auch in

Kleinstädten und ländlichen Gebieten einsetzen.

Die Rechte und besonderen Belange von trans\* und intergeschlechtlichen Personen müssen

auch im Strafvollzug und bei polizeilicher Durchsuchung gewahrt bleiben.

Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität,

sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes aufnehmen. Um

dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminierungsstellen und ein

Verbandsklagerecht im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Queere Geflüchtete absichern und stärken!

Menschen, die nach Deutschland flüchten, sind mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Die

COVID-19 Pandemie hat das Recht auf Asyl noch mehr eingeschränkt und die prekäre Situation vieler

Geflüchteter verschärft. Die Forderung nach physischer Distanz in Zeiten einer Pandemie stellt sich

für Massenunterkünfte als besonders drastisch heraus. Die noch verstärkte Isolation fordert die

psychische Gesundheit vieler Geflüchteter (vgl. Kapitel Solidarische Einwanderungsgesellschaft)

 Wir fordern geschützte Einzelzimmer für besonders schutzbedürftige Geflüchtete wie

LSBTIQ\*-Geflüchtete, Zugang zum Internet, Recht auf barrierefreie, gesundheitliche

Versorgung unabhängig von Aufenthaltsstatus und den Ausbau spezifischer Vernetzungs-

und Hilfsangebote für queere Geflüchtete.

 Wir wollen, flächendeckend Fachstellen für LSBTIQ\* Geflüchtete eingerichten. Dort können

sich queere Geflüchtete zum Asylverfahren sowie zum Aufenthalts- und Migrationsrecht

beraten lassen. Außerdem braucht es Möglichkeiten der psychologischen Beratung für

LSBTIQ\*-Geflüchtete. Für LSBTIQ\*-Geflüchtete in Not wollen wir geschützte Unterkünfte.

105Selbstbestimmt leben in einer inklusiven und barrierefreien

Gesellschaft

Rund 16 Prozent der Bevölkerung leben mit anerkannten Behinderungen und chronischen

Erkrankungen. Durch vielfältige Barrieren im Alltag – z.B. in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten,

Bildungseinrichtungen, Arztpraxen, Behörden oder im digitalen Bereich – ist Teilhabe für sie nur

eingeschränkt möglich. Der allgemeine Arbeitsmarkt ist auch über zehn Jahre nach Ratifizierung der

UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) nicht barrierefrei und inklusiv. Vielmehr droht den

Betroffenen eine Armutsspirale. Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sind

überproportional oft erwerbslos, von Sozialhilfe abhängig und in Heimen untergebracht. Wir wollen

ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen

Entscheidungen beteiligt werden – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer

körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer

sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird. Dafür treten

wir an.

Politik für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen muss als

menschenrechtliche Aufgabe gestaltet werden – die Konvention der Vereinten Nationen macht hier

klare Vorgaben. Die sind auch für Deutschland verbindlich und müssen umgesetzt werden.

Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden. Deshalb wollen wir

Selbstbestimmung als wichtigstes Prinzip in die Behindertenpolitik verankern und einklagbar

machen. Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen haben einen Anspruch auf

Selbstverwirklichung. Barrieren müssen abgebaut werden – auch in den Köpfen und in der digitalen

Welt. Barrierefreiheit ist Grundlage für gleiche Teilhabe und fördert den solidarischen

Zusammenhalt.









Wir wollen ein garantiertes Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen für ein

selbstbestimmtes Leben in Arbeit, Bildung, Wohnen, Freizeit und im Ehrenamt. Auch für

diejenigen, die ihre persönliche Assistenz-/Unterstützungskräfte nicht über das

Arbeitgebermodell selbst organisieren, muss es möglich sein, die persönlichen

Assistent\*innen bei einem notwendigen Aufenthalt im Krankenhaus sowie in Vorsorge- und

Rehabilitationseinrichtungen mitzunehmen.

Wir wollen die Arbeitsbedingungen der Assistenz- und Unterstützungskräfte verbessern.

Ihre Arbeit soll tariflich entlohnt werden, auch wenn sie im so genannten Arbeitgebermodell

direkt bei den Assistenznehmer\*innen beschäftigt sind. Damit das funktionieren kann,

müssen die kommunalen Kostenträger dazu verpflichtet werden, die Tariflöhne zu

refinanzieren. Die Tariflöhne sollen mindestens auf dem Niveau der Tarifverträge für den

öffentlichen Dienst sein. Zudem soll für öffentliche Aufträge eine Tariftreue-Regelung gelten.

Wir wollen die bundesweit ca. 500 Beratungsstellen der ergänzenden unabhängigen

Teilhabeberatung (EUTB), die seit Januar 2018 aus Bundesmitteln zunächst befristet

gefördert werden, finanziell und personell so ausstatten, dass sie ihre Beratungsdienste

langfristig und barrierefrei anbieten können. Die dort tätigen Beschäftigten wollen wir nach

Tarif entlohnen. Insbesondere Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen

sollen als sozialversicherungspflichtig beschäftigte Berater\*innen tätig sein. Die

Antragsverfahren zur Mittelbewilligung müssen vereinfacht werden.

Gute Arbeit und Einkommen, von denen man leben kann, auch für Menschen mit

Behinderungen, einschließlich der Werkstattbeschäftigten. Das „Budget für Arbeit“ muss

106

















bedarfsdeckend und ohne finanzielle Deckelung der Zuschüsse sowie mit einem

Arbeitslosenversicherungsschutz ausgestaltet werden. Beschäftigte mit Behinderungen in

Werkstätten müssen besser und barrierefrei über dieses Angebot informiert und individuell

beraten sowie unterstützt werden. Ihre Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt muss

stärker gefördert werden.

Nur noch so wenig „Sonderarbeitswelten“ (Werkstätten für behinderte Menschen) wie nötig!

Stattdessen wollen wir Inklusionsunternehmen mit sozialversicherungspflichtiger

Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen deutlich

stärker fördern und ausweiten.

In Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) muss der gesetzliche Mindestlohn gezahlt

werden. Der öffentliche Dienst soll bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen

eine Vorbildfunktion einnehmen und damit seiner besonderen Verantwortung gerecht

werden.

Die gesetzliche Beschäftigungsquote für Unternehmen wollen wir wieder auf sechs Prozent

anheben. Die Ausgleichsabgabe wollen wir entsprechende der Umsätze des Unternehmens

erhöhen – und so, dass es weh tut. Unternehmen dürfen die Ausgleichsabgabe nicht

reduzieren und so die Beschäftigungspflicht faktisch auszuhebeln.

Auch die Privatwirtschaft muss umfassende Barrierefreiheit ermöglichen. Wir wollen dazu

verbindliche und wirksame Regelungen in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) sowie in alle ebenfalls betroffenen

Gesetze aufnehmen, mit denen private Anbieter\*innen von öffentlich zugänglichen Gütern

und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit gemäß UN-BRK verpflichtet

werden. Wir wollen ein Verbandsklagerecht einführen, damit Antidiskriminierungsverbände

klagen können.

Wir wollen ein bedarfsdeckendes Angebot an barrierefreien Wohnungen auch im Bestand.

Dazu bedarf es einer Investitionsoffensive für einen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau

mit barrierefreien und inklusiven Wohnangeboten. Öffentliche Investitionen, Fördergelder

und Vergabe müssen an Barrierefreiheit gebunden werden. Vermieter\*innen dürfen die

Zustimmung zu einem behindertengerechten Umbau ihrer Wohnung nicht mehr verweigern

können.

Die Städtebauförderung muss auf die Entwicklung von inklusiven und umfassend

barrierefreien Lebensräumen und Stadtquartieren ausgerichtet werden, in denen ein

gleichberechtigtes, am Sozialraum orientiertes Zusammenleben aller Menschen mit und

ohne Behinderungen erreicht wird: eine „Universelles Design“ („Design für Alle“ bzw.

„Nutzen-für-alle-Konzept“) gemäß Artikel 2 der UN-BRK.

Eine Schule für Alle! Wir wollen inklusive Bildung und Erziehung von Kindern und

Jugendlichen mit und ohne Behinderung in allen Entwicklungsphasen mit entsprechender

Qualifizierung des Personals und ausreichender Personal- und Sachausstattung der

Einrichtungen (vgl. Kapitel Bildung)

Alle Gesetze und Verordnungen müssen überprüft werden, ob sie der UN-BRK entsprechen

und bei Bedarf entsprechend geändert werden. Dabei soll auch die Stellung von Menschen

mit schweren sog. geistigen und Mehrfachbehinderungen, psychischen Beeinträchtigungen

und chronischen Erkrankungen verbessert werden.

Ein menschenrechtskonformes Bundesteilhabegesetz, das keine Kostenvorbehalte,

Einkommens- sowie Vermögensanrechnungen und Zumutbarkeitsprüfungen vorsieht und so

tatsächliche Chancengerechtigkeit schafft. Wir wollen, dass die Teilhabeleistungen für

107Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen bedarfsdeckend sowie

einkommens- und vermögensunabhängig in allen Lebensbereichen nach bundesweit

einheitlichen Kriterien und durch Bundesmittel finanziert werden. Auch wollen wir ein

Teilhabegeld einführen.

Für Frieden und Abrüstung. Waffenexporte verbieten

DIE LINKE verteidigt das Prinzip des Friedens als Modus internationaler Politik. Die Kriegsgefahr war

seit Jahrzehnten nicht so groß wie heute. Geopolitischen Rivalitäten und Wirtschaftskriege nehmen

zu, wir setzen wir auf Entspannungspolitik und gerechte Weltwirtschaftsstrukturen. DIE LINKE steht

für Entspannungspolitik und für multilaterale Zusammenarbeit ein. Ein Blick auf die globalen

Verhältnisse zeigt, in welche Richtungen es gehen kann: Eine neue Austerität mit autoritärem Staat,

auch innerhalb der Europäische Union.

Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Doch die Bundesregierung setzt weiter auf die einseitige

Durchsetzung wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen in der Standortkonkurrenz. Das

zementiert die weltweite Ungleichheit und schwächt ausgerechnet in Zeiten der Klimakatastrophe

Formen und Foren grenzübergreifender Kooperation. Internationalen Beziehungen sind – oder waren

mit Trump – auf Eis gelegt. Die USA und die EU versuchen, ihre Vormachtstellung gegen Russland und

China zu verteidigen. Längst ist daraus ein neuer Kalter Krieg geworden, der eskalieren kann. Aber

Bundesregierung und EU rüsten auf – und verschärfen so die Konflikte. Wir wollen dagegen einen

Paradigmenwechsel in der Außenpolitik und stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und

grenzübergreifende Kooperation statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Für

Frieden und Stabilität brauchen wir in der internationalen Politik ein verbindliches Regelwerk, das

immer gilt. Unsere Basis hierfür ist das Völkerrecht. Wir wollen Waffenexporte verbieten. Mehr

Investitionen in Militarisierung und Aufrüstung lehnen wir ab. DIE LINKE ist die Friedenspartei und

verlässliche Stimme der Friedensbewegung im Bundestag. An einer Regierung, die Kriege führt und

Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt,

werden wir uns nicht beteiligen. Wir stehen als Partei des Völkerrechts für nachhaltige

Entwicklungszusammenarbeit und einen solidarischen Multilateralismus.

Die Ausgaben der Bundesregierung für Rüstung und die Bundeswehr steigen stetig an. Die Kosten für

Rüstungsbeschaffung sind im vergangenen Jahr um über 70 Prozent gestiegen. Die Bundesregierung

steuert weiter auf das Ziel der NATO zu, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung

auszugeben. Wir setzen auf Abrüstung, Demokratie und friedliche Außenpolitik. Wir wollen die

nukleare Teilhabe Deutschlands beenden und fordern die Bundesregierung auf, den

Atomwaffenverbotsvertrag der UN zu unterzeichnen.

Außerdem die Ausgaben für Rüstung senken. Das von der NATO ausgegebene Ziel, zwei Prozent des

Bruttoinlandsprodukts im Staatshaushalt für Verteidigung vorzuhalten, lehnen wir ab.

Rüstungsexporte stoppen

Deutschland ist die Nummer vier unter den weltweit führenden Ländern im Bereich von

Rüstungsproduktion und -export. Laut ihren Rüstungsexportrichtlinien will die

Bundesregierung Lieferungen in Staaten außerhalb von EU und NATO restriktiv handhaben.

2020 wurden milliardenschwere Ausfuhren in besonders konfliktreiche Regionen genehmigt.

Über Tochterfirmen umgehen Unternehmen wie Rheinmetall oder Thyssen-Krupp die

108Ausfuhrbeschränkungen, indem sie zum Beispiel die Produktion von Munition in Länder verlagern, in

denen weniger Exportkontrollen gelten, um dann an kriegsführende Länder zu lief ern. Wir fordern

einen Stopp von Rüstungsexporten, sowie verstärkte internationale Zusammenarbeit für mehr

Abrüstung und Rüstungskontrolle.

 Als Sofortmaßnahme fordern wir einen Stopp aller Rüstungsexporte in Länder, die an

Kriegen beteiligt sind und Menschenrechte missachten.

 Wir wollen den Export von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten, da der Endverbleib

nicht kontrolliert werden kann und immer wieder umgangen wurde.

 Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden. Wir fordern ein

Ende der Hermes-Bürgschaften.

 Europäische Rüstungskonzerne wie Rheinmetall müssen gezwungen werden, ihre

Rüstungsproduktion in autoritäre Regime einzustellen. Gleiches muss für digitale Technik

gelten, die in Konflikten als Waffe eingesetzt werden kann oder die Überwachung und

Kontrolle von Telekommunikation und Endgeräten ermöglicht wollen. Wir wollen

Gesetzeslücken schließen, die es deutschen Unternehmen ermöglichen, die deutschen

Gesetze zu umgehen.

 Die Ausfuhr von Dual-Use-Gütern muss deutlich gekennzeichnet und klar reguliert werden.

Technische Bauteile, deren Endnutzung sowohl zivil als auch militärisch möglich ist, dürfen

nur exportiert werden, wenn deren Weiterverarbeitung nachweislich zivilen Zwecken dient.

 Biowaffen- und Chemiewaffen müssen verboten werden. Die Ausfuhr von Stoffen, die zur

Herstellung von Chemiewaffen geeignet sind, müssen stärker kontrolliert werden.

Perspektivisch wollen wir alle Rüstungsexporte aus Deutschland einstellen.





Wir wollen mit gesellschaftlichen Partner\*innen aus Gewerkschaften, Friedensbewegung

und Kirchen Konversionsprogramme für die und mit den Beschäftigten in der

Rüstungsindustrie entwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Förderprogramme in der Wirtschaft sowie für Forschung an den Hochschulen sollen nur

noch der zivilen Produktion dienen.

Keine Drohnen für den Krieg

Die Bundesregierung plant, die Heron-TP-Drohnen der Bundeswehr zu bewaffnen. Parallel dazu wird

am Bau und Einsatz der sogenannten Eurodrohne gearbeitet, die neben Raketen auch Lenkbomben

abwerfen soll. Doch bewaffnete Drohnen führen vor allem zu mehr zivilen Opfern und einer

Beschleunigung der Aufrüstungsspirale. Drohnenkriege der Zukunft könnten mit teil- oder

vollautomatisierten Waffensystemen geführt werden. Die Entscheidung über militärische Ziele und

über Menschenleben darf niemals einer „künstlichen Intelligenz“ überlassen werden.

 Die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen muss verhindert werden. Wir sagen

Nein zu Kampfdrohnen, auch nach der Wahl!

 Für eine weltweite Ächtung bewaffneter Drohnen muss Deutschland einen ersten Schritt

tun, generell auf die Bewaffnung von Drohnen verzichten und sich international für eine

völkerrechtlich bindende Ächtung dieser Waffen einsetzen.

109 Wir fordern eine weltweite Ächtung von autonomen Waffensystemen. Die

Bundesregierung muss eine internationale Initiative dafür starten. In Deutschland soll es

keine Forschung mehr für autonome Waffensysteme geben.

 Einsatz und Steuerung von Kampfdrohnen aus der Militärbasis in Ramstein durch die US-

Armee wollen wir endlich stoppen. Kein Drohnenkrieg von deutschem Boden!

 Eine Endverbleibskontrolle für Bauteile und Software muss eingeführt werden, die als

Bestandteil autonomer Waffensysteme verwendet werden können.

Für eine atomwaffenfreie Welt

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten – aber die Bundesregierung

hat ihn nicht unterzeichnet. Doch das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist noch fern. In Deutschland

lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO noch immer Atomwaffen. Die Bundeswehr stellt

dafür Kampfflugzeuge bereit, die diese Waffen transportieren können, die Bundesregierung plant

sogar deren Aufrüstung. DIE LINKE steht dagegen für eine atomwaffenfreie Welt:

 Deutschland muss endlich den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnen.

 Atomwaffen raus aus Deutschland. Nukleare Teilhabe beenden. Die US-Atomwaffen

müssen sofort abgezogen und vernichtet werden. Es dürfen keine weiteren Atomwaffen in

Deutschland stationiert werden. Die Bundesregierung darf keine Trägersysteme und

Pilot\*innen dafür bereitstellen.

 In Deutschland haben sich mehr als 600 Städte und Gemeinden der Kampagne Mayors for

Peace angeschlossen, die zum Ziel hat, Atomwaffen weltweit abzuschaffen. Diesen Appell

muss die Bundesregierung ernst nehmen und die weltweite Ächtung von Atomwaffen

vorantreiben.

 Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass die Verhandlung über das Atomabkommen mit

dem Iran wieder aufgenommen wird, dass die USA diesem wieder beitreten, und alle

Beteiligten sich zur Einhaltung verpflichten.

 Deutschland soll sich für einen Vertrag zur Ächtung von Mittelstreckenraketen einsetzen,

der die USA, China und Russland mit einbezieht.

Bundeswehr umbauen

Der Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit agierenden

Einsatzarmee dient nicht unserer Sicherheit, sondern den Interessen von Großkonzernen und Eliten

im globalen Kampf um Rohstoffe, Einflusssphären und Absatzmärkte. Der Preis für eine

hochgerüstete Bundeswehr: Steuermilliarden fehlen beim Ausbau des Gesundheitssystems, der

sozialen Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz. Die Aufrüstung der Bundeswehr wird von einer

Militarisierung der Gesellschaft begleitet.





Die Wehrpflicht ist in Deutschland seit 2011 nur ausgesetzt. Wir wollen sie ganz abschaffen.

Die Ausrichtung der Bundeswehr als Einsatzarmee lehnen wir ab. Sie muss zurückgebaut

werden zu einer Verteidigungsarmee, wie es das Grundgesetz vorsieht. DIE LINKE setzt sich

schrittweise für eine Abrüstung der Bundeswehr ein – hin zu einer strikten

Defensivverteidigung, Angriffswaffen sollen zuerst abgerüstet werden.

110









Der Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr muss aufgelöst werden. Bekämpfung von

Kriminalität im Netz und Schutz kritischer Infrastruktur sind Aufgabe der Sicherheitsbehörden

im Inneren, nicht der Bundeswehr. (vgl. Kapitel Digitalisierung).

Extrem rechtes, rassistisches und demokratiegefährdendes Gedankengut in der Bundeswehr

sowie in für die Bundesrepublik tätigen Sicherheitsunternehmen muss untersucht und

aufgedeckt werden. Daher fordern wir auch eine Studie zu Rassismus und rechtem

Gedankengut für die Bundeswehr. (Vgl. Kapitel Sicherheit für alle)

Wir wollen die Spezialeinheit (Kommando Spezialkräfte (KSK) auflösen. Der Skandal um die

rechten Netzwerke dort zeigt, welche Gefahr für die Demokratie selbst aus der Ausrichtung

der Bundeswehr auf Kriegseinsätze erwächst.

Kein Werben fürs Sterben! Wir lehnen Werbung der Bundeswehr an Jobcentern, Schulen und

Hochschulen ab. Die Bundeswehr darf keine Minderjährigen aufnehmen – auch nicht im

Rahmen des sogenannten „freiwilligen Heimatschutzes“.

Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Für Katastrophenschutz oder

zusätzliches Personal bei Notlagen wie beispielsweise bei der Bekämpfung der Corona-

Pandemie in den Gesundheitsämtern müssen die Einrichtungen des Katastrophenschutzes

aufgewertet und endlich besser ausgestattet werden.

Auslandseinsätze beenden

Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden. Wir wollen die Mittel für

militärische Interventionen umwidmen und in ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme

investieren.

 Wir lehnen Ausbildungsmissionen für Soldat\*innen und Sicherheitskräften, die ihrerseits

direkt oder indirekt an Kriegshandlungen beteiligt sind, ab.

 Wir fordern ein Verbot für den Einsatz militärischer Sicherheits- und Söldnerfirmen.

 Wir wollen keine Beteiligung an internationalen Polizei- und Geheimdiensteinsätzen oder

Ausbildungsmissionen, die der Unterstützung autoritärer Regime wie Saudi-Arabien,

Marokko, Türkei, Sudan und Ägypten dienen.

 Wir lehnen Zivil-militärische Kooperationen ab. Wichtige zivile Hilfe darf nicht mit

militärischen Maßnahmen verknüpft werden.

Kooperation statt Konfrontation: für ein inklusives Sicherheitssystem

Die NATO ist ein Relikt des Kalten Krieges und so agiert sie auch heute noch. Für DIE LINKE ist Krieg

kein Mittel der Politik. Konfrontation ist keine Grundlage für Sicherheit. Auch der „Krieg gegen den

Terror“ der NATO-Staaten hat keine Sicherheit geschaffen – im Gegenteil. Zeit endlich umzusteuern.

 Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives

Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.

 Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE

LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den

militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem

Oberkommando der NATO entzogen wird.

 Eine Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Kriegseinsätzen lehnen wir ab.



Auf dem NATO-Stützpunkt Ramstein wird derzeit ein Weltraumcenter der NATO aufgebaut.

Damit sollen nicht nur Satelliten verteidigt werden, die für unser Alltagsleben unentbehrlich

geworden sind, sondern die militärische Handlungs- und Angriffsfähigkeit abgesichert

111werden. Die scheinbar passive Komponente der “Verteidigung im Weltall” hat einen

offensiven Hintergrund. DIE LINKE lehnt die Militarisierung des Alls ab.

Zivile Konfliktlösung und Konfliktprävention

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden zu schaffen und zu bewahren, bedeutet, die

Bedingungen sicher zu stellen, in denen ein Leben in Würde und Sicherheit möglich ist. Dabei umfasst

Sicherheit mehr als die Abwesenheit von Gewalt. Sicherheit bedeutet auch, dass die Versorgung mit

Lebensmitteln gewährleistet ist, dass es Zugang zu medizinischer Versorgung gibt, zu Wohnraum,

Bildung und Ausbildung.

 Wir fordern ein Menschenrecht auf Frieden. Wir wollen, dass die Bundesregierung sich

innerhalb der UN-Gremien für die Umsetzung des Rechts auf Frieden im Sinne der Santiago

Deklaration durch Verankerung in einem völkerrechtlichen Vertrag einsetzt und diesen in

allem politischen Handeln konsequent umsetzt.



Die Bundesregierung muss den Fokus auf zivile Friedensmaßnahmen wie die Einbindung von

Fraueninitiativen, Ausbildungsprogramme, Abgabe von Schusswaffen und zivile Vermittler

richten. Wir wollen diese Ansätze im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fördern und

die Ausbildung dafür stärken. Auch ausländischen Friedenskräften wollen wir die Möglichkeit

eröffnen, ihre Ausbildung in Deutschland zu absolvieren.

112Soziale Gerechtigkeit weltweit

Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas: Soziale Ungleichheit nimmt weltweit zu. Etwa 1

Prozent der Menschheit besitzt 45 Prozent des globalen Vermögens. Die ärmere Hälfte der

Weltbevölkerung hat so gut wie nichts, während die Reichen immer reicher werden, dieser Trend

beschleunigt sich in der Corona-Krise dramatisch. Die UNO rechnet das erste Mal seit 1990 wieder

mit einem weltweiten Anstieg der Armut.

Bundesregierung und EU verschärften mit ihrer Handelspolitik und Standortkonkurrenz die

internationalen Gegensätze, schwächen internationale Abkommen und Institutionen. Längst gibt es

einen neuen Rüstungswettlauf, die Rüstungsexporte in alle Welt haben den höchsten Stand seit dem

Ende des Kalten Krieges erreicht. Die Militarisierung der Außenpolitik hat weder den Terror

nachhaltig bekämpft noch mehr Sicherheit geschaffen. Demokratie und Menschenrechte ruft die

Bundesregierung zwar gerne an, im politischen Alltag zählen andere Ziele: wirtschaftliche Interessen

durchzusetzen oder Europa gegen Geflüchtete abzuschotten.

Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit – weltweit! Wir wollen die Krise nicht nur für Deutschland

oder Europa überwinden, sondern global. Den entfesselten Raubtierkapitalismus wollen wir endlich

an die Leine nehmen. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen und nicht Geflüchtete. Unsere

Außenpolitik muss Demokratie, Menschenrechte und Frieden fördern, die Zivilgesellschaft

unterstützen, statt nur Wirtschaftsinteressen zu dienen und Deals mit Diktatoren zu machen. Sie

muss feministisch, sozial und ökologisch werden – also Frauenorganisationen, Gewerkschaften und

sozialen Bewegungen einbeziehen. Wir kämpfen gemeinsam mit Partnerparteien, mit

Gewerkschafter\*innen und sozialen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Klimaschutz,

Demokratie und gegen Rassismus. Starke Bewegungen geben uns Hoffnung, wie Fridays for Future

oder die Black-Lives-Matter-Bewegung in den USA. Gemeinsam können wir die Welt verändern.

Sozial und ökologisch gerechte Weltwirtschaft –Fluchtursachen bekämpfen

Eine gerechte Handelspolitik ist eine Voraussetzung für eine friedliche Welt und für mehr globale

soziale Gerechtigkeit. Deutsche und europäische Außenwirtschaftspolitik darf nicht länger von dem

bornierten Ziel geprägt sein, kurzfristige Eigeninteressen nach vorne zu stellen: Wer andere arm

macht und bleiben lässt, kann nicht gewinnen. Und wer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will,

muss aufhören sie immer wieder neu zu schaffen und zu exportieren. Partnerländer müssen eigene

Volkswirtschaften und Wertschöpfungsketten aufbauen und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten

Nationen (SDGs) bis 2030 erreichen können. Wir wollen die Handelspolitik daher endlich zu einem

Instrument der weltweiten Kooperation, des sozial-ökologischen Fortschritts und der

Demokratisierung machen.

 Handelskonflikte beenden! Handelskonflikte wie jene zwischen den USA und China bzw. der

EU haben wirtschaftliche und soziale Schäden angerichtet und die Standortkonkurrenz

verschärft. Handelspolitik darf nicht mehr zur politischen Erpressung benutzt werden.

 Kooperations- statt Freihandelsabkommen! Wirtschaftsabkommen müssen ein Regelwerk für

die Produktionsbedingungen enthalten. So wollen wir gute Arbeit und Umweltschutz entlang

der globalen Produktions- und Lieferketten sicherstellen. Die europäischen

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zementieren Abhängigkeiten des globalen

Südens als Rohstofflieferant und müssen durch faire Handelsabkommen ersetzt werden.

113 Wir fordern ein Lieferkettengesetz, das den Namen verdient. Das von der Bundesregierung

geplante Gesetz lässt zu viele Lücken. Unternehmen müssen verpflichtet werden, entlang

ihrer Wertschöpfungsketten Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und

Umweltzerstörungen auszuschließen. Das beinhaltet eine wirksame Haftungsregel, um die

Rechte von Betroffenen in Rohstoffabbaugebieten zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu

verbessern. Die Einfuhr von seltenen Rohstoffen, die in Konfliktregionen gefördert werden,

wollen wir beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein Zertifizierungsgebot aus. Die

Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisierung muss Teil des Gesetzes werden.

 Arbeitsrecht globalisieren! Wir unterstützen das “UN-Treaty”-Abkommen, das Unternehmen

in die Pflicht nimmt, die Rechte und die Würde der Beschäftigen zu beachten. Beschäftigte

erhalten dadurch die Möglichkeit am Ort ihrer Tätigkeit überall auf der Welt ihre Rechte

einklagen zu können. Fairer Handel soll die normale Form von Handel werden, international

wie auf lokalen Wochenmärkten.

 Der UN-Migrationspakt will die Rechte von Geflüchteten und Arbeitsmigrant\*innen stärken.

Als Land mit dem weltweit größten Überschuss im Warenhandel und Kapitalverkehr muss

sich Deutschland für die Rechtsverbindlichkeit des internationalen ILO-Übereinkommens zum

Schutz der globalen Wanderarbeitnehmer\*innen einsetzen. Wir fordern, dass die globalen

Rekrutierungsagenturen für Arbeitsmigration nur noch lizensiert arbeiten dürfen, ihre

Gebühren und Verträge müssen transparent sein und Anwerbegebühren von Arbeitgebern

getragen werden.

 Nachhaltige Wirtschaftspolitik statt nationaler Standortkonkurrenz! Es braucht einen

internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen auf

ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet. So wird die Wirtschaft stärker auf Nachfrage im

Inneren ausgerichtet. Dafür braucht es ein Ende der Kürzungspolitik, die den

Niedriglohnsektor befördert und Löhne in Europa künstlich niedrig hält. Das exportiert

weltweit Armut und ist volkswirtschaftlich schädlich.

 Nicht schon wieder! Hunderttausende wehrten sich gegen das geplante

Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP, weil es vor allem die Interessen der

exportorientierten Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks diente. Wir wollen, dass

TTIP endgültig aufgegeben wird. Auch das Abkommen mit Kanada (CETA) und mit

südamerikanischen Staaten (Mercosur) lehnen wir ab. Ökologische und soziale Standards

dürfen nicht mehr zu kurz kommen, Sonderklagerechte, die Demokratie und Grundrechte

den Profitinteressen unterordnen, lehnen wir ab.

 Zugang zu einer universellen Gesundheitsversorgung! Die Entwicklung von Impfstoffen kann

nur gemeinschaftlich entstehen und darf nicht von Pharmakonzernen zur Profitmaximierung

oder nur auf nationaler Ebene gedacht werden. Der Weltgesundheitsorganisation WHO muss

eine breite finanzielle Basis zur Verfügung gestellt werden. Medikamente, die über

Steuergelder finanzierte Forschung entwickelt werden, müssen lizenzfrei zur Nachproduktion

zur Verfügung gestellt werden. Die Forschung und Entwicklung zur Bekämpfung der

tödlichsten Infektionskrankheiten und häufig vernachlässigten Krankheiten, wie HIV/AIDS,

Malaria und Tuberkulose wollen wir ausbauen.

 Landraub und die Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten! Seit 2014 steigt die Zahl der

hungernden Menschen weltweit wieder an, diese Krise wird durch die Corona-Pandemie

noch verschärft. Unser Ziel ist: Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität für alle! Für

114Nahrungsmittelhandel sollte nicht mehr die Welthandelsorganisation zuständig sein, sondern

die Welternährungsorganisation der UNO.

 Überwindung von Hunger und Armut heißt: Existenzsicherung für bäuerliche Betriebe

weltweit! Wir wollen Regionen darin unterstützen, Landwirtschaft nicht vorrangig für den

Export zu betreiben. Es muss Schluss damit sein, dass Nahrungsmittelmärkte von außen mit

Lebensmitteln – wie durch in der EU subventionierte Lebensmittel – überschwemmt werden.

 Wir wollen die ökologische Produktion in aller Welt fördern und dafür international Systeme

vereinbaren, die vor Preisverfall schützen. Es braucht eine Senkung des Rohstoffverbrauches,

dafür fordern wir eine neue europäische Rohstoffstrategie. Die Abhängigkeit der Länder des

Südens von Rohstoffexporten muss beendet werden. Die von der Bundesregierung

vorgelegte Rohstoffstrategie folgt vor allem den Interessen der Industrie.

 Eigenständige Entwicklung ermöglichen! Internationale Kooperation kann Armut durch

Technologietransfer und gezielten Aufbau von Unternehmen vor Ort überwinden helfen.

Rohstoffe sollen dort weiterverarbeitet werden, wo sie aus der Erde geholt werden. Es gibt

kein Anrecht europäischer Konzerne auf Zugang zu Rohstoffen. Wertschöpfung muss in den

Ländern des globalen Südens ermöglicht und gefördert werden.

 Wir wollen Datenschutz und Transparenz weltweit! In allen Technologiebereichen brauchen

wir globale Kooperation, um ein Regelwerk zu schaffen, dass verbindliche Datenschutzregeln

für Robotik, Datenflüsse und künstliche Intelligenz schafft und die Algorithmen transparent

macht.

Entwicklung durch Gerechtigkeit

Die Ungleichheit nimmt – trotz Jahrzehnten westlicher „Entwicklungspolitik" – weltweit zu und

hemmt wirtschaftliche wie soziale Entwicklung. Die bisherige Entwicklungspolitik ist nicht einfach

gescheitert. Sie ist ein Instrument (post-)kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung.

Entwicklungszusammenarbeit muss endlich Würde und Solidarität in den Mittelpunkt stellen – und

die zerstörerischen Dynamiken der grenzenlosen Kapitalverwertung durchbrechen. Dafür wollen wir

öffentliche und zivilgesellschaftliche Strukturen stärken. Entwicklungszusammenarbeit muss sich an

den Zielen der Partnerländer und ihrer Gesellschaften orientieren und sie dabei unterstützen,

eigenständige Entwicklungswege zu beschreiten. Die ungleiche Einbindung der Länder in den

Weltmarkt verstärkt die wirtschaftlichen Krisen und schwächt die Länder des Globalen Südens auch

politisch.

Unser Plan für eine solidarische Entwicklungsarbeit:

 Recht auf Nahrung und sauberes Wasser für alle! Ernährungssouveränität und soziale

Sicherheit sind das Fundament von Sicherheit und Stabilität. Dazu müssen

Nahrungsmittelmärkte vor Ort gestärkt werden, die Vielfalt an Pflanzen- und Tierwelt

erhalten bleiben und der Missbrauch von Agrarentwicklungsprogrammen durch

transnationale Konzerne beendet werden. Der Export von hochgefährlichen Pestiziden muss

verboten werden.

 Entwicklungsgelder dürfen nicht mehr als Investitionsanreize für deutsches oder

internationales Kapital missbraucht werden. Initiativen wie Marshall-Plan mit Afrika oder

Compact with Africa wollen wir einstellen.

115 Entwicklungsfinanzierung aus öffentlicher Hand! Das Geld für Entwicklungszusammenarbeit

muss aus öffentlichen Mitteln stammen. Den undemokratischen Einfluss privater Stiftungen

und großer Kapitalgeber wollen wir ebenso beenden wie öffentlich-private Partnerschaften.

Das Instrument der Budgethilfe wollen wir stärken. Die Gelder für

Entwicklungszusammenarbeit wollen wir auf die zugesagten Summen anheben.

 Nicht nur mehr, sondern anders! Wir wollen, dass sich Entwicklungszusammenarbeit an den

Bedürfnissen der Menschen in den ärmeren Ländern orientiert – anstatt weiter vor allem den

Interessen europäischer Unternehmen zu dienen! Die Verzahnung von Entwicklungs- und

Sicherheitspolitik, im Sinne des so genannten Grenzschutzes und der Migrationskontrolle,

lehnen wir ab. Abschottung ist keine Entwicklungspolitik! Geld soll den Ländern des globalen

Südens zur Verfügung gestellt werden, um eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen.

Klimagerechtigkeit global

Die Länder des Globalen Südens sind von der Klima- und Umweltzerstörung besonders stark

betroffen, obwohl die Hauptverursacher\*innen im globalen Norden liegen. Dabei verursachen laut

Oxfam die reichsten 10% der Weltbevölkerung genauso viel CO 2 Emissionen wie die ärmeren 50% der

Bevölkerung. Die weltweiten Folgen des Klimawandels sind bereits jetzt katastrophal. Wassermangel,

Dürre, Überschwemmungen nehmen Menschen ihre Lebensgrundlage, Folgen sind

Verteilungskämpfe um schwindende Ressourcen, die immer mehr Menschen zur Flucht zwingen.

Damit muss Schluss sein: Die Reichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Wir brauchen

einen Kurswechsel in der Handelspolitik und beim Rohstoffverbrauch. Das Pariser-Klimaabkommen

war ein Minimalkonsens zwischen den Staaten. Die bislang von den einzelnen Ländern zugesagten

Minderungsvolumen sind aber längst nicht ausreichend, um diese Ziele zu erreichen (vgl.

Klimakapitel).

 Auch Deutschland muss nachlegen und – als einer der Hauptverursacher für den

Klimawandel – mehr Mittel für den Globalen Süden bereitstellen, damit dieser seine

Entwicklung klimaneutral und gerecht gestalten kann.

 Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und

Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. In diesen Fonds

sollten ehemalige Kolonialmächte mehr einzahlen als andere Staaten. Die entsprechenden

Klimafinanztransfers wollen wir jährlich erhöhen.

 Solange die Länder im globalen Süden ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können,

lehnen wir daher Wasserstoffimporte aus diesen Ländern ab (vgl. Kapitel Energiewende).

 Klimagerechtigkeit statt Greenwashing und Ablasshandel! Immer häufiger lagern

Industrieländer Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, z.B. Waldschutzinitiativen in den

Globalen Süden aus und entziehen sich so ihrer Verantwortung.

Gerechte Steuern weltweit

Reiche und Konzerne müssen an den globalen Kosten von Krisen und Klimawandel beteiligt werden.

Es braucht ein gerechtes internationales Steuersystem mit einer Finanztransaktionssteuer.

Steueroasen müssen trockengelegt werden, um transnationale Konzerne endlich stärker an der

116Entwicklung der Länder zu beteiligen, von deren Ausbeutung und Ressourcen sie profitieren (vgl.

Kapitel gerechte Steuern und Kapitel Banken und Finanzen).

 Doppelbesteuerungsabkommen, die Deutschland mit vielen Ländern des globalen Südens

abgeschlossen hat, verhindern oft eine faire Besteuerung vor Ort, das meiste Geld fließt nach

Deutschland. Das muss beendet werden!

 Wir wollen, dass die ärmsten Länder entschuldet werden, ihre Schuldenlast erdrückt sie und

macht jeden Fortschritt unmöglich. Dafür braucht es ein internationales Schiedsgericht. Wir

fordern die Einführung eines Staatsinsolvenzverfahrens.

UNO und internationale Zusammenarbeit stärken

Es braucht auf der internationalen Ebene ein System stärkerer Zusammenarbeit, doch der

Multilateralismus ist in der Krise. In den internationalen Beziehungen gibt es eine Eiszeit. Die USA

und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben den

Sicherheitsrat und die Vereinte Nationen (UNO) in den vergangenen Jahren blockiert. Zum

Fundament der UNO gehören die Friedenssicherung und Verhinderung von Konflikten, die Wahrung

von Menschenrechten, Förderung gesellschaftlichen Fortschritts und sozialer Entwicklung sowie die

internationale Zusammenarbeit. Die UNO soll den Rahmen für Staaten geben, in dem die Regeln

festgelegt werden. Ihre 17 Entwicklungsziele (SDG), darunter Armutsbekämpfung,

Gleichberechtigung, Bildung und Gesundheit, sollen bis zum Jahr 2030 erreicht werden. Doch davon

ist die Welt heute weit entfernt. Armut und Hunger wachsen durch die Corona-Pandemie rasant: bis

zu 235 Millionen Menschen werden im Jahr 2021 laut Schätzungen der UNO nicht ausreichenden

Zugang zu Nahrung und Trinkwasser haben. Während sich auf den Finanzmärkten der Reichtum ballt,

fehlt es der UNO überall an Geld. Das macht sie abhängig von der Unterstützung durch private

Unternehmen und Stiftungen, die vor allem ihre eigenen Interessen verfolgen. Die Unabhängigkeit

und Neutralität der UNO wird so unterlaufen.

 Rückbesinnung auf die Charta der Vereinten Nationen, auf das Gewaltverbot, auf die

Verbindlichkeit des Völkerrechts. Für uns gilt nur ein Standard: Völkerrechtsbrüche

verurteilen wir, im Unterschied zu anderen Bundestagsparteien, egal von wem sie ausgehen.

 Stärkung und Demokratisierung der UNO! Die Generalversammlung muss gegenüber dem

Sicherheitsrat gestärkt werden. Die Forderung nach einem ständigen Sitzes Deutschlands im

Sicherheitsrat lehnen wir daher ab.

 Die Länder des globalen Südens brauchen mehr Einfluss! Die sozial- und

wirtschaftspolitischen Kompetenzen, wie im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC),

müssen gestärkt werden. Exklusive Foren wie die G7 sollen darin aufgehen.

 Die Sonderorganisationen der UNO, wie das Welternährungsprogramm, die

Weltgesundheitsorganisation oder das Flüchtlingshilfswerk sind aufgrund von

Unterfinanzierung nicht in der Lage, der Krise angemessen zu begegnen. Die reichen

Mitgliedsländer müssen endlich ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die

Finanzierungslücke schließen. Im Fall des UNHCR geht es um knapp vier Milliarden Euro, also

nur einen Bruchteil der deutschen Rüstungsausgaben.

 Um den Einfluss privater Akteure zurückzudrängen, wollen wir die Basisbeiträge anheben.

Die Ausgaben der UNO für Militäreinsätze müssen zugunsten der Mittel für

Hungerbekämpfung, friedlicher Konfliktbearbeitung und ziviler Krisenprävention umverteilt

werden.

117 Wir unterstützen den Appell des UNO Generalsekretärs António Guterres nach einem

globalen Waffenstillstand.

 Wirtschaftssanktionen treffen vor allem die einfache Bevölkerung und müssen beendet

werden.

Menschenrechte durchsetzen

Menschenrechte sind universell und verpflichten zu politischem Handeln. Alle Menschenrechte sind

für uns gleich wichtig: soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische. Den Bruch von

Menschenrechten kritisieren wir als LINKE überall. Den doppelten Standards der Bundesregierung

stellen wir uns entgegen.











Wir wollen Menschenrechte global durchsetzen, dafür muss die internationale

Gerichtsbarkeit gestärkt werden.

Frieden ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte

und umfassende menschliche Entwicklung. Wir wollen, dass im Völkerrecht das Recht auf

Frieden verankert wird. Menschenrechte dürfen nicht zur Kriegsführung instrumentalisiert

werden.

Wir wollen, dass die Bundesregierung das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über

Menschenrechte unterzeichnet, damit Einzelpersonen die Möglichkeit des Beschwerdewegs

bei der UNO haben.

Wir wollen Zivilgesellschaft fördern statt Deals mit Diktatoren schließen! Dazu werden wir

einen Fonds auflegen zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich weltweit

für Demokratie, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Den Fonds wollen

wir mit substanziellen finanziellen Mitteln ausstatten.

Deutschland muss sich aktiv für die Freilassung politischer Gefangener einsetzen. Die

willkürliche Kriminalisierung fortschrittlicher Bewegungen, auch durch Behörden

hierzulande, wollen wir beenden.

Deutschen und Europäischen Kolonialismus aufarbeiten

DIE LINKE fordert, dass der deutsche Kolonialismus und seine Wirkung in den internationalen

Beziehungen bis heute aufgearbeitet werden. Kolonialismus muss endlich als

Unrechtsherrschaft anerkannt werden.

 Wir wollen eine öffentliche Debatte innerhalb bundesdeutscher Einrichtungen sowie eine

Unterstützung der antikolonialen Erinnerungskultur in den ehemaligen Kolonien. Dazu

fordern wir die Einsetzung einer Enquete-Kommission des Bundestages.

 Die Bundesregierung muss sich für den Völkermord an den OvaHerero und Nama in der

ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika entschuldigen. Beratungen über angemessene

Entschädigung müssen mit Vertreter\*innen der Gemeinschaften in Nambia beginnen.

Entwicklungsprojekte des BMZ sind keine Entschädigungsleistungen.

 Kultur- und Naturobjekte müssen in die Herkunftsländer zurückgeführt werden. Nur nach

offizieller Genehmigung dürfen Artefakte als Leihgaben in der Bundesrepublik ausgestellt

werden. Sterbliche Überreste müssen an die Herkunfts-Communities übergeben werden.

Forschungen an unrechtmäßig erworbenen Sammlungen müssen gestoppt werden.

118Für ein solidarisches Europa!

Wir kämpfen für ein soziales Europa, für eine andere Europäische Union, in der alle gut leben und

arbeiten können. Ein solidarisches Europa, in dem alle Menschen vor Armut geschützt sind. In dem

nicht Standortkonkurrenz und Profit, sondern Demokratie und Solidarität an erster Stelle stehen. Ein

Europa, in dem Konzerne und Reiche endlich ihren Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten.

Für eine EU, die keine Deals mit Diktator\*innen macht und die ihren Werten gerecht wird: die

verhindert, dass Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken. Wir wollen eine Union, die

Klimaschutz sowie eine Energie- und Verkehrswende endlich voranbringt, anstatt sie zu blockieren.

Wir wollen ein friedliches Europa ohne Rüstungswettlauf. Wir fordern soziale Mindeststandards, gute

Gesundheitsversorgung und Bildung für alle.

Wir müssen die ökologischen Herausforderungen mit einer Antwort auf die sozialen Probleme

verbinden. Doch die EU-Kommission hat einen „Green Deal“ aufgelegt, der nicht mal in der Lage ist,

die Klimaziele der EU zu erreichen. Deshalb wollen wir umsteuern - mit einem sozialen und

ökologischen Systemwechsel in Europa, für einen wirklichen Europäischen Green New Deal. Der

muss den Umbau der Wirtschaft mit massiven öffentlichen Investitionen in gute Jobs, Innovation für

klimaneutrale Produktion und Infrastruktur schaffen. Die natürlichen Lebensgrundlagen und

Gemeinschaftsgüter wie Wasser, Energie, Luft, eine saubere Umwelt und unsere Gesundheit dürfen

nicht mehr den Profitinteressen einiger Weniger untergeordnet werden. Es braucht in Europa endlich

höhere Steuern für Reiche und Konzerne. Gelder aus dem EU-Haushalt müssten umgewidmet

werden: weniger Ausgaben für militärische Aufrüstung – mehr für solidarische und ökologische

Zukunftsprojekte. Denn wir brauchen eine historische Kraftanstrengung, um die Klimakrise

aufzuhalten und gleichzeitig alle Menschen mitzunehmen. Wir streiten für Umverteilung des

Reichtums, für Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie, für eine neue Industriestrategie und eine

tragfähige öffentliche Infrastruktur in Europa - für eine gute Zukunft für alle.

Für die EU ist die Corona-Pandemie der zweite schwere Schock nach der Finanzkrise. Für zahllose

Menschen bedeutet er erneut Einkommensverluste, Existenzangst und zerstörte Lebensplanungen.

Die Mitgliedsländer haben versucht, die Krise durch wirtschaftliche Maßnahmen in Schach zu halten

und sozial abzufedern. Die EU-Kommission setzte die Defizitbeschränkungen des Stabilitäts- und

Wachstumspakts der EU aus. Doch aufgrund der Kürzungspolitik der vergangenen Jahre ist die

öffentliche Daseinsvorsorge unterfinanziert. Banken wurden mit Milliarden gerettet, aber

Krankenhäuser kaputtgespart. Hunderttausende Menschen starben, auch weil sie nicht ausreichend

behandelt werden konnten. Die Spaltung zwischen Nord- und Süd-, Ost- und Westeuropa wächst. Die

deutsche Politik von Niedriglöhnen und Exporterfolgen um jeden Preis hat die Krise mitverursacht

und auch innerhalb der EU Ungleichheit und Konkurrenz verstärkt. Die Politik von Austerität,

Privatisierung, Sozialabbau und De-Industrialisierung hat dem Rechtspopulismus Auftrieb gegeben.

Die Herausforderungen von Klimawandel und globaler sozialer Gerechtigkeit kann kein Land alleine

stemmen. Wir müssen grenzübergreifende – globale – Lösungen finden. All das zeigt: Es ist höchste

Zeit für einen Neustart in Europa!

Anders als noch bei der Finanzkrise 08/09 reagierte die EU bisher nicht mit einem Kürzungsdiktat auf

die Krise. Aber die Gefahr ist groß, dass die EU nach der Krise wieder in die alte Kürzungspolitik

zurückfällt. Denn das Diktat der schwarzen Null ist nur ausgesetzt. Klar ist daher: Wir brauchen wir

einen Paradigmenwechsel, weg von Kürzungen, Freihandelsabkommen und Marktradikalismus hin zu

öffentlichen Investitionen, grenzübergreifender Kooperation und Solidarität. Weg von Aufrüstung,

hin zu sinnvollen Investitionen und konsequenter Entspannungs- und Friedenspolitik. Dieser

Politikwechsel muss in Berlin beginnen.

119Wir wollen eine EU, die sich für ein System der internationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe

einsetzt. Angesichts der Konfrontation zwischen Russland, China und den USA brauchen wir eine EU,

deren Außenpolitik von friedlicher Kooperation geprägt ist und nicht von der gewalttätigen

Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Die Verträge von Maastricht und Lissabon haben den

Neoliberalismus in die Grundlagen der Union eingeschrieben. Wir wollen neue Verträge, um die EU

sozialer, gerechter und ökologischer zu machen. Nur so hat die Union eine gemeinsame Zukunft. Für

diese Zukunft setzen wir uns zusammen mit sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften, mit der

Europäischen Linken und anderen Parteien ein. Gewerkschaften und Bewegungen, der Einsatz für

das Klima, für Demokratie und Frauenrechte und gegen Rassismus überall in Europa zeigen:

gemeinsam können wir Europa verändern.

Investieren statt Zukunft blockieren!

Der EU-Haushalt und die Wiederaufbaumittel und Hilfsgelder bleiben weit hinter dem zurück, was

notwendig wäre, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen und für eine gerechte und

klimaneutrale Zukunft umzusteuern. Teile des EU-Haushaltes sind versteckte Subventionen für

Großkonzerne. Profitiert haben davon vor allem die Reichen. Besonders fahrlässig ist, dass

Investitionen und Gesundheitsausgaben aus dem Wiederaufbaupaket gekürzt wurden. Denn die

Wirtschaft lahmt, viele Länder sind von Massenerwerbslosigkeit geplagt und die Infrastruktur wird

schon lange auf Verschleiß gefahren. Wir wollen dagegen weniger Geld für Aufrüstung und mehr

Geld für öffentliche Investitionen. Was einzelne Staaten überfordern könnte, ist für die europäische

Staatengemeinschaft insgesamt gut leistbar, denn mit ihrer großen Wirtschaftskraft und der

Europäischen Zentralbank (EZB) im Rücken verfügt sie über ausreichend wirtschaftliche Stärke.

 Der Stabilitäts- und Wachstumspakt beschneidet die Demokratie in den einzelnen

Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik fest. Wir wollen das ändern:

Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne Handbremse.

 Die Defizit- und Schuldenregeln müssen angepasst werden. Damit die EU eine Zukunft hat,

müssen wir uns um die Defizite kümmern, die wirklich zählen: Den Investitionsstau im

Sozialstaat, in der Bildung, der Infrastruktur, auf dem Arbeitsmarkt und beim Klimaschutz.

 Angesichts der Herausforderungen durch Corona und Klimakatastrophe muss der EU-

Haushalt durch die Ausgabe europäischer Anleihen ausgeweitet werden. Angesichts des

größten Einbruchs der Weltwirtschaft seit Jahrzehnten ist ein Umfang von einer bis zwei

Billion Euro für das europäische Investitions- und Ausgabenprogramm erforderlich.

 Es braucht ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm! Die finanziellen Mittel der

EU müssen ausgeweitet und gezielt für die wirtschaftlich schwächeren Länder, Regionen,

Branchen und für Zukunftsaufgaben wie eine sozial-ökologische Industriepolitik, das

Gesundheitswesen, die digitale Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie die Energie- und

Verkehrswende, eingesetzt werden.

 Die Kompetenzen der EU-Kommission zur Kontrolle und Lenkung der Mittelvergabe müssen

beschränkt und das Europäische Parlament stärker einbezogen werden. Die demokratische

Kontrolle der Verwendung von EU-Mitteln muss auf europäischer Ebene erfolgen. Dabei

dürfen keine Kürzungsauflagen, wie etwa der Abbau von Arbeitsrechten, mehr verhängt

werden.

Europaweit: Reichtum von oben nach unten verteilen

Investitionen für die Zukunft kosten Geld. Aber die gute Nachricht ist: Geld ist da – es ist nur falsch

verteilt. Denn die Unternehmen, die die größten Gewinne machen, zahlen in Europa immer noch am

120wenigsten Steuern. Auch große Vermögen werden kaum besteuert. Steuervermeidung und

Steueroasen boomen. Das Ergebnis: Während gerade in der Corona-Krise die Reichen immer reicher

werden, wächst die Armut der Mehrheit der Menschen. Schluss damit!

 Es braucht einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und

einheitlichen Bemessungsgrundlagen.

 Wir fordern gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und

Spitzeneinkommen.

 Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden. Banken, die in Steueroasen

operieren, werden wir die Lizenz entziehen.

 Es braucht europäische Eigenmittel, etwa aus einer Finanztransaktionssteuer.

 Digitalkonzernen wie Google und Amazon machen Milliardengewinne und zahlen kaum

Steuern. Wir werden sie endlich zur Kasse bitten!

Europäische Zentralbank demokratisch kontrollieren und sozial & ökologisch nutzen

Die Europäische Zentralbank (EZB) muss endlich am Gemeinwohl statt am Kriterium der

Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Die EZB muss sozialen und ökologische Investitionen der

Mitgliedstaaten ermöglichen und diese vom Wohlwollen der Finanzmärkte unabhängig machen.

Dafür würde es schon ausreichen, wenn die EZB die Solvenz der Mitgliedsstaaten garantiert, indem

sie verpflichtet wird, Kreditgeber in letzter Instanz zu sein. Ein inflationäres Risiko gibt es nicht, weil

die EZB weiterhin ihrem Inflationsziel verpflichtet ist.

 Die EU-Verträge müssen geändert werden, um der EZB die Staatsfinanzierung zu ermöglichen

 Wir wollen, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament kontrolliert wird -

anstatt weiter dem Einfluss von Finanzlobbyisten ausgeliefert zu sein.

 Die EZB darf nicht weiter Anleihen von Unternehmen mit hohen CO2-Emissionen aufkaufen

und dadurch den Klimaschutz unterlaufen. Sie braucht starke soziale und ökologische

Standards. Das gilt auch für die Corona-Hilfen.

Die Wirtschaft umbauen

Wir dürfen nach der Krise nicht weitermachen wie bisher, um Europa mit einem Green New Deal

gerechter zu machen und einen sozial-ökologischen Systemwechsel voranzubringen. Wir wollen, dass

der sozial-ökologische Umbau in allen Mitgliedstaaten möglich ist. Unser Ziel ist, Stromerzeugung,

Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft klimaneutral zu machen, ohne Menschen oder

Regionen abzuhängen (vgl. Klimakapitel). Die jüngste Anhebung des Treibhausgasminderungsziels

der EU von 40 auf 55 Prozent gegenüber 1990 ist immer noch zu niedrig, um kompatibel mit dem

Pariser Klimaschutzabkommen zu sein. Wir wollen die EU bis spätestens 2040 klimaneutral machen.

 Investitionen: Die EU hat die Programme für einen gerechten Umbau von 40 Milliarden Euro

auf 17,5 Milliarden Euro geschrumpft – so kann der Umbau nicht gelingen. Wir wollen den

„Just Transition Fonds“ – den Fonds des „Gerechten Übergangs”– stärken. Er soll Menschen,

die in Bereichen wie Bergbau und klimaschädlichen Industrien tätig sind, vor allem in

benachteiligten Regionen, sozial absichern und ihnen neue berufliche Perspektive eröffnen.

 Um Massenerwerbslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit zu bekämpfen, braucht es eine

konsequente europäische Vollbeschäftigungspolitik und eine echte Industriestrategie. Sie

muss Klimaneutralität zum Ziel haben und vor allem deindustrialisierten Regionen eine

Zukunft geben.

 Energiewende: Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und 2030 abgeschlossen

sein. Wir wollen keine neue fossile Infrastruktur. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut

121



werden – bürgernah und in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum. Wir setzen

uns für die Einrichtung einer alternativen »Europäischen Gemeinschaft zur Förderung von

erneuerbaren Energien und Energieeinsparung« ein. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine

Absage.

Verkehrswende: Es braucht eine europäische Mobilitätsrevolution. Das geht, wenn wir Bus

und Bahn ausbauen und die Preise drastisch senken, vernetzte Mobilität schaffen und kurze

Wege fördern. Statt Flugstrecken wollen wir Bahnverbindungen ausbauen. Ein Großteil des

Güterverkehrs und des innereuropäischen Flugverkehrs muss auf die Schiene verlagert

werden.

Agrarwende: Wir setzen auf nachhaltige Landwirtschaft und regionale Kreisläufe statt langer

Transportwege und industrielle Massenproduktion. Das System der EU-Agrar-Subventionen

ist nicht nachhaltig, wir wollen Subventionen an sozialen und ökologischen Kriterien

orientieren und nicht mehr an der Fläche.

Soziale Absicherung und Gute Arbeit

Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Doch die Politik in der EU stellt die Interessen

der Unternehmen vor die der meisten Menschen. Das Ergebnis ist Armut, Lohndumping und

Ausbeutung. Dramatisch ist der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, in Spanien und Griechenland

droht sie in Folge der Corona-Krise auf 40% zu steigen. Fast jede\*r zweite Jugendliche, der/die einen

Job sucht, geht leer aus. Die Profite der Unternehmen dürfen nicht mehr über den Arbeitsrechten

der Beschäftigten und den sozialen Grundrechten der Menschen stehen.

 Wir fordern für alle Bürger\*innen in der EU soziale Rechte und Mindestlöhne, die die Existenz

sichern.

 Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss rechtlich verankert

werden, um Lohndumping zu unterbinden. Wir wollen, dass Mitbestimmungsrechte und

Rechte von Gewerkschaften wie Beschäftigten wiederhergestellt und ausgebaut werden.

 Soziale Sicherheit durchsetzen! Wir wollen soziale Sicherheit mit verbindlicher sozialer

Mindestsicherung und sozialen Mindeststandards – im Zweifel gilt der bessere Standard

(Günstigkeitsklausel).

 Freizügigkeit für alle! Ungleiche Lebensverhältnisse zwingen vor allem junge Menschen zur

Abwanderung. Niemand darf deswegen von Sozialleistungen ausgeschlossen werden,

Menschenrechte sind unteilbar und das Existenzminimum nicht verhandelbar. Wir wollen die

Menschen dabei unterstützt, gute Arbeit zu finden.

Demokratie statt Herrschaft der Lobbyisten

Wir brauchen mehr Demokratie in Europa. Viele Menschen haben sich in den letzten Jahren

enttäuscht von der EU abgewandt. Es fehlt an Vertrauen, für viele Menschen ist die EU weit weg.

Denn Demokratie ist mehr als eine Wahl alle fünf Jahre. Wir wollen eine Europäische Union, die

Grundrechte ernst nimmt und verteidigt. Die Demokratie darf nicht mehr den Finanzmärkten

untergeordnet werden. Wir weisen alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die

Etablierung von Durchgriffsrechten auf nationale Haushalte, zurück. Wir brauchen eine friedliche,

soziale, demokratische und ökologische EU – mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen

Hoffnungen. Das meint ein starkes Europa-Parlament und umfassende Beteiligungsmöglichkeiten.

Deshalb wollen wir eine neue Verfassung für Europa, die von den Bürger\*innen mitgestaltet wird und

über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in Volksabstimmungen entscheiden können.

122















Wir wollen, dass das Europäische Parlament das Initiativrecht bekommt und eigene

Gesetzesvorschläge einbringen kann. Grundlegende Entscheidungen müssen vom

Europaparlament getroffen werden – statt von exekutiven Gremien wie Kommission, Eurogruppe

oder Rat. Außerdem sollen die Abgeordneten den Kommissionspräsidenten und die Kommissare

wählen und abwählen können.

Der Europäische Rat bestimmt maßgeblich die Gesetzgebungsverfahren in der EU, arbeitet aber

intransparent, im Ergebnis agieren nationale Regierungen hier oft ohne demokratische Kontrolle.

Wir wollen den Rat endlich zur Transparenz verpflichten.

Wir wollen, dass Entscheidungen auf den Ebenen getroffen werden, die am stärksten davon

betroffen sind: kommunale Angelegenheiten in den Kommunen, bundesweite Angelegenheiten

in den nationalen Parlamenten, europäische Angelegenheiten im EU-Parlament.

Keine Grenzen für die Demokratie! Die hohen Hürden für Europäische Bürgerinitiativen müssen

gesenkt werden: Wir wollen EU-weite Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen. Alle

Menschen sollen in den EU-Staaten, in denen sie leben, die gleiche Rechte haben.

Wir wollen, dass die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten der EU

regelmäßig evaluiert und Verstöße sanktioniert werden. Es braucht mehr Verbindlichkeit für die

Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten in allen Mitgliedsstaaten.

Wir wollen, dass sich aktuelle und kommende EU-Beitrittskandidaten ohne Vorbehalte zu

Demokratie und Menschenrechten bekennen. Das gilt insbesondere für den Beitrittskandidaten

Türkei. Die aktuelle Regierung der Türkei muss die Urteile des Europäischen Gerichtshof für

Menschenrechte umsetzen, Demokratie und Meinungsfreiheit garantieren, die Verfolgung der

demokratischen Opposition beenden, sowie alle inhaftierten Parlamentarier\*innen und

Bürgermeister\*innen der oppositionellen kurdischen HDP-Partei freilassen.

Wir wollen, dass die EU der Europäischen Menschrechtskonvention beitritt. Auch die

gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muss vom Europäischen Gerichtshof für

Menschenrechte kontrolliert werden. Soziale Grundrechte müssen von einzelnen Personen beim

Europäischen Gerichtshof einklagbar werden.

Wir wollen, dass alle Entscheidungen und die dahin führenden Prozesse transparent gemacht

werden. Bisher nehmen Lobbyisten oft Einfluss auf politische Entscheidungen in der EU, ohne

dass die Bürgerinnen davon erfahren können. Wir fordern ein EU-Transparenzregister und eine

Transparenz-Verordnung.

Europäische Entspannungspolitik statt Aufrüstung

Auf die Krisen reagiert die EU ausgerechnet mit Aufrüstung. Wirtschaftliche Entwicklung wird als

Rüstungsförderung betrieben. Diktatoren sind Geschäftspartner bei Rüstungsdeals und werden zu

Stabilitätsankern verklärt. Der Ausbau einer »Militärunion«, die Schaffung einer zusätzlichen

europäischen Armee und Rüstungsexporte, führen aber nicht zu mehr Sicherheit für die

Menschen. Die sogenannte „Ständige Strukturierte (militärische) Zusammenarbeit“ (engl. kurz:

PESCO) soll dafür sorgen, dass Milliarden für Rüstung ausgegeben werden, während es einen

enormen Mangel an Rüstungskontrolle und zivilem Konfliktmanagement gibt. Die beteiligten Staaten

werden zur ständigen Steigerung der Verteidigungshaushalte und Rüstungsinvestitionen, einer

Beteiligung an Rüstungsgroßprojekten und der Aufstellung europäischer Truppenverbände

verpflichtet.

123Wir wollen ein friedliches Europa und eine Union der Abrüstung, die Demokratie fördert, statt mit

Diktatoren Geschäfte zu machen. Wir treten für eine Europäische Friedens- und Entspannungspolitik

ein und wollen die Militarisierung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter

Friedenspolitik und Förderung globaler Gerechtigkeit statt Standortkonkurrenz.













Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen und setzen uns für ein EU-weites Verbot von

Rüstungsexporten ein. Exporte in autoritäre Regime wie Ägypten und die Türkei müssen sofort

gestoppt werden.

Wir lehnen die Pläne zu einer europäischen Verteidigungsunion und einer stärkeren Kooperation

von EU und NATO-Kooperation ab. Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion«

mit eigenständiger Militärpolitik, eine europäische Armee und andere Vorhaben der

Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern sichern nur

Konzerninteressen militärisch ab.

Wir wollen den EURATOM-Vertrag auflösen und von den vertraglichen Grundlagen der EU

entflechten, denn er blockiert eine nachhaltige, sozial und demokratisch gestaltete

Energiewende.

Wir lehnen den Europäischen Verteidigungsfonds ab. Durch ihn sollen Milliardenbeträge aus dem

gemeinsamen EU-Haushalt in Rüstungsforschung und -entwicklung fließen. Das nützt nur der

Rüstungsindustrie und fördert weder Sicherheit noch Frieden.

Wir fordern die Beendigung von PESCO und aller militärbezogenen EU-Programme. Die Gelder

wollen wir in sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz und globale Gerechtigkeit investieren.

Zivilgesellschaft fördern statt Deals mit Diktatoren schließen! Wir wollen einen EU-Fonds zur

Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für Demokratie und soziale Gerechtigkeit

einsetzen.

Menschenrechte statt Festung Europa

Die EU-Kommission will einen „Migrationspakt“ durchsetzen, der weiter auf Abschottung,

Abschiebung und Entrechtung zielt. Die Bundesregierung unterstützt dieses Vorgehen. Wir stellen

uns dagegen. Es ist mit einem solidarischen und menschlichen Europa nicht vereinbar, dass Tausende

von Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken oder in rechtsfreien Räumen in Auffanglagern

und Abschiebezentren an und vor den Grenzen der EU gefangen gehalten werden. Der Kooperation

mit autoritären Regimen zum Zweck der Abschottung der EU stellen wir uns entgegen: Sie sind nicht

Teil der Lösung, sondern Teil des Problems (vgl. Kapitel Für eine solidarische Einwanderungspolitik).

DIE LINKE will Menschen retten, Fluchtwege frei machen und Fluchtursachen bekämpfen (vgl. Kap.

Solidarische Einwanderungsgesellschaft): Ohne die Grenzschutzagentur und Küstenwache Frontex,

mit legalen Fluchtwegen. Mit Rechtssicherheit und Durchsetzung von Flüchtlings-, Kinderrechts- und

Europäischer Menschenrechtskonvention. Ohne Freiheitsberaubung und Push-Back in Folter und Tod

(vgl. Kapitel Menschlichkeit verteidigen).

124Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft

Einwanderung ist keine Bedrohung, sondern Alltag für Viele, Chance für unsere Gesellschaft und

Recht jedes einzelnen Menschen. Unser Land ist Heimat für Menschen aus verschiedensten Orten,

mit unterschiedlichen Geschichten und so vielfältig wie noch nie. Wir leben, lieben und arbeiten

zusammen. Wir machen nicht mit, wenn Beschäftigte und Rentner\*innen in Deutschland ausgespielt

werden gegen Menschen, die vor Armut, Unterdrückung und Krieg fliehen. Würde der Reichtum

gerechter verteilt, gäbe es genug für gutes Leben, Wohnen und Arbeiten – für alle.

Die Wirtschaft basiert vielfach auf der Ausbeutung und schlechten Arbeitsbedingungen von

Migrant\*innen mit oft prekärem Aufenthaltsstatus und teilweise eingeschränkter gesundheitlicher

Versorgung, z.B. in Schlachthöfen, auf Spargelfeldern und in der Pflege. Menschen mit

Migrationsgeschichte sind nach Generationen noch häufiger von Armut, Ausgrenzung und

Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre Kinder werden im Bildungssystem systematisch benachteiligt, wer

einen migrantisch klingenden Nachnamen trägt, hat häufig Probleme bei der Wohnungs- und

Jobsuche. Rechtliche und soziale Diskriminierung müssen abgebaut werden.

Doch die Bundesregierung setzt stattdessen weiter auf Abschreckung, Spaltung und Abschottung.

Das Ergebnis: Wachsender Rassismus in Gesellschaft und staatlichen Institutionen, wie der Polizei,

wo extrem rechte Netzwerke (Stichwort NSU 2.0) ihr Unwesen treiben. Und immer wieder rechter

Terror.

Unsere Agenda gegen Rassismus: soziale Offensive und gleiche Rechte für alle

Um Rassismus und Diskriminierung zu überwinden, braucht es eine gerechte Verteilung von Rechten,

Reichtum und Ressourcen. Integration ist keine Bringschuld der einzelnen, sondern Merkmal einer

Gesellschaft, ein beidseitiger Prozess. Demokratie setzt Teilhabe im Alltag voraus. Wir wollen, dass

alle Menschen, die hier leben, im Rahmen einer Teilhabe-Agenda rechtlich, politisch und sozial

gleichgestellt werden. Zusammen mit zahlreichen Bewegungen und antirassistischen Initiativen, wie

Seebrücke und Blacklivesmatter, stehen wir #unteilbar gegen unsoziale Spaltung und rechte Hetze.

Antirassismus ist für uns viel mehr als Symbolpolitik. Es braucht Investitionen in Zusammenhalt und

Integration statt in Ausgrenzung und Abschottung. Unser Ziel ist ein grundlegender Politikwechsel –

in Richtung globale Bewegungsfreiheit, gleiche Rechte für alle und einer solidarischen

Einwanderungsgesellschaft. DIE LINKE steht für offene Grenzen für alle Menschen in einem

solidarischen Europa, das sich nicht abschottet. Wir streiten für sichere Fluchtwege und eine

Gesellschaft, die Menschenrechte verwirklicht – statt Mauern zu bauen und Grundrechte der

aktuellen Haushalts- und Stimmungslage anzupassen.

 Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und

Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns von 13

Euro für alle Menschen (vgl. Kapitel Arbeit). Gegen einen eventuellen Fachkräftemangel

braucht es keine gezielte Abwerbung von qualifizierten Menschen im Ausland, sondern

anständige Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlungen für alle Menschen hierzulande.

 Es braucht eine bessere Anerkennung der Qualifikationen und Abschlüsse von Nicht-EU-

Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürgern, damit diese ihre Berufe weiter ausüben können.

 Den Einschränkungen sozialer Sicherheiten für Migrant\*innen aus EU-Ländern und anderen

Staaten durch die Bundesregierung stellen wir uns entgegen. Gesundheitsschutz darf nicht

eingeschränkt werden: Es braucht einen bundesweiten Härtefallfonds und einen anonymen

Krankenschein für die Behandlung von Menschen ohne Absicherung, Ausnahmen von der

Versicherungspflicht wollen wir aufheben (vgl. Kapitel Gesundheit).

125

















Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in

Deutschland lebende Migrant\*innen, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten

können. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen, deren Eltern dauerhaft im Land

wohnen, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit

haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Migrant\*innen sollen nach

fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben.

Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive

Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit

Kettenduldungen leben müssen. Für sie wollen wir einen sicheren Zugang zu Bildung,

Gesundheit und arbeitsrechtlichem Schutz vor Ausbeutung schaffen.

Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der

Doppelbestrafung, lehnen wir ab – im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen

Parteien. Wir haben hier immer dagegen gestimmt und werden das auch in Zukunft tun.

Antirassismus ins Gesetz: Es braucht, wie in Thüringen, eine klare Arbeitsdefinition von

institutionellem und strukturellem Rassismus. Zudem fordern wir eine grundlegende Reform

des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und ein Verbandsklagerecht. Es braucht

einen Diskriminierungsschutz, der auch staatliches Handeln einbezieht. Wir fordern ein

Bundesantidiskriminierungsgesetz (BADG) zum Schutz vor Diskriminierung durch staatliche

Stellen. Es braucht einen Antirassismus-Beauftragten mit echten Befugnissen.

Rassismus und Korpsgeist in den Behörden müssen endlich angegangen werden! Dafür

braucht es eine interkulturelle Öffnung der gesamten Verwaltung und eine Polizeireform. (vgl.

Kapitel Sicherheit für alle).

Wir fordern ein humanitäres Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt ohne festen

Aufenthaltsstatus. Opfer von Rassismus und ihre Angehörige müssen besser unterstützt

werden. Es braucht eine Ausweitung der Entschädigungsleistungen für Betroffene von

rassistisch und antisemitisch motivierten Attacken.

Migrant\*innen sind kein Sicherheitsproblem — Schluss mit dem institutionalisierten

Misstrauen! Die Zuständigkeit für Migration und Integration muss dem

Bundesinnenministerium entzogen werden. Wir fordern ein Bundesministerium für Migration

und Integration, ähnlich dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und

Verbraucherschutz oder der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.

Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und

Transfeindlichkeit, Antiziganismus, religiösen Fundamentalismus und für mehr Demokratie

engagieren sowie Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete

Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant\*innen wollen wir durch ein

Demokratiefördergesetz stärker und endlich dauerhaft fördern (vgl Kap. Gegen rechte

Gewalt).

Antirassistische Fan-Initiativen sollen mehr finanzielle Unterstützung erhalten. Trainer\*innen,

Betreuer\*innen und ehrenamtliche Verantwortliche in Vereinen und Fanprojekten, die

Integrationsarbeit leisten, müssen stärker unterstützt werden.

Es braucht deutlich mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den sozialen

Zusammenhalt, d.h. eine bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal in

Schulen, Kitas, Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren (vgl. Kapitel Investitionen). Niedrigschwellige

Angebote, insbesondere für Migrant\*innen und geflüchtete Frauen sowie queere Geflüchtete und

Migrant\*innen, wollen wir ausbauen und sie unterstützen.

126





Wir wollen einen »Fonds für Willkommenskommunen«, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit

sichert und aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten hilft. Kommunen, die die

Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung

und Integration von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein

für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden.

Wir werden ein Sofortprogramm auflegen, um zusätzliche Schulsozialarbeiter\*innen und

Lehrkräfte auszubilden und einzustellen, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten. Die

Schulpflicht muss für alle Kinder bundesweit und unabhängig vom Aufenthaltsstatus gelten,

auch der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Ganztagesplätze. Qualifikationen für die

Berufsausbildung müssen unabhängig vom Alter angeboten werden. Bildungs- und

Integrationsangebote wollen wir unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status gewähren.

Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen

flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender Sachleistungen

wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der solidarischen Mindestsicherung für alle

Menschen.

Menschlichkeit verteidigen: Menschen retten, Fluchtwege frei machen,

Fluchtursachen bekämpfen

Deutsche Konzerne exportieren Waffen in die ganze Welt, aber Menschen, die vor diesen Waffen

und den mit ihnen geführten Kriegen fliehen, sollen ausgesperrt werden. Viele flüchten, weil

westliche Konzerne ihre Länder zerstören. Doch ihre Einreise nach Europa wird mit unmenschlichen

Mitteln erschwert. Mehr als 20 000 Menschen sind in den vergangenen sieben Jahren auf dem Weg

nach Europa gestorben, ertrunken im Mittelmeer, verdurstet in der Wüste. In den Lagern an den

Grenzen, auf dem Boden der EU, gibt es unerträgliches Elend. Deutschland macht sich politisch

abhängig von Diktatoren, die den Job der Flüchtlingsabwehr an den europäischen Außengrenzen

übernehmen; im Innern macht die extreme Rechte mobil.

Dabei würde es anders gehen. Denn Platz und Ressourcen sind genug vorhanden. Würde der

Reichtum gerechter verteilt, gäbe es genug für alle. Menschenleben und Würde dürfen nicht vom

Pass oder Aufenthaltstiteln abhängen. Deswegen stehen wir auf gegen Abschottung und

Abschiebungen, für das Recht zu gehen, zu kommen und zu bleiben. Und für eine Überwindung der

wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und der Ideologien der Ungleichheit wie Rassismus und

Nationalismus, die immer wieder zu populären Waffen in der Konkurrenz um Ressourcen, Reichtum

und Lebenschancen werden. Schluss damit! Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, wollen wir

gemeinsam für Gerechtigkeit eintreten: die Menschen zu retten, soziale Gerechtigkeit globalisieren

und Fluchtursachen – nicht die Geflüchteten – tatsächlich bekämpfen.

 Schluss mit den Ausreden: Die Menschen retten! Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss

aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden.

Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen

wir in den Dienst der Seenotrettung stellen. Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen

Seenotrettung muss umgehend beendet werden. Alle europäischen „Hotspots“, wie das

Elendslager Moria und seine Nachfolger, müssen aufgelöst werden. Es braucht ein

humanitäres Sofortprogramm zur Aufnahme der Menschen. Solange eine europäische

Lösung nicht durchsetzbar ist, muss die Bundesregierung mit einer Koalition der Willigen

vorangehen.

127 Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht Schleppern die

Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtkonvention und

die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden. Die UNO hat im

Januar 2021 die Praxis der Zurückweisung an Europa Grenzen angeprangert und sieht das

Asylrecht in Gefahr. Der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und

auf hoher See muss ohne Einschränkung befolgt werden! Der Flüchtlings-Deal mit der Türkei

und ähnliche Abkommen mit Milizen und Diktatoren in Staaten, wie Libyen, Ägypten, Sudan

und Marokko, müssen aufgekündigt werden.

 Flucht ist kein Verbrechen! Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss

für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Frauen, Kinder, religiöse

und ethnische Minderheiten sowie Menschen mit Behinderung und queere Menschen

brauchen besonderen Schutz vor Gewalt, Elend und Ausbeutung. Schnellverfahren und

Inhaftierungen von Schutzsuchenden (ob in sogenannten »Rückkehr-«, »Transit-«,

»kontrollierten Zentren« oder »Hotspots«) lehnen wir ab.

 Asylrecht ausweiten und durchsetzen! Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem

Niveau; die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten-

oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden. Das Dublin-System muss ein Ende

haben. Verfolgung wegen sexueller Orientierung und von trans\* und intergeschlechtlichen

Menschen (LSBTI\*) muss als Asylgrund anerkannt werden. Der Negativ-Wettbewerb durch

abgesenkte Standards bei Unterbringung, Versorgung und Rechten gehört abgeschafft!

 Wir fordern eine flächendeckende unabhängige Asylverfahrensberatung durch

Wohlfahrtsverbände und Vereine, die öffentlich finanziert sein muss; pauschale Asyl-

Widerrufsprüfungen soll es nicht geben; die Qualität der Asylprüfung und internen Kontrolle

muss deutlich verbessert werden, um die Vielzahl der rechtswidrigen und fehlerhaften

Bescheide des BAMF wirksam zu reduzieren

 Es gibt keine „Wirtschaftsflüchtlinge“ – niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Ausweitung

verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge sowie eine

entsprechende humanitäre Visa-Vergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente

über das Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für

Schutzsuchende.

 Die Bundesregierung muss endlich darauf drängen, dass die EU gegen Mitgliedsstaaten

vorgeht, die ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen systematisch missachten. Für eine

faire Verteilung von Geflüchteten wollen wir eine europäische Fluchtumlage: Alle

Mitgliedsstaaten sollen entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit Geflüchtete

aufnehmen. Die Mitgliedstaaten, die überproportional viele Flüchtenden aufnehmen, sollen

entsprechend große Ausgleichssummen erhalten.

 Das Recht auf Familiennachzug muss effektiv umgesetzt werden - auch für »subsidiär«

Schutzberechtigte. Bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen muss es ein Recht auf

Nachzug der Geschwisterkinder geben.

128 Wir fordern, dass die Kommunen selbst entscheiden dürfen, ob sie über die ihnen

zugeteilten Kontingente hinaus weitere Geflüchtete aufnehmen. Auch kommunal verankerte

Gremien sollen künftig Härtefallerlaubnisse anordnen können.

 Kein Mensch ist illegal! Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall des

Geburtsortes oder der ökonomischen Verwertbarkeit abhängig sein. DIE LINKE setzt sich für

eine umfassende Visa-Liberalisierung sowie ein offenes und solidarisches

Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer

Verwertbarkeit orientiert.

Wer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will, muss endlich die Verhältnisse verändern, die immer

wieder zur Flucht zwingen und Hilfe notwendig machen. Statt weiter systematisch Fluchtursachen

wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir daher globale

Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und

Menschen in Not effektiv helfen (vgl. Kapitel Soziale Gerechtigkeit global).

129Die Demokratie stärken

Rechten Terror und Gewalt stoppen

Die extreme Rechte hat die Schwelle zum Terror längst überschritten. Die Liste rechter Attentate aus

den letzten zwei Jahren ist lang. Rechte begehen Mordanschläge gegen Migrant\*innen, Jüd\*innen,

Linke und Andersdenkende; die Sicherheitsbehörden erweisen sich immer wieder als unfähig, die

Täter zu fassen. Das hat in der Bundesrepublik eine schreckliche Tradition, vom Attentat auf das

Münchner Oktoberfest bis zu den Morden des NSU. Deutschland gehört in Europa zu den Ländern

mit dem gewalttätigsten Rechtsterrorismus. Diese Taten sind nicht vom Himmel gefallen: Die Täter

werden durch ein gesellschaftliches Klima ermutigt, in dem der Wert von Menschenleben in Frage

gestellt wird. Der Weg zu Bluttaten beginnt mit Hetze im Alltag.

Rechte Gruppen und Parteien versuchen, Ängste und Nöte der Menschen angesichts der Folgen

neoliberaler Politik zu bedienen. Sie deuten soziale Auseinandersetzungen in ethnische, religiöse und

kulturelle Konflikte um, bekämpfen die Gleichberechtigung der Geschlechter und sexuelle Vielfalt.

Und sie verbreiten - gerade angesichts der Corona-Pandemie - antisemitische

Verschwörungstheorien.

Weil der Verfassungsschutz dem Schutz von Informanten Vorrang einräumt, behindert er immer

wieder polizeiliche Ermittlungen und juristische Aufklärung – und baut extrem rechte Strukturen

sogar mit auf. Aufklärung und Widerstand gegen rechts wird von anderen geleistet: Meist sind es

ehrenamtlich organisierte Projekte der Zivilgesellschaft und Antifa-Initiativen, die Aufklärungsarbeit

betreiben, Solidarität praktisch erlebbar machen und dahingehen, wo es weh tut. Dafür werden sie

von Konservativen als "Nestbeschmutzer" beschimpft, ihnen werden öffentliche Gelder entzogen

und sie werden als "Linksextremisten" kriminalisiert. Die AfD versucht missliebige Vereine und

Akteure der Zivilgesellschaft bis hin zur Landeszentrale für politische Bildung zu diskreditieren.

Konservativen fordern Grundrechte einzuschränken und (noch) mehr Befugnisse für die

Sicherheitsbehörden. Offensichtlich gibt es bei diesen aber kein Defizit an Informationen, Ausrüstung

und Befugnissen - wohl aber ein Haltungsproblem.

DIE LINKE hält dagegen - auf der Straße, in den Betrieben, in den Parlamenten. Zusammen mit

breiten Bündnissen blockieren wir Naziaufmärsche und kämpfen gegen rechte Angriffe und für die

gesellschaftliche Ächtung von rechtem Gedankengut. Wir stellen uns gegen jede Form von

Menschenfeindlichkeit, egal ob vom rechten Rand oder aus der vermeintlich seriösen Mitte der

Gesellschaft. Ziviler Ungehorsam gehört zum demokratischen Protest und darf nicht kriminalisiert

werden. Die Große Koalition hat mit ihrer Politik den Nährboden bereitet, auf dem Rassismus und

Ideologien der Ausgrenzung gedeihen. Der Aufstieg der AfD ist auch Ergebnis dieser verfehlten

Politik. Eine wirksame Politik muss Ursachen bekämpfen und aufklären: Armut und Niedriglöhne

zurückdrängen, die Demokratisierung der Gesellschaft vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen.

 Die Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft stärken! Protest und Aufklärung gegen rechts sind eine

Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Projekte der Mobilen

Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche

Demokratiebündnisse sowie Antifa-Initiativen müssen mit einem echten Demokratiefördergesetz

stärker und langfristig finanziell unterstützt werden. Dabei darf es kein

 strukturelles Misstrauen und keinen Kooperationszwang mit Polizei und Verfassungsschutz geben.

Zivilgesellschaftliche Vereine, wie die VVN, Campact und Attac, müssen durch eine Reform der

Abgabenordnung (wieder) als gemeinnützig gelten.

 Verfassungsschutz durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ersetzen! Der Verfassungsschutz

ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Er muss durch eine unabhängige

130











„Beobachtungsstelle Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit” ersetzt

werden. Diese soll Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, religiösen Fundamentalismus

und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beobachten und darüber aufklären

(Vgl. Sicherheit für alle). Als erster Schritt muss das V-Leute System des Verfassungsschutzes und

seine Verstrickungen mit der extremen Rechten aufgedeckt und beendet werden.

Den Rechten den sozialen Nährboden entziehen! Die Zustimmung zu rechter Politik baut auf

Rassismus und der Erfahrung auf, dass Interessen nur gegen Andere durchgesetzt werden können.

Dass die Regierung den rechten Forderungen bei Flucht und Asylrecht nachgegeben hat, hat sie

stärker gemacht, nicht schwächer. Die Spaltung der Gesellschaft stärkt zudem religiöse

Fundamentalisten. Dagegen braucht es eine soziale Politik für alle Menschen: Mit gleichen Rechten

für alle und massiven Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die eine Gesellschaft

zusammenhält - bezahlbarer Wohnraum, kostenfreier ÖPNV, gute Gesundheitsversorgung, Arbeit

und Bildung (vgl. Für eine Solidarische Einwanderungsgesellschaft).

Entwaffnung der rechten Strukturen und Ermittlungsschwerpunkte für rechten Terror!

Ermittlungsschwerpunkte bei BKA und Bundesanwaltschaft müssen die Vernetzung der militanten

Naziszene, insbesondere entsprechende Netzwerke bei Polizei, Bundeswehr und Spezialeinheiten,

stärker in den Blick nehmen. Sie dürfen Fälle rechter Gewalt nicht mehr als Einzelfälle

verharmlosen. Reichsbürgern und Neonazis müssen endlich die waffenrechtlichen Erlaubnisse

entzogen werden.

Wir wollen ein Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt, um der auf Vertreibung gerichteten

Intention der Täter entgegenzutreten und verurteilen die Angriffe auf Moscheen, Synagogen sowie

andere sakrale oder symbolische Orte. Auch linke Menschen und Strukturen geraten immer wieder

in den Fokus rechter Angriffe. Wir stehen zusammen und sind solidarisch mit Opfern rechter

Gewalt und ihren Angehörigen. Sie müssen besser und langfristig unterstützt werden.

Demokratisierung der Sicherheitsbehörden! Es braucht eine wissenschaftliche Untersuchung

extrem rechter Einstellungen und rassistischer Praktiken bei Polizei und Bundeswehr. Gegen

Rassismus und Korpsgeist bei der Polizei sind eine unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle

auf Bundesebene, eine Kennzeichnungspflicht, eine Überarbeitung der Ausbildung sowie

Rotationsmodelle für geschlossene Einheiten nötig. Rassistische, antisemitische, homo- und

transfeindliche, sowie sexistische Ansichten müssen auch in den Behörden aktiv bekämpft werden

(vgl. Sicherheit für alle!).

Wir fordern die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Rechtsterrorismus, um die

Aufklärung fortzusetzen und die lange Geschichte rechtsterroristischer Strukturen in der

Bundesrepublik sowie die Verantwortung staatlicher Stellen aufzuarbeiten.

Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein, um das Gedenken an die Opfer

von damals und heute zu bewahren. Der 8. Mai soll als Tag der Befreiung vom Faschismus endlich

ein bundeseinheitlicher Feiertag werden. Die politische Bildung an den Schulen sowie kritische

Sozialwissenschaften an den Hochschulen wollen wir stärken.

Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an Jüdinnen und Juden, wegen

der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und den Verbrechen an den Völkern Europas – vor allem

an Polen, den Völkern der Sowjetunion, an den Sinti und Roma, an politisch Andersdenkenden,

behinderten Menschen und Homosexuellen – eine besondere Verantwortung und muss jeder Art

von Menschenfeindlichkeit, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem und

anderem Rassismus entgegentreten.

131Sicherheit für alle statt Überwachungsstaat

Gewaltkriminalität geht seit Jahren zurück. Aber das Gefühl der Verunsicherung wächst. Bei jedem

Bericht über Straftaten fordern Innenpolitiker der Regierung Gesetzverschärfungen und

Einschränkung von Grundrechten. Diese Sicherheitspolitik verwaltet die Probleme, anstatt sie zu

lösen. Genützt hat das vor allem dem Machtstreben der Konservativen und den Profiten der

Sicherheitsbranche.

Die herrschende Sicherheitspolitik ist ungerecht. Sie trifft Menschen mit wenig Geld und ohne Lobby

härter. Ersatzfreiheitsstrafen für kleine Delikte, wie z.B. Fahren ohne Fahrschein, bringen jedes Jahr

tausende Menschen ins Gefängnis. Kontrollen von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung

werden hingegen runtergefahren – die Großen lässt man laufen. Für viele Menschen bedeuten die

Einschränkungen von Grundrechten und die Aufrüstung der Polizei neue Unsicherheiten. So werden

Spaltung und Aggression im Alltag verstärkt. Umso mehr, als immer mehr extrem rechte Netzwerke

in Polizei und Justiz aufgedeckt werden.

Auch das Vorgehen Bundesregierung in der Corona-Pandemie entsprach viel zu oft falschen

Maßstäben. Die Einschränkungen von Bürgerrechten und Versammlungsfreiheit waren

schwerwiegend, oft wurde die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt. Der Arbeitsschutz bei großen

Konzernen wie Tönnies und Amazon wurde nur mangelhaft durchgesetzt, dagegen wurden

Menschen im Park polizeilich schikaniert. Menschen mit niedrigen Einkommen und in kleinen

Wohnungen waren von dieser Schieflage der Krisenpolitik besonders betroffen.

Mehr Sicherheit gibt es nicht durch die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten, sondern eine

Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt. Der Vollzug

bestehenden Rechts und die Abwendung von Gefahren muss ebenso gewährleistet sein wie der

Schutz der Freiheits- und Bürgerrechte – für alle! Wir wollen daher einen Politikwechsel - weg von

der einseitigen Fokussierung auf repressive Maßnahmen und Symbolpolitik, hin zum umfassenden

Ansatz einer demokratischen Sicherheitspolitik, die Grundrechte schützt, Prävention stärkt, soziale

Sicherheiten ausbaut, in das Öffentliche investiert und die Sicherheitsbehörden demokratisiert.

Staatliche Gewalt wollen wir als Mittel zur Konfliktlösung langfristig zurückdrängen und durch

zivilgesellschaftliche Prävention und Kooperation ersetzen.









Grundrechte umfassend durchsetzen! Es braucht ein bundesweit wirksames

Antidiskriminierungsrecht, das sich am Berliner Antidiskriminierungsgesetz orientiert. Wir

stellen uns gegen rechte Kampagnen, die versuchen Minderheiten zu kriminalisieren und

soziale Probleme in ethnische bzw. kulturelle Konflikte umdeuten wollen.

Mehr Sicherheit durch mehr Beteiligung! Wir wollen eine Sicherheitspolitik, die keine

autoritäre Schlagseite hat, sondern alle Betroffenen mit einbezieht. Im Pandemiefall braucht

es in Zukunft etwa Pandemie- und Gesundheitsräte, die bundesweit und kommunal die

Zivilgesellschaft in all ihrer Vielfalt in Umsetzung und Konzeption von

Infektionsschutzmaßnahmen einbezieht.

Die Verhältnismäßigkeit wahren! Bagatelldelikte, wie „Fahren ohne Fahrschein“ und

„Containern“ sowie opferlose Vergehen wie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz

oder „illegale Einreise“, müssen endlich entkriminalisiert werden. Ersatzfreiheitsstrafen für

Geldstrafen sind sozial ungerecht, sie gehören abgeschafft!

Rechtsstaat stärken! Geheimdienste sind Fremdkörper in der Demokratie. Durch ihre

Intransparenz und den Vorrang des Informant\*innen-Schutzes behindern sie polizeiliche

Ermittlungen und juristische Aufklärung. Dabei ist Abwehr von Gefahren Aufgabe einer

demokratisch kontrollierten Polizei. Deshalb wollen wir den Verfassungsschutz und

132















perspektivisch alle Geheimdienste abschaffen und ihn durch eine Beobachtungsstelle

„Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ersetzen. Als erstes muss der

Einsatz von V-Leuten beendet werden (vgl. Rechten Terror und Gewalt stoppen).

Datenschutz wirksam machen! Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung

sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und Online-

Durchsuchungen, nichtindividualisierte Funkzellenabfrage, allgegenwärtige

Videoüberwachung, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung.

Gerade in Krisenzeiten: Kein Lockdown für die Demokratie – Bürgerrechte sind

systemrelevant! Es darf keine Entmachtung der Parlamente geben, keine (Selbst-)

Ermächtigung der Exekutive. Politische Betätigung und Versammlungen müssen möglich

bleiben. Allgemeine Versammlungsverbote sind Gift für die Demokratie. Auch das

Arbeitsrecht darf nicht ausgehebelt werden.

Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gilt auch für Beschäftigte.

Dies gilt schon für den Schutz gegen Videoüberwachung am Arbeitsplatz, den Einsatz von

Detektiven oder der Überwachung des E-Mail-Verkehrs. Angesichts neuer Möglichkeiten zur

digitalen Leistungsüberwachung fordern wir ein Beschäftigtendatenschutzgesetz.

Sicherheit ist eine öffentliche Aufgabe! Die Privatisierung von Sicherheit durch private

Sicherheitsdienste, »Schwarze Sheriffs« usw. wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen.

Es ist schon schwierig genug, staatliche Sicherheitsbehörden zu überwachen, bei privaten

Diensten ist das unmöglich.

Sonderstrafrecht stoppen! Die Anti-Terrorgesetzgebung der Bundesregierungen aus den

vergangenen 20 Jahre gehört auf den bürgerrechtlichen Prüfstand. Verbrechen zu

bekämpfen und Gefahren abzuwehren ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden. Hierfür

braucht es kein politisches Sonderstrafrecht (wie die §§ 129a und 129b StGB), wir wollen

diese Paragraphen abschaffen. Wir fordern die Aufhebung des PKK-Verbotes.

Staatliche und zivile Organisationen dürfen nicht militarisiert werden. Wir wollen die Zivil-

Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) zugunsten einer Stärkung des Technischen Hilfswerkes

und des Katastrophenschutzes beenden. Die schon bestehenden Strukturen der ZMZ sowie

die in Aufbau befindlichen Strukturen der Reservekräfte der Bundeswehr müssen aufgelöst

werden.

Gewalt stoppen - Opfer schützen! Um die Gewalt gegen Frauen und Kinder zu bekämpfen

braucht es endlich eine Vollfinanzierung von Frauenberatungsstellen und -notrufen,

ausreichend Frauenhausplätze und Präventionsprogramme für gewalttätige Männer (Vgl.

Kapitel Feminismus).

Waffenbesitz erschweren! Waffen- und Munitionsbesitz sollen strenger reglementiert

werden. Gegen Gewalttäter müssen konsequent Waffenverbote ausgesprochen werden.

Für eine demokratische Polizei!

Die Arbeitsbedingungen für viele Polizist\*innen sind von Belastungen und Überstunden geprägt. Das

liegt auch daran, dass ihnen immer neue Aufgaben zugewiesen werden. Das wollen wir ändern und

Arbeitsbedingungen verbessern.

Im Rechtsstaat darf die Polizei nicht als Universalmittel zur Bearbeitung von Problemen eingesetzt

werden, sie sollte auf die Kernaufgaben der Abwehr konkreter Gefahren und der

Straftatenbekämpfung unter strikter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes beschränkt

sein. Die dokumentierten Fälle von Diskriminierung durch die Polizei haben sich 2019 verdoppelt.

133Jedes Jahr gibt es hunderte Fälle von rechtswidriger Polizeigewalt, für die sich niemand verantworten

muss – eine strafrechtliche Verfolgung findet kaum statt. Übergriffe werden selten angezeigt und

noch seltener angeklagt. Vielfach werden Einsatzstrategien angewandt, die einer Demokratie

widersprechen. So entsteht eine Polizeikultur, die missbräuchliche Gewaltanwendung zulässt und

befördert. Hier braucht es ein Umsteuern!

Die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols muss besser kontrolliert werden. Gerade für die

vielen Polizist\*innen, die rechtsstaatlich handeln und sich dem Schutz aller Menschen verpflichtet

fühlen, müssen die Strukturen so verändert werden, dass alle diesem Anspruch gerecht werden.

Weniger Übergriffe sind nur durch einen Wandel des polizeilichen Selbstverständnisses, von

Einsatzformen und Polizeikultur zu erreichen. Neben einer Aufgabenstraffung braucht die Polizei

daher ein modernes, menschenrechtsorientiertes Leitbild, das auf den Grundlagen von

Verhältnismäßigkeit, Deeskalation und demokratischer Kontrolle aufbaut. Eine bürgernahe Polizei

muss die Rechte von Migrant\*innen und Demonstrant\*innen genauso schützen wie für die

Menschen erreichbar und ansprechbar sein. DIE LINKE steht an der Seite von allen, die sich gegen

Polizeigewalt und Rassismus einsetzen und für den Ausbau von Grundrechten und Demokratie

eintreten. Die Bewegungen gegen Polizeigewalt, #blacklivesmatter sowie die migrantischen

Initiativen und Verbänden sind unsere Verbündeten (vgl. Kap. Solidarische

Einwanderungsgesellschaft).



















Gute Arbeitsbedingungen! Polizist\*innen brauchen eine gute und moderne Ausbildung.

Zudem benötigen wir eine moderne Personalmitbestimmung für die Polizei.

Die Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen gegen Polizeigewalt! Wirksame

Kontrolle kann nur durch eine unabhängige Instanz erfolgen. Sie erfordert einen kritischen

Blick, institutionelle Unabhängigkeit von Polizei und Innenverwaltung sowie eine

hinreichende Ausstattung mit Befugnissen und Ressourcen.

Vielfalt leben! Die Zusammensetzung der Polizei muss die Bevölkerung widerspiegeln. Mittel

dafür können anonymisierte Bewerbungsverfahren oder Quoten sein.

Sicherheit durch Nachvollziehbarkeit! Zur Aufklärung und Vermeidung von Übergriffen sollen

Einsatzprotokolle und Polizeivideos bei Treuhandstellen aufbewahrt werden.

Transparenz jetzt! Eine individuelle Kennzeichnungspflicht muss sofort und überall eingeführt

werden. Es muss selbstverständlich werden, dass Polizeibeamt\*innen den Bürger\*innen

individuell erkennbar gegenübertreten.

Rechtsstaatliche Begrenzung von Befugnissen! Die Polizeigesetze der letzten Jahre haben die

Grenzen aufgeweicht. Die Strafverschärfungen für Widerstandsdelikte wollen wir rückgängig

machen. Auch die Ausweitung der Befugnisse der Bundespolizei lehnen wir ab.

Probleme angehen! In der Polizei muss menschenfeindlichen Einstellungen entgegengewirkt

werden. Menschenfeindliche Einstellungen müssen mit Hilfe von unabhängigen Studien

festgestellt, eingestanden und bekämpft werden.

Klarheit schaffen! Es braucht klare Regeln, um Racial Profiling zu verhindern:

verdachtsunabhängige Kontrollen auf der Basis von Gummiparagraphen, wie im

Bundespolizeigesetz, müssen gestrichen werden.

Keine Toleranz für Intoleranz im Staatsdienst! Polizist\*innen, denen rassistisches, sexistisches

oder homofeindliches Verhalten nachgewiesen wird, müssen konsequent disziplinarisch

verfolgt werden, ggf. bis hin zur Entlassung aus dem Dienst.

134







Deeskalation statt Aufrüstung! Die Militarisierung der Polizei, ihre zunehmend

flächendeckende Ausstattung mit Maschinengewehren und „weniger tödlichen Waffen“ wie

z.B. Taser, den Einsatz von Gummigeschossen oder bewaffnetem SEK gegen

Demonstrationen lehnen wir ab.

Die Ausbildung muss sich ändern! Die Polizeiausbildung des gehobenen Dienstes sollte

überwiegend in den allgemeinen Hochschulen erfolgen. Es braucht mehr kritische

Polizeiforschung und Lehre, sowie eine fortdauernde Evaluation polizeilichen Handelns.

Unterstützung geben! Es braucht verbindliche Unterstützungsangebote wie Supervisionen,

Fortbildungen zu Vielfalt und diskriminierungsfreiem Verhalten sowie psychologische

Betreuung. Ziel ist Beamt\*innen bei der Bewältigung der Erfahrungen zu unterstützen und

die Verfestigung diskriminierender Einstellungen zu verhindern.

Bürgernähe statt Kasernierung! Beamt\*innen in geschlossenen Einheiten sollen rotieren, um

die Herausbildung von Korpsgeist zu erschweren. Insgesamt wollen wir deutlich weniger

geschlossene Einheiten und stattdessen eine bürgernahe Polizei.

Unabhängigkeit der Politik sichern

DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die keine Spenden von Konzernen, Banken,

Versicherungen oder Lobbyisten erhält. Dabei bleibt es. Der Einfluss des Lobbyismus auf die gesamte

Politik muss zurückgedrängt werden. Gesetze dürfen nicht von denen geschrieben werden, die von

ihnen profitieren. Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung und Vorteilsnahme, Intransparenz

und Parteiensponsoring dürfen nicht die Politik bestimmen.

 Wir wollen ein verbindliches, maschinenlesbares und transparentes Lobbyregister einführen

und treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in Bundesministerien und – bei

Vollzeitparlamenten – von Abgeordneten als bezahlte Interessenvertreter für Dritte ein. Wir

brauchen wir ein\*e unabhängige\*r Lobbybeauftragte\*r zur Aufsicht und Kontrolle des

Registers, die vom Bundestag gewählt wird.

 Den Gesetzesvorlagen der Bundesregierung muss eine Auflistung der

Interessenvertreter\*innen sowie der Sachverständigen beigefügt werden, deren

Stellungnahmen bei der Erstellung und Erarbeitung berücksichtigt wurden oder die sonst

mitgewirkt haben (legislative Fußspur).

 Kein Lobbyismus an Schulen! Soweit Forschung und Einrichtungen oder auch einzelne

Studien von Lobbyisten bezahlt werden, muss das transparent gemacht werden.

 Ach nachträgliche „Dankeschön-Spenden“ und Bestechung mit dem Ziel der Imagepflege des

Lobbyisten müssen uneingeschränkt als Abgeordnetenbestechung strafbar sein.

 Abgeordneten muss es verboten sein, Spenden anzunehmen. Die Nebenverdienste von

Abgeordneten sind auf Euro und Cent zeitnah zu veröffentlichen. Unternehmens- und

Lobbyistenspenden an Parteien sowie das Parteiensponsoring, wie Unternehmensstände auf

Parteitagen, wollen wir verbieten und Spenden von Privatpersonen auf 25.000 Euro im Jahr

begrenzen.

 Der Vermengung von politischen und wirtschaftlichen Interessen wollen wir Einhalt gebieten:

Bundesminister\*innen, parlamentarische Staatssekretär\*innen müssen nach ihrem

Ausscheiden aus dem Amt mindestens drei Jahre bzw. für die Dauer des zeitlichen Anspruchs

135auf Übergangsgeld warten, bevor sie in Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen

Interessen sie zuvor politisch befasst waren.



Wir wollen die europäische Anti-Korruptionsbehörde OLAF ausbauen und stärken.

Die Demokratie demokratisieren!

Demokratie ist mehr als alle vier Jahre seine Stimme abzugeben. Dafür müssen auf allen Ebenen und

in allen Bereichen – europäische, internationale wie kommunale Ebene bis hin zum Betrieb, zur

Wirtschaft in der Kommune – Möglichkeiten für mehr Mitbestimmung und Beteiligung geschaffen

werden. Deshalb fordert DIE LINKE seit Jahren, dass Volksinitiativen, Volksbegehren und

Volksentscheide auch auf Bundesebene möglich sein müssen.

 Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird

wie alle öffentliche-privaten Partnerschaften (PPP). Bis das durchgesetzt ist, müssen alle

Privatisierungsvorhaben den Bürger\*innen zur direkten Abstimmung per Volksentscheid

vorgelegt werden

 Demokratie braucht Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungs- und

Vereinigungsfreiheit und die Freiheit der Bürger von staatlicher Ausspähung (vgl. Kapitel

Datensicherheit und Datenschutz)

 Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene

einführen. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die Einführung von

Referenden ein, d.h. die Bürger\*innen können gegen parlamentarische Entscheidungen ein

Veto einlegen.

 Wir wollen verbindliche Bürger\*innenforen einrichten. Planfeststellungs- und

Raumordnungsverfahren müssen so angelegt werden, dass allen ausreichend Zeit bleibt,

sich zu informieren, zu überprüfen, ob ihre Interessen gewahrt bleiben und sich zu

beteiligen. Eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahren zulasten von

Bürgerbeteiligung lehnen wir ab.

 Das von der Zivilgesellschaft entwickelte Instrument der Bürger\*innenräte, wonach zufällig

geloste Menschen aus der Mitte der Gesellschaft Lösungen und Fragestellungen entwerfen,

wollen wir unterstützten und fördern.

 Das Petitionsrecht wollen wir als Bürgerrecht weiter ausbauen.

 Die Oppositionsrechte in allen Parlamenten, Plenen und Ausschüssen wollen wir stärken.

Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein.

 DIE LINKE setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen

Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf 16

Jahre ein. Das schließt für uns das Wahlrecht für langfristig hier lebende Migrant\*innen ein.

(Vgl. Kapitel Solidarische Einwanderungsgesellschaft).

 Menschen, die unter Vollbetreuung stehen, dürfen nicht von Wahlen ausgeschlossen

werden. Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgängen muss gewährleistet

werden.

136Kultur: Vielfältig und für alle zugänglich

Kultur und Kunst in ihren vielfältigen Formen sind unverzichtbar. Kürzungen der Kulturförderung,

Schließungen oder Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen und ein massiver Personalabbau

haben den öffentlichen Kultursektor geschwächt.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Kultur häufig unter so prekären Bedingungen stattfindet, dass

jede Krise zur Existenzbedrohung wird. Befristete, niedrig vergütete Arbeitsverhältnisse und der hohe

Anteil von Projektförderung lassen keine Rücklagenbildung zu und stellen sich als krisenanfällig

heraus. Die Corona-Hilfen gehen an den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden

vorbei. Besonders darstellenden Künstler\*innen und Musiker\*innen und die Beschäftigten in der

Veranstaltungswirtschaft verzeichnen horrende Verluste durch die pandemiebedingten Absagen von

Veranstaltungen und Aufführungen.

Wir wollen Kultur und Kulturförderung erhalten und für die Zukunft krisenfest gestalten. DIE LINKE

tritt für eine vielfältige und partizipative Kultur, die allen zugänglich und für alle erschwinglich ist. In

Metropolen wie in ländlichen Räumen, in Kulturinstitutionen und freier Szene.









Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für

Archive, Bibliotheken, Kinos, Museen, Musik- und andere Kunstschulen, Opernhäuser,

Orchester, soziokulturelle Zentren, Theater, Tanz, Volkshochschulen und die vielfältigen

Vereine schaffen.

Kulturförderung muss nachhaltiger, unbürokratischer, autonomer und weniger

projektorientiert gestaltet werden. Ziel der Förderung muss es sein, Kultureinrichtungen,

freier Szene und den vielfältigen Akteuren kultureller Bildung kontinuierliches künstlerisches

Arbeiten zu ermöglichen.

Ergänzend zur Förderung sind spartenübergreifende, langfristige Stipendienprogramme

sinnvoll, die auch die Bildung von Rücklagen ermöglicht. Auf diese Aspekte müssen die

Kriterien des Konjunkturprogrammes angepasst werden.

Für öffentliche Bibliotheken muss der Medienerwerb in den Händen der jeweiligen

Einrichtung liegen. Eine Privatisierung durch Überlassung dieser Aufgabe an externe

Dienstleister lehnen wir ab.

Kulturförderung muss nachhaltiger, unbürokratischer, autonomer und weniger projektorientiert

gestaltet werden. Ziel muss sein, kontinuierliches künstlerisches Arbeiten zu ermöglichen und

Produktionsdruck zu verringern, z.B. durch langfristige Stipendienprogramme sinnvoll.

Wir streiten für gute, existenzsichernde Arbeit, ein neues Normalarbeitsverhältnis und soziale

Sicherung im Kulturbereich (vgl. Kapitel „Arbeit“).

 Wir wollen die Vergabe öffentlicher Fördermittel an eine gute, existenzsichernde Vergütung,

gute Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit außerhalb von Hartz IV koppeln. Wir

streiten für branchenspezifische Mindesthonorare und Ausstellungshonorare für bildende

Künstlerinnen und Künstler. Wir unterstützen den Erhalt von Ensemble-Theatern, damit

Theater konstante politische Akteure in der Stadtgesellschaft bleiben können.

 Wir wollen die Verhandlungsmacht der Kreativen im Urhebervertragsrecht stärken.

 Die Künstlersozialkasse muss erhalten und ausgeweitet werden. Wir wollen neu entstandene

Tätigkeitsfelder einbeziehen und den Bundeszuschuss erhöhen.

 Wir streben die Einbeziehung von (Solo-)Selbstständigen in unsere solidarischen

Versicherungsmodelle (Gesundheit, Erwerbslosigkeit, Rente, Pflege) an.

137

Die Verwertungsgesellschaften wollen wir reformieren und die Mitbestimmungsrechte der

Kreativen verbessern.

Wir wollen Kulturgüter digital sichern und für alle zugänglich machen. Dafür brauchen wir eine

gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie.

 Wir setzen uns für eine Open-Access-Strategie auch im Kulturbereich ein. Wir schaffen

Möglichkeiten und Anreize für Kultureinrichtungen, ihre digitalen Veröffentlichungen unter

freie Lizenzen zu stellen. Die Kooperation mit der Deutschen Digitalen Bibliothek wollen wir

ausbauen.

 Wir wollen Filme auf Dauer bewahren und zugänglich machen.

 Für öffentliche Bibliotheken wollen wir den Verleih digitaler Medien vereinfachen.

DIE LINKE steht für einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang zur Kultur. Wir wollen Räume

für Dialog und Austausch schaffen. Wir wollen Unterschiede nicht leugnen, sondern produktiv

machen. Wir wollen das gegenseitige Verständnis und einen Perspektivwechsel befördern.

 Der Eintritt in vom Bund geförderte Museen und Sammlungen muss perspektivisch

kostenfrei sein. Wir wollen das museumspädagogische Personal aufstocken.

 Kultureinrichtungen müssen barrierefreie und inklusive Angebote unterbreiten.

 Die Erfahrungen von Kultureinrichtungen und Projekten mit inter- bzw. transkulturellen

Vermittlungskonzepten gilt es zu nutzen und zu verbreiten.

 Wir fördern und fordern die Produktion und den Schutz von temporären und

nichtinstitutionellen, frei zugänglichen Künsten, wie Street Art und Kunst im öffentlichen

Raum, in soziokulturellen und selbstverwalteten Zentren.

 Wir setzen uns ein für flächendeckende Kooperationen zwischen Schulen und Kunst-

Institutionen sowie freien Künstlerinnen und Künstlern.

Wir wollen die Bundeskulturförderung neu strukturieren. DIE LINKE stellt sich gegen die

Ökonomisierung und Privatisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge. Wir bestehen auf der

Einhaltung der UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt bei internationalen Handelsabkommen.

 Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir wollen

Kultur als Gemeinschaftsaufgabe und Staatsziel im Grundgesetz. Damit wollen wir den

kooperativen Kulturföderalismus stärken.

 Wir wollen einen Bundeskulturminister bzw. eine -ministerin mit Kabinettsrang und ein

Kulturministerium, um die Belange der Kultur gegenüber anderen Ressorts sowie auf

europäischer Ebene wirksamer vertreten zu können.

 Länder und Kommunen müssen ausreichend Mittel erhalten, damit sie ihren Aufgaben in der

Kulturpflege und Kulturförderung nachkommen und eine große Vielfalt der kulturellen

Angebote sichern können.

 Wir wollen die Kulturförderfonds bedarfsgerecht ausstatten und sie als zentrales Instrument

der freien Szene stärken.

 DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass Förderprogramme des Bundes besser

mit Landesprogrammen verzahnt werden können.

138DIE LINKE steht für eine lebendige und plurale Geschichts- und Erinnerungspolitik. Wir wollen zur

kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert anregen,

insbesondere zur Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Aufarbeitung und

Erinnerung an den Kolonialismus muss präsenter werden. Wir engagieren uns für eine differenzierte

Aufarbeitung der Geschichte der DDR.

 Gedenkstätten wollen wir als Orte des Gedenkens und als zeithistorische Museen stärken.

Die Arbeitsbedingungen vor allem des pädagogischen Personals müssen verbessert werden.

Wir wollen einen zentralen Gedenkort für die Millionen Opfer der deutschen

Besatzungspolitik und des Vernichtungskrieges in Osteuropa.

 Wir wollen lebendige Erinnerungskulturen fördern, die an den Realitäten der

Einwanderungsgesellschaft orientiert sind.

 Wir engagieren uns für demokratische, antifaschistische Kultur und einen kritischen Umgang

mit der kolonialen Vergangenheit, Sklavenhandel und Sklaverei.

 Raubkunst der Nazis muss zurückgegeben werden. Dazu bedarf es einer besseren

Erforschung der Herkunft der Kunst- und Kulturgüter (Provenienz-Forschung).

 Wenn die Stasi-Unterlagen in die Zuständigkeit des Bundesarchivs übergehen, müssen sie als

historische Quellen für ein breites Forschungsinteresse frei zugänglich sein.

Demokratisierung der Medien

Eine demokratische Gesellschaft braucht eine lebendige Öffentlichkeit und Vielstimmigkeit der

Diskussion. Medien tragen zur umfassenden Information sowie zur Meinungs- und Willensbildung bei

– wenn die Pluralität gesichert ist und sich jede\*r einbringen kann. Desinformationen (Fake News)

und daraus resultierende Manipulationen der demokratischen Debatten müssen bekämpft werden.

Der Öffentlich-Rechtliche ist als Mediengrundversorgung für alle unentbehrlich. Der

gesamtgesellschaftliche, demokratisch Auftrag muss erfüllt werden. Er muss technisch auf dem Stand

veränderter Mediennutzungen sein, journalistisch hohe Qualität und gute Unterhaltungswerte

liefern, als gemeinsame Plattform auftreten und erkennbarer werden.

Der Empfang der Öffentlich-rechtlichen muss für die Bürger\*innen bezahlbar bleiben. Das öffentlich-

rechtlichen Programmangebots darf nicht kommerzialisiert werden. Öffentlich-rechtliche Sender

geraten unter Druck von Quoten oder parteilichen Mehrheiten im Rundfunkrat. Kritische

Berichterstattung und Qualitätsjournalismus werden so erschwert. Für Journalist\*innen in den

privaten Printmedien wird der Meinungskorridor eng: Ihre Arbeitsplätze hängen von Gewinn und

Werbeeinnahmen ab. Ohne Unterstützung und Kontrolle durch die Öffentlichkeit besteht die Gefahr,

dass die Medien selbst zur Aushöhlung der Demokratie beitragen.

Eine Anpassung des Urheberrechts an die veränderten Bedingungen der Verbreitung von Musik,

Texten, Bildern und Filmen sowie bei Bildung, Forschung und Wissenschaft im digitalen Zeitalter ist

dringend erforderlich. Im Kampf um ein modernes Patent- und Urheberrecht geht es darum, Wissen

produktiv weiterverwenden zu dürfen und das Recht auf Nutzung mit den Rechten der

Schöpferinnen und Schöpfer geistiger Werke solidarisch in Einklang zu bringen. Wir wollen gute

Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit für Medien- und Filmemacherinnen und -macher.



Digitalen Medien müssen Kommunikations-, Medien- und barrierefrei sein.

139 Medienschaffende müssen vor Übergriffen, Verfolgung und Gewalt geschützt werden.

 DIE LINKE steht für ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem, in dem die festen und freien

Beschäftigten mehr und die Verwaltungen weniger zu sagen haben.

 Die Sender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen transparent sein. Die Rundfunkräte

müssen demokratisiert und quotiert werden. In den Redaktionsstatuten wird eine hohe

Mitbestimmung der Beschäftigten verankert. Zuschauer\*innen müssen dafür

Mitspracherechte haben.

 Sozialleistungsbezieher\*innen und Menschen mit Behinderungen, gemeinnützigen

Einrichtungen u.a. müssen vom GEZ-Beitrag freigestellt werden.

 Produktionen, die die Rundfunkanstalten selbst produziert oder in Auftrag gegeben haben,

sollen zeitlich unbegrenzt in den Mediatheken abrufbar sein.

 Ein Teil der Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag sollte dafür genutzt werden, um nicht-

kommerzielle Angebote Dritter, die einen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung, Kultur,

Bildung und Information leisten, zu finanzieren.

 DIE LINKE setzt sich für eine echte Reform des Urhebervertragsrechts ein, die Urheber\*innen

und Urhebern den Rücken stärkt und das Leistungsschutzrecht der EU abschafft (vgl. Kapitel

Europa und Digitalisierung).

Wir verteidigen die Freiheit zur und von der Religion und die Trennung von Staat

und Kirche

Wir verteidigen das Recht auf Religionsfreiheit: Es ist das Recht der Freiheit des Glaubens, des

Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses. Wir unterstützen

den Kampf von Menschen für globale soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden unabhängig von

ihren Weltanschauungen und Religionen. Wir treten für die institutionelle Trennung von Staat und

Religion ein.

Das Recht auf Religionsfreiheit ist ein Schutz gerade für Minderheiten. Deshalb verteidigen wir

Jüdi\*innen und Muslim\*innen und alle anderen religiösen Minderheiten, wenn sie wegen ihrer

Religion diskriminiert werden. Drohungen, Übergriffe und Anschläge richten sich alltäglich gegenüber

Muslim\*innen und Jüd\*innen und gegen Synagogen und Moscheen. Sie sind alltäglich geworden.

Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus, wie jede andere Form des Rassismus, dürfen keinen

Platz in der Gesellschaft haben. Wir treten für die Gleichbehandlung aller Religionen und

Weltanschauungen mit den christlichen Kirchen ein.







DIE LINKE unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Kirchen für den

erwerbsarbeitsfreien Sonntag.

Wir fordern die Abschaffung des kirchlichen Sonderarbeitsrechts für die Beschäftigten in den

Kirchen, Diakonie und Caritas.

Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf öffentliches

Bekenntnis zu einer Religion ein. DIE LINKE verteidigt das Selbstbestimmungsrecht von

muslimischen Frauen, spricht sich gegen Verbote von religiös motivierter Bekleidung aus und

lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab.

140











Das Unterrichtsfach Ethik muss mit dem Religionsunterricht und Unterricht für Mitglieder

von Weltanschauungsgemeinschaften gleichbehandelt werden.

Die Militärseelsorge in der jetzigen Form wollen wir abschaffen. Sie ist auch innerhalb der

Kirchen umstritten. Sie muss durch einen Seelsorgevertrag für alle Angehörigen der

Bundeswehr ersetzt werden, der eine gleichberechtigte Betreuung durch alle Religions- und

Weltanschauungsgemeinschaften garantiert. Die kirchlichen oder weltanschaulichen

Betreuungspersonen sollen bei der Bundeswehr weder angestellt noch verbeamtet sein.

DIE LINKE fordert, dass die Kirchen in Zukunft ihre Steuern bzw. Beiträge selbstständig

einziehen sollen. Wir treten für den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur Ablösung

der Staatsleistungen an die Kirchen ein. In einer weltanschaulich und religiös vielfältigen

Gesellschaft müssen alle die gleichen Möglichkeiten der Finanzierung haben.

DIE LINKE ist gegen ein Bauverbot von Sakralbauten.

Wir fordern die Einführung staatlich geschützter Feiertage für jüdische und muslimische

Religionsgemeinschaften.

DIE LINKE tritt für die rechtliche Gleichstellung aller Religions- und

Weltanschauungsgemeinschaften ein.

Sport ist kein Luxus

Sport ist für alle da. Dafür müssen wir die Zugangsbedingungen zum Sport verbessern. Sport treiben

zu können soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Sportvereine sind auch Orte

erfolgreicher Integration. Wir fördern inklusiven, integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport.

Sportangebote und die Sportförderung müssen geschlechtergerecht sein.

 Viele Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder sind baufällig, teilweise bereits gesperrt.

Der Sanierungsbedarf beträgt rund 31 Mrd. Euro. Unser Zukunftsprogramm sieht

ausreichende Investitionen vor, um die Einrichtungen barrierefrei und ökologisch sinnvoll zu

sanieren. Damit alle Kinder schwimmen lernen können, müssen die Eintrittspreise in die

Schwimmbäder für alle erschwinglich sein.

 Anerkannte Sportorganisationen, Schulen und Hochschulen sollen das Recht bekommen,

Spiel- und Sportanlagen öffentlicher Träger unentgeltlich zu nutzen, wie es etwa im neuen

Thüringer Sportfördergesetz geregelt ist.

 An allen Schulen sollen von der ersten Jahrgangsstufe bis zum Schulabschluss drei

Unterrichtsstunden Sport pro Woche erteilt werden. Alle Schüler\*innen soll die Teilnahme

am Schwimmunterricht ermöglicht werden. Bis zum Ende der Primarstufe sollen sie das

Niveau des sicheren Schwimmens erreichen.

 DIE LINKE sieht Breitensport und Spitzensport als wechselseitiges Verhältnis. Sie will sowohl

den Breitensport mit seiner positiven sozialen und gesundheitlichen Wirkung fördern als

auch mögliche Sportkarrieren unterstützen. Sport muss kommunale Pflichtaufgabe werden.

 Doping, Korruption und andere Manipulationen müssen bekämpft werden. Die

Kommerzialisierung des Sports zum Zwecke der Profitmaximierung muss zurückgedrängt und

die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness gestärkt werden.

141

Die Mittel für Fanprojekte, Initiativen und Projekte gegen extreme Rechte, Diskriminierung

und Gewalt sowie für die integrative Wirkung der Sportvereine sollen erhöht und nachhaltig

festgeschrieben werden.

Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen

DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu

Prävention, Beratung und Hilfe. Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, Menschen zu erziehen,

sondern ihnen eine informierte und risikobewusste Konsumentscheidung, ähnlich wie bei Tabak und

Alkohol, zu ermöglichen. Wir wollen den Wunsch nach Rausch nicht moralisch werten; er ist ein

Bestandteil der Kultur. Mit dem Verbot von Drogen werden die Risiken für Konsumierende und

Gesellschaft nicht wirksam reduziert. Es verhindert weder den Drogenhandel, noch senkt es wirksam

den Konsum. Die Gesundheitsgefährdung durch Streckmittel, die Finanzierung der Mafia,

Beschaffungskriminalität, sozialer Abstieg von Abhängigen, Begleiterkrankungen wie HIV/AIDS und

Hepatitis – viele drogenbezogene Probleme werden mehr durch die Repression verursacht als durch

die Drogen selbst. Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel: Mehrere Milliarden Euro

werden für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon.

Abhängigkeit ist ein alltägliches Phänomen. Abhängig sein kann man nicht nur von illegalen oder

legalen Subtanzen, Tabak oder Alkohol, sondern z. B. auch von Glücksspiel, Arbeit, Essen. Sie hat

vielfältige soziale und psychologische Ursachen und sollte – wie andere Erkrankungen auch – nicht

als Versagen einzelner Menschen interpretiert werden.















Substitutionstherapie muss allen Opiat-abhängigen offenstehen. Bisherige politische

Vorgaben in Gesetzen und Verordnungen behindern eine gute Substitutionstherapie. Sie

gehören gestrichen.

DIE LINKE fordert eine unabhängige wissenschaftliche Überprüfung, ob die bisherige

repressive Drogenpolitik ihre Ziele erreicht und welche Nebenwirkungen sie entfaltet hat.

Wir wollen die Kriminalisierung von Konsumierenden beenden. Dafür sollen für häufig

gebrauchte Drogen bundeseinheitliche Höchstmengen festgelegt werden, bei deren Besitz

keine Strafverfolgung erfolgt. So werden Mittel frei, die organisierte Kriminalität zu

bekämpfen sowie Hilfe und Prävention zu stärken.

Wir wollen für Cannabis eine legale und vorranging nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit

schaffen und den Besitz sowie Anbau zum eigenen Bedarf erlauben. Das

Bundesbetäubungmittelrecht soll so geändert werden, dass Bundesländer eigenständig über

wissenschaftliche Modellprojekte zur regulierten Abgabe von Cannabis entscheiden können.

Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir

Möglichkeiten schaffen, unter sicheren und hygienischen Bedingungen und unter Aufsicht zu

konsumieren. Die Drogen sollen auf Verschnitt und schädliche Wirkungen getestet werden

können (drug checking).

Wir wollen die Regelungen zu Drogen im Straßenverkehr anpassen. Für alle Drogen werden

Grenzwerte für die Blutkonzentration festgelegt, bei denen eine Einschränkung der

Fahrtüchtigkeit ausgeschlossen werden kann. Dabei soll das Nüchternheitsgebot nicht

angetastet werden. Cannabis- und alkoholkonsumierenden Führerscheininhaber\*innen

wollen wir gleichstellen.

Werbung und Sponsoring für Tabak- und Alkoholprodukte in der Öffentlichkeit wollen wir

verbieten. Wir stehen für ein umfassendes Tabakwerbeverbot. Wir wollen den

Nichtraucherschutz weiter ausbauen.

142

Wir wollen die Gefahren der Spielsucht verringern. Für gastronomische Einrichtungen wollen

wir ein Automatenverbot.

143Wie wir das Land verändern

DIE LINKE kämpft für soziale Gerechtigkeit und Frieden, wie streiten für einen Umbau von Wirtschaft

und Gesellschaft, der die Menschen in den Mittelpunkt stellt: die Beschäftigten, Rentner\*innen, die

Erwerbslosen – und die Menschen von morgen, unsere Kinder und Enkel. Ihnen wollen wir eine

lebenswerte, inklusive und klimagerechte Gesellschaft übergeben. Mit einer gut ausgestatteten

öffentlichen Daseinsvorsorge, in der was für alle da ist auch allen gehört. Mit Orten, die den

demokratischen Austausch befördern, gesellschaftlichen Zusammenhalt erfahrbar machen und die

allen Zugang und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum eröffnen. Auf einem lebensfähigen

Planeten, mit guter Luft zum Atmen. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um das Ziel,

die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, zu erreichen - und die Wirtschaft und Gesellschaft

sozial- und klimagerecht zu verändern.

Eine andere Politik wird nicht allein im Parlament gemacht. Sie braucht Druck aus der Gesellschaft,

aus Gewerkschaften, sozialen und Klima-Bewegungen, aus NGOs, Sozial- und Umweltverbänden und

der Friedensbewegung. Druck von unten und Druck von der Straße. DIE LINKE ist in diesen

Bewegungen verankert. Gemeinsam können wir die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft nach links

verschieben. Wir sind die Adresse im Parlament, die frei von Konzern- und Lobbyinteressen ist. Wir

geben denen einen Stimme, die von den anderen Parteien überhört werden.

Wir versprechen: DIE LINKE akzeptiert keine Unternehmensspenden, kein Parteiensponsoring und

keine privaten Großspenden. Die Abgeordneten der LINKEN stehen für die hier vorgestellten Ziele

und Projekte. Sie erklären,

- dass sie keine Spenden oder Geschenke von Lobbygruppen oder Großunternehmen annehmen.

Bürgerwille und Gemeinwohl gehen vor Einzelinteresse! Nebeneinkünfte werden alle offenlegen.

- dass sie nicht mit Geheimdiensten zusammenarbeiten.

- dass sie Informationen und Wissen aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit zum allgemeinen

Interesse einsetzen. Wir sind keine Partei der Hinterzimmer. Informationsfreiheit statt

Geheimniskrämerei!

- dass sie Mittel und Infrastruktur der Abgeordnetenbüros der lokalen Bevölkerung, sozialen

Bewegungen oder Solidaritäts- und Hilfsprojekten zur Verfügung stellen.

Die Abgeordneten werden sich dafür einsetzen, dass sie in Zukunft mit Selbständigen und Beamten in

die gesetzliche Rentenkasse einzahlen und in eine solidarische Gesundheits- und

Pflegevollversicherung und dass die Bemessungsgrenzen abgeschafft werden.

FridaysforFuture hat weltweit Klimagerechtigkeit und den Umbau der Wirtschaft eingefordert. Die

Proteste der Pflegekräften haben den Pflegenotstand auf die Tagesordnung gesetzt. Beschäftigte

organisieren sich unter widrigen Bedingungen und streiken für ihre Interessen, für gute Arbeit, die

zum Leben passt und eine planbare Zukunft. An vielen Orten wehren sich Mieter\*innen gegen

steigende Mieten und Wohnungsnot. Wir setzen diese Anliegen auf die Tagesordnung. Wir wollen

Verbesserungen im Alltag der großen Mehrheit der Menschen durchsetzen und uns gemeinsam mit

ihnen auf den Weg zu einer sozialen, klimagerechten Gesellschaft machen. Lassen Sie uns

gemeinsam das Land verändern. Geben Sie der LINKEN die Stimme: gemeinsam sind wir stark, um die

Interessen der Vielen gegen die Profitinteressen der Wenigen durchzusetzen. Kämpfen wir

gemeinsam für neue gesellschaftliche Mehrheiten. Für einen sozialen, ökologischen und

friedenspolitischen Aufbruch!